Donnerstag, 20. März 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 67 - 12.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

## exklusiv in der WELT:



Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, will sich im Ost-West-Dialog auf „praktische Dinge konzentrieren". In einem WELT-Interview konkretisiert der CDU-Politiker seine Worte von Leipzig: „Meine Sorge ist stets, daß die Entspannungsbemühungen zwischen Ost und West auch im innerdeutschen Verhältnis ... an Berlin vorbeigeführt werden." Honecker habe versucht, „mir diese Sorge zu nehmen". Seite 4

## POLITIK

**Einladung:** Der senegalesische Staatspräsident Abdou Diouf hat *bei seinem Besuch in* Berlin den Regierenden Bürgermeister Diepgen eingeladen, 1987 am panafrikanischen Kulturfestival in Dakar teilzunehmen. Diouf, der sich in das Goldene Buch eintrug, besuchte auch das Reichstagsgebäude und besichtigte die Mauer. Er beklagte, daß auch Afrika *getrennt* werde durch eine Mauer aus „Rassendiskriminierung, Unehrlichkeit und Gewalt".

**Arbed:** In einem Spitzengespräch wollen Bundesregierung und saarländische Landesregierung heute einen weiteren Versuch unternehmen, die existenzbedrohende Krise von der finanziell schwer angeschlagenen Arbed Saarstahl GmbH abzuwenden.

**Unterlegen:** Der CDU-Bundestagsabgeordnete Heribert Scharrenbroich, führendes Mitglied der CDU-Sozialausschüsse, ist in seinem Wahlkreis Bitburg nicht wieder als Bundestagskandidat nominiert worden. Er soll jetzt einen sicheren Platz auf der Landesliste erhalten.

**Rückkehr:** Der zuletzt fraktionslose Bundestagsabgeordnete Gert Bastian ist wieder in die Fraktion der Grünen *aufgenommen* worden, von der er sich 1984 nach scharfer Kritik am Arbeitsstil der Fraktion getrennt hatte.

**Warschauer Pakt:** Fragen der Rüstungsbegrenzung stehen nach Angaben der „Trybuna Ludu" im Mittelpunkt einer Sitzung der Außenminister des Warschauer Paktes in der polnischen Hauptstadt. Dabei werde vor allem die Lage in Europa erörtert.

**Frankreich:** Zur Modernisierung seiner nuklearen Abschreckungskraft will Frankreich noch in diesem Frühjahr die ersten Marschflugkörper in Dienst stellen. Das Geschoß hat einen thermonuklearen Sprengkopf.

**Türkei:** Bundestagspräsident Jenninger hat deutsche Unternehmen zu verstärkten Investitionen in der Türkei aufgerufen. Er kündigte die Bildung einer deutsch-türkischen Freundschaftsgruppe an. (S. 6)

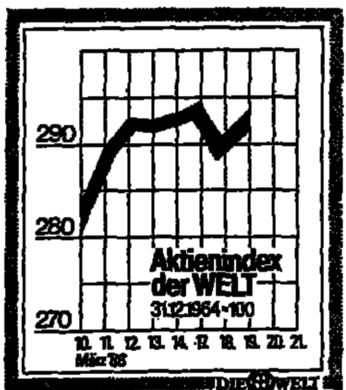
**China:** Die USA verhandeln mit *China über die Einrichtung einer* amerikanischen Erdbebenwarte in der Volksrepublik zur Beobachtung unterirdischer sowjetischer Atomexplosionen.

**Gottesdienst:** Eine vom ZDF für kommenden Sonntag geplante Sendung eines Gottesdienstes aus der *Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde* in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) ist nicht zustande gekommen. Die „DDR"-Behörden trafen keine Entscheidung über eine Drehgenehmigung.

## WIRTSCHAFT

**Kompetent:** Eberhard von Kuenheim ist beim Münchner Automobilhersteller BMW der unumschränkte Herrscher, der seine Kompetenzen voll ausschöpft und seine Ansichten zur Geltung bringt – so kooperativ er sich auch gerne gibt. Ein Porträt. (S. 14)

**Börse:** An den deutschen Aktienmärkten sorgte gestern eine kräftige Nachfrage der Auslandskundschaft für Belebung. Am Rentenmarkt ermäßigten sich die Kurse öffentlicher Anleihen bis zu 0,40 Prozent. WELT-Aktienindex 293,11 (290,43). BHF-Rentenindex 107,117 (107,191). BHF-Performance-Index 103,389 (103,431). Dollarmittelkurs 2,2609 (2,2461) Mark. Goldpreis je Feinunze 349,25 (351,15) Dollar.




## KULTUR

**Bernard Malamud:** Der amerikanische *Schriftsteller, Sohn jüdischer* Emigranten, ist im Alter von 71 Jahren gestorben. Zu seinen bekanntesten Romanen gehören „Der Gehilfe", „Der Fixer" und „Der Mieter". (S. 21)

**Harvard:** Die Eröffnung des Sackler-Museums bedeutet Rückbesinnung auf das, was Amerikas bekanntester „Eliteschmiede" Verpflichtung ist – die Vermittlung universeller Bildung. Und dazu gehört auch die Kunst. (S. 21)

## SPORT

**Fußball:** Trainer Pal Csernai wird seinen bis 1987 laufenden Vertrag mit Dortmund nicht erfüllen. Er scheidet zum Saisonende aus. – Otto *Luttrop wird Trainer des* 1. FC Saarbrücken. (S. 9)

**Tennis:** Claudia Kohde hat als zweite Deutsche nach Steffi Graf *das Viertelfinale des Turniers der* Weltbesten in New York erreicht. Sie besiegte die Australierin Wendy Turnbull mit 7:6 und 6:4. (S. 9)

## AUS ALLER WELT

**Verlobt:** Der Buckingham Palast hat die Verlobung von Prinz Andrew und Sarah Ferguson bekanntgegeben. Der Prinz, zweitältester Sohn der Königin, rangiert in der Thronfolge auf dem vierten Platz. Das Foto zeigt das verlobte Paar beim ersten gemeinsamen öffentlichen Auftreten vor Jahresfrist in Ascot. (S. 22)



***Jeep:*** In aller Stille ist seine Geschichte zu Ende gegangen, die eng verknüpft war mit der Entwicklung der US-Army – der letzte direkte Nachfahre des berühmten Jeep ist vom Fließband und ins Museum gerollt. Der türlose, wendige Geländewagen tauchte auf vielen Kriegsschauplätzen auf. Mancher hat – vergeblich – versucht, ihn zu kopieren. (S. 22)

Umwelt – Forschung – Technik Seite 7
Fernsehen Seite 20
Wetter: Sonnig und mild Seite 22
Leserbriefe und Personalien Seite VIII

# Mitterrand hat Vorbehalte gegen Chiracs Ministerliste

## UDF-Chef Lecanuet als Kabinettsmitglied umstritten / Konflikt in der KPF

DW. Paris

Die Verzögerungen bei der Bildung *einer neuen Regierung in Frankreich* hängen offenbar damit zusammen, daß Präsident Mitterrand Vorbehalte gegen bestimmte Minister hat, die von dem Führer der Gaullisten, Jacques Chirac, für das neue Kabinett vorgesehen sind. Der Pariser Bürgermeister, der als künftiger Premier gilt, hatte zwar während einer Pause zwischen seinen Sondierungsgesprächen erklärt, daß es im Dialog mit François Mitterrand keine wirklichen Probleme gegeben habe. Aus dem Elysee-Palast wurden allerdings Differenzen über die Ministerliste indirekt bestätigt, „Mitterrand kann *keine Provokation dulden", hieß* es.

Die Abendzeitung „Le Monde" hat*te berichtet*, der Präsident, der Anspruch auf eine führende Rolle in der Außen- und Verteidigungspolitik erhebt, habe gegenüber Chirac vor allem auf die Notwendigkeit annehmbarer Minister in diesen Schlüsselbereichen hingewiesen. Die Differenzen über die Besetzung des Kabinetts entzünden sich vor allem an dem Chef der Giscardisten (UDF), Jean Lecanuet. Der 66jährige teilte gestern mit, Chirac habe ihm ein Ministeramt angetragen. *Um welches Ressort* es sich dabei handelt, wollte Lecanuet allerdings nicht sagen. In Expertenkreisen ist aber vom Außenministerium die Rede.

Nach Informationen der Tageszeitung „Liberation" wehrt sich Mitterrand gegen Lecanuet, weil dieser als entschiedener Befürworter des amerikanischen SDI-Programms gilt.

SEITE 3:
Der rechte Mann

Die anhaltenden Diskussionen um Personen bestätigen auch, daß Chiracs Konsultationen vor allem der Zusammensetzung der neuen Regierung galten. Außer mit Lecanuet führte er eine Reihe von Gesprächen mit den *Chefs der Koalitionsparteien, die* durchweg als „ministrabel" gelten. Zuerst empfing er den Fraktionschef seiner RPR im Senat, Charles Pasqua, danach die Führer der drei die UDF bildenden Parteien: François Leotard von der Republikanischen Partei, Pierre Mehaignerie vom christdemokratisch orientierten Zentrum der Sozialdemokraten und *André Rossinot* von der *Radikalen Partei*.

*Nach Informationen* der Pariser Zeitung „Le Monde" will Chirac Präsident Mitterrand bis heute mittag 13 Uhr mitteilen, daß er das Amt des Premierministers übernehme. Gleichzeitig werde er eine Ministerliste mit 30 Namen vorlegen.

In der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF) ist es unterdessen *zu Streitigkeiten über das schlechte* Abschneiden bei den Parlamentswahlen gekommen. Das bereits früher als Kritiker als Parteilinie aufgetretene Mitglied des KP-Zentralkomitees, Pierre Juquin, forderte einen außerordentlichen Parteitag, um den politischen Kurs der KPF zu erörtern. Seiner Ansicht nach bedeutet das *Wahlergebnis, bei dem die Kommunisten* lediglich knapp zehn Prozent der Stimmen erreicht hatten, den Anfang vom Ende, wenn nicht rasch gehandelt werde. Die Parteiführung hat das Zentralkomitee für kommenden Montag zu einer Sondersitzung einberufen.

# Bonn setzt bei SDI Wünsche durch

## Zeitplan für Abkommen wird eingehalten / Koordinierungsstelle im Wirtschaftsministerium

DW. Bonn

Die Bundesregierung rechnet damit, daß die Rahmenvereinbarung *über eine Beteiligung der deutschen* Industrie an dem Projekt der amerikanischen Raketenabwehr im Weltraum (SDI) in der kommenden Woche unterschriftsreif ist. Der Zeitplan, die in einen Briefwechsel gekleidete Abmachung bis Ende März oder Anfang April unter Dach und Fach zu bringen, kann so eingehalten werden.

Präsident Reagan hatte nach einem Schreiben von Bundeskanzler Kohl die amerikanische Verhandlungs-Delegation veranlaßt, strittige Punkte *per Kompromiß zu klären. Ein Sach*kenner gegenüber der WELT: „Insgesamt ist unsere Vereinbarung mindestens so gut wie die britische. Die deutsche Industrie kann sich unter vernünftigen Bedingungen an dem Forschungsprogramm SDI beteiligen."

Die Vereinbarung besteht aus einem Eingangsparagraphen, in dem drei Erklärungen des Kanzlers zitiert sind. Kohl hatte unter anderem vor der Münchner Wehrkundetagung 1985 und vor dem Bundestag die politische Unterstützung für das amerikanische Forschungsvorhaben zum Ausdruck gebracht.

*Als einen großen Fortschritt* betrachtet es die deutsche Seite, daß die Forschungsergebnisse für die Entwicklung konventioneller Waffen in der Bundesrepublik und für die Erweiterung der Luftverteidigung verwendet werden dürfen. Dies haben die Amerikaner nach zähen Verhandlungen zugestanden. Auch über eine Koordinierungsstelle für den Austausch von Erkenntnissen und Know *how konnte grundsätzliche Einigung* erzielt werden. Dabei war in Bonn lange umstritten, ob diese Stelle beim Verteidigungsminister oder im Wirtschaftsministerium eingerichtet werden soll. Die Entscheidung ist grundsätzlich für die zweite Möglichkeit gefallen, doch wird im Zusammenhang mit dem Informationsaustausch der Verteidigungsminister nach der Vereinbarung in die Verantwortung einbezogen.

Die Linie des Außenministeriums, wonach der Eindruck einer staatlichen Beteiligung vermieden werden sollte, konnte nur auf finanziellem Gebiet durchgehalten werden. Bonn beteiligt sich an dem Projekt nicht mit Haushaltsmitteln. Der Austausch von Erkenntnissen und Resultaten vollzieht sich jedoch über staatliche Stellen.

Die SDI-Vereinbarung ist von dem *allgemeinen Technologie-Abkommen* klar unterschieden. Über den *„Freundschaftsvertrag Technologie"* (Bangemann) muß noch weiter verhandelt werden. In die SDI-Abmachung kann Berlin nach der Rechtslage nicht einbezogen werden, da sich das Abkommen auf ein militärisches Projekt bezieht. Entsprechend einem Beschluß des Alliierten Kontrollrats ist die Produktion von Kriegswaffen in Berlin untersagt. Dagegen steht der Einbeziehung Berlins in die allgemeine, später abzuschließende Technologie-Vereinbarung nichts im Wege.

# „Neue-Heimat-Misere verschleiert"

## Minister Schneider: SPD-Landesregierung hat die Prüfungspflicht verletzt

HEINZ HECK, Bonn

Wohnungsbauminister Oscar Schneider hat der nordrhein-westfälischen *Landesregierung vorgeworfen*, im Fall der Neuen Heimat ihrer Prüfungs- und Aufsichtspflicht nicht nachgekommen zu sein. Schneider nahm damit auf Anfrage der WELT zu dem Antrag der Oberfinanzdirektion (OFD) Düsseldorf vom 31. Oktober 1984 auf rückwirkende Aberkennung der Gemeinnützigkeit für die *NH Nordrhein-Westfalen* Stellung. Diesen Antrag habe, so der wohnungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Dietmar Kansy, die Regierung Johannes Rau seither „unter Verschluß" gehalten.

Schneider sprach den Verdacht aus, es habe „in Tun und Unterlassen ein Zusammenwirken zwischen Neuer Heimat und der Düsseldorfer Landesregierung gegeben". Er vermutet, daß die wirtschaftliche Lage des Konzerns von der Landesregie*rung „jahrelang verschleiert wurde"*. Diese habe sein Ministerium über den Antrag der OFD Düsseldorf „bis heute nicht informiert". Dazu sei sie zwar *nicht verpflichtet*. Doch angesichts der Tragweite des Vorgangs und der laufenden Untersuchung über die finanzielle Lage des Konzerns wäre dies geboten gewesen.

Die „Prüfungsfeststellungen zur Gemeinnützigkeit" der OFD Düsseldorf, die der WELT im Wortlaut vorliegen, nennen zahlreiche Gründe zur Stützung des Antrags. Im Falle der Aberkennung müßte der gewerkschaftseigene Konzern mit Steuernachzahlungen von dreistelligen Millionenbeträgen rechnen. Die Neue Heimat Nordrhein-Westfalen hatte bereits am 24. Mai 1984 der OFD mitgeteilt, daß sie „zur Zeit nicht zu einer Stellungnahme bereit ist".

Der Untersuchung zufolge sind von 1974 bis 1979 jährlich im Durchschnitt Grundstücke im Wert von 60 Millionen Mark ge- oder verkauft worden. Dazu heißt es: „*Die Grundbesitzübertragungen* innerhalb des *Konzerns* dienen nach den Prüfungsfeststellungen der Aufdeckung stiller Reserven. Diese planvolle Verkaufstätigkeit ist nach Auffassung der BPr (Betriebsprüfung) nicht durch das WGG (Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz) gedeckt. Die Möglichkeit einer Ausnahmegenehmigung ist unseres Erachtens nicht gegeben."

Die Neue Heimat habe ferner zahlreiche Gewerbeobjekte betreut. Dies sei „ohne Ausnahmegenehmigung nicht zulässig". Die Feststellungen machen deutlich, daß die Steuerbefreiung für gemeinnützige Wohnungsunternehmen *in erheblichem* Umfang für gewerbliche Tätigkeiten *mißbraucht wurde*. Zum Vertrieb von Bauherrenmodellen heißt es, diese Tätigkeit sei „nicht durch das WGG gedeckt. Die Gewährung von Festpreisgarantien gegen Entgelt ist nicht ohne Genehmigung zulässig", ebensowenig eine Kreditgewährung.

Zur Spendentätigkeit der Neuen Heimat heißt es unter anderem, daß *der Friedrich-Ebert-Stiftung über die* NH-Hamburg (Verrechnung mit Konzernumlagen) von 1974 bis 1979 jeweils 60 000, zusammen also 360 000 Mark gezahlt wurden.

# Aids-Hearing: Gegen Meldepflicht

DW. Bonn

Einer Meldepflicht für die Immunschwäche-Krankheit Aids haben zahlreiche Experten während einer Anhörung des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages gestern widersprochen. Alle Fachleute *verlangten dagegen eine verstärkte* Aufklärung der Bevölkerung über die Krankheit sowie eine bessere Förderung und Koordination der medizinischen Forschung.

Professor Meinhard Koch vom Bundesgesundheitsamt in Berlin sagte vor dem Ausschuß, seiner Behörde seien zur Zeit über 420 Aids-Erkrankungen in der Bundesrepublik bekannt. Die Dunkelziffer nicht gemeldeter Fälle mit einbezogen, müsse von einer doppelt so hohen Zahl ausgegangen werden. In ganz Europa gebe es etwa 2000 gemeldete Aids-Kranke und in den USA über 18 000. Die Zahl der Erkrankungen verdoppele sich innerhalb von acht bis zwölf Monaten.

# Singapur verweigert Marcos die Einreise

DW. Manila

Der frühere philippinische Präsident Ferdinand Marcos darf Singapur nicht besuchen. Sein Einreisewunsch ist gestern abgelehnt worden. Die Botschaft Singapurs auf den Philippinen teilte mit, Marcos habe für sich und einige Familienmitglieder die Erlaubnis erbeten, sich „zwei oder drei Wochen" *in Singapur aufzuhalten*.

Einem solchen Besuch könne unter den augenblicklichen Umständen jedoch nicht zugestimmt werden, erklärte ein Sprecher der Botschaft. Die neue philippinische Präsidentin Corazon Aquino habe angedeutet, eine Reise von Marcos nach Singapur sei ihrer Regierung „*nicht dienlich*".

Der 68jährige Diktator Marcos war im vergangenen Monat gestürzt worden. Er lebt seitdem im Exil auf der amerikanischen Pazifikinsel Hawaii. Angeblich sucht er nach einem neuen Wohnsitz außerhalb der Vereinigten Staaten.

# Hamburg tritt Medienvertrag bei

hs, Hamburg

Der Hamburger Senat ist bereit, dem norddeutschen Medien-Staatsvertrag beizutreten. Bürgermeister von Dohnanyi (SPD) wies in einem Brief an den niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht allerdings *darauf hin, daß Hamburg an der vor* Ostern geplanten Unterzeichnung nicht teilnehmen könne, da sich die Bürgerschaft in den Parlamentsferien befindet. Dohnanyi dringt darauf, daß sich auch Bremen an dem zwischen Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Berlin vereinbarten Vertrag beteiligt. Der Senat hält eine zügige Entscheidung über die Nutzung des für Norddeutschland zuzuteilenden TV-SAT-Kanals für notwendig, um bei dem regionalen Wettbewerb nicht ins Hintertreffen zu geraten. Bei einem norddeutschen Medienverbund würde dem Land Niedersachsen ein Anteil von 45 Prozent bei der Besetzung des Vergabe-Ausschusses zustehen.

## DER KOMMENTAR

# *Konturen der Freiheit*

JÜRGEN LIMINSKI

Neu waren die Aussagen der Afghanistan-Experten nicht. Die Erlebnisse der Krankenschwester Maria Müller, die Hilferufe der Mudschahedin, die Appelle der Politiker, die Lageskizzen der Experten, die Augenzeugenberichte über die Völkermord-Methoden der Sowjets – dem interessierten Pu*blikum* war alles bekannt. Aber eben nur dem interessierten. Für die Mehrheit der Bürger in den westlichen Wohlstandsländern ist der Krieg am Hindukusch nach wie vor ein fernes Spektakel.

Strategische Erwägungen über den Zugang einer Hegemonialmacht zum warmen Meer, über günstigere Raketenabschußbasen oder die Bedrohung von Rohstoffrouten klingen abstrakt, wenn die Bilder der Menschen fehlen, die auf *diesem Schachbrett der Macht* bewegt werden. Vietnam war *anders. Das Fernsehen* war dabei. Afghanistan wird dagegen planvoll aus den Wohnstuben ferngehalten.

Ein Verdienst des Hearings ist es, für ein paar Tage die brutale Wirklichkeit des Krieges in die Wohnzimmer transportiert zu haben. Plötzlich gerät der Feldzug des Unmenschen auf die Ebene der Realität. So bezeichnete Moskau seine Demaskierung denn auch als „Provokation". Seine publizistischen Helfer versuchten noch vor der Anhörung die Freiheitskämpfer moralisch mit den sowjetischen *Besatzungstruppen* gleichzusetzen, nach dem Motto: Schließlich verletzten auch die Überfallenen (die Mudschahedin) das Menschenrecht. Gewiß töten die Freiheitskämpfer sowjetische Soldaten. Aber sie töten keine sowjetischen Frauen und Kinder mit perversen Bomben, die sie im Spielzeug verstecken.

Die Parteien im Deutschen Bundestag und die Bundesregierung verurteilen die sowjetische Besetzung. Sie haben Öffentlichkeit geschaffen und eine Schuld aufgearbeitet: Die Werte von Freiheit *und* Demokratie wurden kräftiger konturiert.

# Haftverschonung für Graf Galen

DW. Frankfurt

Der im Zusammenhang mit dem Fast-Zusammenbruch der Frankfurter SMH-Bank angeklagte Bankier Ferdinand Graf von Galen kann von der Untersuchungshaft verschont werden. Das Oberlandesgericht Frankfurt hat gestern eine Beschwerde der Staatsanwaltschaft gegen einen entsprechenden Beschluß der Zweiten Strafkammer des Landgerichts verworfen. Damit kann von Galen auf freien Fuß gesetzt werden, wenn eine Kaution von zehn Millionen Mark hinterlegt wird.

# „Ölpreise weiter auf Talfahrt"

tl. Gelsenkirchen

„Die Talfahrt der Ölpreise hat ihren Endpunkt vorerst noch nicht erreicht." *Diese Auffassung vertrat* Fritz Oschmann, Chef von Veba Oel, dem größten in deutschem Besitz befindlichen Mineralölunternehmen. Von Mitte des Jahres an rechnet er aber mit einer Gegenbewegung: „Je tiefer die Preise jetzt fallen, desto mehr werden sie dann steigen." Die Veba Oel-Tochter Aral sei auf gutem Kurs, da der Autofahrer beim Benzin wieder qualitätsbewußter werde.

**Seite 14:** *Plus bei Verarbeitung.*

# Kampftruppe gegen Milizen in Beirut

DW. Beirut

Zehn linksgerichtete moslemische Organisationen haben in West-Beirut eine aus 425 Mann bestehende gemeinsame „Eingreiftruppe" aufgestellt. Sie soll Zusammenstöße der *Milizen und Übergriffe einzelner Milizionäre* verhindern. Die Truppe be*zog* gestern Position an fünf verschiedenen Punkten West-Beiruts. Die normalen Ordnungsaufgaben obliegen jedoch weiterhin einer Sondereinheit der libanesischen Armee und der Gendarmerie.

# Grausamkeiten der Sowjets

DW. Bonn

Zum Abschluß der zweitägigen Anhörung vor dem Auswärtigen Bundestagsausschuß über die Lage in Afghanistan appellierten Sprecher des Widerstandes an die freie Welt, *den Freiheitskampf des afghanischen* Volkes zu unterstützen. Gestern versuchten Zeugen den Vorwurf von Menschenrechtsverletzungen durch die Sowjets mit Bildern zu belegen. Diese zeigten Kinder, die von „Spielzeugminen" verstümmelt wurden.

**Seite 10:** Moskau protestiert

# Hertie schließt acht Filialen

DW. Frankfurt

Der finanziell angeschlagene Kaufhauskonzern Hertie wird 1986 acht weitere Filialen schließen. Das geht aus dem gestern vorgestellten Strukturerneuerungsprogramm hervor. Von der Schließung betroffen sind danach die Wertheim-Filialen in Bo*chum, Essen und Kaiserslautern* sowie die Hertie-Filialen in Braunschweig, Göttingen, Hameln, Hilden und Würzburg mit insgesamt 2231 Mitarbeitern.

**Seite 13:** Weitere Häuser

# Brandt-Verfahren wird noch geprüft

DW. Bonn

Die Bonner Staatsanwaltschaft entscheidet erst nach Ostern dieses Jahres, ob sie gegen den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts *uneidlicher* Falschaussage im Flickspenden-Untersuchungausschuß des Bundestages eingeleiten wird. Das teilte ein Sprecher der Anklagebehörde gestern in Bonn mit. Die vor zwei Wochen eingegangenen Strafanzeigen gegen Brandt, so die Begründung, würden noch geprüft.

# Bonn und Wien wollen die KSZE voranbringen

## Weizsäcker und Sinowatz optimistisch über Folgekonferenz

BERNT CONRAD, Wien

Bundespräsident Richard von Weizsäcker und der österreichische Bundeskanzler Fred Sinowatz äußerten gestern übereinstimmend die Hoffnung, daß die Wiener KSZE-Folgekonferenz im Herbst zu Fortschritten im Ost-West-Verhältnis führen werde. „*Die Auflockerung der Atmosphäre* zwischen den Großmächten *bietet Chancen*, die wahrgenommen werden sollten. Wir wollen als Gastgeber mit Nachdruck dazu beitragen", sagte Sinowatz nach einem einstündigen Gespräch mit Weizsäcker.

Die Ost-West-Beziehungen und das nächste KSZE-Treffen hatten schon am ersten Tag des Staatsbesuches in Wien eine zentrale Rolle gespielt. Dabei ergab sich weitgehende Übereinstimmung sowohl zwischen den Außenministern Hans-Dietrich Genscher und Leopold Gratz als auch zwischen den beiden Bundespräsidenten. Deutsche und Österreicher wollen sich zwar mit allen drei „Körben" der KSZE-Schlußakte befassen, halten aber Fortschritte beim zweiten „Korb" (Wirtschaft, Kultur, Nachrichtenwesen, Information) für vordringlich, weil davon Impulse für die anderen Bereiche ausgehen könnten. Bundespräsident von Weizsäcker betonte, entscheidend sei zunächst die Schaffung von Vertrauen.

Verhalten optimistisch, wenngleich ohne Illusionen äußerte sich Weizsäcker über die Folgewirkungen des Genfer Reagan-Gorbatschow-Gipfels. Skeptischer bewertete sein Gastgeber Rudolf Kirchschläger die Entwicklung: „Wir haben wohl beide das Genfer Treffen begrüßt", sagte er beim Festbankett in der Hofburg. „Ich kann allerdings nicht verhehlen, daß mir die Tatsache Sorgen macht, daß die räumliche Entfernung der Hauptagierenden dieser Welt, die durch die Rückkehr in ihre Hauptstädte gegeben war, offenbar sehr schnell auch wieder eine starke geistige und politische Distanz zur Folge gehabt hat." Die Erkenntnis „dieser bedrückenden Tatsache" sollte nach Ansicht Kirchschlägers „ein Anlaß zur Umkehr und zur Rückkehr um die Gesprächsbasis von Genf sein".

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## *O Friedhelm*

Von Gerd Brüggemann

Der Vorsitzende der Düsseldorfer SPD-Fraktion, Professor Friedhelm Farthmann, läß sich durch bloßen Anschein nicht irre machen, die Wirklichkeit auf seine Weise zu sehen. Dabei hat er denn herausgefunden, daß es noch viel Elend gibt. Dies hat ihn veranlaßt, auf zehn Schreibmaschinenseiten „Thesen zur Wirtschaftspolitik" zu verfassen. Handeln erscheint danach dringend geboten, denn: „Wir haben genügend Arbeitskraft, die wir nicht einsetzen können. Wir haben genügend Bedürfnisse, die wir nicht befriedigen können. Wir haben genügend Reichtum, den wir nicht verteilen können."

Schlimm, aber wir haben ja Farthmann, der scharfsinnig herausgefunden hat, wer dieses dreifache Dilemma herbeigeführt hat: der Markt, dessen Gesetze nicht ausreichen, die Widersprüche aufzulösen. Wer aber könnte das? „Ein starker Staat, mit entsprechender Verfügungsgewalt ausgestattet." Erforderlich sei eine merkliche Erhöhung der Staatsquote und gerade nicht ihr Abbau durch Steuersenkungen, wie ihn die gegenwärtige Regierung praktiziert.

Von einer solchen Regierung, die glaubt, daß die Bürger ihr verdientes Geld sinnvoller ausgeben als der Staat; die als Aufgabe der Wirtschaftspolitik die Schaffung von Bedingungen versteht, bei denen sich der Wohlstand aller erhöhen kann, erwartet Farthmann natürlich nicht, daß sie die von ihm ausgemachten Widersprüche löst.

Vom wem aber ist es denn zu erwarten? „Sozialdemokraten wollen die Widersprüche auflösen." Und wie? Mit all jenen Rezepten, die sich schon in den siebziger Jahren so fatal bewährten und die nun unter „Arbeit und Umwelt" neu angepriesen werden. Sie behinderten den notwendigen Strukturwandel in der Wirtschaft, ließen die öffentliche Verschuldung in ungeahnte Höhen klettern, trieben die Inflationsrate in die Nähe zweistelliger Werte und schufen so alle Voraussetzungen für die nun so lauthals beklagte Arbeitslosigkeit.

Hat Farthmann dies wirklich alles vergessen oder spekuliert er auf die Neigung jener, denen törichte Versprechungen immer glaubwürdiger erscheinen als der reale Fortschritt, der sich leider nur in kleiner Münze erleben läßt? O Friedhelm.

## *Kranker Mann am Kanal*

Von Günther Friedländer

Der sieben Tage dauernde Streik des panamaischen „Landesverbandes organisierter Arbeiter" (Conato) sollte am vergangenen Wochenende mit einem „friedlichen Marsch" den Höhepunkt finden, aber es kam anders. Die Conato verlor die Kontrolle. Es kam zu Straßenkämpfen, bei denen ein Arbeiter das Leben verlor, Bombenanschlägen und Plünderungen. Der Sessel des Präsidenten, auf dem vor knapp sechs Monaten Eric Delvalle nach dem erzwungen Rücktritt seines Vorgängers Nicolas Ardito Barletta landete, wackelt wieder einmal.

Panamas Krise entwickelt sich im Zeitlupentempo. Ende Dezember erfuhren die Eingeweihten, daß Panama keine Beistandsanleihen des Internationalen Währungsfonds (IWF) mehr erhalten würde, weil es keinen Wirtschaftsplan vorlegte. Das würde neue Auslandskredite unmöglich machen. Erst am 28. Januar gab Präsident Delvalle im Fernsehen die „Grundsätze und Ziele der wirtschaftlichen Entwicklung Panamas" bekannt. Kritiker meinen, es sei der etwas attraktiver geschminkte, im übrigen aber gleiche Plan, der zum Sturz Ardito Barlettas geführt hatte. Er enthält vom IWF geforderte Sparmaßnahmen und sieht nicht näher definierte Einschränkungen der Rechte vor, die Panamas großzügige Arbeitsgesetzgebung den Arbeitnehmern zugesteht, verspricht dafür aber „keine Massenentlassungen im öffentlichen Dienst".

Im Hintergrund der neuen Krise steht abermals der Kommandant des Heeres, General Manuel Antonio Noriega, der anscheinend nur darauf wartet, daß die Zivilisten die Wirtschaftskrise lösen, um dann selbst die Regierung zu übernehmen. Der Panamakanal soll im Jahr 2000 in Panamas alleinigen Besitz übergehen. Das macht das Land zu einem gefährlichen Krisenherd. Noriega flirtete mehrmals mit Nicaraguas Sandinistas. Manche sagen ihm nach, in den Rauschgifthandel der Karibik verstrickt zu sein.

Die USA brauchen ein stabiles Panama und wollen es deshalb vor dem Zusammenbruch schützen. Aber auch in Zeitlupe ablaufende Ereignisse erreichen einmal den Höhepunkt. Was dann geschehen könnte, würde die schwelende mittelamerikanische Krise noch komplizieren.

## *Eigentumsgarantie*

Von Eugen Wolmarshof

Daß das Bundesverfassungsgericht soeben festgestellt hat, der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung falle unter die Eigentumsschutzgarantie des Grundgesetzes, hat einige Beobachter zu Spekulationen über „neuen Gegenwind für die Koalition bei der Neuregelung des Paragraphen 116" veranlaßt. Diese Spekulationen – inspiriert durch die Tatsache, daß der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, in seinem Gutachten gegen die Neuregelung des Paragraphen 116 diese Eigentumsgarantie geltend machte – gehen fehl. Die Entscheidung hat keinen Einfluß auf das neue Gesetz; das Gericht selbst gab dies zu verstehen.

Es ist unbestritten, daß Anwartschaften, die sich aus Einzahlungen in eine Versicherung ergeben, eigentumsrechtlich geschützt sind. In jenem Prozeß in Karlsruhe ging es darum, daß ein Diplompolitologe nach neun Monaten arbeitslos geworden war und ausgerechnet zum 1. Januar 1982 Arbeitslosenunterstützung beantragte, an dem eine neue Regelung in Kraft trat: Nicht mehr 180, sondern 360 Anwartschaftstage sind seither erforderlich, um Arbeitslosenunterstützung zu bekommen. Das Gericht fand, daß eine Übergangsregelung für diejenigen erforderlich gewesen wäre, die zu diesem Zeitpunkt bereits 180 Tage, aber noch keine 360 Tage Anwartschaft hatten.

Etwas ganz anderes ist es, wenn Arbeitslosigkeit bewußt herbeigeführt wird, um für die Arbeitnehmer Vorteile zu erstreiten. Für diesen Fall gilt in der Rechtslehre weitgehend unbestritten – Bendas Vorstoß ausgenommen –, daß die Arbeitnehmer hier ihr Risiko selbst tragen müssen und daß die staatliche Versicherung nur für diejenigen aufkommen kann, die von den Forderungen keinesfalls profitieren; „der Staat kann im Streikfall nicht zum Ausfallbürgen werden" (Professor Rupert Scholz). Vielmehr haben die Arbeitnehmer – die in ihrer überwältigenden Mehrheit gar nicht gefragt werden, ob sie mit dem jeweiligen Streik einverstanden sind – einen Anspruch darauf, vor willkürlichen Enteignungen geschützt zu werden, die daraus entstünden, daß „Minimax"-Strategen nach Belieben Streiks veranstalten und die Staatskasse leeren könnten. Diese müßte nämlich durch Beitragserhöhungen wieder aufgefüllt werden.



KLAUS BÖHLE

# Nach der Revolution

Von Fred de La Trobe

Der Jubel über den Sturz des Marcos-Regimes durch die friedliche Revolution des Volkes hält in den Philippinen an, aber erste besorgte Stimmen mischen sich in den Chor. Die Sorgen des Alltags haben die Regierung der Präsidentin Corazon Aquino eingeholt. Sie hat trotz mangelnder politischer Erfahrung einen passablen Start ihrer Regierung vorzuweisen. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihre Position nur dank kräftigen Rückenwindes aus dem Volk gefestigt ist.

Wenn es nicht gelingen sollte, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Philippinen zu lösen, müßte mit einem gefährlichen Auftrieb für die kommunistische Bewegung des Landes gerechnet werden. Denn der entscheidende Konflikt in der südostasiatischen Inselnation zwischen dem bürgerlichen Staat und dem kommunistischen Untergrund ist trotz des Sturzes von Marcos noch nicht ausgetragen. Die „Nationale Volksarmee" (NPA), der militärische Arm der verbotenen KP, kontrolliert etwa fünfzehn Prozent des Landes und verfügt über zwölf- bis fünfzehntausend bewaffnete Reguläre und eine etwa doppelt so große Miliz. Die von der NPA gehaltenen Gebiete sind straff durchstrukturiert und haben eine weitreichende Landreform verwirklicht. Nur wenn sich die Mindestbedürfnisse der verarmten Massen befriedigen lassen, kann der Kampf gegen den kommunistischen Untergrund mit Erfolg geführt werden. Über zwei Drittel der philippinischen Bevölkerung leben heute am oder unter dem Existenzminimum.

Mit dem Abgang von Marcos haben sich die wirtschaftlichen und sozialen Probleme nicht einfach aufgelöst. Zwar zeigt die Unternehmerschaft ein gewisses – noch keineswegs uneingeschränktes – Vertrauen in die Regierung, doch glaubt niemand, daß die Krise schnell überwunden werden kann.

Die ersten Maßnahmen der Regierung Aquino schlossen die Freilassung der 586 politischen Gefangenen des Marcos-Regimes aus der Haft und die Bemühungen ein, das vom Ex-Präsidenten außer Land gebrachte Vermögen von fünf bis zehn Milliarden Dollar für die Philippinen zurückzugewinnen. Die Freilassung der Kommunistenführer José Maria Sison und „Kommandant Dante" (Bernabé Buscayno) ist ein kalkuliertes Risiko, das mit der Hoffnung, die kommunistische Führungsspitze zu spalten, zu erklären sein dürfte.

Gleichzeitig hat auch die Reform der 274 000 Mann starken Streitkräfte eingesetzt, die unter Marcos korrupt geworden waren und viel an Schlagkraft verloren hatten. Auch gegen die Schwachstellen in der Wirtschaft geht die Regierung vor. Sie versucht, den staatlichen Einfluß zurückzuschrauben, der unter Marcos übermäßig groß war. Ferner sollen die Monopole zerschlagen werden, die der Ex-Präsident seinen Günstlingen als Pfründe vermittelt hatte. Bemühungen, das Fluchtkapital zurückzulocken, wurden eingeleitet.

Die Schlacht um die Demokratie läßt sich für die Regierung aber nur gewinnen, wenn eine Landreform veranstaltet wird, die die Großgrundbesitz-Oligarchien zerschlägt und dem Heer der verarmten Pächter hilft. Denkbar wäre die Übernahme des malaysischen Modells, unter dem die Regierung Agrargenossenschaften gegründet und das Land an kleine Bauern aufgeteilt hat, die es so lange behalten können, wie sie es bebauen.

Frau Aquino hat auch schon erste Kontakte zum kommunistischen Untergrund aufgenommen. Sie will den NPA-Rebellen eine sechsmonatige Feuerpause und Amnestie anbieten, wenn sie ihre Waffen abliefern und vom Ziel der gewaltsamen Gesellschaftsveränderung ablassen. Die Guerrilla ist zu Gesprächen über einen Waffenstillstand bereit, sie erklärte aber, daß sie ihre Waffen nicht aufgeben werde. Die NPA-Führer sind wohl nur zu Gesprächen bereit, weil sie Friedenswillen demonstrieren möchten. Sie werden aber wie schon bisher eine Teilnahme an der Regierung und den Abbau der amerikanischen Stützpunkte im Lande fordern.

Die Aussichten auf eine friedliche Lösung sind also gering. Wenn ein Friedensschluß nicht zu erreichen ist, will Frau Aquino die ganze Macht des Staates gegen die NPA einsetzen. Eine Schwäche der philippinischen Kommunisten ist das Fehlen einer charismatischen Führerpersönlichkeit wie vormals Mao Zedong in China oder Ho Chi Minh in Vietnam. Soziale Korrekturen und eine gerechte Landreform erscheinen als die besten Rezepte gegen die Aufständischen. Das zeigen auch die Beispiele Thailand und Malaysia, wo der kommunistische Untergrund in den letzten Jahren weitgehend austrocknete.

Um freie Hand für Reformen zu haben und die nötige Legitimität für ihr Programm zu erreichen, erwägt Frau Aquino, eine Revolutionsregierung zu proklamieren. Damit könnte sie die Fesseln der noch bestehenden Marcos-Strukturen – vor allem der unter Kriegsrecht verabschiedeten Verfassung – sprengen und die Nationalversammlung auflösen. Im Parlament hatte bisher die von Marcos gegründete „Partei für eine Neue Gesellschaft" (KBL) die Mehrheit. Durch Überläufer ins neue Regierungslager und die Abspaltung einer Splittergruppe ist diese Majorität zwar nicht mehr gesichert, doch könnten die Anhänger des Ex-Präsidenten Frau Aquinos Arbeit sabotieren. Und man täusche sich nicht: Marcos war und ist nicht ohne Anhänger. Frau Aquino geht einen schweren Weg, und er wird nicht leichter dadurch, daß sie an seinem Beginn ein Sonderrecht in Aussicht stellt – hatte man nicht die letzte Regierung gestürzt, weil sie unter Sonderrecht operierte? Natürlich verfolgt Frau Aquino andere Absichten. Gemessen aber wird sie an ihren Erfolgen.


Auch unter Sonderrecht? Frau Aquino mit einer Erklärung zur Wiederherstellung der Verfassungsrechte FOTO: DPA

## IM GESPRÄCH Jörn Söder

# Troupier und Analytiker

Von Knut Teske

Braungebrannt, 1,80 Meter groß, sportlich – so präsentierte sich gestern Generalmajor Jörn Söder, der neue Kommandeur der Führungsakademie in Hamburg. Er löste Dieter Clausz (51) ab, der als Kommandierender General des I. Korps in Münster zum Drei-Sterne-General aufsteigt und damit Vorgesetzter von mehr als 110 000 Soldaten zwischen Flensburg und Köln wird. Clausz ist auf dem Weg nach ganz oben.

Wieder einmal erwies sich damit die Chefposition der Führungsakademie – einer der anspruchsvollsten Posten, die die Bundeswehr zu vergeben hat – als Sprungbrett. Wie Clausz gilt der gleichaltrige Söder (bisher Kommandeur der 7. Panzerdivision in Unna) als Mann mit ausgewiesener Doppelbegabung: ebenso Troupier wie wissenschaftlich-analytisch geschulter Generalstäbler.

In seiner neuen Aufgabe wird er vor allem letztere Fähigkeiten auszuloten haben. Zu den absehbaren Problemen der Bundeswehr gehören das bedrohlich rückläufige Aufkommen von Wehrpflichtigen, der Einfluß der EDV in der Führung der Bundeswehr und die wachsende Internationalisierung militärischer Problemstellungen. Dabei dürfte der dritte Punkt dem gebürtigen Hamburger die wenigsten Schwierigkeiten bereiten. Wort- und weltgewandt und mehrsprachig, ist sein Aufstieg durch die Ränge immer wieder gekennzeichnet durch längere Auslandsaufenthalte in den USA und Großbritannien.

Im Oktober 1956 begann der Offiziersanwärter Söder bei der Infanterieschule Hammelburg. Fünf Jahre später avancierte er zum Kompaniechef beim Panzergrenadier-Bataillon 163 in Flensburg. Vor einundzwanzig Jahren, im April 1965, betrat Söder als Teilnehmer des 8. Generalstabslehrgangs des Heeres zum ersten Mal die Schule in Hamburg, deren Chef er gestern wurde: die Führungsakademie in Blankenese. Söder sagt man eine besondere Begabung nach, die


Das Sprungbrett: Neuer Chef der Führungsakademie, Söder FOTO: DIE WELT

auch seinen Vorgänger ausgezeichnet hat: Fingerspitzengefühl im Umgang mit Menschen. Auch im Schulbetrieb keine zu vernachlässigende Fähigkeit, sitzen doch auf den Bänken in der Clausewitz-Kaserne oft genug „feindliche Brüder" nebeneinander, nicht selten sogar Israelis neben Arabern. Der Ruf der Führungsakademie lockt längst nicht mehr nur Kameraden aus den NATO-Staaten an. Sogar Jugoslawen lassen sich hier in die Geheimnisse von Strategie und Taktik einweisen.

General Söder, ein Mann mit präzis gezogenem Scheitel, der – ganz im Gegensatz zu seinem offiziellen Foto – gern lacht, fühlt sich in der neuen Verwendung sichtbar wohl. Den Anfangsschrecken über die Berufung hat der Hobbygolfer („Handikap lausige 28") überwunden. Daß er mit der Führungsakademie einen „konsolidierten Betrieb" von Weltgeltung übernimmt, läßt er nur halb gelten: „Weltgeltung, ja; konsolidiert – gibt's das überhaupt?"

Vor den Beginn der Lehrtätigkeit haben die Götter freilich noch eine Reise gesetzt – vierzehn Tage durch Rotchina.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### The Washington Post

**Sie spekuliert über die mögliche Entwicklung in Nicaragua:**

Der schwierigste Part ist, Nicaragua wieder der Demokratie zuzuwenden. Wenn die USA die Contras im Stich lassen, werden die Sandinisten versucht sein, die kümmerlichen Reste von Pluralismus in Managua zu vernichten ... Das Zuckerbrot für ein Land, das wohl kaum auf Dauer von sowjetischer Unterstützung leben will, könnte der Zugang zu der verzweifelten benötigten Wirtschaftshilfe von europäischen Staaten und westlichen Banken sein. Die Peitsche wäre die Fähigkeit der lateinamerikanischen Staaten, Nicaragua wirtschaftlich und politisch auf kollektiver Basis zu isolieren.

### Kölnische Rundschau

**Sie bewertet die Verfahrensweise des Generalstaatsanwalts Schmitz gegen Kohl:**

Einmal mehr hat der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß den Nagel auf den Kopf getroffen. Denn sein Verdikt „Das ganze stinkt" trifft ziemlich genau ins Schwarze.

### WIESBADENER TAGBLATT

**Es meint zur Kernenergiepolitik in Hessen:**

Die Ablehnung eines dringlichen Antrages der FDP-Fraktion zur Kernenergie der Landesregierung durch die rot-grüne Mehrheit im hessischen Landtag war ein Schulbeispiel für miserablen parlamentarischen Stil, machte aber auch die Misere der Regierung in dieser Frage überdeutlich. Zweifellos stehen die Überlegungen, die der stellvertretende Ministerpräsident Krollmann am Wochenende auf dem nordhessischen SPD-Unterbezirksparteitag zur Frage eines Kernreaktors am Kraftwerksstandort Borken angestellt hatte, in eklatantem Widerspruch zur vereinbarten Koalitionspolitik. Daß die Opposition daraus politisches Kapital zu schlagen sucht und alle parlamentarischen Hebel in Bewegung setzt, um die Regierung in dieser Frage zum Bekenntnis zu zwingen, ist ihr gutes Recht. Vor allem aber bleibt es das Recht der Öffentlichkeit, über die Haltung der Regierung in der ohnehin umstrittenen Kernenergiepolitik eindeutig aufgeklärt zu werden. Dabei geht es nicht allein um Borken, wo nach den Krollmann-Äußerungen die Bevölkerung wegen der betroffenen Arbeitsplätze aufs äußerste beunruhigt ist.

### BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

**Das Karlsruher Blatt kommentiert die sicherheitspolitischen Vorstellungen der SPD:**

Gewiß: Bülow konnte sich nicht damit durchsetzen, seine Forderung nach Abzug fast aller Amerikaner, nach Umwandlung der Bundeswehr in eine Milizarmee und nach Verkürzung der Wehrdienstzeit auf sieben bis acht Monate in die verteidigungspolitische Vorlage für den SPD-Parteitag im Sommer 1986 hineinzuschreiben. Es muß aber bezweifelt werden, daß diese gefährlichen Gedanken damit von der Tagesordnung verschwunden sind. Es darf gewettet werden, daß sie beim Parteitag wieder auftauchen, und seit dem Debakel der „Atlantiker" in der SPD kann auch damit gerechnet werden, daß zumindest ein Teil dieses Unsinns demnächst offizielle SPD-Politik wird.

# Heute kaufen, morgen reparieren, übermorgen abreißen

**Minister Zöpel und das seltsame Geschäft zwischen Staatskasse und Neuer Heimat / Von Dankwart Guratzsch**

Bei dem neuen Typ von Geschäften, dem Ankauf von Wohnungen und ganzen Siedlungen der Neuen Heimat durch – vorzugsweise – sozialdemokratische Länderregierungen, geht es neben der Überlebenshilfe für den angeschlagenen Gewerkschaftskonzern natürlich auch um den wirtschaftlichen Gegenwert des Handelsobjektes: Was sind die Siedlungen heute und in Zukunft wert?

Das jüngste Geschäft dieser Art hat einen Preis auf 142 Millionen Mark für 2400 Wohnungen. Diese Summe wurde vom Städtebauminister Nordrhein-Westfalens, Christoph Zöpel, auf den Tisch geblättert. Die Leute von der Neuen Heimat waren offensichtlich so zufrieden, daß sie sogleich erklärten, sie wollten nun den gesamten Besitz an Wohnungen in diesem Bundesland veräußern.

Sie müssen dem Minister zutrauen, er könnte aus wahlpolitischer Voraussicht – die SPD möchte die Gewerkschaften in den kommenden Wahlkämpfen für sich einspannen – seine Worte von gestern vergessen haben. Damals hatte Zöpel just jenen Siedlungen, nämlich den Großblock- und Hochhausgettos der Trabantenstädte, eine rabenschwarze Zukunft prophezeit.

Es war im Sommer 1984, da überrumpelte der „fixe Christoph" seine Genossen im größten Bundesland mit einer atemberaubenden Vision: Man solle die Hochhäuser und Vorortsiedlungen „köpfen", denn immer mehr Wohnungen in den ungeliebten Schlafstädten stünden leer. Die Idee war dem Minister so wichtig, daß er sie in immer neuen Erklärungen präzisierte und erläuterte. Zöpel wurde damit zum Advokaten der Beseitigung und völligen Umgestaltung gerade jener Siedlungen, die zu einem guten Teil von der Neuen Heimat errichtet worden sind und als deren Aufkäufer der Minister jetzt ins Gespräch gekommen ist.

Liest man Zöpels Feststellungen von damals, so ist man überrascht, wie sehr sie mit seinem Handeln von heute kontrastieren. Zöpel nannte die Hochhaus- und Großblocksiedlungen „mißraten" und „schon heute nur noch schwer vermietbar". Nach seinen Schätzungen standen zu jener Zeit bereits 6000 Großblock-Wohnungen in seinem Bundesland leer, weitere 30 000 bis 40 000 seien „zeitweise nicht vermietet".

Die Schuld gab der Minister den Planungsideologen: „Wir erleben hier, wie eine offensichtlich sozialunverträgliche Wohnungsbau- und Städtebauideologie der sechziger Jahre zum Verlassen von Bauten und Häusern führt." Außerdem sei das Finanzierungssystem der siebziger Jahre (also der sozialliberalen Koalition) für diese Siedlungen falsch gewesen. Den Mietern drohten deshalb Mietpreissprünge. Schon in den neunziger Jahren, so Zöpel, werde man die Wohnkomplexe „umbauen" – das könnte bedeuten: abreißen – müssen, um menschenwürdigere Siedlungen entstehen zu lassen".

Mit einem anderen Argument ging der Minister sehr viel vorsichtiger um: der Reparaturanfälligkeit der Großblockbauten. Er demonstrierte sie lediglich am Beispiel der „Metastadt Wulfen", die einmal landauf, landab als „Beispiel für moderne Bauentwicklung" gefeiert worden war. Heute, nach elf Jahren, ist das Pilotprojekt zu einer regelrechten Tropfsteinhöhle verkommen. Zöpel: „Wir diskutieren ernsthaft darüber, die Metastadt Wulfen zu demontieren."

Inzwischen freilich haben Experten verschiedenster Disziplinen nachgewiesen, daß die „Metastadt" nur Vorreiter einer Baumängellawine ist, die in fünf bis zehn Jahren aus den Siedlungen der sechziger und siebziger Jahre über die Städte hereinbrechen wird – jenen Siedlungen also, die heute meistbietend zum Verkauf stehen. Erosionsschäden an Stahlbetonpfeilern und Balkonträgern summieren sich hier mit Schäden, die aus der Verwendung neuer und unerprobter Baumaterialien resultieren wie etwa von Fugendichtungen, Folien und anderen Materialien, die, wie sich heute zeigt, den Umweltbedingungen nur etwa fünfzehn Jahre gewachsen sind. Fachleute vom Deutschen Institut für Urbanistik kommen deshalb zu dem niederschmetternden Schluß:

„Das ist ein Problem, das heute erst am Anfang seiner Entwicklung steht, ganz abgesehen davon, daß sich manche Reparaturen schon wieder als reparaturanfällig erwiesen haben."

Weil Zöpel und andere „Einkäufer" bei der Neuen Heimat diese Gutachten kennen, weil sich der Exodus der Bewohner aus den Großblocksiedlungen fortsetzt und weil es bis heute kein anderes Rezept zur Sanierung derartiger Siedlungen gibt, als teure (und risikoreiche) „Nachbesserung" oder Abbruch, deshalb erhalten Geschäfte wie der Düsseldorfer 142-Millionen-Handel einen strengen Hautgout: Werden da Gefälligkeitsgeschäfte abgeschlossen, saniert eine Partei ihre Geschäftsfreunde auf Kosten des Steuerzahlers? Oder werden aus dem Massenangebot Filetstücke herausgeschnitten (und damit die Preise der Schlußverkaufsware weiter gedrückt)? Da gibt es vieles zu untersuchen.



# Es lockt das Angebot, doch es schockt der Preis

**Die Anstrengungen sind unverkennbar: Die „DDR" legt mehr Wert auf Konsum und Qualität. Doch eine wirkliche Zufriedenstellung der Verbraucher scheitert an hohen Preisen. Beobachtungen am Rande der Leipziger Messe.**

Von H. J. MAHNKE

Auf den ersten Blick gleicht das Schaufenster der Herren-Boutique *an der Grimmaischen* Straße in Leipzig, der Haupteinkaufsstraße der Messestadt, in diesen Tagen dem eines Textilgeschäfts an der Mönckebergstraße in Hamburg oder an der Hohen Straße in Köln. Es wird bunte Freizeitmode gezeigt, Formen *und Farben wie aus den Katalogen* von Versandhändlern, viel leichte Synthetik.

Was fehlt, sind die Preise. Die Ware ist nicht ausgezeichnet. Man kann sie aber kaufen. Es handelt sich nicht um Attrappen, gleich denen der Potemkinschen Dörfer, von denen es in der „DDR" einige gibt. In dem Eckgeschäft sind die *Regale* gefüllt. *Im* Verkaufsraum kann man auch erfah*ren, was die Hosen und Pullover ko*sten. Nach außen möchte man das doch lieber verschweigen – schon aus Scham, meinen einige.

## Ein kleines „e" steht für bessere Qualität

„Wer kann sich das schon leisten?" stellt eine ältere, sehr adrett gekleidete Leipzigerin fest. Sie habe im vergangenen Jahr nur einmal in einem solchen Geschäft gekauft. „Eine Cordhose für 178 Mark, die Ihr im Westen für 30 Mark bekommt." Mehr als die Hälfte ihrer monatlichen Rente sei dafür draufgegangen. Ihre Freundin habe jetzt einen ganz einfachen schwarzen Pullover für 130 Mark erstanden.

Von diesen Geschäften, an deren Tür ein kleines „e" in einem Quadrat prangt – es gibt auch entsprechende Plastiktüten –, wurden in den vergangenen Jahren mehrere allein in der Leipziger Innenstadt aufgemacht. Das kleine „e" steht für exquisit. Dort gibt es hochwertige *Konsumartikel*, allerdings zu saftigen Preisen, zumeist in der „DDR" hergestellt.

Sie wurden als Gegengewicht zu den Intershops geschaffen, wo West-Waren gegen harte Devisen gekauft werden können. In den Exquisit-Läden – wie auch in den Delikat-Geschäften für Nahrungs- und Genußmittel – wird mit Ost-Mark bezahlt. Sie sind auch ein Ventil, um den Unmut jener Funktionäre abzulassen, die über keine West-Kontakte verfügen *dürfen und daher ihren Konsum* auch nicht durch Zukäufe in den Intershops aufpolieren können. Und volkswirtschaftlich dienen diese Geschäfte der Geldabschöpfung, was notwendig ist, da trotz des Durchschnittseinkommens von 800 Mark wegen des häufig wenig attraktiven Angebots in den Familien viel Geld vorhanden ist.

Nach den Jahren, in denen alles dem Außenhandel untergeordnet wurde, steht jetzt aber auch der private Konsum in der „DDR" wieder höher im Kurs. So stieg im vergangenen Jahr der Einzelhandelsumsatz um 4,2 Prozent, 1983 lag die Rate unter einem Prozent. Allerdings geht ein Teil auf das Konto von Preissteigerungen, *die mit dem Hinweis, daß die Preise* für Grundnahrungsmittel, die Verkehrstarife und die Mieten seit 25 Jahren stabil geblieben sind, verschleiert werden sollen. „Was heißt das schon", schimpft ein Leipziger Kranführer, der während der Messe-Woche Urlaub genommen hat, um sich mit seinem Privatwagen als Taxi*fahrer etwas dazuzuverdienen*, „wenn ich für ein weißes Oberhemd fast 150 Mark bezahlen muß".

Aber es geschieht doch einiges. Die Leipziger Innenstadt wirkt während der Frühjahrsmesse bunter als noch im Herbst, wobei dort schon wegen der vielen Besucher aus anderen Ländern das Angebot besser als in den meisten Teilen der „DDR" ist. An der Grimmaischen Straße wurden neue Gastwirtschaften eröffnet, zuletzt die „Kümmel-Apotheke", eine Mischung aus Bar und Restaurant. Auch in den Vororten haben „Tagesbars" aufgemacht, häufig in privater Hand. Um die zum Teil schlechte Versorgung mit Dienstleistungen zu verbessern, *werden jene staatlich gefördert, die* sich selbständig machen wollen. Gesucht werden vor allem Handwerker, von Schustern bis zu Metzgern.

Überdies sollen die Kombinate, die Produktionsmittel herstellen, auch verstärkt Konsumgüter produzieren – Pkw-Anhänger vom Gaskombinat „Schwarze Pumpe" oder Babykostwärmer aus dem Kombinat Kabelwerke Oberspree zum Beispiel. Dadurch sollen Engpässe beseitigt werden.

*Ob dadurch auch Qualitäten* erreicht werden können, die für den Absatz im Westen reichen, ist äußerst fraglich. Erfolgversprechender ist da schon der Weg, der auch beschritten wird, durch den Kauf von Textilmaschinen den Standard der Erzeugnisse anzuheben. Auf der Suche nach neuen Möglichkeiten für den innerdeutschen Handel hat Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann *jetzt in Leipzig auch der „DDR"* den Rat gegeben, auf Verbrauchsgüter zu setzen. Ein besseres Marketing würde sich rasch auszahlen.

## Vielfach mangelt es an Flexibilität

Nach Angaben von Herbert Bittlinger vom Quelle-Vorstand ist die „DDR" für die Kauf- und Versandhäuser nach Italien und Hongkong der drittwichtigste Konsumgüterlieferant. An den Gesamtimporten des Einzelhandels sei sie mit zwölf Prozent beteiligt. Davon entfielen 77 Prozent *auf Textilien, der Rest auf Hart*waren wie Möbel und Porzellan. Bezogen werde *vor allem* Ware der unteren und mittleren Preisklasse.

Probleme hätte die „DDR", rasch auf Marktänderungen in Mode, Technik und Ausstattung zu reagieren. Preisanhebungen zur Unzeit wie jetzt, da die Konkurrenz aus Fernost wegen des niedrigen Dollarkurses stärker wird, könnten manches Geschäft kaputt machen, sagen die Einkäufer aus der Bundesrepublik. Die „DDR" *müsse* flexibler werden. Immerhin: Was im Leipziger Einerlei auffällt, ist das Normalmaß, was sich zwar sehen lassen kann, das aber auf den Weltmärkten niemandem aus den Händen gerissen wird.



**Hamburger, Pommes Frites und Limo – nicht unbedingt ein lukullisches, aber immer öfter ein Familien-Erlebnis**
FOTO: WOLFGANG VON BRAUCHITSCH

# *Die jungen Leute lassen die „schnelle Küche" hochleben*

**Die Jugend hat Bewegung in die gastronomische Landschaft gebracht: Die schnelle Mahlzeit für den größten Hunger zum kleinen Preis – das kommt vor allem, aber nicht nur bei der Jugend an.**

Von PETER ZERBE

Mittagszeit: Ein junges Paar im Leder-Look parkt sein kleines Motorrad. Zielstrebig gehen die beiden auf die Restaurant-Tür zu. Ein älterer Angestellter, *„fein in Schale", folgt ihnen hastig* durch den rotgelben McDonald's-Eingang. Eine junge Mutter, ein Kind an der Hand, das andere noch im Kinderwagen, vertraut sich wie selbstverständlich ebenfalls der „schnellen Küche" der Fast-Food-Gastronomie an, statt nach Hause zu hetzen und zu kochen. Und preiswert ist diese moderne Art der Ernährung ja allemal.

So wie hier am Hamburger Gänsemarkt wetteifern in der Bundesrepublik Deutschland rund 8000 Restau*rant-Kettenbetriebe täglich um* die Gunst der Kunden. Branchenriese und eindeutiger Marktführer bei der System-Gastronomie ist seit langem McDonald's. Allein im vergangenen Jahr wurden in den 228 Filialen 661 Millionen Mark umgesetzt.

Nach einer Untersuchung des Instituts für Jugendforschung in München im Auftrag der Zeitschrift „Fast Food-praxis", die auf der 60. Internationalen Fachausstellung für Gastronomie und Catering, für Bäckereien und Konditoreien (InternorGa) in Hamburg vorgelegt wurde, verfügen Kinder und Jugendliche im Alter von sieben bis 15 Jahren über eine jährliche Kaufkraft von etwa zehn Milliarden Mark. Taschengeld, eigene Sparguthaben und Geldgeschenke werden über kurz *oder lang von den Her*anwachsenden für größere Anschaffungen angelegt, doch ein erheblicher Teil fließt in den täglichen Konsum.

Als selbständige Konsumenten beeinflussen sie ihre Eltern erheblich. Schon um unnötige Diskussionen zu vermeiden, fügen sich die Eltern öfter als angenommen den Wünschen ihrer Kinder. Und diese Jugendgruppe wird im allgemeinen nur in den Betrieben der Fast-Food-Restaurants akzeptiert. In der Gruppe der zwölf- bis 25jährigen Konsumenten, sie ver*fügen über mehr Geld, haben die Sy*stembetriebe einen festen Kundenkreis. Die schnelle Mahlzeit, flott serviert oder vom Verkaufstresen geholt, ist ihnen wichtiger als Silberbestecke und Porzellan-Geschirr.

*Nach der Untersuchung* gehen 40 Prozent dieser Altersgruppe zwei- bis dreimal im Monat oder sogar mehrmals in der Woche in einen Schnellimbiß, 35 Prozent in ein Hamburger Restaurant und 33 Prozent in eine Pizzeria. Vor vier Jahren lauteten diese Zahlen noch 50 Prozent, 38 Prozent und 24 Prozent. Die meisten neuen Kunden bekommen die Pizzerien aus der Altersgruppe der zwölf- bis *16jährigen*. Bei *den zwölf- und* 13jährigen Mädchen und Jungen, die nach der Befragung einmal im Monat dorthin gehen, ist die Zahl von 16 auf 20 Prozent gestiegen.

Auch die ausländischen Restaurants, *in Hamburg sind von den etwa* 3800 Gaststätten-Konzessionen 800 an Ausländer erteilt, haben bei den Jugendlichen an Ansehen gewonnen. Besonders die 20- bis 25jährigen bevorzugen Steakhäuser und ausländische Gaststätten, weil *ihnen* für den Besuch mehr Geld zur Verfügung *steht als den Jüngeren. Bei den zwölf-* bis 25jährigen Befragten überwiegt die Meinung, daß Fast-Food-Lokale in den vergangenen Jahren besser und attraktiver geworden sind. Ihrer Ansicht nach sind die Auswahl größer, die Einrichtung schöner und die Speisen appetitlicher geworden als noch vor drei oder vier Jahren. Auch ständig neue Gerichte im Angebot haben zur Beliebtheit der Systembetriebe beigetragen.

Insgesamt hat die deutsche Gastro*nomie* 1985 (ohne Hotels und Hotelgastronomie) rund 30 Milliarden Mark netto umgesetzt. Die 33 größten Betriebe der Schnell-, Handels- und Systemgastronomie mit fast 3000 Filialen erlösten 4,5 Milliarden Mark Netto-Umsatz. Die Umsatzsteigerung der „Top 33" betrug gegenüber dem Vorjahr 250,7 Millionen Mark oder fast sechs Prozent. Dieses Plus liegt weit über dem Durchschnitt, denn nach *den letzten Zahlen des Statistischen* Bundesamtes in Wiesbaden sind die Gesamtumsätze im Gaststättengewerbe 1985 nominal lediglich um 0,2 Prozent gewachsen, real sogar um 1,4 Prozent zurückgegangen.

Im Vergleich zu vielen anderen *Branchen* präsentiert sich die Gastronomie noch vielfältig und bunt. Beachtet werden muß dabei aber, daß 77 Prozent aller etwa 120 000 Betriebe einen Jahresumsatz von weniger *als* 250 000 Mark erreichen, 41 Prozent sogar nicht einmal 100 000 Mark. Kein Wunder also, daß immer mehr Gastronomen finanziell nicht mehr klarkommen.

### *Die großen Fünfzehn*

Die größten Unternehmen der Fast Food-, Handels- und Systemgastronomie in Deutschland 1985

| Betriebsname | Umsatz (Mill. DM) | Filialen |
|---|---|---|
| McDonald's, München | 661,0 | 228 |
| BAB-Raststätten und Erfrischungsdienste, Bonn | 500,8 | 277 |
| Lufthansa Service, F'furt | 462,0 | 13 |
| Deutsche Schlafwagen und Speisewagen GmbH, Frankfurt | 313,3 | 156 |
| Wienerwald GmbH, München | 270,6 | 251 |
| *Kaufhof, Köln* | 237,0 | 137 |
| Hertie, Frankfurt | 222,1 | 104 |
| Karstadt, Essen | 220,0 | 137 |
| Nordsee, Bremerhaven | 214,5 | 293 |
| Mövenpick, Wuppertal | 154,2 | 24 |
| *Horten, Düsseldorf* | 118,5 | 59 |
| Kochlöffel, Lingen/Ems | 100,0 | 110 |
| Restaurationsbetriebe Stockheim & Co.KG, Düsseldorf | 85,0 | 18 |
| Burger King, Wiesbaden | 82,0 | 31 |
| *Kaub+Kuffler-Gruppe, München* | 78,2 | 56 |

# Der rechte Mann für den Balanceakt an der Seine

**Wird das politische Temperament des Gaullisten Jacques Chirac jene Kompromisse zulassen, die für den verfassungspolitischen Balanceakt in Paris nötig sind? Es scheint, daß er für diese Aufgabe der richtige Mann ist.**

Von PETER RUGE

Sein Bild trägt die Charakterzüge eines Hardliners, wer ihn näher kennenlernt, muß dieses Urteil jedoch schnell revidieren. Was die Öffentlichkeit zu sehen bekommt in diesen hektischen Stunden, ist ein Parteiführer, der sich im *Hôtel* de ville mit Freunden berät, seine Koalitions*partner* aus dem bürgerlichen Lager konsultiert, die Stufen am Elysée-Palast hinauf- oder herabeilt – freundlich lächelnd, im Maßanzug, kerzengerade die Haltung. Noch ist er der Bürgermeister der Hauptstadt.

*Vor zehn Jahren trug* Jacques Chirac schon einmal die Insignien der Macht. Am 25. August 1976 legte er aber das Amt des Premiers dem damaligen Präsidenten Giscard d'Estaing zu Füßen: „Ich verfüge nicht über die Mittel, die nach meiner Meinung zur Verfügung stehen müßten, um meiner Regierung ihre Effizienz zu sichern." *Das* zeigte einen Politiker, der zu keinem Kompromiß mehr bereit schien.



**Die Macht in Reichweite**
FOTO: STUDIO X

Dieser Eklat bedeutete eine Kampfansage an den Republikaner Giscard, der sich nach Chiracs *Meinung* zu weit nach links orientiert hatte, um den Zulauf zu den Sozialisten *ins* eigene Lager zu lenken. Chirac *begann, die* verstreuten Gaullisten um sich zu scharen, vier Monate später setzte er sich an die Spitze der „Sammlungsbewegung für die Republik", die RPR war als politische Kraft geboren.

Von Anfang an führte Chirac die RPR als Opposition. Er hielt das Schicksal Giscards in der Hand, indem er dessen neuen Premierminister Barre mehrfach an den Rand von Abstimmungsniederlagen brachte – was ihm der Professor aus Lyon sicher bis heute nicht vergessen hat. *Mit der Gefälligkeitspolitik Giscards* gegenüber dem Osten begründete Chirac 1981 seine Kandidatur auf das Staatspräsidentenamt – aber er griff zu hoch, nur 18 Prozent der Stimmen entfielen auf ihn. Und Giscard unterlag dem Sozialisten Mitterrand – was viele der Liberalen dem RPR-Führer zuschrieben.

Zwei mächtige Gegner im rechten Lager also, die sich nun als Verbündete ausgeben. Zumindest gelang es Chirac, diesen Ballast abzuwerfen, als er daranging, den Gaullisten ein neues Profil zu geben.

Chirac hat sich geändert in diesen 10 Jahren. Seine Impulsivität, seine Forschheit ist einer gewissen Distanz, einer Abgeklärtheit gewichen, die es nun anderen überläßt, den *politischen Gegner mit Polemik zu über*ziehen. *Das macht ihn zur Integra*tionsfigur, das läßt ihn auch für Giscardisten, Barristen und Christliche Demokraten als einzige Alternative erscheinen, als Garanten für die gemeinsame Regierungsplattform von RPR und UDF, der Union der Demokraten. Jacques Chirac, der Wunschpremier der Rechten.

Die Geschlossenheit in den eigenen Reihen, das war eine Voraussetzung für Chirac bei seinem Gang zum Elysée. Er tritt Mitterrand entschieden gegenüber, aber schwächer als er es sich wünschte, mit dieser knappen *parlamentarischen Mehrheit im* Rükken. „Dem Präsidenten stellt man *keine* Bedingungen", dieses Wort Mitterrands übernimmt Chirac sofort. Auch er beruft sich auf die Verfassung, die *nach seiner Auffassung* jeden Premierminister zuerst in die Verantwortung vor die Nationalversammlung stellt.

*In Wahrheit aber hält Mitterrand* die Schlüssel in der Hand. Jeder von ihm ernannte Premier übt politische Gewalt in seinem Namen aus, denn der Staatspräsident ist auch der Chef der Exekutive. Das ist also der Rahmen, den beide abstecken zu einem Kräftespiel, das den Namen „Cohabitation" trägt – eine Koexistenz, die auf einer Zusammenarbeit aufbaut, die in der 5. Republik erst noch eingeübt werden muß: das verlangt geradezu nach Kompromissen – von beiden Seiten.

„Es gibt keine wirklichen Probleme zwischen mir und dem Präsidenten", sagt Chirac, als er immer wieder gefragt wird, ob Vorbehalte des Präsidenten mehr die Personal-Überlegungen oder das Regierungsprogramm betreffen. Das könnte darauf schließen lassen, *daß beide Männer einen* Konsens gefunden haben – oder ist es *nur ein vorläufiger Waffenstillstand?*

# Diepgen will im Ost-West-Dialog auf gemeinsame Interessen setzen

**WELT-Interview mit dem Regierenden Bürgermeister nach seinem Besuch in Leipzig**

**Die Korruptionsaffäre hat das Selbstbewußtsein der Berliner nicht verändert. Der Regierende Bürgermeister: Offenlegung aller den Bürger interessierenden Fragen, das ist meine Devise.**

**WELT:** Gegen Sie, Herr Regierender Bürgermeister, werden nun keine Ermitthungen angestellt, aber die Korruptionsaffäre bleibt in den Schlagzeilen. Wird sie zu einem Dauerbrenner?

**Diepgen:** Berlin genießt insgesamt ein unverändert gutes Ansehen. Das beweisen Untersuchungen außerhalb Berlins zur Umfrage in Berlin. Der Charakter der Stadt und das neue Selbstbewußtsein der Berliner haben sich nicht verändert. Das, was Sie Affäre nennen, wird durch die Gerichte geklärt.

**WELT:** Was geschieht konkret?

**Diepgen:** Soweit Berliner Sonderheiten grell ans Tageslicht kamen, gibt es einschneidende politische Maßnahmen. Dabei können in der eingemauerten Stadt die so dringend für Wohnungen und Wirtschaftsansiedlung benötigten Grundstücke allerdings nicht vermehrt werden. Es geht um mehr Klarheit in Verwaltungsabläufen. Bei den im Regelfall korrekten und notwendigen Spenden an politische Parteien zur Lösung ihrer verfassungsmäßigen Aufgaben habe ich bereits im Vergleich zu anderen Bundesländern die schärfsten Regeln durchgesetzt. Die Parteien müssen sich selbst auch schützen, daß berechtigtes Mißtrauen der Bürger die demokratische Glaubwürdigkeit ihrer politischen Arbeit nicht erschüttert. Offenlegung aller den Bürger interessierenden Fragen, das ist meine Devise.

**WELT:** Berlin – in Ost und West – rüstet sich zur 750-Jahrfeier. Gibt es nach Ihrem Gespräch mit Honecker Chancen auf historische Markierungen, auf Gemeinsamkeiten?

**Diepgen:** Die Pläne und Gespräche zur 750-Jahrfeier sind noch nicht abgeschlossen. Gemeinsame offizielle Veranstaltungen wird es sicher nicht geben. Aber der Berliner Senat wird jede Möglichkeit nutzen, den Berlinern in Ost und West ein gemeinsames Erlebnis zum Stadtjubiläum zu ermöglichen. Orchester- und Theatergruppen können und sollten in Ost und West auftreten. Deutlich ist bisher eine Gemeinsamkeit: Die Stadt wird in ihren historischen Bezügen wieder aufgebaut.

**WELT:** Neue Farbtupfer im Stadtbild?

**Diepgen:** Nachdem das Zentrum Berlins lange Zeit städtebaulich nicht ausreichend beachtet wurde, rückte es jetzt in beiden Teilen der Stadt wieder in das Zentrum der Überlegungen. Hier gibt es gegenseitige Hilfestellung. So wie die Schloßbrückenfiguren aus dem Westteil jetzt wieder an ihrem alten Platz in Berlin-Mitte stehen, so werden auch weitere Baudenkmäler an ihrem ursprünglichen Platz aufgestellt. Der Berliner Senat hat dazu immer seine Bereitschaft bekundet. Das Schiller-Denkmal zum Beispiel wird wieder am Alten Gendarmenmarkt aufgestellt.

**WELT:** In Leipzig sprachen Sie davon, „sich auf praktische Dinge zu konzentrieren" und „der Dialog werde nicht an Berlin vorbeiführen". Was heißt das?

**Diepgen:** Deutschland ist durch seine Macht-, Sicherheits- und Ideologiegrenze geteilt. Auf das Praktische konzentrieren bedeutet, diese Tatsache zur Kenntnis zu nehmen und die Bemühungen zwischen Ost und West auf die Fragestellungen zu konzentrieren, bei denen es gemeinsame Interessen gibt. Meine Sorge ist stets, daß die Entspannungsbemühungen zwischen Ost und West und auch im innerdeutschen Verhältnis in ihren praktischen Ergebnissen an Berlin vorbeigeführt werden. Die Sorge habe ich in Leipzig vorgetragen und an Beispielen erörtert. Erich Honecker versuchte, mir diese Sorge zu nehmen. Hier gibt es viele Hoffnungen und Erwartungen der Berliner, vom Reise- und Besucherverkehr über die illegale Einreise von Ausländern, den innerdeutschen Handel bis hin zu Einzelfragen des Eisenbahnverkehrs.

**WELT:** Berlin versteht sich auch als Medienstadt, bringt sich aber vor allem mit der SFB-Krise ins Gespräch. Ist mit einem RIAS-Fernsehen zu rechnen?

**Diepgen:** Berlin will an die Tradition als Gründerstadt des Deutschen Rundfunks und Fernsehens anknüpfen. Hier geht es mir vor allem um Medien mit überregionaler Bedeutung. Der SFB wird die internen Querelen sicher bald überwinden. Ich bin optimistisch. Ein RIAS-Fernsehen könnte ab 1988 möglich werden.

**WELT:** In Ihrer Amtszeit hat sich die wirtschaftliche Situation Berlins verbessert. Halten Sie die Hoffnung auf rasch sinkende Arbeitslosenzahlen für realistisch? Sehen Sie angesichts des Ansiedlungswettlaufs der Bundesländer Chancen, neue Betriebe in die Stadt zu holen?

**Diepgen:** Mit der Berlin-Förderung werden politische Standortnachteile der Stadt, also Folgen der Teilung Deutschlands, ausgeglichen. Berlins regionale Wirtschaftspolitik hat in der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Industrie, der Förderung kleiner und mittelständiger Unternehmen, den Anstrengungen zur Ansiedlung von Dienstleistungsunternehmen sowie einer jetzt erst richtig anlaufenden großen Kampagne zur Umschulung und Weiterbildung der Arbeitnehmer gute Ausgangspositionen für neue Investitionen geschaffen. Auf meinem und dem Terminkkalender der Senatskollegen stehen immer wieder Grundsteinlegungen für neue Betriebe oder deren Erweiterung.

**WELT:** Über den Ausbau des Luftverkehrs und der Schiene wird viel geredet. Gibt es realistische Erwartungen auf Verkehrsverbesserungen?

**Diepgen:** Im Luftverkehr gab es eindeutige Verbesserungen. British Airways verstärkt ihren Regionaldienst und fliegt zusätzliche Orte in der Bundesrepublik von Berlin aus an. Gleiches gilt für PAN AM, die auch die internationalen Verbindungen Berlins verbessert. Nur so sind die Steigerungsraten im Luftverkehr zu erklären. Die Qualität soll weiter verbessert werden. Für den Schienenverkehr ist eine Einbeziehung der Strecke nach Berlin in die Ausbaupläne der Bundesbahn und den Aufbau des ICE-Systems aus meiner Sicht unumgänglich.

**WELT:** Wird Eberhard Diepgen, wie es manchmal aufgrund seiner Jugend scherzhaft heißt, bis ins Jahr 2000 Berliner Bürgermeister bleiben oder zieht es ihn - wie manche seiner Vorgänger - auch irgendwann nach Bonn? Sind Sie immun gegen derartige Reize?

**Diepgen:** Der Bürgermeister von Jerusalem, Teddy Kollek, sagte mir einmal: „Ein Bürgermeister, der seine Stadt mitgestalten will, muß sein Amt für viele Jahre innehaben." Er hat recht, und ich will danach handeln. Regierender Bürgermeister in Berlin ist eine faszinierende Mischung von den Aufgaben eines Oberbürgermeisters mit deutschland- und außenpolitischer Verantwortung.



**Eberhard Diepgen** FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

# Farthmann ruft nach mehr Staat

U. REITZ, **Düsseldorf**

Friedhelm Farthmann, SPD-Fraktionsvorsitzender im Düsseldorfer Landtag, wehrt sich vehement dagegen, „in die Ecke der Systemveränderer" gestellt zu werden. „Der Markt ist für mich nicht zu ersetzen", sagte der SPD-Politiker in einem WELT-Gespräch. Anlaß der Klarstellung: In einem zehnseitigen vertraulichen Papier mit dem Titel „Thesen zur Wirtschaftspolitik", das für eine Arbeitsgruppe des Parteivorstandes bestimmt war, listet Farthmann das Versagen der Marktwirtschaft auf und ruft nach dem „starken Staat". Der Düsseldorfer SPD-Fraktionschef zielt darauf ab, die „Leitlinien zur Wirtschaftspolitik" der SPD, die er für zu wenig konkret hält – Verfasser: Wolfgang Roth, wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Partei – zu ergänzen.

Farthmann gießt die Unzulänglichkeiten des Marktes in griffige Formeln: „Wir haben genügend Arbeitskraft – die wir nicht einsetzen können. Wir haben genügend Bedürfnisse – die wir nicht befriedigen können. Wir haben genügend Reichtum – den wir nicht verteilen können." Diese Widersprüche seien nur aufzulösen, „indem eine durchgreifende Umverteilung von Einkommen und Vermögen ... stattfindet". Farthmann weiter: „Der Markt kann dies nicht lösen. Dazu ist ein starker Staat ... nötig." Mit planerischen Elementen soll „marktwirtschaftlichen Fehlentwicklungen vorgebeugt" werden.

Als „Knackpunkt" seiner Vorstellungen bezeichnete Farthmann gegenüber der WELT seine Forderung nach einer Erhöhung der Staatsquote: Die öffentliche Hand verfügt über mehr Geld, das sie verteilen kann. Johannes Rau, SPD-Spitzenkandidat für die Bundestagswahlen, habe, so Farthmann, zwar keine „grundsätzlichen Bedenken" gegen sein Papier angemeldet, aber durchblicken lassen, daß eine Steigerung der Staatsquote mit ihm nicht machbar sei. Berichte und Vermutungen, nach denen der Farthmann-Vorstoß deshalb darauf ausgerichtet sei, Rau zu schaden, weist ersterer schroff von sich: „Das ist keine Tretmine gegen Rau."

Farthmann kann die Aufregung, die sein Papier in der SPD auslöste – Roth soll nach einem „Spiegel"-Bericht die Thesen seines Parteifreundes „etatistischen Käse" genannt haben – nicht verstehen. Schließlich habe er nicht an SPD-Tabuthemen gerührt: „Ich habe weder Verstaatlichung, noch Investitionslenkung oder die Erhöhung der öffentlichen Verschuldung gefordert", sagte er.

Die wirtschaftspolitischen Instrumente, für die Farthmann sich stark macht, zielen darauf ab, durch staatliche Investitionen in den Bereichen Umweltschutz, Verkehr und soziale Dienste die Versorgung der Bürger mit öffentlichen Gütern zu verbessern und einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten.

Finanziert werden soll das Ganze durch den Abbau von Steuerprivilegien, die Rücknahme der seit 1983 erfolgten Steuersenkungsmaßnahmen sowie die Erhebung einer Ergänzungsabgabe auf die Einkommen der Besserverdienenden.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

# Karlsruhe vor der Frage: Stiftungen – Parteiableger oder Eigengewächse?

HENNING FRANK, **Karlsruhe**

Sind die parteinahen Stiftungen selbständige Einrichtungen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen, oder reine Hilfsorganisationen der Parteien? Von der Beantwortung dieser Frage durch das Bundesverfassungsgericht wird es abhängen, ob der Klage der Grünen gegen die staatlichen Globalzuschüsse zur „gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildung" an die parteinahen Stiftungen Erfolg haben wird. Nur wenn die acht Mitglieder des 2. Senats in der mündlichen Verhandlung zu der Überzeugung gelangt sind, daß die Stiftungen „Eingangsschleusen für die Parteien im gesellschaftlichen Bereich" sind, wird Karlsruhe das von den Grünen erwartete Verbotsschild für weitere Staatsfinanzierungen der Stiftungen aufstellen.

## Grünes Vor-Urteil

Die Grünen-Rechtsanwälte Otto Schily und Reiner Geulen, die wie schon am Montag im Parteienfinanzierungsverfahren die Rolle von verfassungsrechtlichen Saubermännern spielten, ließen nichts unversucht, den Stiftungen das Etikett von Parteinebenorganisationen anzuheften. Für sie stand schon vor der Beweisaufnahme des Bundesverfassungsgerichts fest, daß die Stiftungen seit 20 Jahren verfassungswidrig Gelder aus dem Bundeshaushalt erhalten haben. Doch eben das wurde von dem Prozeßbevollmächtigten des Bundestages, dem Bonner Rechtsanwalt Konrad Redeker, nachdrücklich bestritten. Er wie auch Professor Josef Isensee von der Universität Bonn konnten nachweisen, daß auch zahlreiche andere Institutionen staatliche Gelder für ihre Arbeit erhalten: „Im weiten Feld zur Kultur gibt es heute kaum noch etwas, was nicht vom Staat gefördert wird."

Otto Schily, der seinen zweiten Auftritt vor dem Bundesverfassungsgericht in dieser Woche sichtlich genoß, verglich dagegen die Stiftungen mit Fußballmannschaften, die von dem im Bundestag vertretenen Parteien über den Bundeshaushalt finanziert werden und für diese in „schwarzen, weiß-blauen, roten und blau-gelben Trikots" auf dem Spielfeld Werbung betreiben.

Daß es nach wie vor, zumindest in personeller Hinsicht, eine enge Verknüpfung zwischen den Parteien und „ihren" Stiftungen gibt, machte die Aussage des Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung und langjährigen CDU-Generalsekretär, Bruno Heck, deutlich. So nachdrücklich er in Abrede stellte, daß die Ergebnisse der von seiner Stiftung in Auftrag gegebenen Umfragen an die CDU weitergeleitet werden oder gar für sie von Anfang an bestimmt sind, er mußte einräumen, daß die Partei trotzdem darüber in allen Einzelheiten informiert wird, da einige Vorstandsmitglieder der Konrad-Adenauer-Stiftung zugleich auch dem CDU-Bundesvorstand angehören.

Und auch bei den anderen drei Stiftungen haben im Vorstand führende Vertreter der Parteien das Sagen und darum auch Einblick in die Arbeit. Allerdings gelang es auch einem Strafverteidiger wie Otto Schily nicht, die Schatzmeister der Parteien und die Geschäftsführer der Stiftungen zu dem von ihm erhofften Geständnis zu bewegen, daß die Stiftungen die Parteien im Wahlkampf durch Entwurf von Reden oder die Organisation von Veranstaltungen unterstützen. Im Gegenteil: In ihrer Bildungsarbeit gibt es inzwischen viele Veranstaltungen, die nicht nur von Anhängern der ihr nahestehenden Partei, sondern auch von vielen Parteilosen und Mitgliedern anderer Parteien besucht werden. Allerdings würde wohl der von Otto Schily heute „in Aussicht" gestellte Aufnahmeantrag in die Konrad-Adenauer-Stiftung abgelehnt, weil dem Vorstand und der Mitgliederversammlung nach der Satzung nur CDU-Mitglieder angehören dürfen.

## Schily in der Defensive

Auch daß Schily den Vorschlag von Rechtsanwalt Redeker nicht aufgriff, auch für die Grünen eine politische Stiftung auf Bundesebene zu gründen, so sah er sich doch durch den Hinweis des Bonner Rechtsanwalts in die Defensive gedrängt, daß zumindestens die Landesverbände der Grünen in Berlin und Baden-Württemberg inzwischen stiftungsähnliche Einrichtungen geschaffen haben, die vornehmlich aus staatlichen Mitteln gefördert werden. Offensichtlich hat zumindest in dieser Hinsicht bei den Grünen ein Umdenken eingesetzt. Dies hielt Schily freilich nicht davon ab, weiter im Gewande des Davids auzutreten, der das Grundgesetz vor den finanziellen Begehrlichkeiten eines übermächtigen Goliath schützen will.

# Mit „Eins Plus" will die ARD Fakten schaffen

**Steht der Rundfunkanstalt ein Rechtsstreit ins Haus?**

GERNOT FACIUS, **Bonn**

Ein Fernsehprogramm macht Furore, das es noch gar nicht gibt, vielleicht gar nicht geben wird. „Eins Plus", von der ARD konzipiert aber „ohne ausreichende Rechtsgrundlage" (so die Mehrheit der Ministerpräsidenten) für den Start am 29. März vorbereitet, wird eher die Juristen als die professionellen TV-Kritiker beschäftigen. Einen solchen Konflikt hat es in der Geschichte des deutschen Rundfunks noch nicht gegeben: Die Rechtsaufsicht führende baden-württembergische Landesregierung schickt dem Südwestfunk-Intendanten Willibald Hilf, zur Zeit erster Mann der ARD, eine „Abmahnung" ins Haus. Und Hilf, einst die rechte Hand des Ministerpräsidenten Kohl in Mainz, antwortet der Regierung des Parteifreunds Späth in Stuttgart, man werde sich nicht irritieren lassen und wie geplant am Ostersamstag das „europäische Kulturprogramm" über den Satelliten Intelsat 5 ausstrahlen.

Die widerspenstige ARD möchte sich mit einem Kunstgriff rechtlich absichern. „Eins Plus" wird in den Verlautbarungen der Intendanten als „Versuchsprogramm" deklariert. Man versucht auf diese Weise eine Parallele zum 3-SAT-Programm des ZDF zu ziehen, das seit mehr als einem Jahr gesendet wird. Aber im Gegensatz zu „Eins Plus" gibt es für 3-SAT einen Beschluß aller Regierungschefs der Länder aus dem Jahre 1984. Inhalt: Das ZDF wird auf die Dauer von drei Jahren ermächtigt, dieses Programm auszustrahlen. Staatssekretär Schleyer von der Staatskanzlei in Mainz: „Einen ähnlichen Beschluß der Ministerpräsidenten für ARD Eins Plus gibt es nicht."

An ein „Versuchsprogramm" glaubt ohnehin niemand. Denn, so die Einschätzung auch in der ARD, „was einmal am Satellitenhimmel ist, bleibt oben". Im Klartext: Es sollen Fakten geschaffen werden, möglichst zu Lasten der Privaten. Die Zweifel gelten auch der Firmierung als „Kulturprogramm überwiegend deutschsprachigen Ursprungs, mit europäischem Akzent". Denn bislang ist nur bekannt, daß die ARD eine Serie von Wiederholungen auf die Bildschirme schicken möchte. Ist dann nicht auch SAT 1 ein „Kulturprogramm"? „Eine merkwürdige Form von Kulturbegriff", hält das Stuttgarter Staatsministerium der ARD vor. Hausherr Lothar Späth ist einer der Väter des „Kulturkanal"-Gedankens. Ihm schwebte etwas anderes vor. Der Stuttgarter Ministerpräsident dachte damals auch an eine Kooperation mit Privaten.

Bis zum Freitag kann der SWF als federführende Anstalt der ARD Widerspruch gegen die rechtlichen Schritte aus Stuttgart erheben. Bleibt er stur, wird Baden-Württemberg eine Einstweilige Verfügung beantragen. Interessant dürfte sein wie sich die Post verhält. Sie hat mit der ARD eine Vereinbarung über die Ausstrahlung geschlossen. Die Post wird sich daran halten müssen, daß die „Einspeisung" Ländersache ist. Verhält sie sich anders, riskiert das CDU-geführte Postministerium einen Konflikt mit den Ministerpräsidenten der Union.

# Neuorientierung in der Hilfe für die Dritte Welt

dpa, **Bonn**

Die Bundesregierung hat am Mittwoch neue Grundlinien für die Entwicklungshilfepolitik verabschiedet, die die 1980 noch unter der sozialliberalen Regierung aufgestellten Grundsätze ablösen. Die im 37seitigen Grundsatzpapier vorgenommene Neuorientierung war nach Angaben des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke (CSU), nötig, weil sich das entwicklungspolitische Umfeld in der ersten Hälfte der 80er Jahre verändert habe. Als Stichworte nannte der Minister nach der Kabinettssitzung vor Journalisten die Verschuldung zahlreicher Entwicklungsländer, die wirtschaftliche Dauerkrise in Afrika und die internationale Ernüchterung über ausbleibende Erfolge.

Kern der Neuorientierung sei die Klarstellung, daß Entwicklung nur durch die Entfaltung der schöpferischen Kräfte der Menschen in den Ländern der Dritten Welt erfolgen könne. Die erforderlichen Rahmenbedingungen für „Hilfe zur Selbsthilfe" müßten die Entwicklungsländer schaffen. Wichtig sei die Verbesserung der Wirksamkeit der Hilfe auch durch verbesserte Abstimmung mit anderen Gebern einschließlich multilateraler Organisationen sowie eine Verstärkung der Erfolgskontrolle. Durch mehr Zusammenarbeit unter den Organisationen solle Doppel- und Dreifacharbeit vermieden werden. Entwicklungspolitik dürfe nicht mit außenpolitischen Querelen verquickt werden. Bonner Hilfe soll vorrangig den ärmeren Entwicklungsländern zugute kommen.



# *Frankreichs Supervogel in Leipzig – Frühlingsbote eines Linienabkommens?*

H.-R. KARUTZ, Leipzig

Frankreich will es mit Bonn nicht verderben, auch wenn Paris an dem Plan einer *ständigen Fluglinie* nach Leipzig über die Bundesrepublik Deutschland hinweg, aber außerhalb der Luftkorridore, weiterarbeitet. Die Bundesregierung verweigert jedoch bisher die dafür notwendigen Überflugrechte. Berlins Schutzmacht Frankreich will zwar an dem Projekt, das Ost-Berlin mit der staatlichen Air France *plant, festhalten,* aber zugleich jede Gefährdung des unkontrollierten Berlin-Flugverkehrs vermeiden: „Berlin ist Berlin, und Leipzig ist Leipzig", betonte der Air-France-Chef für Osteuropa bei einer Pressekonferenz in Leipzig.

Die Pläne von Air France und der staatlichen „Interflug" hatten in den vergangenen Wochen für erhebliches Aufsehen gesorgt. Bonn und die beiden anderen West-Alliierten, die USA und Großbritannien, befürchteten, nach den forcierten Lufthansa-Plänen für gewinnträchtige Charterflüge mit Westtouristen in die „DDR" *gefährde nun die Air France,* das sensible Geflecht der Alliierten Ansprüche durch die originären Flugrechte der westlichen Siegermächte in den drei Luftkorridoren nach Berlin.

## Wenig Passagiere

Paris nutzte nun die erste, von Tausenden von Schaulustigen, verfolgte Landung des westlichen Wunderwerks „Concorde" in der „DDR", um für notwendige Klarstellungen zu sorgen. Von westlichen Journalisten *immer wieder auf* diesen Punkt hingedrängt, stellte Jacques Enxerian als zuständiger Air-France-Direktor fest: „Es stimmt, wir arbeiten am Projekt einer Linie Paris–Leipzig. Aber bisher gibt es noch nicht einmal eine Vereinbarung darüber zwischen Interflug und Air France. Folglich fehlt auch ein Abkommen zwischen Ost-Berlin und Paris. Selbst wenn die ersten beiden Voraussetzungen erfüllt wären, müßte man sich über Routen und die Überfluggenehmigungen einigen."

Woran es bisher hapert, ließ der französische Repräsentant nicht im Bodennebel: „Zwischen Frankreich und der DDR reisen viele Geschäftsleute und auch viele Touristen – aber vielleicht nicht genügend nach unserem Geschmack." Das Passagieraufkommen wäre vermutlich – denn welcher normale *„DDR"-Tourist* darf an die Seine jetten – per saldo viel zu gering, um mit Aussicht auf Gewinn zu fliegen.

An dieser Stelle griff vehement der Chef der Interflug, Generaldirektor Klaus Henkes – zugleich Generalleutnant der „DDR"-Luftstreitkräfte – ein: „Es wird keine Linie zwischen *Paris und Leipzig* geben, die für uns nicht wirtschaftlich vertretbar wäre." Falls Bonn die Überflugrechte für den direkten Linienweg Leipzig–Paris verweigert, müßt die Interflug – sie soll zunächst zweimal wöchentlich unter einer gemeinsamen Flugnummer mit der Air France an die Seine fliegen – den kostspieligen Umweg über die Ostsee, Dänemark und die Niederlande oder über Norditalien und Südfrankreich nehmen.

Ob sich eine solche Route selbst dann lohne, werde sein Unternehmen *„sorgfältig prüfen", meinte* Henkes. Immerhin gebe es auch eine Reihe „reicher Generaldirektoren von großen DDR-Kombinaten", die häufig geschäftlich nach Frankreich unterwegs seien. Der Chef der „DDR"-Flugflotte wehrte sich heftig gegen die Vermutung, *Ost-Berlin* bereite einen politischen Coup vor und wolle die Paris-Linie über Leipzig zum Ostberliner Flughafen Schönefeld verlängern, um auf diese Weise dann dem Berlin-Flugverkehr von Tegel aus durch die üblichen Dumpingpreise der Interflug allmählich das Wasser abzugraben.

*Henkes protestierte:* „Uns verbinden mit Air France ehrliche, aufgeschlossene und *kommerzielle* Beziehungen. Ohne jeden Trick und Hintergedanken, *wie es uns leider einige* Medien hier in die Schuhe schieben wollen. Uns *sind* solche Gedanken niemals gekommen. Wenn *wir* fliegen, dann fliegen wir von Leipzig nach Paris – ohne Tricks und ohne doppelten Boden." Es bleibe jedenfalls bei der 1980 getroffenen Entscheidung, den gesamten „DDR"-Inlandsflugbetrieb einzustellen – *folglich* scheide eine Verlängerung von Leipzig nach Ost-Berlin aus.

## Chancen für Lufthansa

Auf die Frage der WELT an Henkes, ob denn auch die Zusammenarbeit mit der Lufthansa – von den Alliierten *mit Skepsis verfolgt* – vorankomme, reagierte Henkes voller Zuversicht: „Im Interesse der Menschen" gäbe es auch außerhalb des regelmäßigen Messerverkehrs noch viele Chancen, die *Geschäftsverbindungen* „mit Gewinn" auszubauen.

Die Möglichkeiten der *begeisterten* Leipziger, den Überschallvogel „Concorde" näher als auf mehrere hundert Metern Entfernung zu betrachten, waren gleich null: „Aus Sicherheitsgründen", wie ein Interflugmanager auf die Fragen antwortete, sei eine *Publikums-Besichtigung nicht denkbar.* So stapften die Leipziger, durch Zeitungsnotizen und Mundpropaganda informiert, über die aufgeweichten Rübenäcker rings um den Flughafen Schkeuditz, halfen sich gegenseitig mit Ferngläsern aus und murmelten *einmal ums andere „einwandfrei",* das höchste „DDR"-Lobeswort.

*Nach der französischen* und britischen „Concorde" – sie unternahm am Mittwoch von London aus eine Stippvisite – müssen sich die Leipziger nun wieder mit dem Überschalldruckwellen *sowjetischer Mach-Art* begnügen – dem Knall der MiG-Jäger *am mitteldeutschen Himmel.*

# Der philippinische Funke springt jetzt auch nach Südkorea über

**Die Opposition dringt auf Verfassungsreform / Regierung Chun geht in Wartestellung**

FRED de LA TROBE, Tokio

Der Sturz des Marcos-Regimes auf den Philippinen hat sich auf das politische Klima Südkoreas deutlich ausgewirkt. Die oppositionelle Neue Demokratische Partei Koreas (NKDP) hat ihre Kampagne zur Sammlung von zehn Millionen Unterschriften, *die für eine Verfassungsänderung* erforderlich sind, jetzt wieder verstärkt. Das abgewandelte Grundgesetz soll auf eine Direktwahl des Präsidenten durch das Volk hinauslaufen statt wie bisher auf eine Auslese des Staatsoberhaupts durch ein 5000 Mitglieder zählendes Kollegium.

Nach Ansicht der Opposition kann ein solches *Kollegium* von der Regierung leicht manipuliert werden. Die NKDP bestreitet außerdem die Legitimität der 1981 unter Kriegsrecht verabschiedeten Verfassung, da bei der Abstimmung über sie die freie Meinungsäußerung eingeschränkt war.

## Unterstützung der Kirchen

Der „Nationalrat der Kirchen Koreas", *der die sieben Millionen* evangelischen Christen des Landes repräsentiert, hat sich voll hinter die Unterschriftenkampagne gestellt. „Wir glauben aus tiefster Seele, daß Gott in diesem Augenblick unserer Geschichte die Demokratie verwirklicht *sehen möchte", erklärte der Vorsitz*ende des Rats, Pastor Kim Jee Gil.

Auch das Oberhaupt der 1,5 Millionen koreanischen Katholiken, Kardinal Stephan Souhwan Kim, sprach sich für die Verfassungsänderung aus. Ein Zirkular, das in 125 katholischen Kirchen vor Ostern verlesen werden soll, verurteilt die Bestrebungen der Regierung von Präsident *Chun Doo Hwan, die Unterschriften*kampagne zu unterdrücken.

Noch im vergangenen *Monat* waren alle Unterschriftenwerber mit siebenjährigen Zuchthausstrafen bedroht und mehr als hundert Oppositionelle festgenommen oder unter Hausarrest gestellt worden. Seit dem Sturz des Marcos-Regimes gehen die Behörden behutsamer vor und die Regierung ging auf Wartestellung. Die *Festgenommenen wurden freige*lassen und der Hausarrest für die beiden Dissidenten Kim Dae Jung und Kim Young Sam aufgehoben.

Präsident Chun Doo Hwan ist, wie es der gestürzte Marcos war, ein autoritärer Präsident, ohne starken Rück*halt im Volk. Er will, zumindest* vorläufig, an der Verfassung festhalten. Doch die Ungeduld mit dem paternalistischen System greift in Südkorea um sich.

Der führende Oppositionspolitiker Kim Dae Jung erklärte: „Unser Volk ist von den Ereignissen auf den Philippinen sehr beeindruckt und ermutigt." *Kim darf sich politisch nicht* betätigen, da eine umstrittene Haftstrafe gegen ihn lediglich ausgesetzt wurde. Ihm wurde bedeutet, daß er mit erneuter Inhaftierung zu rechnen habe, wenn er sich mit Kritik an der Regierung nicht zurückhalte. Unverblümt formulierte dagegen der Politiker Kim Young Sam auf einer Demonstration in der vergangenen Wo*che die Forderung der Opposition:* „Wir wollen die Demokratie in Korea durch nationales Einvernehmen wiederhergestellt sehen. Anderenfalls wird Chun ins Exil gezwungen oder ein tragisches Ende finden."

## Kritik aus Amerika

Einige Beobachter *erklären* das vorsichtigere Taktieren der Regierung Chun auch mit der Bestürzung über die letzthin schärfere Kritik aus Amerika und einer notwendigen Imagepflege vor der Europareise des Präsidenten im April, die ihn nach London, Paris, Bonn und Brüssel führen wird. Der Abgeordnete David P. Obey, Vorsitzender eines Untersuchungsausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses, forderte, daß Washington von Südkorea eine schriftliche Zusage für Reformen verlange. Die USA halten weiterhin 40 000 Soldaten in Südkorea stationiert. „Nach all dem Geld und Blut, das wir in das Land geschüttet haben, scheint es mir, daß wir nicht viel da*für herausbekommen"*, kritisierte der Abgeordnete. (SAD)

# Marcos-Papiere schlagen in den USA hohe Wellen

wth. Washington

Die vom amerikanischen Zoll be*schlagnahmten* Dokumente aus dem Besitz des ehemaligen philippinischen Präsidenten Marcos haben Gerüchte aufleben lassen, daß Marcos eine Reihe von führenden amerikanischen Politikern, unter ihnen Jimmy Carter und Ronald Reagan, mit Geldspenden im Wahlkampf unterstützt haben soll.

Die Papiere sollen die Namen von 20 US-Politikern enthalten, die von *Marcos* angeblich Geldzuwendungen erhalten hätten. Die Rede ist von 50 000 Dollar für Jimmy Carter und Ronald Reagan und 10 000 Dollar für den demokratischen Senator Alan Cranston. Die Dokumente geben jedoch keine schlüssige Antwort darauf, ob diese Beträge wirklich gezahlt wurden. Die Annahme von Wahlgeldern durch ausländische Regierungen oder Privatpersonen steht in den USA unter Strafandrohung.

Das Weiße Haus dementierte gestern, das jemals derartige Beträge an Ronald Reagan gezahlt worden seien. Zweifel am Wahrheitsgehalt der Dokumente drängen sich allerdings auf. So ist es nur schwer vorstellbar, daß Marcos 10 000 Dollar an Senator Cranston gezahlt hat, der seit vielen Jahren einer der schärfsten Marcos-*Kritiker* ist.

Bereits in der vergangenen Woche hatte es *spekulative* Berichte gegeben, daß Marcos die Wahlkampagnen Reagans in den Jahren 1980 und 1984 mit Millionenbeträgen unterstützt habe. Sie sind bis heute nicht erhärtet worden. Außerdem ist es schwer *nachzuvollziehen, daß solche* Zuwendungen den scharfen Finanzkontrollen in amerikanischen Wahlkämpfen entgangen wären.

Die beschlagnahmten Unterlagen, die Marcos mit nach Hawaii gebracht hatte, sollen darüberhinaus Auskunft über die Herkunft, den Umfang und den gegenwärtigen Ort des beträchtlichen *Marcos-Vermögens* geben, das auf bis zu zehn Milliarden Dollar geschätzt wird. Ein amerikanischen Gericht hatte Kopien dieser Dokumente am Montag der neuen philippinischen Regierung unter der Präsidentin Aquino und dem amerikanischen *Kongreß* zugestellt.

Die Dokumente sollen auch das Ausmaß der Korruption des Marcos-Regime enthüllen und Aufschluß darüber geben, in welcher Höhe ausländische Firmen, vor allem amerikanische und japanische, Gelder direkt an *Marcos* zahlten, um mit der philippinischen Regierung ins Geschäft zu kommen. Der Kongreßabgeordnete Stephen Solarz kündigte an, daß er diese Dokumente der Öffentlichkeit zugänglich machen wolle.



# Zweifel an Demjanjuks Rolle

dpa, Tel Aviv

*Der von den USA an Israel* ausgelieferte mutmaßliche Kriegsverbrecher John Demjanjuk hat bei seinem gestrigen Verhör weiterhin bestritten, mit dem gesuchten „Iwan dem Schrecklichen" aus dem Todeslager Treblinka identisch zu sein. Israel be*schuldigt den 86 Jahre* alten ehemaligen Ukrainer, er sei im Zweiten Weltkrieg in Treblinka für den Tod von fast 900 000 Juden mitverantwortlich gewesen.

Vergangene Woche hatte ein 85 Jahre alter Spanier erklärt, „Iwan der Schreckliche" sei während eines Aufstands in Treblinka am 2. August 1943 *getötet worden. Diese Darstellung* sowie die Behauptung im Brief eines inzwischen verstorbenen Israeli aus Tel Aviv, wonach „Iwan der Schreckliche" in Treblinka umgekommen sei, wurden vom Leiter der Jerusalemer Gedenkstätte für die jüdischen Nazi-Opfer „Jad Waschem" bestritten.

# Intensive Kontakte Ägypten–UdSSR

dpa, Kairo

*Die Sowjetunion* sieht *vielfältige* Möglichkeiten für eine außen- und handelspolitische Zusammenarbeit mit Ägypten. In einem gestern von der Kairoer Tageszeitung „Al Ahram" *veröffentlichten Interview* erklärte der sowjetische Botschafter in Ägypten, *Alexander Belonogow,* in diesem Bereich gebe es ein „weites Feld für Kooperation". Die Ansichten der Sowjetunion und Kairos seien in vielen Punkten „identisch".

Kommende Woche wird der ägyptische Wirtschaftsminister Sultan Abu Ali zur Unterzeichnung eines fünfjährigen Handelsprotokolls nach *Moskau* reisen. *Außerdem dürfte die* Frage der 1976 von Kairo für zehn Jahre ausgesetzten Rückzahlung von ägyptischen Altschulden auf der Tagesordnung stehen. Ihre Höhe wird von sowjetischen Diplomaten mit 2,5 Milliarden Dollar (5,6 Milliarden *Mark*) angegeben.

# Warschau erwähnt die Deutschen

JGG, Köln

*Zum ersten Mal* hat eine polnische Publikation zugegeben, daß es noch Deutsche innerhalb des polnischen Machtbereichs gibt. In einem Rechenschaftsbericht über „Die Minderheitenkultur" in Polen bemerkte die Warschauer „Wochenrevue" (Przeglad Tygodniowy), daß „einige Tausend Deutsche" in ihrer Stammheimat in Polen leben. Aus dem Bericht geht weiter hervor, daß die Deutschen im Gegensatz zu anderen Minderheiten keinen eigenen Kulturverband besitzen.

Diese Ausführungen stehen im krassen Widerspruch zu den bisherigen Berichten und Kommentaren, die zum Thema „deutsche Minderheit" in letzter Zeit in Polen erschienen sind. Nur in einer Äußerung war kürzlich nachzulesen, daß man, sollte es eine solche Minderheit geben, sie aus „politisch-historischen" Gründen nicht *als solche anerkennen könnte.*

# Militärbischof rügt Verhalten von zwei Pastoren

epd, Bonn

Soldaten haben nach Auffassung des evangelischen *Militärbischofs* Heinz-Georg Binder (Bonn) das Recht, bei kirchlichen Amtshandlungen die Uniform zu tragen. Binder nahm damit Stellung zu den Bedenken zweier Bremer Pastoren, einen Feldwebel in Uniform zu trauen. Die Pressestelle des Bundesverteidigungsministeriums hatte darüber hinaus berichtet, ein Panzergrenadier aus Hemer (Westfalen) sei veranlaßt worden, seine Uniform gegen eine Ziviljacke auszutauschen, als er in der evangelischen Gnadenkirche in Duisburg-Neumühl getraut werden wollte.

*Militärbischof Binder* erklärte gestern gegenüber dem Evangelischen Pressedienst (epd), es gehe den betreffenden Pfarrern offenkundig um eine Demonstration ihrer persönlichen Überzeugung. Mit einem solchen „schroffen Verhalten" erreichten sie jedoch das Gegenteil von dem, was ein Seelsorger anstreben sollte: nämlich Nachdenklichkeit und das Gespräch.

Binder sagte, durch die Verweigerung einer Trauung in Uniform grenze der Pfarrer einen anderen Menschen aus. „Wenn ein evangelischer Christ kommt, der die Überzeugung vertritt, daß er mit seinem Beruf als Soldat dem Frieden am besten dient, so muß dies meiner Überzeugung nach vom Pfarrer respektiert werden, auch wenn er die Auffassung nicht teilt." Eine ganz andere Frage sei es, ob der Soldat bei dieser Amtshandlung – oder *überhaupt in der Kirche* – Waffen tragen solle. Binder meinte, Waffen seien in der Kirche fehl am Platz.

# Geißler kündigt Union für die Senioren an

**Generalsekretär lehnt Einheitsrente ab / CDU-Kongreß**

SABINE RICHTER, Bonn

In der CDU soll es künftig eine eigene Union für die ältere Genera*tion geben. Auf einem Senioren-Kon*greß seiner Partei erklärte CDU-Generalsekretär Heiner Geißler gestern, einen entsprechenden Vorschlag werde er auf dem Parteitag nach der Bundestagswahl machen.

Auf der Veranstaltung, die unter dem Motto „Selbständig – sicher – geborgen – Für ein glückliches Leben *im Alter" stand,* betonte Geißler vor 1500 Teilnehmern die Bedeutung langfristig gesicherter Renten für ein lebenswertes Leben im Alter. Er kündigte an, daß schon in der nächsten Legislaturperiode Entscheidungen getroffen würden, die den Auswirkungen des veränderten demographischen Aufbaus auf alle Alterssicherungssysteme Rechnung tragen sollen.

Obgleich die Renten auch für die Arbeitnehmer, die in den nächsten zwei Jahrzehnten in Rente gehen, sicher seien, müßten auf Grund des veränderten Altersaufbaus der Bevölkerung (mehr *Rentner,* weniger Beitragszahler) Neuordnungen statt*finden,* um die Renten auch für die junge Generation zu sichern.

Bei einer Reform müsse der Generationenvertrag aufrecht erhalten werden, um auch den jungen Beitragszahlern eine sichere und leistungsgerechte Rente im Alter zu garantieren und die *Belastungen* der Beitragszahler in Grenzen zu halten. Geißler: „Es geht um die Weiterentwicklung, nicht um die Beseitigung der tragenden Elemente unserer Rentenversicherung".

Als Grundsätze hierfür sollten, so *Geißler, gelten:*

– Keine Einheitsrente. Die Rente ist *Alterslohn für die Leistung* im Arbeitsleben. Zwischen Leistung und Gegenleistung *muß* auch in Zukunft ein enger Bezug stehen.

– Um den Drei-Generationen-Vertrag in der Rentenversicherung zu sichern, muß die Familienpolitik aktiviert werden, das heißt Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für junge *Familien* müssen gefördert werden.

– Die Renten sollen in gleichem Maße steigen wie die Arbeitseinkom*men.* Der Bundeszuschuß muß auf eine neue, verläßliche Grundlage gestellt werden.

– Flexible Altersgrenzen. Arbeitnehmer müssen nicht nur früher, sondern auch später als bisher in den Ruhestand gehen können.

Die zweite wichtige Säule der sozialen Sicherung im Alter sei, so Geißler, die Gesundheitspolitik. In Zukunft solle sich die medizinische *Versorgung stärker an den Grundsatz* „Ambulante Hilfe geht vor stationärer Versorgung" halten.

Die Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Rita Süssmuth, sprach sich vor allem gegen Diktate in der Altenpolitik aus. Den alten Menschen dürfe ihr Leben nicht vorgeschrieben werden. Zu einem le*benswerten Leben im Alter* gehöre insbesondere altersgerechtes Wohnen, Gesundheit und eine menschenwürdige Pflege. Dabei sei der ambulanten Hilfe der Vorzug vor stationärer Versorgung zu geben.

# *Saurer Regen aus USA erbost Kanadier*

FRITZ WIRTH, Washington

Es war dies eine „grüne Woche" in Washington. Der St. Patricks Day, der *Feiertag der „grünen" Insel Irland,* löste zunächst unter den beiden „ersten Iren der Nation", Ronald Reagan und Thomas O'Neill, dem Sprecher des Repräsentantenhauses, die sich politisch seit Jahren auf Kollisionskurs befinden, eine bemerkenswerte persönliche Annäherung und Verbrüderung aus. Es folgte ein zweitägiges Treffen mit dem kanadischen Premierminister Brian Mulroney, das ebenso im Zeichen der irischen Herkunft beider Staatsmänner stand, und beide machten schließlich ein „grünes" *Thema zu ihrem Hauptgesprächsstoff:* den Kampf gegen die *Luftverschmutzung* durch den sogenannten sauren Regen.

*Amerikanisch-kanadische* Begegnungen sind bisher der einzige Anlaß, bei denen „saurer Regen" *für die* Amerikaner ein Thema wird, und sie sind nicht allzu begierig, ihm frontal zu begegnen, sondern versuchen, Zeit zu gewinnen. Das Problem jedoch ist für die Kanadier seit langer Zeit eine schwere Belastung ihres Verhältnisses zu Washington.

Die amerikanische Taktik indes ist kaum noch länger durchzuhalten. Die Kanadier selbst haben ein Umweltschutzprogramm verabschiedet, das bis zum Jahre 1994 die Emissionen umweltschädlicher Giftstoffe in den kanadischen Industriegebieten um 50 Prozent reduzieren soll. Ronald Reagan hatte bei der Begegnung mit Mulroney im letzten Jahr einem ähnlichen Programm nicht direkt zugestimmt, sondern zunächst einen Untersuchungsbericht angefordert, der den Anteil amerikanischer Luftverschmutzung an diesem Problem prü*fen soll.* Der Bericht liegt inzwischen vor, läßt keine Zweifel daran, daß der „saure Regen", der ein beträchtliches Waldsterben in Kanada verursacht hat, zum Teil auch in den USA seinen Ursprung hat, und bringt die Reagan-Administration damit in Zugzwang. *Die amerikanische Beteiligung* an diesem kostspieligen Programm dürfte angesichts der angespannten Haushaltslage jedoch kaum den von den Kanadiern erwarteten Ausmaßen entsprechen.

Beide Staatsmänner konzentrierten sich am ersten Tag ihrer Gespräche zunächst auf verteidigungspolitische Probleme. Sie beschlossen dabei die Verlängerung des „Nordamerikanischen Luftverteidigungsabkommens" (Norad) zwischen beiden Ländern für weitere fünf Jahre. Das *Abkommen, das seit dem Jahre 1958* gültig ist, wäre im Mai dieses Jahres abgelaufen. Die Kanadier hatten in jüngster Zeit darauf gedrängt, in den Vertrag Klauseln einzubringen, die die Verletzung des amerikanisch-sowjetischen ABM-Vertrages aus dem Jahre 1972 ausdrücklich verhindern sollen. Die kanadische Regierung ist *zugleich auf deutliche Distanz zum* geplanten amerikanischen SDI-Programm gegangen.

Differenzen bestehen zwischen beiden Regierungen auch im Nicaragua-Konflikt, dessen Diskussion *deutlich den Mulroney-Besuch* in Washington überschattete. Während Ronald Reagan gerade um Finanzhilfe für die Contras kämpft, unterstützt Kanada Nicaragua mit Wirtschaftshilfe.

# Das sandinistische Nicaragua wirkt wie eine kubanische Kopie

Von WERNER THOMAS

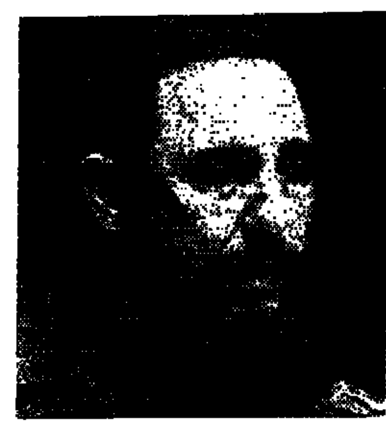
In einem Monat, am 17. April, wird Fidel Castro eine triumphale Jubiläumsfeier veranstalten. Dann jährt sich zum 25. Mal das Schweinebucht-Desaster jener antikommunistischen Invasionsarmee, die Washingtons Geheimdienst CIA damals in dem Nicaragua der Somoza-Ära zusammengestellt hatte. Die Schweinebucht gilt heute als eine heroische Stätte der kubanischen Revolution.

Das Stichwort „Schweinebucht" kursiert dieser Tage wieder und zwar im Zusammenhang mit dem zweiten sozialistischen Staat Lateinamerikas, Nicaragua. Viele Beobachter der mittelamerikanischen Szene entdecken Parallelen zur damaligen Situation:

- ein marxistisches Regime, das keine Verhandlungen über die Machtfrage duldet und sich immer enger an das Ostblock-Lager bindet.
- eine von CIA-Experten formierte Guerrilla-Truppe, die Contras, die wahrscheinlich aus eigener Kraft ihr erklärtes Ziel, die Veränderung der Machtverhältnisse, nicht erreichen kann.
- eine US-Regierung, der die schwierige Entscheidung droht, ob sie militärisch eingreifen soll oder nicht, wenn sich die endgültige Niederlage der Rebellen abzeichnet.

Der Konflikt zwischen der westlichen Supermacht und der kleinen Campesino-Nation (drei Millionen Einwohner) war vorprogrammiert. Schon in den Tagen nach dem Sturz der Somoza-Diktatur (19. Juli 1979) spielte Radio Sandino kubanische Revolutionsmusik. Wenige Monate später tauchten die ersten Kalaschnikows auf, via Kuba geliefert. Heute wirkt Nicaragua wie eine kubanische Kopie: Massenorganisationen, Blockwartverbände, politische Sondergerichte, ideologische Indoktrinierung in den Kindergärten, Schulen und Universitäten. Ein gewaltiger Sicherheits- und Militärapparat, die Freundschaft zum sozialistischen Lager und der „revolutionäre Internationalismus" bilden die Fundamente der Außenpolitik.

Hinter dem Begriff „Internationalismus" verbirgt sich die Unterstützung marxistischer Guerrilla-Bewegungen Lateinamerikas. Beim ersten Jahrestag des Revolutionstriumphes – prominentester Gast: Fidel Castro – ließen die Sandinisten die Menge skandieren: „Wenn Nicaragua gesiegt hat, wird auch El Salvador siegen." Maurice Bishop, der marxistische Premier Grenadas, der später von radikalen Rivalen ermordet wurde, gab die Parole: „Morgen El Salvador, übermorgen Guatemala, dann ganz Mittelamerika." Das amerikanische Herrenmagazin „Playboy" fragte Innenminister Tomas Borge: „Ist Nicaragua ein Domino-Stein? Wird die Revolution nun nach El Salvador, Guatemala, Honduras und dann auch nach Mexiko exportiert?" Borge antwortete: „Eine historische Voraussage Ronald Reagans, die absolut stimmt."



Der Meister: Castro FOTO: DPA

**Die marxistische Führung Nicaraguas fühlt sich siegesgewiß. Dank kubanischer und sowjetischer Hilfe verfügt Managua heute über die stärkste Streitmacht Mittelamerikas und über Kontakte zu fast allen Guerrillagruppen. Der ungleiche Kampf der Contras gegen das Regime in Managua scheint entschieden. Muß sich Washington mit einem zweiten Kuba abfinden?**

Der Schüler: Ortega FOTO: MEHNER

Der „revolutionäre Internationalismus" entspringt nicht nur einem missionarischen Sendungsbewußtsein, sondern auch einem Selbsterhaltungstrieb. „Die Expansion ist Systemimmanent", meint ein westlicher Diplomat in Managua. Sowohl Kuba als auch Nicaragua wollen durch eine revolutionäre Nachbarschaft ihren Isolationsstatus abbauen. Es gibt kaum eine marxistische Rebellenorganisation Lateinamerikas, die keine Kontakte zu Havana oder Managua unterhält. Als der nicaraguanische Staatschef Daniel Ortega Anfang Februar zum dritten kubanischen Parteikongreß nach Havana flog, begleiteten ihn Guerrilla-Führer aus El Salvador, Guatemala und Honduras.

Die USA waren in den ersten eineinhalb Jahren der sandinistischen Herrschaft der größte Geldgeber. 120 Millionen Dollar flossen von Washington nach Managua. Die expansive Revolution (El Salvador) führte dann noch in den letzten Tagen der Präsidentschaft Carter zur Einstellung weiterer Hilfeleistungen und zur ersten Konfrontation.

Ende 1981 autorisierte Ronald Reagan den Geheimdienst CIA, eine antisandinistische Rebellenorganisation auf die Beine zu stellen. Anfang 1983 eröffneten die „Demokratischen Kräfte Nicaragus" (FDN) ihren Krieg. Wenige Monate später folgte der sandinistische Deserteur Eden Pastora mit seiner „Demokratischen Revolutionsallianz" (ARDE). Die FDN-Truppen kämpften im Norden von Honduras aus, die ARDE-Partisanen im Süden, Costa Rica diente als Hinterland.

Aber der amerikanische Kongreß verweigerte, unterstützt von den liberalen Medien, den Contras jede weitere militärische Hilfe. Die FDN-Truppen mußten sich durch Privatspenden finanzieren. Der Kongreß gewährte nur 27 Millionen Dollar „humanitäre" Mittel. Die sandinistischen Comandantes nützten den Zeitgewinn zu einer massiven Aufrüstung. Zwischen Mai 1984 und Juni 1985 schickte der Ostblock via Kuba tonnenweise Waffen, darunter auch Kampfhubschrauber des Typs MI-24, die von den Sowjets in Afghanistan eingesetzt werden. Die „Sandinistische Volksarmee" (EPS) umfaßt heute 120 000 Soldaten und Reservisten. Während die Sandinisten aus einem reichen Rekrutierungsreservoir schöpfen, behinderten sie durch Zwangsumsiedlungen der renitenten Campesino-Bevölkerung des Nordens (etwa 80 000 Menschen) den Überläuferstrom zu den Rebellen.

Die letzten spektakulären Aktionen der Contras liegen mehr als sechs Monate zurück. Probleme der Versorgung und Logistik zwangen die Partisanen zum Rückmarsch in die Basislager. Die meisten FDN-Rebellen warten heute in Honduras auf eine weitere Militärhilfe der Reagan-Regierung – und verzehren jene Lebensmittel, die mit den „humanitären" Gaben des Kongresses finanziert werden. Niemand weiß, wieviele Nicaraguaner noch gegen die Marxisten in Managua kämpfen wollen. Die Vermutungen bewegen sich zwischen 6000 und 20 000.

Der bisherige Verlauf dieses ungleichen Kampfes beeindruckt auch die Nachbarschaft. Die Regierungen von Honduras und Costa Rica bemühen sich in öffentlichen Erklärungen um einen Ausgleich mit den Sandinisten. Die salvadorianische Regierung schweigt zum Contra-Thema. Allerdings bauen zur Zeit 180 Soldaten eines amerikanischen Pionier-Bataillons eine strategische Straße im Norden Costa Ricas an der Grenze zu Nicaragua. In Honduras haben die US-Streitkräfte bereits eine militärische Infrastruktur für alle Eventualitäten geschaffen.

Die meisten Beobachter der Entwicklungen in Nicaragua bezweifeln, daß die antisandinistischen Rebellen das sandinistische Regime je in ernste Gefahr bringen werden, selbst wenn der Kongreß Ende dieser Woche die Wünsche Reagans erfüllen sollte. So sieht das auch Tomas Borge. Er sagt: „Wenn uns die Yanquis stürzen wollen, müssen sie schon selbst kommen."



## Nach Kritik an Swapo entlassen

idea, Windhuk

Der Generalsekretär des namibischen Kirchenrates, Shejavali, hat zwei Mitarbeiter des Kirchenrates entlassen, nachdem sie Kritik an der Widerstandsorganisation Swapo geübt hatten. Direktor Attie Beukes und Erika Beukes hatten als Sprecher eines Komitees von Angehörigen verschwundener Swapo-Mitglieder die Guerilla-Organisation schwer belastet und von unhaltbaren Zuständen in Swapo-Lagern gesprochen. Der Schritt Shejavalis ist im Kirchenrat kritisiert worden; der Landespropst der deutschen evangelisch-lutherischen Kirche in Südwestafrika, Blank, sagte, vor einer Entlassung hätte die Exekutive des Kirchenrates gefragt werden müssen.

## Im Fall Palme Verdächtiger frei

rtr/AP, Stockholm

Der im Zusammenhang mit der Ermordung des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme angeklagte 32jährige Schwede Viktor Gunnarsson soll freigelassen werden. Dies kündigte der Stockholmer Polizeichef Hans Holmer gestern an. „Ein wichtiges Glied in der Indizienkette ist gebrochen", sagte Holmer zur Begründung der Entscheidung. Man habe mit einem Zeugen gesprochen und dieses Gespräch habe nicht das erwartete Ergebnis gehabt. Der für heute angesetzte richterliche Haftprüfungstermin fällt aus. Gleichzeitig gab der Polizeichef bekannt, daß vor zwei Tagen ein weiterer Mann festgenommen worden war. Auch diese Person werde in Kürze freikommen.

## Beim Thema EG zeigt Ankara Bereitschaft zum Kompromiß

### Hoffen auf Bonn / Delegation des Bundestags in der Türkei

M. WEIDENHILLER, Ankara

„Herr Jenninger, gucken Sie mal." Der Tourist aus Mülheim läßt schnell die Kamera klicken und verkündet stolz: Wir sind eine Sekunde lang dabeigewesesen bei einem Besuch, den die Türken herbeigesehnt hatten. Bundestagspräsident Philipp Jenninger, begleitet von seiner Frau Ina und fünf Abgeordneten des Bundestages, ist der ranghöchste Besucher eines demokratischen Landes in der Türkei seit dem Eingreifen der Militärs im Jahre 1980.

Einem touristischen Entree im noch winterkalten Istanbul, einem Empfang beim Gouverneur, einer Kranzniederlegung auf dem deutschen Soldatenfriedhof schloß sich das Arbeitspensum in Ankara an. Staatspräsident Evren, Premierminister Özal und Parlamentspräsident Karaduman nahmen sich ebenso wie Parteiführer und Abgeordnete viel Zeit für die Gäste aus Bonn.

Für die Türken, die jahrelang auf der Anklagebank der Weltöffentlichkeit saßen, bedeutet der Besuch Prestigegewinn, vor allem aber Ermutigung, den nach den Wahlen des Jahres 1983 eingeschlagenen Weg der Demokratisierung fortzusetzen. Im Mai schon kann der rote Teppich wieder ausrollen. Bundespräsident Richard von Weizsäcker wird zu einem offiziellen Besuch erwartet.

Die Normalisierung in der Türkei ist spürbar. Mit der Aufhebung des Kriegsrechts (bis auf fünf Provinzen im östlichen Grenzgebiet), seiner Umwandlung in den „nationalen Notstand" (in 14 Provinzen) verschwanden die Militärs von den Straßen. Der Druck wich von den Menschen. Die Medien ducken sich nicht mehr, sie greifen – wie auch die Partei – heiße Themen auf und schonen die Regierung nicht mit Kritik. Im Parlament wurde ein Gesetz verabschiedet, das den Strafvollzug ändert. Es sieht eine Minderung von sechzig Prozent des Strafmaßes vor. Achtzig Prozent aller Häftlinge kommen dadurch frei. Die in letzter Zeit heftige Diskussion um eine Generalamnestie ist damit zumindest entschärft worden.

### Neue Vitalität

Im politischen Leben erwacht neue Vitalität. Die Parteien regen sich, haben vor allem in den vergangenen zwölf Monaten Eigendynamik entwickelt. Dem Parlament haftet allerdings ein Makel, denn unzufrieden sind diejenigen, die nicht bei den Parlamentswahlen, wohl aber bei den Kommunalwahlen teilnehmen durften und erfolgreich waren.

Der regierenden Mutterlandpartei von Premier Özal erwächst in der Sozialdemokratischen Volkspartei mit 83 Mandaten eine immer stärker werdende Herausforderung für die Wahlen, die für 1988 vorgesehen sind. Zwischen ihren Führern Turgut Özal und Aydin Güren Gürkan werde es „zu einem Zweikampf" kommen, prophezeien Kenner der Szene schon jetzt. Meinungsumfragen geben ihr 40, der Özal-Partei nur 32 Prozent. Özal wirkt auf Jenninger „sehr selbstbewußt". Und über Gürkan sagt er: „Er spricht fließend deutsch, ein Mann, der vielleicht in drei Jahren Regierungschef ist. Wir sollten das nicht auf die leichte Schulter nehmen." Für den Abgeordneten Rumpf (FDP) ist Gürkan „Schiedsrichter" für die Demokratie in der Türkei.

### Menschenrechtsprozesse

Kritikwürdig bleibt freilich so manches in dem Land, das bis 1980 auf einen Bürgerkrieg zutrieb. Noch sind die Gewerkschaftsgesetze eingeengt, hapert es mit der Autonomie an den Hochschulen. Und dann die Menschenrechte. Jeder Menschenrechtsverletzung werde nachgegangen. 2000 Prozesse laufen. Bei 400 sei mit Verurteilungen zu rechnen, wird den Bonner Gästen gesagt. Systematische Folterung gibt es gegenwärtig wohl nicht, gleichwohl wird Klage über Folter geführt.

Die Türkei drängt es nach Europa. Sie strebt die Vollmitgliedschaft in der EG an. Sie muß daher westeuropäischem Anspruch in Sachen Demokratie genügen. Die Türken, voll von Vertrauen, ja Bewunderung für die Deutschen, erwarten ganz einfach, so Jenninger, daß „Bonn sie an die Hand nimmt und in die EG führt".

Einer Vollmitgliedschaft stehen allerdings zahlreiche Hindernisse im Weg. Die Türkei kam nicht einmal den in dem Assoziierungsabkommen von 1963 geforderten Verpflichtungen nach. Das betrifft den Abbau der Zölle, aber auch eine Anpassung im Agrarbereich. Jenninger hat sowohl Premier Özal wie Außenminister Halefoglu „den Rat gegeben", gegenwärtig keine Vollmitgliedschaft zu beantragen. Özal, dessen Regierung auch enge Wirtschaftsbeziehungen zu den islamischen Ländern und zu den USA unterhält, bleibt optimistisch.

Noch völlig offen ist, wie die Freizügigkeit gehandhabt werden soll, auf die die Türken vom 1. Dezember 1986 an auf Grund des Assoziierungsvertrags Anspruch haben. Mit 1,4 Millionen Türken ist vor allem die Bundesrepublik gefordert. Die hohe Arbeitslosigkeit hierzulande läßt jedoch nicht zu, den Türken volle Bewegungsfreiheit zu gewähren. Ankara aber beharrt – schon aus innenpolitischen Gründen – auf seinem Recht. Es läßt aber auch durchblicken, daß es bei einer „wohlwollenden Haltung" zu einem Kompromiß bereit sei. Um Geld also geht es, um höhere Militär- und Finanzhilfe. Verhandelt wird bereits. Das nächste Mal im Juni auf der Ebene von Staatssekretären.

**Europas Astronomen hoffen, den Einblick in das Universum noch in diesem Jahrhundert beträchtlich erweitern zu können. Nach jahrelangen Vorarbeiten sind jetzt die Planungen für das größte optische Teleskop der Welt so gut wie abgeschlossen. Gestern wurde das Projekt in Garching erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt.**

# Vier Spiegel schärfen den Blick der Astronomen



Das 16-Meter-Teleskop setzt sich aus vier gekoppelten Spiegeln zusammen FOTO: ESO

Von HORST DALCHOW

Bislang existiert es erst auf dem Reißbrett, doch Anfang der *90er Jahre soll es in 2400 Metern* Höhe auf dem Gipfel des Bergs „La Silla" in Chile installiert werden: das 16-Meter-Teleskop der „Europäische Organisation für astronomische Forschung in der südlichen Hemisphäre" (European Southern Observatory; ESO). Die Gesamtkosten werden gegenwärtig mit 300 Millionen Mark veranschlagt. Sie werden von den Regierungen der Staaten, die an der ESO beteiligt sind (Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Frankreich, Italien, Holland, Schweden und Schweiz) getragen.

## Von einem Berg in Chile blickt Europa ins All

Diese zwischenstaatliche Organisation unterhält auf dem chilenischen Berg am Südrand der Atacama-Wüste schon seit vielen Jahren eine Beobachtungsstation mit sieben Teleskopen, die mehr als einen Meter Spiegeldurchmesser besitzen. Das größte, 1976 fertiggestellte Instrument hat einen Spiegeldurchmesser von 3,6 Metern. Es wird hauptsächlich für die Beobachtung extrem lichtschwacher Sterne und Galaxien eingesetzt. Sie gehören zu den am weitesten entfernten Objekten im All, *die jemals beobachtet wurden, und* haben wesentliche Erkenntnisse über die Struktur und Entwicklung des Universums geliefert.

Das Gebiet des Observatoriums umfaßt rund 800 Quadratkilometer. Die Nächte in der Gegend sind zumeist wolkenlos und erlaubten in der Vergangenheit zum Beispiel Aufnahmen der Balken-Spiralgalaxie „NGC 1365", die rund 100 Millionen Lichtjahre von der Erde entfernt ist. Dennoch sind die Astronomen mit den bisher möglichen Beobachtungen nicht zufrieden. Um den Ursprung des Universums zu ergründen, wollen sie neue Objekte entdecken und vor allem die bekannten genauer analysieren. Der wissenschaftliche und technische Fortschritt hat es nun – zumindest theoretisch – ermöglicht, ein 16-Meter-Teleskop zu konstruieren und zu errichten. Die bislang größten Instrumente mit einem *Durchmesser bis zu sechs Metern* wurden damit weit übertroffen. Neueste Entwicklungen deuten darauf hin, daß in nicht allzu ferner Zukunft selbst Teleskope mit einem Spiegeldurchmesser bis zu 25 Metern gebaut werden können.

Der Durchbruch zu den riesigen Dimensionen wurde möglich durch die Erkenntnis, daß die Zusammenschaltung mehrerer kleiner Spiegel zu den gleichen Ergebnissen führt wie die eines großen. Dennoch bedarf *die Astronomie noch relativ großer* Reflektoren, um das schwache Licht ferner Sterne und Galaxien einzufangen und zu analysieren. Das neue 16-Meter-Teleskop wird sich aus vier Spiegeln mit einem Durchmesser von jeweils acht Metern zusammensetzen. Ein Computer macht es möglich, das einfallende Sternenlicht so zu konzentrieren, als wäre es mit einem einzigen Spiegel von 16 Metern Durch*messer aufgenommen worden. Damit* wäre noch das Licht einer auf dem Mond brennenden Kerze erkennbar.

## Neue Werkstoffe machen größte Präzision möglich

Auch die Herstellung von Spiegeln mit acht Metern Durchmesser aus einem Guß war und ist jedoch nicht möglich: Sie würden viel zu schwer und würden sich, wenn auch nur um Bruchteile von Millimetern, verformen. Neue Werkstoffe und neue *Techniken ermöglichen es jetzt*, größte Teleskopspiegel aus mehreren Teilen mit *höchster Präzision* zusammenzusetzen. Von den deutschen Firmen Zeiss, Schott, Krupp und MAN liegen die ersten Konzepte vor. Über die Arbeitsweise des geplanten „VLT" (Very Large Telescope) gaben Mitarbeiter der ESO auf einer Pressekonferenz im Hauptsitz der Organisation in Garching bei München bereits präzise Auskünfte. Ob das einfallende schwache Licht von einem oder mehreren Spiegeln gesammelt wird, sei kaum von Bedeutung. Die Konstruktion des neuen Instruments stelle eine zuverlässige Fokussierung sicher. Zudem sei das System äußerst flexibel. Die vier 8-Meter-Spiegel könnten je nach Bedarf einzeln oder zusammen *benutzt* werden. *Damit* würden die Beobachtungsmöglichkeiten *zusätzlich* erweitert.

Als revolutionär gilt auch, daß für das vierteilige Rieseninstrument keine konstante Überdachung vorgesehen ist. Es wird lediglich bei ungewöhnlich schlechtem Wetter durch *aufblasbare Plastikhüllen* geschützt. Dadurch werden Temperaturunterschiede zwischen der Luft in den festen Bauten und der Atmosphäre ausgeglichen, von denen die Beobachtungen beeinflußt werden könnten.

Die Technik der „Vielfachspiegel" war zunächst in den USA entwickelt worden. *Inzwischen wurde sie nicht* nur von den Astronomen Europas, *sondern auch von Wissenschaftlern* der Sowjetunion und Japans weiterentwickelt. Die Mitglieder der europäischen Organisation hoffen auf eine baldige Entscheidung der acht Regierungen, um ihren derzeitigen Vorsprung in der Weltraumforschung halten zu können.

# Von „Unkraut" kann keine Rede sein

## Wildpflanzen haben große Bedeutung für die Ökologie, Medizin und Landwirtschaft

Von H. de la CHEVALLERIE

Ob *eine Pflanze Kraut oder Unkraut* genannt wird, ist eine *typisch menschliche* Entscheidung. Die Brennessel z. B. gilt als lästiges Gartenunkraut, doch allein vier Schmetterlingsarten sind von ihr so abhängig, daß sie ohne ihr Vorkommen aussterben müßten. Ähnliches kann man über alle Wildpflanzen sagen. Von den Blüten der Acker-Kratzdistel ernähren sich z. B. zahlreiche Insekten und an ihren Stengeln leben eine Vielzahl von Blattläusen, von denen sich wiederum die Larven der Schwebefliegen ernähren. Diese dienen *vielen Vogelarten als Futter*. Wenn man in den Kreislauf einer Lebensgemeinschaft eingreift, geht leicht das ganze Gefüge zugrunde.

*Über das Ausmaß der Ausrottung* von Pflanzen und Tieren auf der Erde unterrichten die „Red Data Books" der International Union for Conservation of Nature and Natural Resources (IUCN). Inzwischen verfügen fast alle Länder über nationale und vielfach auch über regionale „Rote Listen". Ihr Anwachsen ist bedenklich. Über*wiegend sind es Standortveränderun*gen, die zu einer Nivellierung der Lebensgemeinschaften, im Extremfall zur völligen Vernichtung von Standorten und Lebensgemeinschaften führten. Stark gefährdet sind die Akkerwildkrautvegetationen, Streuobstwiesen, die zweischürigen Wiesen, die Trocken- und Halbtrockenrasen und die Vegetation der Still- und Fließgewässer.

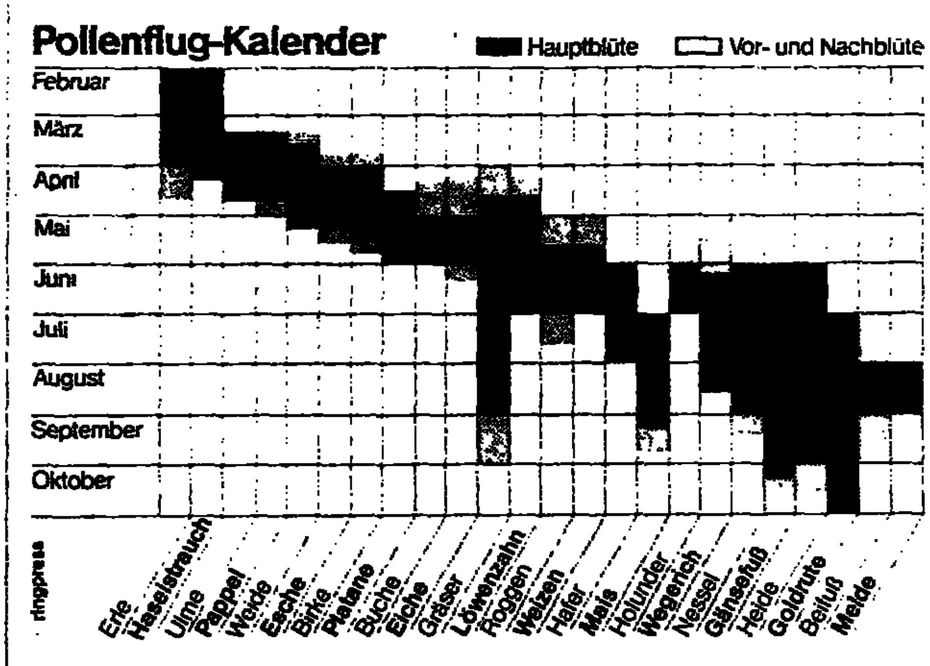
Alle unsere Gemüse- oder Obstformen und natürlich auch die Getreidesorten sind aus Wildformen entwikkelt worden. Die Spezialisierung auf relativ wenige Grundnahrungsmittel erfolgte erst in allerjüngster Zeit. *Deutlich wird dies an der Getreideer*nährung. Nur fünf Getreidearten (*Weizen, Reis, Mais, Gerste und Hirse*) liefern über 50 Prozent unserer Nahrung. Heute werden jedoch über 3000 Pflanzenarten auf der Erde gegessen.

*In schlechten Zeiten erinnerte man* sich an viele eßbare Wildkräuter. *Nach dem Krieg waren z. B.* die Blätter der Gartenmelde, Brennnesseln und Löwenzahn willkommener Gemüseersatz. Einige Arten wie der Meerkohl, das echte Löffelkraut oder der Gartenkerbel, die ebenfalls zu früher genutzten Gemüse- bzw. Gewürzpflanzen gehörten, sind heute *in ihrem* Bestand bereits gefährdet. Des*gleichen der Weiden-Lattich, der zum* Einkreuzen von Blattlaus-Resistenz beim Salat verwendet wurde.

Keiner weiß, welche der heutigen Wildpflanzen zu einer späteren Zeit einmal als Ersatz für derzeit genutzte Nutzpflanzen Bedeutung erhalten werden. Unbestritten ist die Notwendigkeit, Verwandte von Kulturpflanzen und damit Material zur Einkreuzung gewünschter Gene zu erhalten. Weizen besitzt etwa 30 nahe, wilde Verwandte. Beim Reis sind es etwa 35. Von der Kartoffel gibt es Dutzende von Wildformen.

Auch die konventionelle „Schulmedizin", also nicht nur die Homöopathie, hängt immer noch in starkem Maße von natürlichen Pflanzenprodukten ab. Die meisten der verwendeten Rohextrakte sind nicht zu akzeptablen Preisen synthetisch herzustellen. 20 Prozent der beispielsweise in West-Berlin vorkommenden 272 Farm- und Blütenpflanzen-Flora sind den Heilpflanzen zuzuordnen. Eine unersetzliche Heilpflanze ist die Mariendistel, aus deren Extrakt das einzige bisher bekannte Mittel gegen tödliche Leberkrankheiten hergestellt wird.

Eine umfassende Zusammenstellung aller wildwachsenden Farm- und Blütenpflanzen mit klar erkennbarer Nützlichkeit gibt es in der *„DDR". Danach haben 30 Prozent der* 2119 dort heimischen oder festeingebürgerten Arten einen Nutzen, etwa als Stammformen von Kulturpflanzen, von früher genutzten Wild- oder Kulturpflanzen oder potentiellen Kulturpflanzen. Es wäre töricht, auf die Reserven, die im Wildpflanzenpotential stecken, zu verzichten.

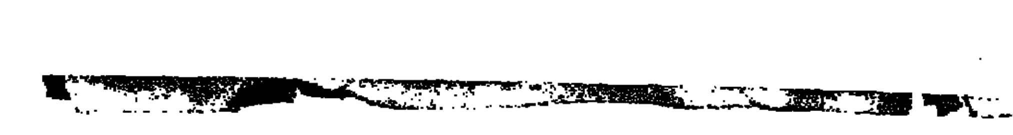



### *Nun fliegen sie wieder*

Über zwei Millionen Menschen in der Bundesrepublik leiden an einer Allergie gegen Pflanzenpollen. Die Folge: entzündete Augen, Juck- und Niesreiz. Die Grafik zeigt, in welchen Monaten die wichtigsten Pflanzen Pollen ausstreuen. Ab dem 1. 4. ist in Nordrhein-Westfalen auch wieder der telefonische Pollenwarndienst erreichbar (Nummer: 11502 oder 011502).

GRAFIK: RINGPRESS





## Kann man nach dem Umsteigen in der Schweiz mit der Swissair ohne Umsteigen in den Fernen Osten fliegen?




Mit der Swissair kann man Tokio jetzt auch auf der schnelleren Polarroute (mit Zwischenlandung in Anchorage) erreichen. Aber sie lässt uns natürlich genügend Zeit, Sie nach allen Regeln der Bordkunst zu verwöhnen. Zum Beispiel mit exquisiten, gepflegt servierten Menüs, mit erlesenen Weinen und mit einem besonders reichen Unterhaltungs- und Zeitungsangebot. Wie gut man sich auf einem Swissair-Flug auf die fernöstliche Gastfreundschaft einstimmen kann, können Sie zum Beispiel auch auf dem Weg nach unserer neuen Destination Seoul erleben.

swissair

TENNIS

# Auch Kohde steht im Viertelfinale

sid/dpa, New York

Ein Rückhand-Passierschlag brachte nach 89 Minuten die Saarbrückerin Claudia Kohde ins Viertelfinale des Gipfeltreffens der weltbesten Tennisspielerinnen im New Yorker Madison Square Garden. Die 22 Jahre alte Vierte der Weltrangliste besiegte die elf Jahre ältere Australierin Wendy Turnbull mit 7:6, 6:4 und trifft nun auf Hana Mandlikova (CSSR), die 1985 die Meisterschaften der USA gewonnen hatte. Bereits am Eröffnungstag der mit 500 000 Dollar dotierten „Virginia-Slim-Championships" (den Begriff Masters-Turnier gibt es bei den Damen nicht) hatte die 16 Jahre alte Heidelbergerin Steffi Graf durch einen Dreisatz-Erfolg über die Argentinierin Gabriela Sabatini die Runde der besten acht erreicht.

„Ich habe es satt, immer wieder über die Leistungen der Jüngeren zu reden", sagte Wendy Turnbull nach der Niederlage. „Ich habe es verpaßt, meine Chance zu nutzen, und das ist alles." Die älteste Spielerin des Turniers machte in dem spannenden Match ihrem Spitznamen „The Rabbit" (Kaninchen) mit ihrer Laufstärke einmal mehr alle Ehre. Claudia Kohde gelang zwar im neunten Spiel gegen die Australierin der sechste Sieg, sie hatte aber wieder einmal Schwierigkeiten mit der eher unscheinbar wirkenden Gegnerin. „Ihre Spielweise liegt mir einfach nicht", sagte Claudia Kohde, „sie weiß genau, wie sie mir zusetzen kann. Ihre Returns sind so niedrig, daß ich kaum rankomme."

Die konditionell und in der Beweglichkeit eindeutig verbesserte Claudia Kohde durchbrach im ersten Satz schon im dritten Spiel den Aufschlag der jede Chance zum Netzangriff nutzenden Australierin, gab aber umgehend ihr Service zum 2:2 ab. „In der Schlußphase des ersten Satzes war ich sehr ausgeglichen, mein Service war besser, und Wendy returnierte nicht mehr so hart", kommentierte die Saarländerin anschließend den Tie-Break, den sie mit 7:3 gewann.

Gegen ihre sonstige Gewohnheit dominierte die Deutsche im zweiten Durchgang vor allem von der Grundlinie, spielte ihre Reichweite voll aus und brachte Wendy Turnbull vor allem mit präzisen Passierschlägen fast zur Verzweiflung. Nachdem sie zwei kritische Momente bei 0:2 und 1:3 überwunden hatte, erkämpfte sie sich im zehnten Spiel drei Matchbälle, von denen sie den dritten zum Sieg verwandelte. Wie auch Steffi Graf, die nun auf die Gewinnerin des Matchs zwischen Pam Shriver (USA) und Carling Bassett (Kanada) trifft, sind ihr schon jetzt 13 000 Dollar an Prämien sicher.

„Es tut halt weh, aber Schwierigkeiten habe ich nicht damit gehabt, obwohl der Boden hier sehr stumpf ist", spielte Claudia Kohde auch eine offenkundige Knieverletzung herunter. „Es wird hier kein leichtes Match geben, denn das Feld hinter Martina Navratilova und Chris Lloyd-Evert liegt leistungsmäßig sehr eng beieinander", sagte sie mit Blick auf das Viertelfinale, „aber bei guter Tagesform kann ich wohl auch Hana Mandlikova schlagen."

Eine Überraschung gab es im Doppel. Die Sowjetrussinnen Swetlana Parchomenko und Larissa Sawtschenko besiegten das amerikanisch/australische Paar Kathy Jordan/Elizabeth Smylie mit 7:5, 2:6, 6:2 – und verzichteten auf ihr Preisgeld. Der Amateur-Status der Spielerinnen, so der Trainer in einer offiziellen Eingabe, solle erhalten bleiben. Beide wollten am Tennisturnier der Olympischen Spiele in Seoul teilnehmen. Ein kleiner Hinweis darauf, daß die Sowjets nicht an einen Boykott denken?

## STAND ● PUNKT

## *Verträge*

Es war ein auf die zwei Tore und auf wenige Spielszenen zusammengeschnittener Bericht von vielleicht zweiminütiger Dauer, den die Fernsehzuschauer vom Spiel des 1. FC Köln gegen Sporting Lissabon zu sehen bekamen. Ein schlechter Witz, schließlich ging es hier um den Einzug ins Halbfinale des Fußball-Europapokals.

Für gewöhnlich stellen sich die Vereine quer, die durch eine Übertragung von Großereignissen möglichst viel Geld herausholen wollen. Doch in diesem Fall liegt der Schwarze Peter bei einer öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalt, dem Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF). Der Sender schickte dem 1. FC Köln – wie abgesprochen – einen von Sportchef Dieter Kürten unterschriebenen Vertrag über 120 000 Mark für eine zeitversetzte Übertragung bis zu 35 Minuten und eine Live-Übertragung im Satellitenprogramm 3Sat.

Worum sich die Mainzer vorher jedoch nicht bemühten, war eine Zustimmung des Deutschen Fußball-Bundes (DFB). Das gehe schon in Ordnung, versicherten sie treuherzig dem 1. FC Köln. Ging es aber nicht, denn der DFB hatte etwas gegen eine Live-Übertragung in 3Sat. Plötzlich wollte das ZDF von seinem bereits unterschriebenen Vertrag, der beim 1. FC Köln zur Gegenunterschrift vorlag, nichts mehr wissen und bot nur noch 80 000 Mark an für die Ausschnitte am Abend im eigenen Programm. Die Kölner pochten aber auf die garantierten 120 000 Mark – zu Recht.

Das war den Mainzern aber zuviel. Sie beschränkten sich auf die Drei-Minuten-Sendung, die nicht bezahlt werden muß, um der Informationspflicht nachzukommen. So scheiterte ein längerer Beitrag also letztlich nur an der Arroganz des ZDF. Verträge sollte man zum richtigen Zeitpunkt unterschreiben, nämlich dann, wenn alle Unklarheiten beseitigt sind, und nicht nach gutem Glauben. ULRICH DOST

FUSSBALL / 1. FC Köln nach einem 2:0-Sieg über Sporting Lissabon im Halbfinale des UEFA-Cups

# Trainer sucht Spieler in Holland und Belgien

ULRICH DOST, Köln

Nun sind sie wieder ganz obenauf beim 1. FC Köln. Da bedarf es nur eines Sieges, um die Gesichter erstrahlen zu lassen, um die Zukunft in rosaroten Farben zu malen. In Köln geht immer alles gut, wenn nicht links herum, dann eben rechts herum, die Kurve kriegen sie allemal. Den gutmütigen Hannes Löhr sind sie gerade los, der so manches Problem mit einem Glas Kölsch-Bier herunterspülte. Nun haben sie mit Georg Kessler einen Trainer, der ihnen in autoritärer Art und Weise sagt, wo es langgeht. Wer widerspricht schon einem älteren weißhaarigen Mann, der den Anschein erweckt, als habe er Lösungen für alle Probleme dieser Welt parat – speziell im Fußball.

In der Bundesliga klappt es noch längst nicht so, aber im Europapokal, da sind die Kölner noch wer. 2:0 besiegten sie Sporting Lissabon (Tore von Allofs und Bein nach einem 1:1 im Hinspiel) und stehen nun im Halbfinale des UEFA-Pokal-Wettbewerbs. Das ist schon etwas, woran man sich hochziehen kann. Und Kessler tut es eifrig. Er nutzt die bierselige Stimmung nicht dazu aus, um das Betriebsklima zu fördern, sondern er besteht auf Forderungen. Die 37 000 Zuschauer (Einnahme rund 650 000 Mark) und die zu erwartende Einnahme aus dem Halbfinale (rund zwei Millionen Mark) haben ihm Mut gemacht. Kessler: „Wenn der 1. FC Köln wieder so dominant werden will, wie es seinem Ruf entspricht, müssen wir für die Schlüsselpositionen renommierte Spieler holen. Wir haben diese Leute im Visier, es ist alles eine Frage des Geldes."

Kesslers Forderungen zielen auf das Mittelfeld („das Herzstück einer Mannschaft") des Kölner Teams, das im argen liegt. Kessler: „Nur mit einem Spitzenmann im Mittelfeld kann Köln wieder eine Spitzenmannschaft werden." So neu ist das alles nicht, auch Hannes Löhr hat solche Forderungen gestellt. Nur: Kessler hat es dem Kölner Vorstand schriftlich gegeben, damit sich später niemand herausreden kann. Doch auch für den neuen Trainer bleibt das Problem bestehen: Ist der als sparsam bekannte Schatzmeister Karl-Heinz Thielen bereit, tief in die Tasche zu greifen? Thielen ließ es offen, ob er die Einnahme aus dem Halbfinale in einen neuen Spieler investieren wird.

Umsehen werden sich die Kölner vor allem im belgischen und niederländischen Raum. Gestern wollte Kessler nach Waregem (gegen Split) fahren, um sich einen möglichen Gegner im Halbfinale anzusehen. Kann sein, daß er aber auch nach Brüssel weiterfuhr, um sich den Belgier Vercauteren von Anderlecht im Spiel gegen Bayern München anzusehen, auf den er ein Auge geworfen hat. Rund 4000 Kilometer hat er in der letzten Woche mit dem Wagen zurückgelegt, um Spieler zu beobachten.

Die Kölner sind wieder obenauf, die Kasse ist gefüllt. Doch sicher ist, daß der nächste Aschermittwoch kommt – und bestimmt nicht erst im Karneval.

# Luttrop kehrt zurück Bleibt Diethelm Ferner?

dpa, Saarbrücken

Das Versteckspiel beim 1. FC Saarbrücken ist beendet. Otto Luttrop (47), einst wegen seiner Schußkraft „Atom-Otto" genannt, übernimmt mit Beginn der neuen Saison die Nachfolge von Uwe Klimaschefski, dessen Wechsel zum FC St. Gallen in die Schweiz bereits seit längerem sicher ist. In Schalke saß Luttrop, der als Spieler 1966 mit 1860 München deutscher Fußballmeister wurde, bei der Saarbrücker 2:3-Niederlage bereits unerkannt auf der Tribüne.

Heute wird der vor einem halben Jahr beim Schweizer Zweitliga-Klub FC Lugano gekündigte Trainer in Saarbrücken voraussichtlich einen Zweijahresvertrag unterschreiben, der sowohl für die erste wie auch im Falle des Abstiegs für die zweite Liga gilt.

„Wir haben uns für Luttrop entschieden, weil mit ihm die kontinuierliche Zusammenarbeit gewährleistet ist, die wir mit Klimaschefski über vier Jahre gemacht haben", begründete Strassel den im Vorstand mit 3:2 Stimmen verabschiedeten Zuschlag für Luttrop, der aus Herne stammt, 1966 als Profi zum FC Lugano ging und seine wechselvolle Karriere in der ersten und zweiten Liga bei fünf Klubs der Schweiz fortsetzte. Luttrop setzte sich gegen Kandidaten wie Hannes Löhr, Willibert Kremer, Jürgen Sundermann, Horst Franz und Manfred Krafft durch, die bei Saarbrücken im Gespräch waren.

Strassel sagte, auch die Fürsprache von Helmuth Johannsen sei ausschlaggebend für die Verpflichtung gewesen. Johannsen war 1967 als Trainer von Eintracht Braunschweig deutscher Meister und beendete seine Karriere in der Schweiz. „Auch wenn Klimaschefski alle Spiele noch verlieren sollte, werden wir ihn nicht frühzeitig entlassen", beugte Strassel allen Spekualtionen vor, daß der jetzige Trainer womöglich vorzeitig nach St. Gallen wechselt. Spekulationen darum gab es bereits: In St. Gallen wurde am Dienstag der deutsche Trainer Werner Olk fristlos entlassen – just in dem Moment, als die Luttrop-Verpflichtung trotz größter Geheimhaltung bekannt wurde. Und kein anderer als Johannsen soll in der Ostschweiz die Zeit überbrücken, bis Uwe Klimaschefski kommt.

Bei Schalke 04 ist dagegen in der Trainerfrage noch alles offen. „Das Präsidium hat Stillschweigen vereinbart", sagte Vizepräsident Herbert Schmitz. Auch Diethelm Ferner, der zum Saisonende gekündigt hatte, hielt sich daran: „Kein Kommentar." Präsident Hans-Joachim Fenne, bis nach Ostern im Ski-Urlaub, hat bereits bei Jupp Heynckes und Pal Csernai nachgefragt und Absagen erhalten. Danach nannte er den Namen des ehemaligen Bundestrainers Jupp Derwall. Doch Manager Rudi Assauer und auch Herbert Schmitz stehen weiter hinter Diethelm Ferner. Assauer: „Er hat gute Arbeit geleistet. Die Mannschaft will mit ihm weitermachen. Und ein Klassemann ist auf dem Markt nicht zu sehen."

## *Dremmlers bittere Bilanz*

In aller Stille geht die Karriere eines Stillen in den deutschen Fußballstadien zu Ende: Nach vier Knie-Operationen stellt Wolfgang Dremmler (31) einen Antrag auf Sport-Invalidität. Er bestritt 27 Länderspiele, war mit der Nationalmannschaft 1982 in Spanien Zweiter der Weltmeisterschaft und mit Bayern München je dreimal deutscher Meister und Pokalgewinner.

Dremmlers etwas bittere Bilanz nach zwölf Profijahren, die bei Eintracht Braunschweig begannen: „Der Fußball hat heute ein negatives Image. In den Jahren, in denen ich mit ihm Geld verdiente, hat sich das Bild des Fußballprofis grundlegend geändert. Früher hat es keinen gestört, daß wir mehr Geld bekommen haben, als die meisten unserer Zuschauer verdienten. Es wurde anerkannt, daß wir dafür unsere Knochen hingehalten haben. Heute neidet uns der Zuschauer jeden Pfennig. Für die Kritik sind Fußballspieler Freiwild geworden."

Kritik aber übt Wolfgang Dremmler selbst daran, daß manche Klubs junge Talente mit Geld verderben würden: „Die nötige Einstellung wird durch zu hohe Bezüge gefährdet. Hier sind die Vereinsführer gefordert, auf die Entwicklung positiv Einfluß zu nehmen. Der FC Bayern mit seinem perfekten Management hat da echte Vorbildfunktion."

## SPORT-NACHRICHTEN

### Stenmarks 83. Sieg

**Lake Placid** (sid) – Ingemar Stenmark feierte am Tag seines 30. Geburtstages seinen 83. Sieg in einem Weltcuprennen. Er gewann den Riesenslalom von Lake Placid und übernahm vor dem letzten Rennen die Führung im Weltcup dieser Disziplin. Zur gleichen Zeit erkämpfte sich die Österreicherin Roswitha Steiner mit einem Erfolg in Waterville Valley den Slalom-Weltcup vor Erika Hess (Schweiz). Die besten deutschen Läufer in Lake Placid waren Michael Eder als Neunter und Markus Wasmeier auf Platz 14.

### Vorster gestorben

**Mönchengladbach** (dpa) – Gert C. Vorster, der ehemalige Präsident des Galopper-Verbandes, ist im Alter von 74 Jahren in Mönchengladbach gestorben. Vorster führte den Verband als Vorgänger von Walter Scheel von 1979 bis 1982.

### Südkorea siegte 4:1

**Monte Carlo** (sid) – Die Fußball-Nationalmannschaft von Südkorea gewann nach einem vierwöchigen Lehrgang in Duisburg das letzte Spiel ihres Europa-Aufenthaltes. Sie besiegte den AS Monaco aus der ersten französischen Liga mit 4:1.

### Lavalle ausgeschieden

**Fort Myers** (sid) – Der Brite John Lloyd besiegte beim Tennis-Grand-Prix-Turnier in Fort Myers (Florida) den Mexikaner Leonardo Lavalle klar mit 6:2, 6:4. Lavalle hatte beim Daviscup-Spiel gegen Deutschland gegen Westphal den entscheidenden Punkt für Mexiko gewonnen.

## ZAHLEN

**EISKUNSTLAUF**

*WM in Genf, Paarlaufen, Endstand:* 1. Gordejewa/Grinkow 1,4 Punkte, 2. Walowa/Wassiljew (alle UdSSR) 2,8, 3. Coull/Rowsom (Kanada) 4,6, 4. Seleznjewa/Makarow (UdSSR) 5,2, 5. Benning/Johnston (Kanada) 8,4, 6. Watson/Oppegard (USA) 8,6, ...13. Kimminus/Pfrengle (Deutschland) 18,6. – Eistanz, Stand nach den Pflichttänzen: 1. Bestemianowa/Bukin 0,6 Punkte, 2. Klimowa/Ponomarenko 1,2, 3. Annenko/Sretensky (alle UdSSR) 1,8, 4. Wilson/McCall (Kanada) 2,4, 5. Semanick/Gregory 3,0, 6. Roca/Adair (alle USA) 3,6, 7. Kathrin und Christoff Beck (Österreich) 4,2, 8. Antonia und Ferdinand Becherer (Deutschland) 4,8.

**TENNIS**

**Internationales Herren-Turnier in Brüssel, erste Runde:** Curren (USA) – Schapers (Holland) 7:6, 6:7, 7:6, Nystroem – Lundgren (beide Schweden) 6:1, 6:2, Zivojinovic (Jugoslawien) – Günthardt (Schweiz) 6:3, 2:6, 6:3. – Virginia-Slim-Championchips der Damen in New York, Einzel, Achtelfinale: Navratilova – Phelps (beide USA) 6:1, 6:1, Mandlikova (CSSR) – Garrison (USA) 2:6, 6:3, 6:2.

**SKI ALPIN**

**Weltcup-Riesenslalom der Herren in Lake Placid/USA:** 1. Stenmark (Schweden) 2:40,90, 2. Strolz (Österreich) 2:40,94, 3. Erlacher (Italien) 2:41,32. – Weltcup-Slalom der Damen in Waterville Valley (USA): 1. Steiner (Österreich) 1:34,17, 2. M. Tlaka-Mogore (Frankreich) 1:34,31, 3. Hess (Schweiz) 1:34,66.

EISKUNSTLAUF / Schulmädchen hob die Paarlauf-Welt aus den Angeln

# Sackgasse wieder als erklärtes Ziel

UWE PRIESER, Genf

*Ein 14 Jahre altes Schulmädchen* aus Moskau hat die Paarlauf-Welt aus den Angeln gehoben. Jekaterina Gordejewa, 1,48 Meter groß, 35 Kilo schwer, wippender Pferdeschwanz, ernstes Kindergesicht, in dem zwei übermütige Augen blitzen, ist in Genf die jüngste Paarlauf-Weltmeisterin der Eiskunstlauf-Geschichte geworden. Die Beschreibung des Mädchens liefert bereits die halbe Erklärung für den Erfolg: Nicht nur die Eislauf-Welt liebt ihre Wunderkinder.

Jekaterina ist Weltmeisterin geworden, von ihrem Partner Sergej Grinkow nahm fast niemand Notiz. Er hatte die süße Kleine in meterweiten, hohen Bögen durch die Luft geworfen, sie wieder aufgefangen, auf Händen getragen. Das war sein Job gewesen, und dann sprach man nicht mehr von ihm. Was hieß hier Paarlauf? Man hatte eine atemberaubende, hinreißende, artistische Sondernummer gesehen, Akrobatik auf Schlittschuhen. Eine Zweiergruppe – aber kein Paar.

Seit Jahren beklagt die Internationale Eislauf-Union (ISU) die Krise im Paarlauf: zuviel Artistik, zu wenig Dialog auf dem Eis, zu wenig Phantasie in den Küren. „Weniger Flugnummern, dafür mehr tänzerische Elemente" hatte ISU-Vizepräsident Jozef Dedic (CSSR) vor einem Jahr gefordert. In Genf aber schlugen die neun Preisrichter für den Paarlauf konsequent den Weg „zurück in die Zukunft" ein.

Zurück zum Kinderpaarlauf der Wegwerf-Mädchen, der 1977 zum erstenmal erfolgreich war, anschließend jedoch als Irrweg erkannt worden war. Ein Weg, auf dem sich der Wettbewerb seiner Idee, der Darstellung eines Paares, immer mehr entfremdete. „Der Paarlauf ist tot", stöhnt die Eislauf-Welt seit Jahren, weil die Sackgasse, in die er stilistisch geraten war, immer auswegloser erschien. Durch ihre Entscheidung von Genf haben die Preisrichter mit einem Trick den Paarlauf scheinbar zu neuem Leben erweckt: Sie haben die Sackgasse einfach zum Ziel erklärt.

Auf diese Weise in ihrer Perspektive eingeengt, nahmen die Preisrichter nicht mehr wahr, was 5000 Zuschauer in der Halle sofort erkannten: Sie hatten ein Paar gesehen, das der idealen Synthese von sportlichem und tänzerischem Eislauf ganz nahe gekommen war: Larissa Seleznjewa/Oleg Makarow. „Metamorphose" – eine hallende Sphärenmusik, die in den Tanzfiguren der beiden Leningrader schillernd weitergetragen und verwandelt wurde. Eine Kür, die stilistisch und musikalisch völlig neu war und in der nicht den Höchstschwierigkeiten nachgejagt wurde. Diese Schwierigkeiten waren vorhanden, aber sie blinkten nur kurz und schön auf in einer sich langsam entfaltenden Kür, in der nach und nach immer mehr Schichten eines Dialogs auf Eis sichtbar wurden. Das Schwierige war nicht mehr das Sensationelle, sondern das Selbstverständliche. Das Preisgericht blieb unbeirrt und zog Noten für den guten Durchschnitt.

Die Halle tobte vor Empörung, aber das war für das Preisgericht nicht mehr als ein unerfreulicher Teil seines Geschäfts, wobei die Richter nicht die Alleinverantwortlichen sind, denn zuvor wird in den „Technischen Kommissionen" über Stil und Entwicklung geredet – und mithin Erfolg des einen und Mißerfolg des anderen gewissermaßen disponiert. Zu dieser Disposition gehörte in Genf auch, daß ein dreifacher sowjetischer Paarlauferfolg nicht unbedingt wünschenswert war. Nichts gegen die UdSSR, aber für einen Wettbewerb ist die erdrückende Hegemonie eines Landes gefährlich. Spielraum für nordamerikanische Interessen – und so wurden die Kanadier Cynthia Coull und Mark Rowsom Gewinner der Bronzemedaille. Allerdings: Die Kanadier hatten tatsächlich eine Medaille verdient, doch die beiden Leningrader gingen unverdientermaßen leer aus.

Die entthronten Weltmeister Jelena Walowa/Oleg Wassiljew trugen ihren Sturz auf den zweiten Platz mit Fassung. „Ich hoffe, sie wird einmal groß und stark werden", sagte die 23jährige Jelena Walowa über das 14jährige Moskauer Wunderkind. Ein so brillantes Kinderpaar wie Gordejewa/Grinkow findet seine Grenzen nicht in der Artistik, wohl aber im Wachstum.

# Bundesliga

DW. Bonn

Die drei Nachholspiele der Fußball-Bundesliga vom Dienstagabend haben nur bestätigt, was auch vorher schon aus der Tabelle abzulesen war: Hannover 96 ist nach einer Serie von acht Niederlagen hintereinander kaum noch vor dem Abstieg zu retten, Mönchengladbach ist zu unbeständig, um in den Spitzenkampf zwischen Bremen und Bayern München noch eingreifen zu können, und der Hamburger SV zeigt sich immer weiter gefestigt, ein Platz im UEFA-Cup sollte ihm sicher sein.

## DIE ERGEBNISSE

| | | |
|---|---|---|
| Schalke – Saarbrücken | 3:2 | (0:1) |
| Hannover – Hamburg | 0:2 | (0:1) |
| Gladbach – Mannheim | 1:1 | (1:0) |

## DIE TABELLE

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1.Bremen | 27 | 18 | 6 | 3 | 73:36 | 42:12 |
| 2.München | 27 | 17 | 4 | 6 | 60:28 | 38:16 |
| 3.Gladbach | 26 | 13 | 9 | 4 | 56:36 | 35:17 |
| 4.Hamburg | 25 | 13 | 4 | 8 | 41:23 | 30:20 |
| 5.Leverkusen | 25 | 10 | 8 | 7 | 48:38 | 28:22 |
| 6.Stuttgart | 26 | 11 | 6 | 9 | 52:38 | 28:24 |
| 7.Mannheim | 25 | 9 | 8 | 8 | 33:31 | 26:24 |
| 8.Uerdingen | 23 | 10 | 5 | 8 | 35:49 | 25:21 |
| 9.Bochum | 25 | 10 | 4 | 11 | 44:39 | 24:26 |
| 10.Schalke | 25 | 9 | 5 | 11 | 41:40 | 23:27 |
| 11.Frankfurt | 25 | 6 | 11 | 8 | 27:37 | 23:27 |
| 12.Köln | 25 | 7 | 8 | 10 | 37:45 | 22:28 |
| 13.Dortmund | 26 | 8 | 6 | 12 | 40:51 | 22:30 |
| 14.K'lautern | 25 | 7 | 7 | 11 | 35:39 | 21:29 |
| 15.Nürnberg | 27 | 8 | 5 | 14 | 38:44 | 21:33 |
| 16.Düsseldorf | 27 | 8 | 4 | 15 | 40:56 | 20:34 |
| 17.Saarbrücken | 26 | 5 | 8 | 13 | 33:52 | 18:34 |
| 18.Hannover | 25 | 5 | 4 | 16 | 35:76 | 14:36 |

## DIE VORSCHAU

**Morgen:** Leverkusen – Dortmund, Bremen – K'lautern. – **Samstag:** Schalke – Düsseldorf, Hannover – Nürnberg, Saarbrücken – Köln, Gladbach – Frankfurt, München – Bochum, Hamburg – Uerdingen, Stuttgart – Mannheim.



**Torschützen der Nachholspiele:** Gladbach – Mannheim: 1:0 Hochstätter (45.), 1:1 Walter (51.). – Schalke – Saarbrücken: 0:1 Hönnscheidt (1.), 1:1 Hartmann (46.), 1:2 Hönnscheidt (47.), 2:2 Hartmann (53.), 3:2 Tauber (63.). – Hannover – Hamburg: 0:1 Balzis (22.), 0:2 von Heesen (87.).

### Zweite Liga

**Nachholspiele:** BW 90 Berlin – Freiburg 4:1 (0:1), Aachen – Braunschweig 3:2, Osnabrück – Bayreuth 1:0.

**Die nächsten Spiele, morgen:** Duisburg – Aachen. – **Samstag:** Blau-Weiß Berlin – Solingen, Darmstadt – Osnabrück, Karlsruhe – Freiburg, Wattenscheid – Aschaffenburg, Bielefeld – Homburg, Kassel – Oberhausen. – **Sonntag:** Köln – Braunschweig, Bayreuth – Hertha BSC, TB Berlin – Stuttgart.

# Ermittler warteten das Votum des Ministers ab

## Waigel: Im Fall Kohl klare Willensbekundung aus Düsseldorf

GÜNTHER BADING, Bonn

Die in den Unionsparteien geäußerten Zweifel an der Darstellung des nordrhein-westfälischen Justizministeriums und des Kölner Generalstaatsanwalts, das Ermittlungsverfahren gegen den Bundeskanzler sei ohne Weisung des Düsseldorfer Justizministers Krumsiek zustandegekommen, sind durch die jüngsten öffentlichen Erklärungen nur noch erhärtet worden.

### Was Schmitz zugibt

Generalstaatsanwalt Schmitz hatte in einem Interview des „Kölner Stadtanzeigers" unter anderem zugegeben, daß er die ihm unterstellte Bonner Staatsanwaltschaft erst zur Einleitung der Ermittlungen gegen den Kanzler gezwungen hatte, nachdem ihm die Entschließung des Justizministers vorlag.

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel erklärte dazu gegenüber der WELT: „Bisher wurde der Eindruck erweckt, als ob es keinen Kontakt zwischen der Generalstaatsanwaltschaft und dem Justizministerium in Düsseldorf gegeben habe. Dies ist unwahrscheinlich, weil es in solchen Fällen eine Berichtspflicht dem Justizministerium gegenüber gibt." Nach „detaillierten und drängenden Fragen" stelle sich jetzt „nach und nach heraus, daß der Generalstaatsanwalt seiner Berichtspflicht nachgekommen ist und das Justizministerium in Düsseldorf auch Stellung bezogen hat." Diese, „in Juristendeutsch abgefaßte Stellungnahme des Justizministeriums heißt nichts anderes, als die Rechtsauffassung der Staatsanwaltschaft in Bonn – nämlich kein Verfahren einzuleiten – nicht zu teilen. Demgegenüber wurde die Rechtsauffassung des Generalstaatsanwalts, der in Nordrhein-Westfalen ein politischer Beamter ist, unterstützt. Dies ist eine klare Willensbekundung aus dem Justizministerium des sozialdemokratisch regierten Nordrhein-Westfalen." Man müsse deshalb fragen: „Wer hat davon gewußt, wer hat das Prüfungsergebnis des Generalstaatsanwalts abgesegnet, waren Justizminister oder der Staatssekretär daran beteiligt? Und – hatte Ministerpräsident Rau davon Kenntnis?"

Der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Fritz Wittmann interpretierte die Aussage von Schmitz, daß es keine „Sacherörterungen" zwischen Staatanwaltschaft und Justizministerium gegeben habe, so: „Das kann aber nur bedeuten, daß es eine politische Absprache zwischen dem politischen Beamten und seinem Dienstherrn sehr wohl gegeben hat." Sacherörterungen seien im übrigen auch gar nicht notwendig gewesen, weil der Minister in Düsseldorf auf Grund der Berichtspflicht der nachgeordneten Behörde über die Sach- und Rechtslage umfassend informiert gewesen sei. Die Äußerung von Schmitz, „das Justizministerium habe nach seiner jahrzehntelangen Erfahrung in dieser Sache eine geradezu einmalige Zurückhaltung gezeigt", wertete Wittmann als jenen „verräterischen Schritt zu weit" der vermuten lasse, das Gegenteil des Behaupteten sei richtig.

Unionskreise verwiesen darauf, auch der zeitliche Ablauf bestätige, daß die Einleitung des förmlichen Ermittlungsverfahrens gegen den Kanzler erst auf Grund der „Entschließung" von Justizminister Krumsiek (SPD) in dieser Sache angeordnet wurde. Die Bonner Staatsanwälte hatten Ende Februar beschlossen, auf Grund der Anzeige Schilys kein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Davon unterrichteten sie pflichtgemäß Generalstaatsanwalt Schmitz in Köln. Eine Woche später, am 6. März informierte dieser den Justizminister in Düsseldorf, daß er im Gegensatz dazu doch ein Ermittlungsverfahren einleiten wolle. Seine Weisung an die Bonner Staatsanwaltschaft, das Verfahren einzuleiten, hätte Schmitz nach seiner Prüfung des Vorganges am selben Tag erteilen können.

### Die Weisung nach Bonn

Stattdessen wartete er den Rücklauf aus Düsseldorf ab und gab erst am Dienstag, dem 11. März die Weisung an die Bonner Staatsanwälte, das Verfahren einzuleiten.

In seinem Bericht an den Justizminister vom 6. März hatte Schmitz sowohl den eigenen Entschluß zur Einleitung des Verfahrens als auch die Bedenken der Bonner Staatsanwaltschaft gemeldet. Krumsiek antwortete darauf nur: „Der von Ihnen vorgesehenen Sachbehandlung trete ich nicht entgegen."

# Schäuble sieht 116-Entwurf durch Entscheidung aus Karlsruhe bestätigt

## WELT-Gespräch zur Eigentumsgarantie für Arbeitslosengeld / „Spekulationen unseriös"

GÜNTHER BADING, Bonn

Der Regierungsentwurf zur Sicherung der Neutralität des Staates im Arbeitskampf ist nach Ansicht von Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom Dienstag als verfassungskonform bestätigt worden. Das Gericht hatte erstmals festgestellt, daß der Anspruch auf Arbeitslosengeld durch die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes geschützt ist. Gegner des neuen Paragraphen 116 leiten daraus ab, daß die dort aufgeführten Einschränkungen der Zahlungspflicht beim Arbeitslosengeld nicht rechtens seien. Demgegenüber sagte Schäuble der WELT: „Die Entscheidung bestätigt im Grunde die Gestaltungsmöglichkeit des Gesetzgebers bei eigentumsähnlichen Ansprüchen im Sozialrecht."

### Konsequente Richter

Schäuble: „Die Entscheidung kommt für die Bundesregierung keineswegs überraschend. Sie ist eine konsequente Fortsetzung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Eigentumsschutz sozialversicherungsrechtlicher Ansprüche." Allerdings könne die Entscheidung „nicht zur Beurteilung darüber herangezogen werden, ob und unter welchen Umständen ein Anspruch auf Kurzarbeitergeld für mittelbar betroffene Arbeitnehmer im Arbeitskampf besteht." Darauf habe auch der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Roman Herzog, bei Bekanntgabe der Entscheidung verwiesen. „Spekulationen, die diesen Zusammenhang herzustellen versuchen, sind unseriös."

Im vom Bundesverfassungsgericht jetzt entschiedenen Fall sei die Verlängerung der Anwartschaftszeit auf Arbeitslosengeld von 180 auf 360 Kalendertage beanstandet worden, die 1981 von der damaligen SPD-geführten Bundesregierung initiiert worden war. Das Gericht sei der Auffassung, wegen der Eigentumsgarantie hätte eine Übergangsregelung für jene Arbeitnehmer geschaffen werden müssen, die bei Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 1982 schon 180 Tage gegen Arbeitslosigkeit versichert waren. Es habe jedoch dem Gesetzgeber nicht bestritten, die Frist auf 360 Tage zu verlängern.

„Die Entscheidung bestätigt im Grunde die Gestaltungsmöglichkeit des Gesetzgebers bei eigentumsähnlichen Ansprüchen im Sozialrecht", erklärte Schäuble. „Dem Gesetzgeber wird vom Bundesverfassungsgericht also nicht bestritten, Regelungen zu treffen, in welchen Fällen Leistungen ruhen und in welchen Fällen gezahlt wird. Dabei sind Inhalt und Schranken konkurrierender Grundrechte zu beachten.

### Verfassungskonform

Genau dies ist bei der Novelle zum Paragraphen 116 AFG geschehen. Hier mußte die Verpflichtung des Staates auf Neutralität im Arbeitskampf und die Ansprüche der Arbeitnehmer auf Kurzarbeitergeld im Arbeitskampf in Einklang gebracht werden."

Für das anstehende Gesetzgebungsverfahren ergäben sich keine neuen, von der Bundesregierung bisher nicht schon bedachten Gesichtspunkte. „Es bleibt festzuhalten: Der Regierungsentwurf der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit im Arbeitskampf ist auch im Lichte der neueren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts verfassungskonform."

# Moskau protestiert gegen Afghanistan-Anhörung

## Ausschußvorsitzender Stercken: Hearing kein Tribunal

DW. Bonn

Die Kritik der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass an der Anhörung über die Situation in Afghanistan vor dem Auswärtigen Ausschuß des Bundestages hat dessen Vorsitzender Hans Stercken (CDU) gestern energisch zurückgewiesen. Tass hatte das Hearing als „gehässige propagandistische Aktion" bezeichnet, mit der politische Kreise in der Bundesrepublik einen Beitrag zur „Aufblähung des psychologischen Krieges" gegen das Volk und die „gesetzliche Regierung" von Afghanistan leisteten.

Stercken nannte es ein merkwürdiges Verständnis von parlamentarischer Freiheit, wenn es als propagandistisch abqualifiziert werde, daß Abgeordnete ihr Recht auf ungehinderte Information aus allen Quellen wahrnähmen. Die Anhörung sei kein Tribunal. Auch die sowjetische Seite sei eingeladen gewesen, habe diese Gelegenheit aber nicht genutzt. Der CDU-Politiker vertrat die Ansicht, daß die Moskauer Reaktion nur das schlechte Gewissen über den unmenschlichen Krieg in Afghanistan zeige.

Nachdem am ersten Tag der Anhörung vor allem Vertreter der Widerstandsbewegung in Bonn zu Wort gekommen waren, hatten gestern vor allem Wissenschaftler und Asienexperten das Wort. Erstmals wurden auch kritische Stimmen gegen afghanische Staatsbürger im Ausland laut, die ihre Landsleute im Kampf gegen die sowjetische Besatzungsmacht nicht genügend unterstützten. So lebten in der Bundesrepublik beispielsweise rund 600 afghanische Ärzte, während in Afghanistan selbst die medizinische Versorgung sehr schlecht sei. Der afghanische Arzt Jar Quayum appellierte vor dem Ausschuß an diesen Personenkreis, in das besetzte Land zurückzukehren und vor Ort zu helfen.

Zum Abschluß der Anhörung forderten Vertreter des afghanischen Widerstandes die freie Welt auf, den Freiheitskampf des afghanischen Volkes umfassend zu unterstützen. Die Sowjetunion sei gnadenlos und unberechenbar, erklärte der Sprecher der „Islamischen Allianz", Pir Gailani. Ausschußvorsitzender Stercken versicherte in seinem Schlußwort, daß die Parlamentarier nach dem Hearing „mit großem Ernst und mit großer Verpflichtung in den politischen Alltag zurückkehren".

# Bürgermeister Quell ist wieder im Amt

D.D. Berlin

Seit gestern ist der Bürgermeister des Berliner Bezirks Tiergarten, Martin Quell (CDU), wieder im Amt. Nachdem die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren gegen den 55jährigen Quell und andere Politiker (WELT v. 19.3.) eingestellt hat, hob der Regierende Bürgermeister Diepgen die Suspendierung auf.

Quell hatte als CDU-Kreisvorsitzender von dem Bauträger Kurt Franke 60 000 Mark erhalten und den Betrag der Wahlkampfkasse seiner Partei übergeben. „Durch die Einstellung des Verfahrens ist jeglichem Zweifel an der persönlichen und politischen Integrität von Martin Quell die Grundlage entzogen", so die CDU.

Auch das Ermittlungsverfahren gegen den früheren Tiergartener Bürgermeister Gottfried Wurche (SPD) wurde eingestellt.

# Schmidt geht auf Distanz zu Reagan

AP, Bonn

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt hat den USA vorgeworfen, mit ihrer SDI-Politik eine völlige Umwälzung der militärischen Verteidigungsstrategie anzustreben und damit den ABM-Vertrag mit der Sowjetunion zu gefährden. In einem Interview des Kölner „Express" sprach Schmidt davon, daß das außenpolitische Gewicht der Bundesregierung abgenommen habe. Dies, so der ehemalige Kanzler, liege zum Teil an der ziemlichen Rücksichtslosigkeit der amerikanischen Regierung gegenüber den Bündnispartnern, die über die Ziele von SDI nicht informiert worden seien.

Schmidt meinte, statt zu schweigen, hätten die europäischen Regierungen Ronald Reagan sagen müssen, daß er nicht der politische Oberbefehlshaber sei, sondern alle gleiche Rechte hätten.

# „DDR"-Kirche will offene Information

epd, Dresden

Die Nichtveröffentlichung gesetzlicher Bestimmungen für die im Februar in Kraft getretene Erweiterung der Reisemöglichkeiten für „DDR"-Bürger ist auf Kritik der Kirche gestoßen. Diese Praxis sowie die Tatsache, daß bei Ablehnungen von den zuständigen Behörden keine Begründungen gegeben werden, müsse in der Bevölkerung zu „Unsicherheit und Mißbehagen" führen, heißt es in einem Bericht, den die in Dresden tagende Synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens gestern entgegennahm.

Beklagt wurde in dem Bericht auch, daß die Verpflichtung zur Geheimhaltung, der bestimmte „DDR"-Bürger unterworfen werden, bei zahlreichen Fällen zum Abbruch von Kontakten zu Angehörigen und Freunden im Westen geführt habe.

# Bonn reagiert auf Klage

## Künftig Spenden auch für Wählervereinigungen absetzbar

dpa, Bonn

Spenden und Beiträge an unabhängige Wählervereinigungen können von 1987 an von der Steuer abgesetzt werden, allerdings nicht im Umfang wie an politische Parteien. Dies beschloß gestern das Bundeskabinett. Danach sind jährlich unter bestimmten Voraussetzungen ein Höchstbetrag von 500 Mark für Ledige und 1000 Mark für Verheiratete abzugsfähig. Ein entsprechender Absatz zugunsten dieser zumeist auf kommunaler Ebene tätigen „Rathausparteien" soll an den Paragraphen 10 b des Einkommensteuergesetzes (EStG) angehängt werden. Die Beschränkung der Regelung auf die eingetragenen Vereine soll Mißbräuchen bei der Ausstellung von Spendenbescheinigungen entgegenwirken.

Das Kabinett verabschiedete die Regelung zügig, da die steuerliche Behandlung von Wählervereinigungen, die gegenüber den politischen Parteien seit dem 1984 geltenden Parteienfinanzierungsgesetz bisher leer ausgingen, ein Teilaspekt des von den Grünen angestrengten Verfahrens in Karlsruhe darstellt. Die Verfassungsrichter hatten angedeutet, daß es verfassungswidrig sein könnte, wenn Spenden und Beiträge zwar an politische Parteien steuerlich geltend gemacht werden dürfen, nicht jedoch für Wählervereinigungen. Eine unterschiedliche Höhe der Begünstigung war jedoch nicht kritisiert worden.

Die Regierung geht davon aus, daß Wählervereinigungen, die zumeist nicht auf Bundes- und Landesebene organisiert sind, geringere Aufwendungen für den Wahlkampf und die Unterhaltung von Büros tragen müssen.

# Harte Zeiten

**adh** – Für die schon kampferprobte junge Vorstandsmannschaft bei Deutschlands drittgrößtem Warenhauskonzern Hertie stehen mit Sicherheit stürmische Zeiten bevor. Das jetzt bekanntgegebene Programm, mit dem die Strukturen in dem sanierungsbedürftig gewordenen Konzern grundlegend verändert werden sollen, hat für die Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV), in der immerhin rund 60 Prozent der Hertie-Beschäftigten organisiert sind, einen gravierenden Fehler: Es kostet Arbeitsplätze.

Daß dies in der Tat bedauerlich ist angesichts der immer noch hohen Zahl Arbeitsloser in der Bundesrepublik und auch vom Vorstand des Unternehmens nicht auf die leichte Schulter genommen wird, ist unbestritten: Leichtfertig setzt heute niemand mehr Arbeitsplätze aufs Spiel. Gerade darum hat das einer gemeinnützigen Stiftung gehörende Unternehmen die Verpflichtung zu handeln, auch wenn die jetzt bekannt gewordenen Einschnitte für die Betroffenen schmerzhaft sind. Schließlich stehen, wenn die Sanierung nicht gelingt, alle heute noch vorhandenen Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Im Gesamtbetriebsrat des Unternehmens ist dies längst erkannt worden. Von konstruktiver Zusammenarbeit und engem Dialog spricht der Hertie-Vorstand. Daß dies *allen nützt, sollte auch die Spitze* der HBV schleunigst zur Basis ihres Handelns machen. Substanzzehrende Verlust sind durch Demonstrationen nicht in Gewinne umzumünzen. Hier hilft nur schnelles Handeln.

# Kohabitation

**J.Sch. (Paris)** – Während sich zwischen dem sozialistischen Staatspräsidenten Mitterrand und den bürgerlichen Parteien ein Zusammenleben anbahnt, ist die „Kohabitation" zwischen dem Präsideten des französischen Unternehmerverbandes (CNPF), Yvon Gattaz, und seinem ersten Vize-Präsidenten Yvon Chotard durch dessen brüsken Rücktritt auseinandergebrochen. Die beiden Yvons unterhalten zwar schon lange nicht mehr die besten Beziehungen. So soll Gattaz den Sozialisten nähergestanden haben, als dies Chotard für die Unternehmensinteressen wünschenswert erschien. Immerhin aber hat Chotard bisher sämtliche Sozialverhandlungen auf der Unternehmerseite geleitet. In seiner jovialen Art kam er dabei mit den Gewerkschaften ziemlich gut zurecht. Wird sich das jetzt ändern? Immerhin braucht die neue Regierung den CNPF, um ihre sehr weitgehenden sozialen Liberalisierungsversprechen (Entlassungsfreiheit usw.) möglichst konfliktlos durchzusetzen. Diese Konstellation gibt Chotard die Chance, bald CNPF-Präsident zu werden.

# Messe auf Bewährung

Von JOACHIM WEBER

Die Premiere ist vorüber. Nach einer Woche unentwegten Computerns, Kommunizierens und Büroarbeitens in 13 Hallen der Hannover-Messe packen die 2100 Aussteller ihre Spielzeuge nun wieder ein, nehmen ihre Besuchsberichte zur Hand und versuchen, eine Bilanz zu ziehen, was die neue CeBIT (für: Centrum der Büro- und Informationstechnik) ihnen gebracht hat.

Neu war nicht die Messe an sich, sondern ihre Eigenständigkeit, das Abgenabeltsein von der großen Schwester Industriemesse, deren Bestandteil sie bisher war. Entsprechend bang waren auch die Erwartungen, wie das erlauchte Publikum den Alleingang aufnehmen würde. Das aber hat sich – wenigstens der Menge nach – nach einem lahmen Start als sehr loyal erwiesen. Rund 330 000 Besucher wurden gezählt, etwa das, was die Messegesellschaft erhofft, aber keineswegs erwartet hatte.

Wie es mit der Qualität der Besucher aussah, wurde im ersten Anlauf noch unterschiedlich beurteilt. Die einen vermißten die ganz großen Bosse der Nichtelektronik-Branchen, die sich sonst auch einmal in CeBIT sehen ließen, die anderen den kleinen Unternehmer, der „eben mal so" vorbeikam, nachdem er sich einen neuen Bagger oder eine neue Werkzeugmaschine ausgesucht hatte. Eine dritte Gruppe dagegen war von der fachlichen Qualifikation des CeBIT-Publikums begeistert. Was die Messe jenseits aller Impressionen wirklich gebracht hat, wird sich ohnehin erst in einigen Monaten herausstellen, wenn die Nacharbeit absolviert ist.

Erhitzte Diskussionen über den Schritt in die Selbständigkeit hatte es schon lange zuvor gegeben, vor allem innerhalb der Ausstellergremien. Denn die Einbettung in das Allbranchen-Ereignis Hannover-Messe hatte ohne Zweifel seine Vorteile, allen voran den, auch viele nicht unmittelbar Interessierte auf die Elektronik-Stände zu (ver-)führen.

Dem stand ein gewaltiger Nachteil gegenüber: Schon seit Jahren waren längst nicht mehr alle Ausstellungs-Aspiranten unterzubringen. Der schon im ersten Anlauf imponierende Sprung der Ausstellerzahl von 1300 auf 2100 ist mehr als nur eine Andeutung dafür, daß die Emanzipation unumgänglich war.

*Daß die Branchen rund um Hannovers* CeBIT das Zeug zu einer eigenen Messe haben, steht außer Zweifel. Die Büro-, Informations- und Kommunikationstechnik werden zusammen auf ein weltweites Marktvolumen von 400 Milliarden Mark geschätzt. Und CeBIT wird ernstgenommen. Daß europäische und gar nicht so selten auch weltweite Produktankündigungen hier stattfinden, gehörte schon unter dem Schirm der Hannover-Messe zu den Selbstverständlichkeiten. Und daß die japanischen Unternehmen der Branche, 90 an der Zahl, sich hier auf 24 000 Quadratmetern ihr weltweit größtes Stelldichein geben, könnte selbst Zweiflern am neuen Messe-Konzept zu denken geben.

Dennoch reichen die Aussteller-Meinungen von Begeisterung bis *zum vernichtenden „Experiment gescheitert – Wiederholung unerwünscht"*. Ein alter Messe-Hase faßt es ganz präzise: „Wir werden uns daran *gewöhnen müssen*, daß CeBIT zu einer reinen Fachmesse geworden ist" – *Entzugserscheinungen inbegriffen*. Dieser Eindruck könnte sich in *der nächsten Runde verstärken*. Denn vor allem in der Ausstellergruppe *der Schreibgerätehersteller* mehren sich die Absichtserklärungen, *der CeBIT den Rücken zu kehren* und sich auf die Frankfurter Messe *zu konzentrieren*.

Solche Gelüste können den Veranstaltern nicht gleichgültig sein. Denn mit jedem Auszug eines belebenden Elements wird die Messe mehr zur reinen Fachveranstaltung, wird sie auch immer vergleichbarer mit den bisher noch deutlich zurückliegenden Konkurrenz-Veranstaltungen in München oder Köln. Und die Wettbewerber schlafen nicht.

Die CeBIT-Organisatoren werden also nicht umhinkommen, sich weitere Elemente eines profilwirksamen Kontrastprogramms einfallen zu lassen. Mit ihrer anwendungsbezogenen Bankensonderschau und dem „Computercamp" für die Jugend sind sie da schon auf dem richtigen Weg.

Ein wenig intensivere Arbeit an einer klareren Struktur könnte ebenfalls nicht schaden. Ob die CeBIT (neu) ein Erfolg ist und wie ihre Form aussehen sollte, wird sich ohnehin erst in den nächsten Jahren erweisen. Noch ist CeBIT eine Messe auf Bewährung.

GROSSBRITANNIEN / Steuererleichterungen angekündigt – Banken senken Basiszins

# London erwartet das beste Jahr für die Wirtschaft seit einer Generation

WILHELM FURLER, **London**

**Mit einer wohlüberlegten Haushaltsvorlage und einem gesunden Konjunktur-Optimismus hat der britische Schatzkanzler Nigel Lawson für gute Stimmung nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch an den Finanzmärkten gesorgt. Prompt haben die Großbanken unter Führung der Barclays Bank ihren Basis-Ausleihzins um einen vollen Punkt auf 11,5 Prozent gesenkt. Trotz dieser Maßnahme blieb das Pfund Sterling stabil.**

Dies ist allerdings auch eine Reaktion auf Nachrichten aus Genf, wonach sich die Ölminister der Opec „im Prinzip" auf eine Beschränkung der Ölproduktion geeinigt haben. Der Ölminister Algeriens, Belkacem Nabi, teilte mit, daß sich die Organisation der Erdöl exportierenden Länder jetzt mit der Zuteilung der einzelnen Produktionsquoten unter den Mitgliedern befaßt.

Auf den Pfundkurs hatte die Diskontsenkung ebenso wie Lawsons Äußerung zur Schwächung der Argumente gegen einen britischen Vollbeitritt zum EWS praktisch keine Wirkung. Das nicht nur, weil die Diskontsenkung am Markt schon erwartet worden war, sondern vor allem wegen der Spekulationen auf eine Stabilisierung des Ölpreises im Rahmen der Genfer Gespräche, von der England profitieren würde. So zog der amtliche Kurs gestern von 3,2930 auf 3,3370 DM an, und nachbörslich befestigte sich das Pfund weiter auf über 3,34 DM.

Sollte es tatsächlich zu einer Beschränkung der Opec-Ölförderung kommen, dürfte die britische Währung weiter an Stärke gewinnen, nachdem sie noch vor wenigen Wochen in den Strudel des Ölpreisverfalls gerissen worden und gegenüber der D-Mark auf das Rekordtief von knapp unter 3,20 DM gefallen war.

Steuererleichterungen, Anreize für einen weitgestreuten Aktienbesitz, zusätzliche *Hilfen für arbeitslose* Jugendliche und Langzeit-Arbeitslose sowie weitreichende Konzessionen für wohltätige Spenden: Dies sind die *wichtigsten Maßnahmen*, die der Schatzkanzler mit der Vorlage des *Haushalts für das Anfang* April beginnende Finanzjahr 1986/87 bekanntgab.

Allgemein war befürchtet worden, daß der Ölpreis-Einbruch der letzten Monate mit der Folge, daß die britischen Steuereinnahmen aus Nordseeöl halbiert wurden, Lawson zu größter *Zurückhaltung* veranlaßt haben könnte. Doch optimistische Wachstums-Aussichten haben die Vergabe von vielen, wenngleich verhältnismäßig bescheidenen *Steuergeschenken* ermöglicht.

Besondere Beachtung verdient dabei die Initiative der Regierung Thatcher, mit der weiten Streuung von Aktienbesitz mit Hilfe entsprechender Steuervergünstigungen einen „Volkskapitalismus" zu schaffen, wie sich der Schatzkanzler ausdrückte. In diesem Zusammenhang ist auch die Halbierung der sogenannten „Stempelsteuer" auf Wertpapiertransaktionen von einem auf 0,5 Prozent von Bedeutung. Die Stempelsteuer entspricht der deutschen Börsenumsatzsteuer. Davon wird eine deutliche Steigerung der Londoner Börsenumsätze erwartet.

Nigel Lawson geht bei seiner Budget-Vorlage – übrigens aus seiner bislang dritten – davon aus, daß der Ölpreisverfall die Steuereinnahmen aus Nordseeöl in diesem Jahr auf sechs Mrd. Pfund (knapp 20 Mrd. DM) drückt. Im vergangenen Jahr erreichten sie 11,5 Mrd. Pfund. Dieser Erwartung wird ein durchschnittlicher Preis für Nordseeöl von 15 Dollar je Barrel zugrunde gelegt. Die stimulierenden Auswirkungen niedriger Ölpreise bei gleichzeitig relativ niedrigem *Pfundwert* veranlassen die Regierung zu der Voraussage, daß „1986 das beste Jahr für die britische Wirtschaft seit einer ganzen Generation" wird.

Nach fünf ununterbrochenen Wachstumsjahren mit einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von fast drei Prozent rechnet Lawson auch für dieses Jahr mit einem Anstieg des Bruttosozialprodukts um drei Prozent, allerdings bei einer gleichzeitigen Verringerung der Inflationsrate auf 3,5 Prozent gegenüber 5,5 Prozent im vergangenen Jahr.

# AUF EIN WORT

„Wer den revierfernen Ländern außer erhöhtem Kohlepfennig auch noch einen erhöhten Benzin- und Heizölpreis zumutet, sabotiert die Politik zur Erhaltung der deutschen Steinkohle."

Otto Graf Lambsdorff, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

# Umsatzplus bei Textil

adh. **Frankfurt**

Positiv schloß das vergangene Jahr für die deutsche Textilindustrie: Bei einer Produktionsausweitung um drei Prozent erzielte die Branche ein Umsatzplus von fünf Prozent auf 36,8 Mrd. DM. Dafür sorgten im zweiten Jahr hintereinander einmal mehr die Aufträge aus dem Ausland, die um 8,5 Prozent expandierten (Inland plus vier Prozent). In diesem Jahr befürchtet die Branche angesichts der Dollarkursentwicklung aber eine Abschwächung dieses Trends bei gleichzeitigem Wiederanstieg der Importe. Die positivere Entwicklung hat auch zu einer Stabilsierung der Beschäftigtenzahl gesorgt.

PRIVATISIERUNG

# Sparkassen fordern Bonner Wettbewerbsneutralität

cd. **Frankfurt**

Bei der Auswahl der Konsortialführungen im Rahmen von Maßnahmen zur Privatisierung von Bundesvermögen ist die Wettbewerbsneutralität des Staates aus Sicht der hessischen Sparkassen nicht gewährleistet. Mit einer Breitseite auf Bonn und auf die Deutsche Bank, die bei der Viag-Privatisierung Konsortialführer werden soll, forderte der Geschäftsführende Präsident des Hessischen Sparkassenverbandes, Adolf Schmitt-Weigand, die Bundesregierung auf, die Sparkassen über die Landesbanken stärker an den Bundeskonsortien zu beteiligen, damit breite Bevölkerungsschichten überhaupt die Möglichkeit erhalten, Beteiligungswerte aus Bundesvermögen zu erwerben.

*Der Deutschen Bank* warf er vor, ihre Konsortialführung bei Aktienneuemissionen dazu zu nutzen, wertpapierreife Sparkassenkunden abzuwerben. Überhaupt betrieben die Großbanken Verdrängungswettbewerb, indem sie in typische Sparkassenkundenbereiche wie mittelständische Unternehmen und vermögende Selbständige einbrächen.

Für gefährlich hält Schmitt-Weigand *die jetzt von Ministerpräsident* Späth in Württemberg zur Diskussion *gestellte* Sparkassenprivatisierung. Die Kunden, die vom Wettbewerb *zwischen den drei Gruppen des* Kreditgewerbes profitierten, würden *letztlich den Schaden haben*, wenn durch Fusionen Wettbewerber ausschieden. *Außerdem schließt er nicht* aus, daß Stadtkämmerer Geld aus Sparkassen *herauszuziehen* versuchen, indem sie auf Umwandlung von *Rücklagen in bedienungspflichtiges* Kapital drängen.

AUSSENHANDEL

# HWWA: Ölpreisverfall bringt hohen Überschuß im Export

Mk. **Bonn**

Mit einem Exportüberschuß von nahezu 100 Milliarden Mark rechnet das Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg (HWWA) für dieses Jahr. Nach dem Verfall der Ölpreise und dem sinkenden Dollarkurs müsse für den Außenhandel von einer neuen Konstellation ausgegangen werden, aus der sich dieser Rekordüberschuß ergebe.

Die verschiedenen vom Ölpreisverfall und vom unerwartet kräftigen Rückgang des Dollarkurses ausgehenden Einflüsse auf die Ausfuhr dürften sich in diesem Jahr die Waage halten. Für 1986 sei daher mit einer realen Zunahme der Ausfuhr von drei bis vier Prozent nach 5,9 Prozent 1985 zu rechnen. Durch den Preisverfall werde die Ölrechnung zwar erheblich sinken, was einen zusätzlichen Impuls für Wachstum und Einfuhr bedeute. Die Wettbewerbsposition der ausländischen Anbieter aus dem Dollarraum werde aber durch den unerwartet starken Rückgang des Kurses der US-Währung noch stärker begünstigt als bisher angenommen. Das HWWA rechnet daher mit einem Anstieg der realen Einfuhr um 6,5 Prozent.

Da sich die Austauschverhältnisse (terms of trade) erheblich verbessern werden, werde der Handelsbilanzüberschuß nochmals erheblich steigen. Auch für die Leistungsbilanz sagt das Institut einen Rekordüberschuß von rund 55 Milliarden Mark voraus.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin warnt davor, die Produktions- und Beschäftigungseffekte des Verfalls der Ölpreise und des Dollars überzubewerten. Für die Geldpolitik sieht das DIW Chancen für weitere Senkungen der Realzinsen.

BAUGEWERBE

# Gegen Tarifabschluß ohne eine Lohnumschichtung

ARNULF GOSCH, **Bonn**

Einen Tarifabschluß am Bau wird es in dieser Lohnrunde nur geben, wenn die IG Bau, Steine, Erden gleichzeitig einer Umschichtung von Lohnzusatzkosten zustimmt. Mit dieser Warnung trat gestern in Bonn der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes, Fritz Eichbauer, an die Öffentlichkeit. Wie Eichbauer bei Vorlage des Jahresberichtes seiner Organisation betonte, schlägt die Bauwirtschaft eine Umschichtung *im Lohngefüge* dergestalt vor, daß ein Teil der Lohnzusatzkosten abgebaut *und* gleichzeitig in den direkten Lohn übernommen wird. Nur dann *lasse das Gewerbe mit sich* auch über eine zusätzliche Lohnverbesserung reden.

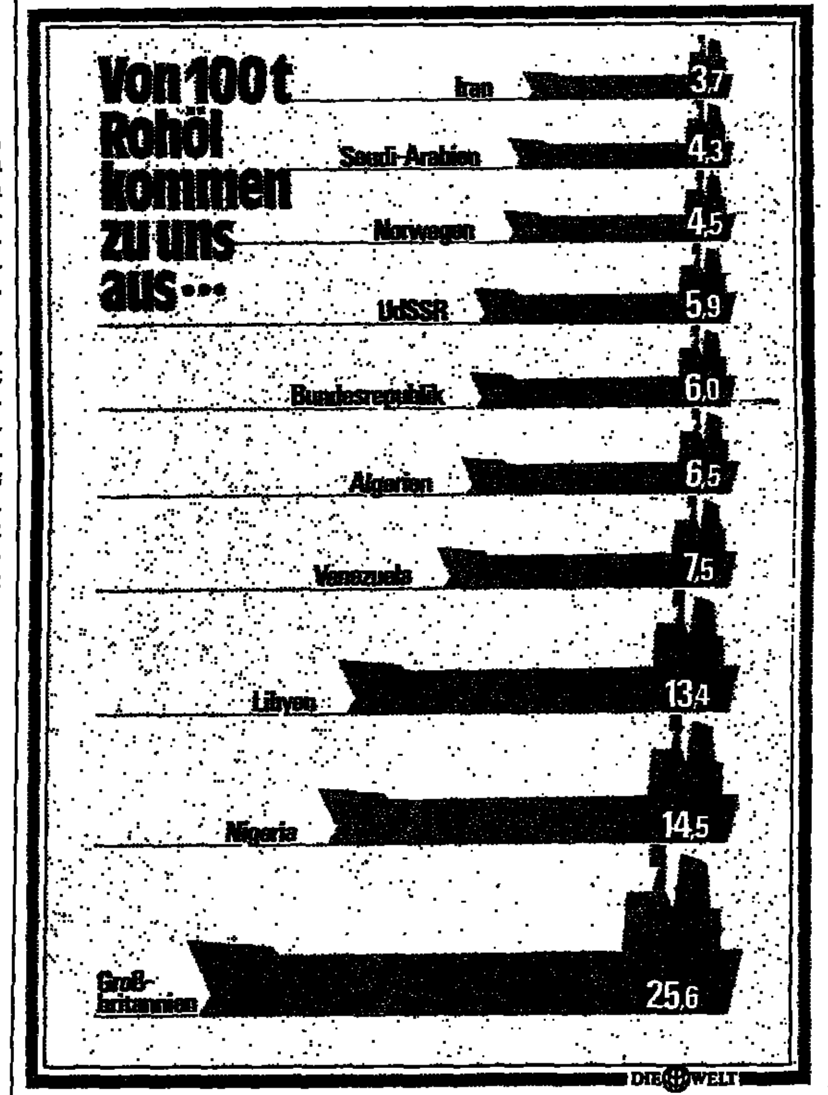
Eine Übernahme des zusätzlichen Urlaubsgeldes als erste Stufe würde einer Erhöhung des Tariflohnes um immerhin 2,5 bis 2,8 Prozent entsprechen. Das Baugewerbe will hiermit nicht nur verhindern, daß sich die Schere zwischen Lohn und Lohnzusatzkosten noch weiter öffnet, sondern vielmehr das Gegenteil bewirken und damit gerade im Baubereich einen wesentlichen Beitrag zur wirksamen *Bekämpfung* von Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft leisten.

Mit Nachdruck warnte Eichbauer die IG Bau vor einem Streik. Streikdrohungen seien um so unverständlicher, als jetzt gerade der Zeitpunkt gekommen schien, zu dem der Abbau von Arbeitsplätzen hätte gestoppt werden können. Ein Streik würde nicht nur neue Firmenzusammenbrüche verursachen, sondern auch viele *weitere Arbeitsplätze kosten*.

*In seiner Prognose* für 1986 stellte Eichbauer fest, daß in der Bauwirtschaft *der Konjunkturzug* „noch immer auf dem Abstellgleis" stehe. Die einzige Besserung für 1986: Das Baugewerbe wird in diesem Jahr wenigstens kein Minus mehr verzeichnen, sondern seine Produktion bei plus/minus Null halten oder maximal um ein Prozent erhöhen können.

Anders als die Bauindustrie leide das Baugewerbe besonders stark unter dem weiteren Rückgang des Wohnungsbaus, der immerhin 50 Prozent seines gesamten Geschäftsvolumens ausmacht. Während Wirtschaftsbau und öffentlicher Bau in diesem Jahr um sechs bzw. um drei Prozent zulegen werden, wird der Wohnungsbau nochmals um fünf Prozent auf erstmals unter 300 000 Einheiten zurückfallen. Und ob die Prognosen für den öffentlichen Bau eintreffen, sei auch noch mit Fragezeichen zu versehen. Denn die Heraufsetzung der Löhne und Gehälter im öffentlichen *Dienst* bedeute schon wieder einen Entzug öffentlicher Investitionskraft von über 8 Milliarden Mark. Es sei eigentlich empörend, wenn Arbeitnehmern mit einem unkündbaren Arbeitsplatz *hohe Lohnsummen zusätzlich* gewährt werden, was andernorts zu vermehrter Arbeitslosigkeit führen müsse. Ohnehin werde der Personalabbau unverändert weitergehen.

# WIRTSCHAFTS JOURNAL




Wichtigster Rohöllieferant der Bundesrepublik Deutschland war 1985 wieder *Großbritannien. Der Versorgungsanteil der Opec-Staaten sank im* letzten Jahr auf 50 Prozent gegenüber gut 70 Prozent Anfang der 80er Jahre. Sechs Prozent (4,1 Mill. Tonnen) unseres Rohölverbrauchs kamen aus heimischer Förderung.
QUELLE: DEUTSCHE BP

## Opec konferiert mit Nicht-Kartellmitgliedern

**Genf** (dpa/VWD) – Die 13 Ölminister der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) sind gestern in Genf zu Gesprächen mit Kollegen aus fünf *Produzentenländern zusammen*getroffen, die dem Kartell nicht angehören. Nach den Beratungen sagte der iranische Erdölminister Gholamreza Aghazadeh, man hat den Ministern Ägyptens, Mexikos, Malysias, *Omans und Angolas klargemacht*, daß alle Produzenten „im gleichen *Boot" sitzen. Darüber, wie das Boot* gesteuert werden soll, herrschte auch am vierten Tag der Krisenkonferenz noch Ungewißheit.

## Weniger Wohnungen

**Bonn** (A.G.) – Von dem Rückgang *des Wohnungsbaues sind im* vergangenen Jahr auch die gemeinnützigen Wohnungs*unternehmen nicht* verschont geblieben. Wie deren Gesamtverband *gestern mitteilte*, sind in diesem Bereich nur noch 33 590 Wohnungen *fertiggestellt* worden, über 24 Prozent weniger als im Jahre 1984. Auf relativ hohem Niveau liegt dagegen die Modernisierung des Wohnungsbestandes.

## Milchquotenurteil

**München** (AP) – Der dritte Senat des Finanzgerichts München hält es für verfassungswidrig, im Rahmen der Garantiemengenregelung für Milch in der Europäischen Gemeinschaft Bauern keine oder zu geringe Milchquoten zuzuteilen, wenn die Milcherzeugung die einzig wirtschaftlich sinnvolle Nutzung der landwirtschaftlichen Fläche darstellt. Das Nichterteilen einer Milchquote hätte zur Aufgabe von Höfen geführt, weil die Molkereien für einen Liter Milch nur noch etwa 16 Pfennige ausgezahlt hätten. Das Finanzgericht wies darauf hin, daß die Entscheidung für andere Finanzgerichte keine bindenden Wirkung hätte. (AZ: Finanzgericht München III 47/85 Aus Z, eA.)

## Berlin: Wirtschaft wächst

***Berlin** (dpa/VWD) – Das Berliner* Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird *nach einer Prognose des Deutschen* Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) 1986 real um 3,5 Prozent zunehmen. Das ist ein halbes Prozent mehr *als in den beiden letzten Jahren*. Die Zahl der Arbeitsplätze dürfte sich *1986 um 1,5 Prozent auf 871 000 erhö*hen. Wegen der Zunahme des heimischen *Arbeitskräfteangebots und* der Zuwanderung aus dem Bundesgebiet *werde die Zahl der Arbeitslosen* jedoch nicht wesentlich unter 80 000 sinken.

## 40jähriger DM-Zerobond

***Frankfurt*** (cd.) – Erstmals kommt jetzt eine 40jähriger DM-Zerobond an den Markt. Bei einem Ausgabekurs von 9,7 Prozent errechnet sich eine Rendite von 6,01 Prozent für die 850-Millionen-Tranche einer von der Commerzbank unter Mitführung von Salomon Brothers und der Deutschen Bank mit einer Mindeststückelung von 10 000 DM aufgelegten Nullkuponanleihe der Series D Euro-DM-Securities Ltd., Jersey, über insgesamt rund 2,1 Mrd. DM. Die Anleihe ist mit einem Schuldscheindarlehen Baden-Württembergs gesichert.

EG-BINNENMARKT

# Spanien und Griechenland streiten um „E" als Kürzel

Ha. **Brüssel**

Einen höheren Gang einlegen müssen die EG-Regierungen, wenn sie ihr Arbeitsprogramm zur Verwirklichung des Binnenmarktes erfüllen wollen. Von den für 1986 geplanten 125 Richtlinien und sonstigen Rechtsakten in diesem Bereich konnten *bisher erst neun verabschiedet wer*den. Allerdings hat der Rat früher im *Jahresdurchschnitt auch nicht mehr* als zehn Dossiers abgehakt.

Bei ihrem monatlichen Treffen konstatierten die zuständigen Minister oder Staatssekretäre diesmal weitgehende Einigkeit über ein Bündel von Richtlinien zur Angleichung technischer Vorschriften. Dazu gehören Direktiven über Zapfwellen für landwirtschaftliche Zugmaschinen sowie Schutzaufbauten für bestimmte Baumaschinen.

Eine eingehende Diskussion über diese Vorlagen erwies sich schon wegen der Kompliziertheit der Materie als unmöglich. Die Entwürfe wurden daher wieder an die Experten zurückverwiesen. Bei zwei Richtlinien geht es nur noch um die Frage, ob die vorgesehenen Prüfplaketten für Griechenland mit einem großen „E" (von *Ellas) oder mit einem „GR"* gekennzeichnet werden sollen. Die Spanier wollen das „E" für sich, sie haben dieses Recht sogar im Beitrittsvertrag verbrieft bekommen.

Die Kommission versucht im Bereich der Normen dadurch zu einer Vereinfachung zu gelangen, daß in den EG-Richtlinien künftig nur noch die Sicherheitsziele und die Mindestanforderungen aufgeführt und im übrigen auf die jeweiligen nationalen oder internationalen Normen verwiesen wird.

SCHUFA / Neue Klausel beschränkt das Informationsrecht über säumige Zahler

# Nur wenige Daten werden gespeichert

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Lange Zeit wurde – nicht selten mehr emotional als sachlich – zwischen Datenschützern, Verbraucherverbänden, Kreditwirtschaft und der Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung, kurz Schufa genannt, über eine Neuformulierung der sogenannten Schufa-Klausel gestritten, nach der Kreditinstitute Daten ihrer Kunden an die Schufa melden. Die Verhandlungen über eine Änderung der Klausel, *die der jüngsten* Rechtsprechung des Bundesge*richtshofs angepaßt* werden *mußten*, haben zu einem Ergebnis geführt, das mehr Transparenz in dieses spezielle Auskunftswesen bringt und dem Bürger die Angst nimmt, über ihn würden allerlei persönliche Daten gespeichert, die niemand etwas angehen.

Unbestritten war schon immer, daß die Schufa wichtig ist als Institution, die ihre Vertragspartner vor Verlusten im Kreditgeschäft schützen soll. Das geht nicht ohne die Sammlung und Weitergabe von Daten über die Kreditwürdigkeit von Kreditkunden. Das Informationsrecht soll künftig auf Kreditinstitute und Unternehmen beschränkt werden, die gewerbsmäßig Geld- oder Warenkredite an Endverbraucher gewähren. Dienstleistungsunternehmen wie zum Beispiel Wohnungs-Vermietungsgesellschaften müssen zum Inkrafttreten der *Neuregelung am 1. Juli aus* dem Kreis der Schufa-Vertragspartner ausscheiden. Gemeldet wird der Schufa allerdings auch vom Einzel- und Versandhandel, wenn Kredite nicht vertragsgemäß zurückgezahlt werden.

Die neue Schufa-Klausel regelt, welche Daten eines Kunden nach seiner Einwilligungserklärung unter welchen Voraussetzungen an wen weitergegeben werden; sie sind in einem umfänglichen Merkblatt enthalten, das dem Kunden auf Wunsch ausgehändigt wird. Dazu gehören zum Beispiel Angaben zur Person (Alter, Wohnsitz etc.) und Höhe des Kredits und mögliche Probleme bei der Rückzahlung, aber nicht etwa Angaben über die Höhe des Einkommens, Vermögens oder die Umsätze auf dem Konto. Verpflichtungen aus Krediten werden drei Jahre nach der *Rückzahlung gelöscht*, „Negativmerkmale" drei Jahre nach Eintragung.

Der Kunde kann im Rahmen einer Selbstauskunft von der Schufa nicht nur erfahren, welche Daten über ihn gespeichert sind, sondern auch, wer sie schon abgefragt hat. Das Kreditgewerbe hat sich übrigens bereit erklärt, ihre Kunden in einigen Fällen vertragswidrigen Verhaltens auf die Konsequenzen hinzuweisen und eine etwaige Meldung an die Schufa vorher anzukündigen.

DEUTSCHER NAHOST-HANDEL / Starker Einbruch

# Türkei nun Spitzenlieferant

VWD, Hamburg

Im Außenhandel der Bundesrepublik mit Nah- und Mittelost hat sich im vergangenen Jahr eine deutliche Tendenzwende vollzogen. Das Volumen konnte sowohl auf der Import- wie auf der Exportseite nicht nur kein Wachstum mehr verzeichnen, sondern auch nicht das bisherige Niveau halten. Wie aus einer Zusammenstellung des Nah- und Mittelost-Verein (NUMOV) in Hamburg hervorgeht, gilt dies insbesondere für die deutschen Einfuhren aus diesem Raum.

Diese hatten mit insgesamt 12,86 Mrd. DM nach 14,67 Mrd. DM im Vorjahr einen Rückgang von insgesamt über zwölf Prozent zu verzeichnen. Die Importe aus den arabischen Staaten und damit aus der Ölregion gingen vor allem aufgrund der verringerten Ölimporte sogar um über 28 Prozent auf 6,16 Mrd. DM nach 8,62 Mrd. DM 1984 zurück.

## Geringere Einfuhren

Hiervon waren insbesondere betroffen die Vereinigten Arabischen Emirate mit minus 70 Prozent, Kuwait mit minus 57 Prozent und vor allem der Saudi-Arabien, das zwar mit 2,18 Mrd. DM Großlieferant blieb, jedoch mit über 20 Prozent deutlich abnahm. Diesen abgeschwächten Importergebnissen aus wichtigen Partnerländern stehen nur wenige „Pluspunkte" bei den Einfuhren gegenüber, wie die Zunahme bei den Bezügen aus der Türkei um 17 Prozent auf 2,90 Mrd. DM, womit dieses Land Saudi-Arabien als bisherigen Spitzenlieferanten der Bundesrepublik in Nahost abgelöst hat.

Auf der ebenfalls negativen Ausfuhrseite betrug der Gesamtrückgang der deutschen Exporte nach Nah- und Mittelost 5,6 Prozent auf 29,85 (31,63) Mrd. DM. Hier kommt sehr deutlich die Abschwächung auf dem Bausektor zum Ausdruck, der in der Vergangenheit eine der wesentlichen Stützen für die deutschen Aktivitäten in diesen Ländern gewesen ist. Auch machen sich die Auswirkungen des lang anhaltenden Krieges zwischen Iran und Irak zunehmend mehr bemerkbar.

## Knappe Devisen

Ganz entscheidend aber ist der Rückgang der Devisenverfügbarkeit aufgrund der drastisch verringerten Öleinnahmen bei den Opec-Staaten. Dies zeigt sich auch darin, daß die deutschen Exporte in diese Länder mit 16,86 Mrd. DM um über sieben Prozent unter dem Vorjahr lagen.

Größter Abnehmer für deutsche Produkte und Dienstleistungen in der Region ist dennoch weiterhin Saudi-Arabien mit 5,23 (6,30) Mrd. DM. Das Minus beträgt immerhin 17 Prozent. Auf dem zweiten Platz folgt Iran mit 4,84 (6,52) Mrd. DM und damit um über 25 Prozent weniger. Zugelegt hat dagegen die Türkei mit Bezügen aus der Bundesrepublik in Höhe von 4,21 (3,40) Mrd. DM. Das ist ein Mehr von 24 Prozent. Bei einer Gesamtsicht des Außenhandels der Bundesrepublik mit Nah- und Mittelost 1985 ergibt sich, daß der deutsche Aktivsaldo mit rund 17 Mrd. DM nach wie vor in etwa auf der gleichen Höhe wie 1984 liegt.

Der Rückgang des Gesamtvolumens betrug auf beiden Seiten knapp zwei Mrd. DM. Für das laufende Jahr und die nähere Zukunft ist insbesondere im Hinblick auf die kräftig gefallenen Ölpreise nochmals mit einer Abschwächung rechnen. Experten erwarten aber langfristig eine Stabilisierung des Handelsvolumens.

US-LEISTUNGSBILANZ / Rekorddefizit wuchs nicht so steil wie vorher befürchtet

# Hoher Kapitalzufluß aus dem Ausland

H.-A. SIEBERT, Washington

Amerikas Leistungsbilanzdefizit ist 1985 zwar von 107,4 auf 117,7 Mrd. Dollar gestiegen und hat damit eine neue Rekordhöhe erreicht. Es lag aber um fast ein Zehntel unter den Voraussagen der Administration. Dennoch tragen die USA nun endgültig das Etikett eines Netto-Schuldnerlandes, und bis Ende 1986 können sich ihre Auslandsschulden auf fast 200 Mrd. Dollar addieren.

Nach Angaben des Handelsministeriums in Washington flossen 1985 netto mehr als 123,1 Mrd. Dollar in die USA, nach 97,3 Mrd. Dollar im Vorjahr. Gleichzeitig steigerten die USA aber wieder ihre Kapitalexporte, und zwar von 20,4 auf 38,2 Mrd. Dollar. Dabei nahmen die privaten Abflüsse von 11,8 auf 31,7 Mrd. Dollar zu. Den Schwerpunkt bildeten die Direktinvestitionen, die von 4,5 auf 19,1 Mrd. Dollar wuchsen.

Hier sind jedoch insofern Abstriche zu machen, als die Zahlen durch die Aufwertung anderer Währungen gegenüber dem Dollar künstlich aufgebläht worden sind. Während andererseits die innerbetrieblichen Schuldenimporte abnahmen, erhöhten sich die reinvestierten Gewinne. Die Forderungen der US-Banken fielen mit 5,9 (1984: 8,5) Mrd. Dollar niedriger aus, was sowohl auf die geringe Nachfrage nach amerikanischen Krediten als auch auf die immer noch vorsichtige Ausleihpolitik der US-Institute zurückzuführen ist. Netto zogen die Käufe ausländischer Wertpapiere von 5,1 auf 7,9 Mrd. Dollar an.

Ohne die öffentlichen Guthaben pumpte das Ausland sogar 125 (93,9) Mrd. Dollar in die USA, um die in der ersten Jahreshälfte noch extrem hohen Zinsen zu nutzen. Netto schnellte der Erwerb amerikanischer Wertpapiere (ohne öffentliche Titel) von 13 auf 50,7 Mrd. Dollar, wobei US-Unternehmen 37,6 Mrd. Dollar auf dem Euromarkt borgten. Der Kauf von Aktien stieg von 0,8 auf 4,7 Mrd. Dollar.

Bestätigt hat das Ministerium, daß 1985 Ölexportländer, die der Opec angehören, Guthaben aus den USA abzogen. Das ist vermutlich auch der Grund, daß die ausländischen Direktinvestitionen von 22,5 auf 16,3 Mrd. Dollar zurückgingen. Die Industriestaaten stockten ihre Guthaben in Amerika auf. Die Verpflichtungen der US-Banken gegenüber privaten Ausländern nahmen von 31,7 auf 40,6 Mrd. Dollar zu.

Die Explosion des US-Leistungsbilanzdefizits geht auf das Konto des riesigen Passivsaldos im Warenverkehr, der von 114,1 auf 124,3 Mrd. Dollar auf Zahlungsbilanzbasis wuchs. Der Überschuß in der Dienstleistungsbilanz betrug 21,4 (18,2) Mrd. Dollar.

## Textilabkommen verlängern

Mk. Bonn

Für eine Verlängerung des Welttextilabkommens hat sich gestern der Wirtschaftsausschuß des Bundestages ausgesprochen. Die Koalitionsfraktionen lehnen eine Festlegung eines endgültigen Auslauftermins für die Beschränkungen ab. Bei den Einfuhrzuwächsen solle zwischen Schwellen- und Entwicklungsländern unterschieden werden, die Lohnveredelung von Beschränkungen bei der Wiedereinfuhr freigestellt werden. Die SPD fordert, daß die Verbesserungen für ärmere Entwicklungsländer zu Lasten Hongkongs, Südkoreas und Taiwans gehen.

## Keine nationale Lösung möglich

J. Sch. Paris

Die im Oktober in Konkurs geratene französische Firma Allinquant, der größte nationale Hersteller von Stoßdämpfern für die Automobilindustrie, ist von dem Handelsgericht in Nanterre der deutschen Fichtel & Sachs-Gruppe in Übereinkunft mit den Gläubigern zugesprochen worden. Das Unternehmen beschäftigt 600 Personen, 30 bis 40 sollen jetzt entlassen werden. Wie es in Paris heißt, wurde Allinquant Opfer der Absatzkrise für Autoersatzteile. Die von dem Gericht zunächst angestrebte nationale Lösung kam nicht zustande.

## Exxon strafft Organisation

dpa/UPI, New York

Die Exxon Corp., New York, der weltgrößte Mineralölkonzern, will angesichts des Preisverfalls für Rohöl seine Organisation straffen. In der New Yorker Zentrale werden vier Abteilungen aufgelöst. Das Öl- und Gasgeschäft außerhalb von Nordamerika wird neu organisiert. Exxon hatte bereits eine Senkung seiner Ausgaben für Kapitalinvestitionen und Explorationen um 26 Prozent auf 8 Mrd. Dollar angekündigt. Für 1985 waren ein geringfügig erhöhter Betriebsgewinn von 5,59 (5,4) Mrd. Dollar und ein Umsatz von 97,29 (93,21) Mrd. Dollar ausgewiesen worden.

FRANKREICH / Unternehmen mehr auf sich gestellt

# Neue Freiheiten winken

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Frankreichs Unternehmer sehen der neuen bürgerlichen Regierung zuversichtlich entgegen. Will sie doch den staatlichen Einfluß auf die Wirtschaft so weit wie nie zuvor abbauen. Dereglementierung und Liberalisierung lauteten im Wahlkampf die wichtigsten Parolen ihrer Parteien. Konkret wurde insbesondere die Preis-, Devisen- und Entlassungsfreiheit versprochen. Darüber hinaus winken steuerliche Erleichterungen.

Aber diese unternehmerfreundliche Politik – und das kam weniger zur Sprache – bedeutet auch den Abbau der staatlichen Hilfen. Wer frei entlassen darf, bedarf auch keiner Subventionen zur Erhaltung unrentabler Arbeitsplätze. Und wenn die verstaatlichten Industriekonzerne privatisiert werden, erhalten sie vielleicht auch weniger Staatsaufträge. Auch im Export wird man künftig nicht mehr so stark auf öffentliche Rückendeckung zählen können.

An diese neue Konstellation müssen sich die meisten französischen Unternehmer erst noch gewöhnen. Sie fordern zwar seit Jahr und Tag mehr Freiheiten. Doch wollen sich das nur die wenigsten mit mehr Selbstverantwortung erkaufen. Wenn es schlecht geht, muß eben der Staat helfen. Das habe er sich mit seinem Dirigismus selbst eingebrockt, heißt es. Diese widersprüchliche, aber doch sehr komfortable Position gerät jetzt ins Wanken.

Zunächst einmal werden die Kompetenzen des nationalen französischen Unternehmerverbands (CNPF) erheblich beschränkt. Das „Patronat" ist nämlich nicht nur der zentrale Arbeitgeberverband der Industrie, des Handels und des Gewerbes, sondern auch Gesprächs- und Verhandlungspartner der Regierung in allen Bereichen des Wirtschaftsdirigismus. Dazu gehören nicht zuletzt die Preisreglementierungsverträge, die jetzt entfallen sollen. In diesen Verträgen wurden die näheren Bedingungen der vom Wirtschaftsministerium nur grundsätzlich festgelegten Preismargen mit dem Patronat ausgehandelt.

Aber auch bei den Lohnverhandlungen, die jetzt ebenfalls vom Dirigismus befreit werden sollen, gab es zwischen dem CNPF und der Regierung ein enges Zusammenspiel. Die Verhandlungen richteten sich bisher grundsätzlich nach dem, was die Regierung als Arbeitgeber im öffentlichen Dienst vorgab. Dabei wurde das von ihr angestrebte „Inflationsziel" als Referenz genommen. Da es in den letzten drei Jahren von der effektiven Preisentwicklung übertroffen wurde, kam es zu einem Rückgang der Reallöhne.

Größere Bedeutung als bisher könnte der CNPF dagegen bei den anstehenden Verhandlungen über die zahlreichen Flexibilisierungsbemühungen erlangen, die bisher von dem Verbandsvizepräsidenten Yvon Chotard mit großem Geschick in Angriff genommen worden waren. Sein überraschender Rücktritt könnte sich jetzt als großes Handikap erweisen. An gesetzliche Regelungen denkt die neue Regierung jedenfalls nicht. Denn der soziale Friede kann sich nur auf Vereinbarungen zwischen den Sozialpartnern stützen.

Wird der CNPF diesen neuen Aufgaben gewachsen sein? Und kann er sich die Einheit der Unternehmen erhalten, die bisher seine Stärke gegenüber den zersplitterten Gewerkschaften ausmachte? Auch Freiheit muß gelernt sein, vor allem in einem Land mit einer so langen Tradition im Wirtschaftsdirigismus.

HANNOVER-MESSE / „Traumzahl" bei den Besuchern

# Erfolgreiche CeBIT-Premiere

dos, Hannover

Das neue Konzept der Hannover-Messe CeBIT, die gestern nach achttägiger Dauer zu Ende ging, ist sowohl im Inland wie im Ausland in vollem Umfang akzeptiert worden. Dieses Fazit zieht der Vorstand der Deutschen Messe-AG in Übereinstimmung mit den beteiligten Fachverbänden. Nicht nur das Urteil der 2150 Aussteller zeige, daß die CeBIT-Messe eine „neue Dimension" erreicht habe. Auch die unerwartet hohe Zahl der Besucher spreche dafür.

Nach vorläufigen Ergebnissen dürften rund 360 000 Gäste auf das hannöversche Messegelände gekommen sein, eine „Traumzahl", wie der Vorsitzende des Messe-Ausschusses, Jörn P. Stielow, meinte. Im Vergleich zum letzten Jahr, als 285 000 Besucher gezählt wurden, sei zudem der Anteil des Fachpublikums weiter auf über 90 Prozent gestiegen. Dabei handele es sich zu einem großen Teil um Entscheidungsträger mit hoher Kompetenz.

Diese Aussage spiegelt sich in ersten Ausstellerumfragen wider. Noch in den Messehallen sei es zu zahlreichen Abschlüssen gekommen; die Auftragsbücher seien gut gefüllt. Das Klima für erfolgreiche Nachmessegeschäfte wird überwiegend als weiterhin günstig bezeichnet. Die beteiligten Fachverbände gehen davon aus, daß die nächste CeBIT-Messe (4. bis 11. März 1987) noch mehr Besucher aus dem Ausland (Anteil 23 Prozent) anziehen wird.

Trotz der erfolgreichen CeBIT-Premiere wollen sich die Veranstalter schon bald über notwendige Änderungen und Verbesserungen Gedanken machen. Neben einer intensiveren Auslandswerbung sollen vor allem die Besucher des Austellungsbereichs Kommunikationstechnik gezielter angesprochen werden. Auch über die Präsentation verschiedener Ausstellergruppen müsse nachgedacht werden. Aber auch die Aussteller selbst müßten sich auf das neue Konzept besser vorbereiten, meinte Messe-Vorstandschef Klaus E. Goehrmann. Die Teilnahme allein sei halt kein Freibrief auf Erfolg. Ohne Frage aber seien mit und auf der CeBIT-Messe „viele Türen aufgestoßen" worden.

PHILIPS / „Das Jahr der Compact Disc" – Erfolgsanteil der deutschen Unternehmen war wieder „sehr groß"

# Das Geschäft wurde in den USA verhagelt

ERWIN SCHNEIDER, Düsseldorf

Auf dem amerikanischen Markt sind 1985 für die niederländische Philips-Gruppe einige hochgespannte Erwartungen geplatzt, als der Markt für integrierte Schaltungen nicht, wie erhofft, von 20 auf 23 Mrd. Dollar anwuchs, sondern auf nur knapp 16 Mrd. Dollar verfiel. Dazu hielt die Schwäche der Unterhaltungselektronik an, so daß in USA und Kanada nur ein leicht positives Betriebsergebnis von 8 (921) Mill. Gulden (hfl) erwirtschaftet werden konnte.

Obwohl alle anderen Regionen außer den USA und alle anderen Sparten außer den Bauelementen ihre Ergebnisse verbessern konnten, weist der Elektro-Multi N. V. Philips Gloeilampenfabrieken, Eindhoven, einen um 17,4 Prozent verringerten Reingewinn von 919 (1113) Mill. hfl aus, nachdem im Vorjahr noch ein stolzes Plus von 66,9 Prozent erzielt worden war. Die Umsatzrendite sank nun weiter auf 1,7 (2,3) Prozent.

Das immerhin noch zweitbeste Ergebnis erlaubt wieder die Ausschüttung einer Dividende von 2 hfl je 10-hfl-Aktie, wie der designierte Vorstandsvorsitzende C. J. van der Klugt, der das Amt nach der Zustimmung der Hauptversammlung am 22. April von W. Dekker übernehmen soll, vor der Presse in Düsseldorf erklärte.

War der Gewinn, je Aktie sank er von 5,27 auf 4,26 hfl, eine Enttäuschung, so war doch das letzte Geschäftsjahr umsatzmäßig „gut". Philips hat weitere Marktanteile gewonnen, meinte van der Klugt, denn auch ohne die erstmals konsolidierte Polygram seien Umsatz und Absatz gesteigert worden. Mit Polygram wuchs der Umsatz sogar um knapp zwölf Prozent auf 60,05 Mrd. hfl, auf Polygram entfielen davon 2,89 Mrd. Gulden.

Nach dem Einbruch auf dem weiterhin „außerordentlich wichtigen US-Markt" hat sich das Geschäft in Europa wieder in den Vordergrund geschoben. Hier werden 53 (51) Prozent des Gesamtumsatzes erzielt, in den USA und Kanada waren es 29 (31) Prozent, Lateinamerika trug unverändert sechs Prozent bei. Auch beim Betriebsergebnis hat Europa mit einer Steigerung um 34 (ohne Polygram 23) Prozent auf 1,62 Mrd. hfl den wichtigsten Beitrag zum Gesamt-Betriebsergebnis von 3,08 (3,47) Mrd. hfl geleistet. Und der Erfolgsanteil der deutschen Firmen war wieder „sehr groß", so van der Klugt. Für das Geschäftsjahr 1985/86 (30. 4.) erwartet Karl-Heinz Busacker, Geschäftsführer der Allgemeine Deutsche Philips Industrie GmbH, Hamburg, ein Plus von je zehn Prozent beim Umsatz und Jahresüberschuß.

1985 war für Philips das Jahr der Compact Disc. Für dieses Jahr wird ein Marktvolumen von 10 Mill. CD-Spielern erwartet, Philips will seine Produktion „mindestens versiebenfachen", wie van der Klugt erklärte, ohne genaue Zahlen preiszugeben. Mit dieser Entwicklung habe der „Eckpfeiler" Unterhaltungselektronik seinen Weg auf eine wieder „gesunde Bahn" zurückgefunden. Die Umstrukturierung habe erste positive Resultate gezeigt, denn nach einem Verlust von 416 Mill. hfl in 1984 wurde das Betriebsergebnis im letzten Jahr mit 34 Mill. hfl wieder schwarz.

Seit 1983 hat Philips seine Investitionen auf 4,54 Mrd. hfl, das war das 1,3fache der Abschreibungen, verdoppelt. Davon entfielen mehr als die Hälfte auf die Sparten Unterhaltungselektronik und Bauelemente, rund 75 Prozent wurden in Europa getätigt. In dieser Region hat sich auch die Zahl der Mitarbeiter um 3600 erhöht, während die Gesamtzahl sich bei 345 000 einpendelte.

Für das laufende Jahr ist van der Klugt optimistisch. Der Ertrag soll sich bessern, beim Absatz wird mit einer ähnlichen Zuwachsrate wie 1985 gerechnet und der Umsatz soll sich auf dem Vorjahresniveau halten.

| Philips | 1985 | ±% |
|---|---|---|
| Umsatz (Mill.hfl)¹)²) | 60 045 | +11,6 |
| Betriebsergebnis | 3075 | -11,5 |
| in % vom Umsatz | 5,1 | (6,5) |
| davon aus Holland | 626 | + 5,7 |
| Belegschaft | 345 600 | + 0,5 |
| davon in Holland | 71 100 | + 3,9 |
| Sachinvestitionen | 4551 | +18,2 |
| Sachabschreibungen | 3137 | +14,1 |
| Gewinn nach Steuern ³) | 1025 | -17,7 |
| Reingewinn ⁴) | 919 | -17,4 |
| davon in Gewinnrücklage | 466 | -32,1 |

¹)1 hfl = 0,89 DM. ²)Polygram erstmals konsolidiert. ³) Darin 115 (152) Mill. hfl Gewinnanteile Konzernfremder. ⁴)Einschließlich 73 (49) Mill. hfl Gewinnanteile bei nicht konsolidierten Beteiligungen und ohne die Gewinnanteile Konzernfremder.

TOSHIBA

# 800 Arbeitsplätze in Mönchengladbach

Stü. Bonn

Die Toshiba Corp., Tokio, mit 13,37 Mrd. Dollar Weltumsatz einer der großen japanischen Elektronik-Konzerne, wird in Mönchengladbach ein Werk bauen und dort im März nächsten Jahres die Herstellung von Videorecordern aufnehmen. Mit Produktionsbeginn werden zunächst 150 Arbeitsplätze geschaffen. Innerhalb der nächsten drei Jahre soll die Zahl auf 800 gesteigert werden. Wie der stellvertretende Vorstandsvorsitzende, Fumio Ota, und der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen in Bonn bekanntgaben, sollen in dem neuen Werk monatlich zunächst 10 000 Videorecorder nach dem VHS-System sowie wichtige Fertigungsteile hergestellt werden. In den nächsten drei Jahren ist eine Kapazitätserweiterung auf 30 000 Stück geplant.

Toshiba ist in der Bundesrepublik seit zwei Jahren mit einem Halbleiter-Werk in Braunschweig (150 Beschäftigte) vertreten. Die Vertriebstochter Toshiba Deutschland GmbH sowie die europäische Vertriebszentrale (zusammen 350 Mitarbeiter) haben ihren Sitz in Neuss.

Die engliche Toshiba-Produktionsstätte in Plymouth soll künftig vor allem den englischen Markt mit Videorecordern versorgen, während in Mönchengladbch für das restliche Europa produziert wird. Toshiba hatte bei der Standortwahl, wie Ota betonte, allerdings vor allem den großen deutschen Markt, insbesondere den Ballungsraum Rhein-Ruhr, im Blick.

Als weitere Pluspunkte des Standorts Mönchengladbach nannte Ota die zentrale Lage in Europa, die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte, die gute Verkehrs-Infrastruktur, die Nähe zu Zulieferfirmen (bereits von 1988 an soll die Hälfte der Fertigungsteile in Europa gekauft werden), nicht zuletzt aber auch die Unterstützung durch Stadt und Land: Für die geplanten 50 Mill. DM Investitionen bekommt Toshiba 20 Prozent öffentliche Zuschüsse. Die Stadt stellte das 81 000 Quadratmeter große Grundstück einer ehemaligen Textilfabrik für 30 DM/qm zu Verfügung. Die Kaufverträge sind bereits unterzeichnet.

HERTIE / „Anpassung an den örtlichen Wettbewerb"

# Weitere Häuser vor Schließung

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Schließung weiterer acht Hertie- und Wertheim-Filialen hat der Hertie-Konzern gestern bekanntgegeben. Betroffen von den neuerlichen Schritt zum Abschneiden unrentabler Verkaufsflächen sind 2131 Mitarbeiter. Bereits im letzten Jahr hatte der drittgrößte deutsche Warenhauskonzern mit insgesamt 124 Filialen (inklusive der Kleinpreistochter Bilka) und rund 42 000 Beschäftigten die Schließung von sieben Verlustfilialen gemeldet: Häuser, die trotz hoher Investitionen (72 Mill. DM in den letzten sieben Jahren) nicht aus den roten Zahlen herauskamen.

Das in den letzten sechs Jahren in den 15 „Verlust-Häusern" aufgelaufene Minus bezifferte der Hertie-Vorstand in Frankfurt mit insgesamt 309 Mill. DM. In den zur Schließung anstehenden Filialen war im Durchschnitt im vergangenen Jahr nur ein Umsatz von 4673 DM je Quadratmeter Verkaufsfläche erreicht worden; der Durchschnittswert für alle Filialen liegt bei 6800 DM und damit noch deutlich unter einem zufriedenstellenden Wert, wie Vorstandssprecher Jürgen Krüger freimütig erklärt.

Mit den geplanten Schließungen sei das Thema „Total-Schließung" von Warenhäusern für Hertie aber beendet, betont Krüger. Nachgedacht wird aber unverändert über alternative Handelsformen für Häuser, die nicht „vor Gesundheit strotzen". Als Beispiele nannte der Vorstand die Selektiv-Warenhäuser in Mülheim/Ruhr und Salzgitter, wo auf annähernd halbierter Fläche mit 60 Prozent der alten Kosten 80 bis 90 Prozent der ursprünglichen Umsätze erzielt würden, sowie das City-SB-Warenhaus Oldenburg.

Die Maßnahmen sind Teil eines Sieben-Punkte-Programms, mit dem Hertie endgültig die lang anhaltende Verlustphase überwinden will. (Von 1977 bis 1984 sind bei dem Warenhaus-Konzern 517 Mill. DM Betriebsverluste aufgelaufen).

Als Ziele des im Oktober letzten Jahres angelaufenen Programms nennt der Vorstand: Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit im Filialnetz durch Kostenmanagement und Anpassung der „Verkaufsbühnen" an den örtlichen Wettbewerb, Öffnung neuer Vertriebswege, Erneuerung der Warenbeschaffung und Logistik sowie Reduzierung von Verwaltungsaufwand (was auch ein Durchforsten der Zentrale in Frankfurt bedeutet.

Die im Zusammenhang mit der Neustrukturierung anfallenden Kosten veranschlagt Finanzvorstand Lothar Deppe für die Jahre 1985 bis 1987 inklusive der noch auszuhandelnden Sozialpläne auf rund 240 Mill. DM, die überwiegend aus der Veräußerung nicht mehr benötigter Grundstücke und Gebäude gedeckt werden sollen. Bereits 1984 hatte Hertie aus solchen Erträgen eine „Sanierungsrücklage" in Höhe von rund 120 Mill. DM gebildet. Deppe: „Die sehr tiefgreifenden Veränderungen in unserem Unternehmen werden aus eigener Kraft ohne Kapitalzufuhr von außen und ohne zusätzliche Fremdfinanzierung bewältigt."

Auch die Investitionen in diesem Jahr (90 Mill. DM) und in 1986 (Planung 130 Mill. DM) sollen nach Deppes Angaben voll eigenfinanziert werden. Bereits im vergangenen Jahr sei mit einer Reduzierung des Betriebsverlustes auf „unter 100 Mill. DM" (i.V. 146 Mill. DM) die vom Vorstand geplante Ergebnisentwicklung voll erreicht worden, dabei stieg der Umsatz um 3,3 Prozent auf 5,87 Mrd. DM. Auch in diesem Jahr sei noch mit einem Betriebsverlust zu rechnen. „Ab 1987 werden unsere Verlustvorträge abgetragen."

## NAMEN

**Hans Sion**, Kölner Brauereibesitzer und Ehrenpräsident sowohl des Bundesverbandes mittelständischer Privatbrauereien e. V. als auch des Kölner Brauereiverbandes, vollendet am 24. März sein 75. Lebensjahr.

**Dr. Heinz Focke** (33) wurde mit Wirkung vom 1. März zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Magdeburger Lebensversicherungs-AG, Hannover, bestellt.

**David T. Kearns**, Xerox Chairman and Chief Executive Officer, hat zu seinen bisherigen Aufgaben zusätzlich die Position des non-executive Chairman der Rank Xerox Limited, London, übernommen.

**Manfred Siebenlist**, Geschäftsführer Vertrieb und Marketing der Rank Xerox GmbH, Düsseldorf, wird zusätzlich als weiterer gleichberechtigter Geschäftsführer in die Rank Xerox Handelsgesellschaft mbH, Krefeld, eintreten.

LANDESGIROKASSE / Forderungen zur umstrittenen Banken-Neuordnung

# „Viererlösung oder Teilprivatisierung"

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Für die Landesgirokasse (LG), Stuttgart, die bei der seit eineinhalb Jahren geführten Diskussion um die Neuordnung des öffentlich-rechtlichen Bankensystems in Baden-Württemberg eine zentrale Rolle spielt, steht fest, daß im Verlaufe des ersten Halbjahres 1986 eine Problemlösung zustande kommen muß. LG-Vorstandsvorsitzender Walther Zügel läßt keinen Zweifel daran, daß für den Fall der von Ministerpräsident Späth favorisierten Viererlösung (Fusion der LG, der beiden Kommunalen Landesbanken in Mannheim und Stuttgart sowie der Landeskreditbank in Karlsruhe) ein ganzer Katalog von Forderungen aus der Sicht der LG erfüllt sein müsse, zu denen die Freiheit in der Aufgabenstellung und die Erhaltung beziehungsweise (in Baden) die Schaffung eines flächendeckenden Zweigstellennetzes als Kernpunkte gehörten.

Würde man sich hier nicht durchsetzen können – der von der Treuarbeit festgestellte Unternehmenswert der LG von 5,9 Mrd. DM übersteigt sogar den der beiden Kommunalen Landesbanken zusammengenommen, dann werde man eine Teilprivatisierung der LG anstreben. An dieser dann in der Rechtsform einer AG arbeitenden Bank wären die Stadt Stuttgart und das Land Baden-Württemberg mit 51 Prozent beteiligt, 49 Prozent des Aktienkapitals würden gestreut werden.

Im Geschäftsjahr 1986 hat die Landesgirokasse, zweitgrößte Sparkasse in der Bundesrepublik, ihre Bilanzsumme um 7,4 Prozent auf 15,6 Mrd. DM ausgeweitet. Dabei nahmen die Kundeneinlagen um acht Prozent auf 13,3 Mrd. DM zu. Die verstärkte Investitionsbereitschaft drückt sich in den um 7,1 Prozent auf 11,7 Mrd. DM angewachsenen Kundenkrediten aus. Ausgewiesen wird ein auf 69 (60) Mill. DM erhöhter Jahresüberschuß, der voll in die Rücklagen eingestellt wird.

Das Gesamtbetriebsergebnis beziffert Zügel mit über 350 Mill. DM, das sind 3 Mill. DM mehr als im Vorjahr. Hohe Auflösungen von Einzelwertberichtigungen waren eine wesentliche Komponente der Gewinnverbesserung. Dies wird nach Zügels Worten auch auf 1986 zutreffen, für das trotz weiter fallender Zinsspanne durch den Zugang aus dem außerordentlichen Bereich ein „mindestens im Rahmen des Berichtsjahres" liegendes Ergebnis erwartet wird.

## Henkel: Ertrag stieg überproportional

dpa/VWD, Düsseldorf

Die Henkel KGaA, Düsseldorf, hat 1985 weltweit 9,2 Mrd. DM umgesetzt. Unter Berücksichtigung der Firmenverkäufe des Jahres 1984 bedeutet dies einen Umsatzzuwachs von mehr als drei Prozent. Henkel erwartet eine „überproportionale Verbesserung des Ertrages", nachdem der Jahresüberschuß schon im Vorjahr um 25 Prozent gestiegen war.

Wie es in dem ersten Zwischenbericht nach der Börseneinführung von Henkel-Aktien weiter heißt, werde sich der positive Trend voraussichtlich fortsetzen. Den größten Anteil am Umsatz hatte der Bereich Chemieprodukte mit 31 Prozent. Wasch- und Reinigungsmittel trugen 29 Prozent zum Umsatz bei, Klebstoffe und chemisch-technische Markenprodukte 18 Prozent.




KLÖCKNER-WERKE / Ehrgeizige Wachstumsziele für den Verarbeitungsbereich

# Endlich auch beim Stahl gesundet

JOACHIM GEHLHOFF, Duisburg

Man setze kein Kind aus, „schon gar keines ohne Windeln". Man mache nur die Klöckner-Werke AG, Duisburg, nun auch beim Stahl, wie im rasant gewachsenen Verarbeitungsbereich seit eh und je, zur Führungsholding des Vormarschs vom alten Stahl- zum neuen Technologiekonzern. So kommentiert Vorstandsvorsitzender Herbert Gienow den Vorschlag zur Hauptversammlung am 30. April, nach dem Vorgehen der anderen deutschen Stahlkonzerne den gesamten Stahlbereich in die neue Organtochter „Klöckner Stahl GmbH" rückwirkend per 1. Oktober 1985 auszugliedern.

Ausgliederung in ein Gebilde mit 200 Mill. DM Stammkapital und 100 Mill. DM Rücklagen, mit nun lückenlos dotierter Pensionsrückstellung, mit Stahlbeteiligungen (Maxhütte und Klöckner Draht), deren Buchwert durch 155 Mill. DM aus 6b-Rücklagen entnommenen Abschreibungen bereits auf „Verkehrsgerechtes" gebracht wurde. In ein Gebilde überdies und vor allem, das nach der im Berichtsjahr 1984/85 (30. 9.) hauptsächlich aus eigener Kraft geschafften, fast 200 Mill. DM Ergbnisverbesserung ausmachenden Wende ins Positive („keine Eintagsfliege") zumal ab 1986/87 weitere und deutliche Ertragsverbesserung verspreche.

Hoch befriedigt (und natürlich mit Appetit auf Besseres) konstatiert Gienow, daß nach einem Jahrzehnt fast ununterbrochener Stahlverluste das Konzernbetriebsergebnis im Berichtsjahr endlich bei 34 Mill. DM Gewinn (nach 148 Mill. DM Verlust) anlangte – dies im wesentlichen als Saldo aus nur noch 3 (201) Mill. DM Stahlverlust und 63 (53) Mill. DM Gewinnen des stahlfernen Verarbeitungsbereichs, dessen Auslandstöchtern zudem 40 (30) Mill. DM Gewinne belassen wurden. Nebst einem Ertragssaldo aus der außerordentlichen Rechnung konnte der Inlandskonzern nach der Verluststrähne erstmals wieder insgesamt 59 Mill. DM „zur Stärkung der in den vergangenen Krisenjahren sichtlich strapazierten Basis" einsetzen, um den Vormarsch zum Technologiekonzern weiterzutreiben.

Dieses Marschziel hebt der Konzernchef natürlich lieber hervor als die Tatsache, daß die seit einem Jahrzehnt dividendenlose Firma (469 Mill. DM Aktienkapital etwa je zur Hälfte bei Klöckner-Familiengruppe und bis zu 40 000 Streubesitzern) das „Wendejahr" mit jeweils unverändert 245 Mill. DM Verlustvortrag gegenüber 284 Mill. DM offenen Rücklagen beendete und nebst eigenkapitalähnlichen Mitteln nur 21,1 (23,0) Prozent von 4,83 (4,9) Mrd. DM Bilanzsumme erreichte.

Mit frischem Mut wird im stahlfernen Verarbeitungsbereich, der im Berichtsjahr bei vierprozentiger Rendite rund 2,5 Mrd. DM Weltumsatz erreichte (mit Plusraten von 15,4 Prozent auf 1,94 Mrd. DM im Spezialmaschinenbau und von 13,8 Prozent auf 420 Mill. DM in der Kunststoffverarbeitung) und damit viermal so groß wie vor zehn Jahren ist, für die nächsten zehn Jahre ein Weltumsatz von 6 Mrd. DM als nächstes Wachstumsziel verkündet. Erreicht werden soll es vor allem auf den Märkten Amerikas und Asiens, zumal in letzterem Fall in (denkbarer) Kooperation mit Australiens Rohstoffriesen CRA.

Die in Paritätspartnerschaft mit diesem betriebene Entwicklung und Vermarktung moderner Stahltechnologie habe ihren aus diversen Joint Ventures stammenden Gesamtumsatz 1984/85 verdoppelt und rücke auf die ersten 100 Mill. DM vor. „Der Ertrag liegt über dem Durchschnitt des metallurgischen Anlagenbaus."

Diesseits solcher Wachstumsvisionen blockiert das Gewicht der bei KLöckner so extrem schrecklichen Stahl-Krisenzeit offensichtlich noch auf Jahre hinaus jegliche Dividendenhoffnung auf die heutige Aktien-Stückzahl. Dies auch deshalb, weil „bedingte" Zahlungspflichten aus EG-Bußgeldern (wegen früherer Produktionsquoten-Überschreitung) und für nun komplette 400 Mill. DM „Struktursubventionen" aus dem Bonner Stahlhilfeprogramm auf 536 (402) Mill. DM angeschwollen sind und Rückstellungsvorsorge nur für den 136 Mill. DM schweren Bußgeld-Teil getroffen wurde.

Abseits dieses Risikos hebt der Vorstand zur Stahl-Hypothek am Konzerngeschäft hervor, daß sich die dominierende Bremer Flachstahlhütte 1984/85 von rund 85 Mill. DM Vorjahresverlust in ebenso hohen Gewinn gewandelt und dabei auch 40 Mill. DM Aufwand für Quotenkauf verdaut habe. Nach dem Scheitern der Krupp/Klöckner-Stahlfusion werde nun die wegen des Fusionsplans verschleppte Strangguß-Investition bei der Georgsmarienhütte (Osnabrück) ab 1986/87 auch diesen hoch defizitären Bereich aus den roten Zahlen bringen.

Aber auch die für 1985/86 moderat positiven Umsatz- und Ertragserwartung bringen die Klöckner-Aktie noch nicht zur Dividendenreife.

| Klöckner-Werke | 1984/85 | ±% |
|---|---|---|
| Weltumsatz (Mill.DM)¹) | 7576 | +12,6 |
| Auslandsanteil (%)¹) | 49,3 | (46,3) |
| Rohstahl (1000 t)¹) | 4593 | + 7,5 |
| davon Strangguß (%)¹) | 84,3 | (79,0) |
| Walzstahl ¹) | 4385 | + 6,8 |
| Belegschaft Welt ¹) | 33 146 | + 3,8 |
| Sachinvestitionen ²) | 311 | +38,9 |
| Cash flow ²)³) | 244 | +137 |
| Zinsaufwandsaldo ²) | 236 | - 3,3 |
| in % v. Ges.-Leist.²) | 4,7 | (5,3) |
| Jahresüberschuß | 35 | (4,8) |

¹)Mit Maxhütte am 30. 9. ²)Inlandskonzern ohne Maxhütte. ³)Vorstandsangabe: 26 (11) DM je Aktie.

DG BANK

## Leasing-Gruppe erhält Zuwachs

VWD, Frankfurt

Die 1985 von der DG Bank, Frankfurt, und den regionalen genossenschaftlichen Zentralbanken gebildete Leasing-Gruppe erhält jetzt durch die Einbeziehung der Centra Leasing GmbH und der Centra Leasing Anlagen GmbH, beide München, weitere Verstärkung. In der neuen Zusammensetzung erwartet die Gruppe, die sämtliche Bereiche des Mobilien- und des Immobilien-Leasing abdeckt, für 1986 ein Neugeschäftsvolumen von gut 1 Mrd. DM.

Die Centra-Leasing wird in den Bereich Mobilien-Leasing des Genossenschaftsverbunds einbezogen. Hier ist die VR Leasing Gesellschaft der Volksbanken und Raiffeisenbanken mbH, Unterföhring, für die Betreuung insbesondere der örtlichen Genossenschaftsbanken und ihrer Kunden („Banken-Leasing") zuständig, während das Direkt-, das Hersteller- und das Vertriebs-Leasing künftig über die DG Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH, Neu-Isenburg, betrieben wird. Die Centra firmiert mit Wirkung vom 1. April 1986 als DG Leasing GmbH und führt auch das Neugeschäft der bisherigen DG Leasing GmbH, Neu-Isenburg, fort.

Im Bereich des Immobilien-Leasing wird eine zentrale Gesellschaft geschaffen: Die „DG Immobilien-Leasing GmbH, vereinigt mit Centra Leasing Anlagen GmbH" arbeitet künftig von den beiden Hauptgeschäftsstellen Frankfurt und München aus.



## Bison: Großauftrag aus Norwegen

dos. Springe

Einen Auftrag über die Lieferung einer Gipsspanplatten-Anlage im Wert von 19,8 Mill. DM hat die Bison-Werke Bähre & Greten GmbH & Co KG, Springe, von der norwegischen Firma AS Arbor erhalten. Nach Angaben des Unternehmens, das Produktionsanlagen für die Span- und Faserplattenindustrie herstellt, handelt es sich dabei um die zweite Anlage dieser Art. Sie ermöglicht die Herstellung von Bauspanplatten aus Abfallgips und Holzspänen. Damit könne der anfallende Abfallgips aus der Düngemittelherstellung und der Kraftwerk-Rauchgasentschwefelung kostengünstig verwertet werden.

Der Umsatz der Bison-Werke ist 1985 kräftig auf 174 (122) Mill. DM gestiegen. Der Auftragsbestand im Maschinenbau erreicht derzeit 133 Mill. DM. Wie es heißt, rechnet die Geschäftsführung schon in Kürze mit weiteren Großaufträgen; drei Projekte für die Herstellung von Gipsspanplatten stünden kurz vor dem Abschluß. Probleme bei der Finanzierung der neuen Aufträge gebe es nicht. Die Hausbanken würden den erforderlichen Kreditrahmen zur Verfügung stellen. Ferner plane Bison noch in diesem Jahr eine Kapitalerhöhung um 5 Mill. DM auf dann 35 Mill. DM. Finanziellen Spielraum bringe zudem der Grundstücksverkauf des ehemaligen Bähre-Holzwerks an die Stadt Springe.

## Verhaltene Expansion in Hessen

cd. Frankfurt

Für die 52 hessischen Sparkassen war 1985 ein Jahr verhaltener Expansion mit zufriedenstellender Ertragsentwicklung. Sie weiteten ihre Bilanzsumme um 6,2 Prozent auf 68 Milliarden DM und ihr Kreditvolumen um 5,2 Prozent auf 42 Milliarden DM etwas gemäßigter als 1984 aus, weil der Kreditbedarf des liquideren Mittelstands sank, die öffentliche Hand ihre Politik der Schuldenkonsolidierung fortsetzte und der Wohnungsbau zurückging.

Auch die Einlagen von Nichtbanken sind langsamer um 5,8 Prozent auf 53 Milliarden DM gewachsen; denn die Einkommen der Privathaushalte sind verstärkt in den Konsum geflossen, vor allem im Herbst nach Bekanntwerden der günstigen Einkommensprognosen für 1986. Das Kontensparen vor allem mit Sonderformen genoß eindeutig Priorität: vom Mittelzufluß wurden 64 (Vorjahr 31) Prozent auf Sparkonten angelegt. Der Wertpapierabsatz ging dagegen deutlich zurück.

Die Gewinnspanne der hessischen Sparkassen ermäßigte sich wegen Schmälerung der Zinsspanne von 1,76 auf 1,64 Prozent der Durchschnittsbilanzsumme. Dank höherer Effektengewinne und niedrigerer Steuerzahlungen auch als Folge gestiegener Wertberichtigungen hielt sich der Jahresüberschuß bei 0,35 Prozent der Durchschnittsbilanzsumme.

IM BLICKPUNKT / Eberhard von Kuenheim führte BMW aus kleinsten Verhältnissen in rasantem Tempo zu einem Autohersteller mit Weltgeltung

# Erfolg des weiß-blauen Emblems ließ auch den Ehrgeiz wachsen

Was will man eigentlich noch? Da produziert ein Unternehmen seit Jahren an seinen Kapazitätsgrenzen. Schafft es trotzdem, durch ein ständiges Aufstocken der Belegschaft (9568 neue Mitarbeiter seit Anfang 1980) sowie mit permanenten Sonderschichten und durch geschicktes Management immer noch ein paar Prozentpunkte mehr herauszuholen. Ebenso kontinuierlich steigt der Absatz. Und sowohl beim Umsatz als auch im Ertrag wird jedes Mal „das beste Jahr der Firmengeschichte" erreicht. Ein Unternehmen, so sieht es aus, auf dem Höhepunkt des Erfolgs und ledig aller Sorgen.

Doch immer öfter macht das Wort von der „Krise" bei dem Münchner Automobilhersteller BMW die Runde. Da mag Vorstandsvorsitzender Eberhard von Kuenheim ständig neue Rekordzahlen präsentieren, das „geschäftsschädigende Gerede" will nicht verstummen. Mit gesteigerter Aufmerksamkeit diskutiert eine breite Öffentlichkeit jedes nachteilige Detail – ob es die Absatzzahlen im Inland sind, der Wechsel der Werbeagentur oder wie jüngst das Ausscheiden des Vertriebschefs. Dabei steht zumindest unterschwellig immer der BMW-Boß selbst im Mittelpunkt.

### Absoluter Herrscher

Denn so kooperativ sich Kuenheim auch gerne gibt: Er ist im Vierzylinder-Hochhaus am Olympiagelände der unumschränkte Herrscher, der seine Kompetenzen voll ausschöpft und seine Ansichten zur Geltung bringt. Alles ist ausnahmslos auf den 58jährigen Ostpreußen zugeschnitten. Die vierjährige Erziehung im erlesenen Internat Salem am Bodensee, mit 15 bei der Marine-Flak, englische Kriegsgefangenschaft, Nachhol-Abitur und mittellos, haben ihm Härte, Selbstdisziplin und Willenskraft eingetrimmt. Nichts überläßt er dem Zufall.

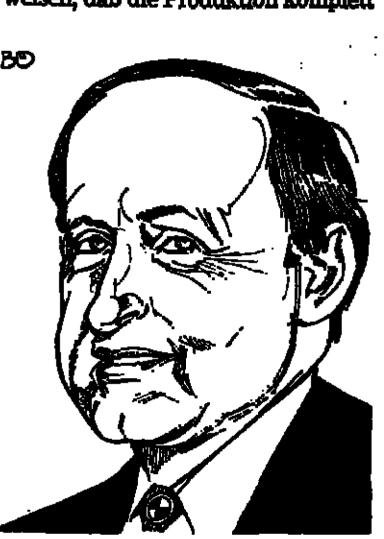
Als einfacher Arbeiter fertigte er bei Bosch in Stuttgart Kühlschränke und Autozubehör. Mit einem Stipendium seines Arbeitgebers ausgestattet, studierte er an der TH Stuttgart Maschinenbau. 1965 öffnete sich für den 37jährigen Diplom-Ingenieur die Tür zur Manager-Karriere. In der Bad Homburger Zentrale des Quandt-Imperiums entwarf er für die Gruppe und ihre Beteiligungen ein straffes Führungskonzept, bevor er dann 1968 zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der Industrie-Werke Karlsruhe Augsburg AG berufen wurde.

Anfang 1970 avancierte Kuenheim zum BMW-Chef. Aus kleinsten Verhältnissen führte er das Unternehmen in einer beispiellosen Aufholjagd zu einem Autohersteller mit Weltgeltung. Seit seinem Amtsantritt schwoll der Umsatz von 1,69 auf weltweit stolze 18,1 Milliarden Mark (1985) an. Die Produktion stieg von 144 700 auf nunmehr 445 000 Pkw.

Mit dem wachsenden Erfolg nahmen in gleichem Maße Selbstsicherheit und Ehrgeiz zu. Die Autos mit dem weiß-blauen Traditionsemblem an Bug und Heck forderten weltweit erfolgreich die Modelle des Erzrivalen Daimler-Benz heraus. Im Inland stieg der Marktanteil bis 1984 auf 6,8 (1969: 4,5) Prozent, während die Stuttgarter mit 9,8 (7,1) Prozent verhältnismäßig langsamer vorankamen. Die Folge: War man früher ziemlich friedlich nebeneinander hergefahren, entwickelte sich immer stärker ein Streit um Superlative.

Und je näher Kuenheim seine betont sportlichen Renner an die gediegenen Konkurrenz-Limousinen heransteuerte, desto mehr wurde er auch zu einem gefragten Sprecher der Branche. Er zeigte Flagge, ob es die 35-Stunden-Woche war oder Tempolimit und Katalysator. Er liebt es, mit einprägsamen Formeln aufzurütteln. Daß er dabei gelegentlich provoziert, gar Mißverständnisse schafft, nimmt der BMW-Chef als das kleinere Übel in Kauf. Er, der sich gerne Zeit für gesellschaftspolitische Betrachtungen und zur Lektüre seines Lieblingsautors Max Frisch nimmt, hält es für ein größeres Versäumnis, daß Manager meist unpolitisch reagieren. Nicht nur seine Vorstandskollegen in Wolfsburg, Köln und Rüsselsheim mußten dabei erfahren, daß sich der erfolgreiche Firmenchef gerne zum Präzeptor aufspielt, zum Lehrmeister für dies und das.

Kann es da verwundern, daß die geringste unternehmerische Schwäche mit unverhohlener Schadenfreude registriert wird? Zwar kann der BMW-Chef noch immer darauf verweisen, daß die Produktion komplett



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

abgesetzt wird und alle Zahlen „per annum et per orbem" stimmen. Und sicher konnte in den letzten Jahren im Ausland – insbesondere in den USA – bei dem hohen Dollarkurs in Relation zu den Konkurrenten sehr viel mehr Geld verdient werden. Doch letztendlich lenkt Kuenheim damit nur von dem unerwarteten Absatzeinbruch seiner Autos auf dem heimischen Markt ab. Er ist sich dessen durchaus bewußt, nur zugeben will er es nicht, wenn er verkündet: „Für die Autoindustrie gibt es heute nur noch den Weltmarkt und keinen Provinzmarkt."

Man kann es drehen und wenden, wie man will: 1985 hat BMW im Inland an Tempo verloren. Mit insgesamt 148 200 verkauften Pkw mußte ein Minus von 7,6 Prozent hingenommen werden. Bei der 3er-Reihe – dem „Brot-und-Butter-Modell" – ergab sich ein Rückgang von fünf Prozent auf 97 000 Fahrzeuge. Da mag Kuenheim sich und seine Mannschaft damit beruhigen, daß 6,2 (6,8) Prozent Marktanteil noch immer eine „Übererfüllung des Solls" ist, die Stuttgarter sind ihm mit ihren neuen Modellen davongefahren. Ihr Marktanteil stieg auf 11,6 (9,8) Prozent bei einem Absatzzuwachs im Inland von 17,9 Prozent auf 265 600 Einheiten.

Zurückzuführen ist dies alles nicht nur allein auf die Tempolimit- und Katalysator-Diskussion, unter der die Münchner besonders stark zu leiden hatten. Kuenheim muß auch einräumen, daß BMW zu spät in den Diesel-Markt eingestiegen ist, der jahrelang nur rund zehn Prozent des Gesamtmarktes ausmachte, dann aber sehr schnell auf etwa 30 Prozent anzog. Hieraus resultiert denn auch im wesentlichen der Geländegewinn von Daimler-Benz. Auf insgesamt stolze 17 Prozent Plus kam ihr 190er beim Inlandsabsatz; doch läßt man den Diesel unberücksichtigt, verbleibt nur ein bescheidenes Wachstum von zwei Prozent.

Dennoch, an BMW ging dies nicht spurlos vorüber. In der Konzernzentrale machte sich Nervosität breit. Erste Maßnahme: Ein neues Werbekonzept mußte her. Nach zwölfjähriger Zusammenarbeit trennt man sich per 1. April von der Düsseldorfer Werbeagentur Spiess & Ermisch. Mit dem 50-Millionen-Etat soll künftig die Hamburger Agentur Scholz & Friends potentiellen Kunden statt unterkühlter Technik wieder mehr „Freude am Fahren" vermitteln. Dazu paßt, daß man einen stärkeren Einstieg in den Formel-1-Zirkus in Erwägung zieht.

Für viele überraschend kam dann vor einigen Tagen aus dem BMW-Hochhaus die nächste Entscheidung: Nach nur zweijähriger Amtszeit scheidet Vertriebschef Eberhard von Koerber (47), wie Kuenheim ebenfalls ehemaliger Salem-Schüler, zum 31. März aus dem Vorstand des Unternehmens aus. Wer genau hinhörte, registrierte aber schon seit einiger Zeit gewisse Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Männern. Erinnerungen wurden wach an Finanzchef Erich Haiber und Entwicklungsvorstand Karlheinz Radermachen, die 1981 und 1983 vorzeitig ausscheiden mußten.

### Ins Steuer gegriffen

Kuenheim soll seinem obersten Verkaufsmann des öfteren ungeniert ins Steuer gegriffen haben. Und auch formal ließ er Koerber, der schon als Kronprinz für den Vorstandssitz gehandelt wurde, nicht hochkommen. Koerber, der fast 14 Jahre bei BMW war und sich zuletzt als Geschäftsführer der Südafrika-Tochter einen Namen gemacht hatte, war mit vielen Vorschußlorbeeren gestartet. Nach dem Willen von Kuenheim sollte er dem matt gewordenen und erfolgsverwöhnten Vertrieb neuen Schwung verleihen. Daß dies zu beträchtlichen Reibungsverlusten führen mußte, konnte erwartet werden. Doch als dann der Inlandsabsatz absackte und Koerber auf einer radikalen neuen Modellpolitik bestand, sank sein Stern rapide.

Bei allem, schwerwiegende Fehlentscheidungen können dem BMW-Herrscher noch keineswegs angelastet werden. Doch mit wachsender Aufmerksamkeit wird man in nächster Zeit die Entwicklung des Betriebs und vor allem seines interimistischen Vertriebschefs Kuenheim verfolgen. Eher noch eine Spur selbstbewußter als üblich meint er: „BMW steht am Anfang eines Aufbruchs". Spätestens ab Herbst wird Kuenheim dies beweisen müssen, wenn das Werk Regensburg anläuft und die neuen 7er-Modelle vorgestellt werden. Eine Gefahr bleibt – Kuenheim zitiert sie selbst: „Cicero hat einmal gesagt, daß der Erfolg sogar der schlechteste Lehrmeister ist."

DANKWARD SEITZ

GEBEKA

## Beteiligungen werden gesucht

JB. Hamburg

Die Gebeka Gesellschaft für Beteiligungen und Kapitalverwaltung mbH & Co, Hamburg, nach eigenen Angaben größte deutsche private und bankunabhängige Kapitalbeteiligungsgesellschaft, bleibt auf der Suche nach mittelständischen Unternehmen, die bereit sind, der Gebeka eine Beteiligungsquote zwischen 26 und 49 Prozent einzuräumen, und die Wachstums- und Ertragsstärke zeigen. Nach Meinung der Gebeka-Geschäftsführung gibt es in der Bundesrepublik viele in Frage kommende Gesellschaften. Die meisten Familienunternehmer stünden diesem Finanzierungsinstrument jedoch nach wie vor reserviert gegenüber.

Nachdem sich die Gebeka im Geschäftsjahr 1984/85 (31. März) von einem Engagement getrennt hatte, hält sie nunmehr noch 13 Beteiligungen aus der mittelständischen Wirtschaft. Die meisten dieser Firmen haben ihren Standort in Süddeutschland. Alle Beteiligungsfirmen zusammen beschäftigen knapp 1600 Mitarbeiter und setzen rund 250 Mill. DM um. Die Beteiligungswerte stehen mit etwa 25 Mill. DM zu Buch. Zur Zeit, so heißt es, werde ernsthaft über zwei neue Engagements verhandelt.

Die Gebeka verfügt über ein eingezahltes Kapital von 27 Mill. DM, das 250 Kommanditisten aufgebracht haben. Sie erhalten für das Geschäftsjahr 1984/85 eine Ausschüttung von 13,2 (i. V. 12,7) Prozent. Der Wert eines Kommanditanteils beträgt 114 Prozent. Als Jahresüberschuß weist die Gebeka 3,2 Mill. DM aus, nachdem vorweg aus steuerlichen Gründen 1,4 Mill. DM Wertberichtigungen gebildet worden sind, die stille Reserven darstellen. Mit einem Ergebnis wie im Berichtsjahr rechnet die Geschäftsführung auch für dieses Jahr. Alle Beteiligungsunternehmen profitierten von der guten Konjunktur. Haftende Gesellschafterin der Gebeka ist die Wölbern Beteiligungsgesellschaft mbH & Co, Hamburg.

## UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

### Kapitalerhöhung

**München** (sz.) – Ein Jubiläumsgeschenk besonderer Art zum 100. Geschäftsjahr macht die Frankona Rückversicherungs-AG, München, ihren Aktionären. Einer außerordentlichen HV am 30. April wird vorgeschlagen, das Grundkapital um 28,5 Mill. auf 85,5 Mill. DM im Verhältnis 2:1 zu einem Kurs von 80 DM aufzustocken. Die neuen Aktien im Nominalwert von 50 DM sind zur Hälfte einzuzahlen und ab 1. Januar 1986 dividendenberechtigt. Der Börsenkurs der Frankona-Aktie schwankte in den letzten Wochen um 800 DM, wonach sich ein rechnerisches Bezugsrecht von etwa 240 DM ergeben würde. Für das Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.) können die Aktionäre, so der Vorstand, mit einer unveränderten Dividende von 6 DM rechnen, wobei noch nicht feststeht, ob ein zusätzlicher Jubiläumsbonus ausgeschüttet wird.

### Junge Aktien

**Zürich** (VWD) – Junge Aktien im Verhältnis fünf zu eins werden die Aktionäre von Jacobs Suchard im Rahmen der geplanten Kapitalerhöhung erhalten, die dem Unternehmen 200 Mill. sfr einbringen soll. Die Familie Jacobs verzichtet auf ein Bezugsrecht für 37 022 neue Inhaberaktien. Außerdem werden 117 600 Namensaktien und 76 894 Partizipationsscheine ausgegeben. Die neuen Titel sind ab 1. Januar 1986 dividendenberechtigt. Der rechnerische Wert des Bezugsrechts ex Dividende wird die Hälfte der Dividende der jeweiligen Titelklasse übersteigen.

### Rosenthal setzt mehr um

**Selb** (dpa) – Die Rosenthal AG, Selb, hat den Verkauf der Rosenthal Technik AG an Hoechst abgeschlossen. Zum Jahreswechsel ist die letzte Beteiligung von 10,8 Prozent an die Hoechst AG, Frankfurt, übertragen worden. Der verbliebene Umsatz, der sich jetzt ausschließlich aus den Produktgruppen Porzellan, Glas, Keramik, Besteck und Möbel zusammensetzt, stieg nach Angaben des Unternehmens im Vergleich zu 1984 in der Gruppe um 2 Prozent auf 372,7 Mill. DM.

### Garantiedividende

**Hamm** (VWD) – Die freien Aktionäre der Isenbeck Privat-Brauerei Nies AG, Hamm, sollen eine Garantiedividende von 4,75 DM je 50-DM-Aktie zuzüglich Körperschaftssteuer-Gutschrift erhalten. Ein entsprechender Vorschlag soll der am 30. April 1986 stattfindenden HV unterbreitet werden.

### MG zahlt 6 DM

**Frankfurt** (adh) – Einen kräftigen Gewinnsprung meldet die Metallgesellschaft AG (MG), Frankfurt, für das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.): Der Konzern schließt mit einem Jahresüberschuß von 61,4 (i.V. 25) Mill. DM ab, die AG zeigt 43,8 (17) Mill. DM Überschuß. Nach 15 Mill. DM Rücklagendotierung werden die Aktionäre, die zuletzt für 1980/81 vier DM Dividende erhielten, mit sechs DM Dividende je 50 DM-Aktie partizipieren. In der gestrigen Ausgabe wurden durch einen Übertragungsfehler 4 DM Dividende gemeldet.

### Salamander läuft gut

**Stuttgart** (nl) – Die Salamander-Gruppe, Kornwestheim, hat ihren Umsatz in 1985 um zehn Prozent auf 1,04 Milliarden DM gesteigert. Der Umsatz des Stammhauses lag bei 728 Mill. DM (plus 9,3 Prozent). Trotz zusätzlicher Erlösschmälerung und Aufwendungen im Rahmen des 100jährigen Firmenjubiläums sei auch 1985 nach Angaben der Verwaltung „ein befriedigendes Ergebnis" erzielt worden. Die Produktionskapazitäten waren bei einer durchschnittlichen Tagesproduktion von rund 38 000 Paar Lederstraßenschuhen voll ausgelastet.

DEGUSSA / Goldmine Ok Tedi arbeitet profitabel

## Erträge auf stolzer Höhe

INGE ADHAM, Frankfurt

„Wir können der inneren Dynamik des Unternehmens vorerst noch freien Lauf lassen", skizziert Gert Becker, Vorstandsvorsitzender der Degussa AG, Frankfurt, die aktuelle Situation des Unternehmens. Im Klartext heißt das, die Degussa wird auch in diesem Jahr ihr strategisches Ziel, eine Verstetigung der Ergebnisentwicklung auf hohem Niveau, erreichen. Becker: „Die insgesamt und im wesentlichen unverändert günstige Ertragslage des Konzerns erlaubt uns die Fortsetzung eines wachstumsorientierten Kurses auf unseren drei großen Arbeitsgebieten Metall, Chemie und Pharma." Daran ändert sich auch nichts dadurch, daß der Umsatz in den ersten fünf Monaten des neuen Geschäftsjahres (30.9.) im Konzern und in der AG im Gefolge der geringeren Zuwachsraten im Chemiegeschäft und des veränderten Dollarkurses, der auf die Metallnotierungen durchschlug, knapp unter den Vorjahreswerten liegt. In der AG allein ohne Edelmetalle gab es ein Plus von 3 Prozent.

Die insgesamt günstige Ertragslage hat der Degussa ein schnelleres Wachstumstempo ermöglicht, das sich auch in den Investitionsplänen für dieses Jahr widerspiegelt: Die Investitionen in Sachanlagen werden im Konzern auf rund 450 Mill. DM (davon 290 (i.V. 248) Mill. DM im Inland) steigen und dienen zunehmend auch Erweiterungen.

Auch bei den Finanzanlagen ist einiges in Bewegung geraten: Degussa will bekanntlich die amerikanische Metz Metallurgical Corporation und die europäischen Rußwerke der Phillips Petroleum erwerben. Weitere Zukäufe, vor allem auch im Pharmabereich, schließt der Vorstand nicht aus, ebensowenig aber den Verkauf von nicht mehr optimal zu nutzenden eigenen Beteiligungen.

Luft für derartige Schritte hat die Degussa einaml wegen der seit mehreren Jahren günstigen Ertragssituation, aber auch, weil das Unbehagen über die Beteiligung an der Gold- und Knpfermine Ok Tedi in Papua Neuguinea gewichen ist. Die Mine arbeitet inzwischen profitabel, Degussa bezieht die Hälfte der 2 Tonnen Monatsproduktion an Gold. Im Herbst soll die Kupferproduktion starten.

Im noch relativ kleinen Unternehmensbereich Pharma könnte der Degussa ein großer Schritt nach vorn gelingen, wenn sich erste Ergebnisse klinischer Tests (in den USA) mit einem Wirkstoff gegen Aids bewahrheiten sollten. Vorerst ist jedoch der Vorstand zu näheren Angaben noch nicht bereit.

Die relativ bescheidene Umsatzentwicklung im vergangenen Jahr ist vor allem Folge der Metallpreisentwicklung. Wird der Edelmetallanteil herausgerechnet, ergibt sich für den Konzern ein Plus von 11 (AG: 9) Prozent. Dabei war, wie Finanzvorstand Robert Ehrt erläuert, der Bereich Chemie wiederum am erfolgreichsten. Das Ergebnis des Bereichs habe sich auf hohem Niveau gehalten, während der Metallbereich bei stagnierenden Umsätzen ein Ergebnisplus erzielte. Im Bereich Pharma blieb der Ertrag unter Vorjahr.

Die AG zeigt in der Erfolgsrechnung 76,8 Mill. DM Jahresüberschuß (plus 9 Prozent), von dem wiederum 20 Mill. DM in die Rücklagen fließen, der Gewinn pro Aktie (nach DVFA) erhöhte sich auf 31,50(30,50) DM.

| Degussa | 1984/85 | ±% |
|---|---|---|
| Weltumsatz (Mill. DM) | 11 714 | + 5 |
| dav. Ausland | 8308 | + 11 |
| AG | 9266 | + 2 |
| Mitarbeiter | 23 898 | + 6 |
| dav. Ausland | 6747 | + 7 |
| Brutto-Cash-Flow [1]) | 493 | - 2 |
| Sachinvestitionen | 408 | + 42 |
| Ausschüttung | 56,8 | + 12 |
| Einbeh. Gewinn | 55 | - 7 |

[1])Nach Ang. d. Unternehmens.

JACOBS SUCHARD / Hochwertiger Kaffee bevorzugt

## Einbußen bei Schokolade

JAN BRECH, Bremen

Zum ersten Mal hat sich jetzt die Deutsche Jacobs-Suchard-Gruppe vorgestellt, die seit etwa einem Jahr in Bremen die zentralen Bereiche Finanzen, Verwaltung, Personal und Organisation sowie die beiden großen Geschäftsbereiche Kaffee und Schokolade konzentriert hat. Die Markenartikelsparten arbeiten dabei mit getrennten Organisationen in der Produktion (Standorte sind Bremen, Lörrach und Berlin) sowie in den Bereichen Marketing und Vertrieb.

Die Konzentration aller kommerziellen und administrativen Aktivitäten ist nach Angaben des Vorsitzenden der Geschäftsführung Staffan Gunnarsson schneller als erwartet vollzogen worden. Jacobs Suchard habe die entscheidende Zielsetzung erreicht, sowohl bei Kaffee als auch im Schokoladengeschäft die Marktstellung zu behaupten. Die Entwicklung in den beiden großen Sparten verlief allerdings unterschiedlich.

An dem insgesamt um vier Prozent auf 2,7 Mrd. DM gestiegenen Umsatz dominiert das Röstkaffeegeschäft mit einem Anteil von 77 Prozent. Für Jacobs, so betont der für diesen Bereich zuständige Generalbevollmächtigte Hartmut Felgen, sei der Kaffeemarkt 1985 „wieder im Lot" gewesen. Der Umsatz mit Röstkaffee stieg um sechs Prozent auf 2,1 Mrd. DM und mit einem Marktanteil „um 20 Prozent" sei man zu gewohnten Verhältnissen zurückgekehrt, erklärt Felgen. Der Konsument habe bevorzugt hochwertige Markenangebote nachgefragt, wovon bei Jacobs vor allem die Marke Krönung profitierte. Allein diese Marke steuert rund 1 Milliarde DM Umsatz bei. Auch das finanzielle Ergebnis bei Kaffee entspreche den Erwartungen.

Für das Schokoladengeschäft vermag der dafür zuständige Generalbevollmächtigte Lambert Leisewitz diese Aussage nicht zu machen. Im Bereich Suchard Tobler war das Betriebsergebnis negativ und der Umsatz sank um zwei Prozent auf 612 Mill. DM. Das Jahr war gekennzeichnet durch den Versuch, die Schokoladenpreise nach 20 Jahren zum ersten Mal deutlich anzuheben. Die Korrekturen um einmal sieben und dann um 14 Prozent bescherte dem Gesamtmarkt und auch Suchard Tobler einen Absatzverlust von neum Prozent. Mit ihren Hauptmarken Milka, Toblerone und Mount Tobler hat Suchard nach Angaben von Leisewitz den Marktanteil von „deutlich über 20 Prozent" aber gehalten.

Für dieses Jahr wird im Bereich Schokolade eine Stabilisierung des Marktes und ein verbessertes Ergebnis erwartet. Die Position der Hauptmarke Milka soll durch Neueinführungen im Riegelmarkt untermauert werden.

In der Kaffeesparte erwartet Felgen trotz der drastischen Preissteigerungen in den vergangenen Wochen keine nennenswerten Rückschläge. Der Konsum wird nach Meinung von Felgen allenfalls um zwei Prozent über das ganze Jahr zurückgehen. Große Erwartungen setzt Felgen auf die Neukonzeption des Vertriebs, in dem sich Jacobs voll auf das Zentrallagergeschäft konzentriert hat.

Zum Ertrag der deutschen Jacobs-Suchard-Gruppe macht Gunnarsson weder für 1985 noch für dieses Jahr Angaben. Das Ergebnis 1985 sei aber deutlich besser als 1984 gewesen. Auch den Anteil, den die deutsche Gruppe zum Gesamtergebnis der Muttergesellschaft Jacobs Suchard AG, Zürich, beitrug, läßt Gunnarsson offen. Der Anteil liege aber niedriger als der des Umsatzes, der rund 40 Prozent erreicht.

Die weltweite Jacobs-Suchard-Gruppe steigerte den Umsatz um 5,3 Prozent auf 5,4 Mrd. Schweizer Franken und den Gewinn um 25 Prozent auf 150 Mill. Schweizer Franken. Die Rendite verbesserte sich von 2,4 auf 2,8 Prozent.

VEBA OEL / Wieder 30 Millionen für die Mutter – Abwertungen durch den Druck auf Rohöl- und Erdgaspreise

# Verarbeitungsbereich wechselt auf die Sonnenseite

THOMAS LINKE, Gelsenkirchen

„Licht und Schatten" – so charakterisierte Fritz Oschmann, Vorstandsvorsitzender der Veba Oel AG, Gelsenkirchen, das Geschäftsjahr 1985. Auf der Sonnenseite konnten zum ersten Mal seit 1979 stattliche Betriebsgewinne in allen Unternehmensbereichen – auch beim Sorgenkind Mineralölverarbeitung – verbucht werden. Dunkle Wolken zogen durch den Druck auf die Rohöl- und US-Erdgaspreise auf. Dadurch wurden im 50sten Jahr der Firmengeschichte erhebliche Abwertungen der Bestände erforderlich, die das Gesamtergebnis belasteten.

Der Veba-Oel-Konzern blieb 1985 mit einem Außenumsatz von 20,7 Mrd. DM (1984: 21,48 Mrd. DM) um 4,2 Prozent unter dem des Vorjahres. Als Grund nannte Oschmann die Veräußerung der Deutschen SB-Kauf (DSBK), der AMH-Chemie, Brunsbüttel, und der Hälfte der Beteiligung an der Wirus-Werke W. Ruhenstroh GmbH, Gütersloh.

Danach verblieb mit 30 Mill. DM nur ein Gewinn auf Vorjahreshöhe, der aufgrund des Ergebnisübernahmevertrages an die Muttergesellschaft Veba AG abgeführt wird. Darüber hinaus konnten die Tochterunternehmen Raab Karcher AG 40 Mill. DM und Chemische Betriebe Pluto GmbH 2 Mill. DM den freien Rücklagen zuweisen. Zur Steuerrechnung der Muttergesellschaft wurde nach Erläuterung des Vorstandes ebenfalls ein „stattlicher Beitrag" geleistet: 280 Mill. DM Erträge sind bereits im Ausland versteuert. In gleicher Höhe können deshalb Gewinne anderer Veba-Unternehmen ohne inländische Steuerbelastung den freien Rücklagen des Veba-Konzerns zugeführt werden.

Bedingt durch den Verkauf von Beteiligungen ging die Belegschaft des Konzerns um 7700 auf 16 011 Mitarbeiter zurück. Die Investitionen in Sach- und Finanzanlagen stiegen um 20 Mill. DM auf 720 Mill. DM. 82 Prozent davon entfielen auf die Exploration und Förderung. In diesem sogenannten Upstream-Bereich war die Veba Oel per Jahresende 1985 an rund 191 000 Quadratkilometern (1984: 224 000) Vertragsfläche beteiligt. Rückgaben in Indonesien, Abu Dhabi und Libyen standen geringere Zugänge in der Nordsee, in Syrien und in den Niederlanden gegenüber.

Aus den anteiligen Feldern pumpte der Konzern 1985 2,3 Millionen Tonnen Rohöl. Das sind elf Prozent mehr als im letzten Jahr. Zur Versorgung der eigenen Raffinerien bezogen die Gelsenkirchner 7,7 Mio. (1984: 6,4 Mio.) Tonnen Rohöl. Aus eigener Produktion stammten zwei Mill. Tonnen. Ein Jahr zuvor waren es noch 1,3 Mill. Tonnen.

Die Erdgasförderung kletterte sprunghaft von 4,4 Mrd. Kilowattstunden (kWh) auf zwölf Mrd. kWh. Allerdings mußte wegen des starken Rückgangs der US-Erdgaspreise und seiner Auswirkungen auf das Ergebnis der Tochtergesellschaft Mark Producing in Texas in der Bilanz der Veba Oel eine Rücklage nach dem Auslandsinvestitionsgesetz in Höhe von 200 Mill. DM gebildet werden. Die Bestände an Rohöl, Halbfertig- und Fertigprodukten wurden mit insgesamt 240 Mill. DM wertberichtigt. Laut Tischmann konnte durch die Zusammenarbeit mit der Venezolanischen Ölgesellschaft PdVSA „weitere Abwertungsverluste in beträchtlicher Größenordnung vermieden werden."

## KONKURSE

**Konkurs eröffnet: Aachen:** Eleonore Smeets geb. Boemen; **Bensheim:** Philipp Zieringer GmbH u. Co.; **Bergisch Gladbach:** Futura-Agentur W. Schinski & Partner GmbH; R. & E. Bau GmbH, Overath; **Bückeburg:** eingetragener Verein Internationales Freundschaftsheim; **Buxtehude:** Bauforum Stöter GmbH, Horneburg; **Cloppenburg:** Franz Aumann, Cloppenburg-Staatsforsten; **Detmold:** Albrecht Papierverarbeitungs-GmbH, Lage; Gebr. Schwarm u. Beblo GmbH, Augustdorf; GEDE – Dächer Gert Deppermann GmbH & Co. KG; **Dortmund:** Bauunternehmen Horst Stasch GmbH, Lünen; **Fürth:** S.C. Bau-GmbH, Abtsteinach 2; **Gifhorn:** MK-Bau GmbH; **Göttingen:** Fotografie Verlag GmbH; **Hamburg:** SAPUR Schiffahrtskontor GmbH; Nachl. d. Hans Joachim Bönner, Apotheker; **Hannover:** C-D-S Gastronomiebetriebe Wolf GmbH & Co. KG, Spenge; **Husum:** Bauherrenges. Deichgraf mbH, Bredstedt; **Ingolstadt:** Nachl. d. Elisabeth Emer-Uhlmann, Schliersee; **Lingen:** Nachl. d. Heinrich Weber; **Mannheim:** H. G. M. Wohntextilien GmbH, Schwetzingen; **Memmingen:** Wertoch-Speditions- u. Handelsges. mbH, Ettringen; **Mönchengladbach:** C. & W. Bendig GmbH; **Moers:** NGK Großküchenvertriebsges. mbH & Co. Produktion Xanten KG; **Neustadt/Wstr.:** Fritz Eicher GmbH, Metallverarbeitung, Bad Dürkheim; **Neuss:** Detlev Manteuffel GmbH & Co. KG; Nachl. d. Detlev Manteuffel GmbH; **Osterholz-Scharmbeck:** Hamme Blusenfabrikation GmbH; **Papenburg:** Albert Schulte, Papenburg-Aschendorf; **Reutlingen:** Friedrich Kegel, Hohenstein-Bernloch; **Rosenheim:** Schnitzenbaumer & Schmuck Einrichtungs-GmbH, -Feldkirchen-Westerhm.; **Siegburg:** Laif Electronic GmbH & Co. Laboranlagen-Bau KG, Hennef-Happerschoß; **Stuttgart:** BAUMA, Baumaschinen + Baugeräte Beteiligungs GmbH; Pietro Ruta, Renningen; Maria Ruta, Renningen; **Weilheim i. OB:** Nachl. d. Dr. Günter Schauss, Garmisch-Partenkrichen; **Wesel:** Wilhelm Tenberg, Hünxe; **Wiesbaden:** Nachl. d. Myra Wilhelmine Brandl geb. Morawa.

**Vergleich beantragt: Biberach:** Josef Zeller & Söhne GmbH & Co. Bauunternehmung; **Bielefeld:** Atlas Vermögensverwaltungsges. mbH; **Detmold:** Hans Griese Hoch-, Tief- u. Stahlbetonbau GmbH, Blomberg; **Saarbrücken:** Schuhmarkt Röhrig GmbH, Saarbrücken-Burbach.

# Aktien kräftig erholt

## VW erreichte einen neuen Spitzenstand

**DW. – Nachdem sich die Börsenkulisse während der Dienstagbörse zu nachgebenden Kursen entlastet hatte, sorgte die wieder auflebende Anlagebereitschaft für einen Anstieg auf breiter Front. An den Käufen sollen auch Ausländer beteiligt gewesen sein, für die der deutsche Markt keine Einbahnstraße mehr ist. Gelegentliche Rückflüsse finden vor allem bei Hoechst, Siemens und Daimler statt. Angeblich stammt dieses Material aus den Ölförderländern der Golf-Region, die durch den gesunkenen Ölpreis in Schwierigkeiten geraten sind.**

Für eine Überraschung sorgte der weitere Anstieg der VW-Aktion, sie haben einen neuen Nachkriegsrekord erreicht. Der gegenüber 1984 verdoppelte Gewinn des Volkswagenwerks ist Gegenstand lebhafter Verteilungsdiskussionen. Daimler und BMW konnten von der besseren Allgemeintendenz kaum profitieren. Bei BMW hemmen vor allem die Diskussionen über einen Absatzrückgang im Inland die Kursentwicklung. Die am Vortag im Zusammenhang mit dem Tod von Heinz Nixdorf stark zurückgefallene Nixdorf-Aktien holten den Verlust sofort wieder auf. Ein Geschäftsschwerpunkt lag bei den Bankaktien, die nach Meinung vieler Börsenexperten im Zusammenhang mit den bevorstehenden Bilanzpressekonferenzen auch in den nächsten Wochen noch die Aufmerksamkeit auf sich ziehen dürften. Klöckner, am Dienstag wegen *Kapitalzusammenlegungsgerüchte* empfindlich gedrückt, konnte sich um knapp 10 Prozent des Wertes verbessern.

**Frankfurt:** Goldschmidt zogen um 12 DM, WMF-St. um 10 DM, Contigas um 10 DM und Metallgesellschaft um 8 DM an. Cali Chemie sanken um 8 DM, Thüringer Gas gaben um 20 DM nach und Ymos fielen um 4,50 DM.

**Düsseldorf:** Bilfinger erholten sich um 5 DM, Dyckerhoff St. befestigten sich um 2 DM und Leffers erhöhten sich um 5 DM. Conc. Chemie fielen um 2 DM, Rhenag verminderten sich um 5 DM und AMV um 20 DM.

**Hamburg:** HEW zogen um 4 DM an. Beiersdorf und Bremer Vulkan schwächten sich jeweils um 3 DM ab. Vereins- und Westbank blieben unverändert. Hapag Lloyd gaben um 2,50 DM nach.

**Berlin:** Spinne Zehlendorf zogen *um 11 DM. Kempinski zogen um* 11 DM und Springer um 9,50 DM an. Berliner Bank erholten sich um 3 DM. Dt. Hypobank Berlin gaben um 7 DM nach.

**München:** Aigner verminderten sich um 3 DM, Audi AG um 10 DM und Erius fielen um 14 DM. Agrob St. wurden um 4 DM höher taxiert, AKS stiegen um 5 DM und Deckel AG gewannen 2 DM.

**Stuttgart:** WMF St. erhöhten sich um 17 DM, Zeag Zement legten 7 DM zu und Gehe verbuchten einen Gewinn von 8 DM. IWKA waren um 6 DM anziehend. Stuttgarter Hofbräu St. lagen um 10 DM höher im Markt.

**Nachbörse: fest**

**WELT-Aktienindex: 293,11 (290,45)**
**WELT-Umsatzindex: 5495 (4241)**
**Advance-decline-Zahl: 129 (72)**

## Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

## Inland

| | | 19.3. | 18.3. |
|---|---|---|---|
| H | Aach M Bet. 10 | 2500 | 2490 |
| H | Aach. M. Vers. 7 | 1528 | 1500 |
| D | Aach. Rück. 9 | 3100 | 3100 |
| D | Aseag *4 | 410T | 400bGr |
| M | Ack-Gögg. 6 | 165bG | 164,8 |
| H | Adca 3 | 189 | 187 |
| D | Adler 9 | 320G | 320G |
| F | AEG 0 | 331 | 328 |
| D | AEG KABEL 9 | 445 | 440 |
| S | Aesculap 9 | 473 | 475bB |
| F | AGAB 5 | 121 | 121 |

| | | 19.3. | 18.3. |
|---|---|---|---|
| F | Cobl. Genußsch. | 118bB | 117,95 |
| D | Conc. Chem. 4,5+3 | 290G | 292 |
| B | Conc. Spinne * 0 | 395G | 395G |
| D | Contigas 7,5 | 390 | 400 |
| D | Conti Gummi 3 | 229,7 | 226,8 |
| D | Dahlb. St. 7,65 | 266 | 265,5 |
| D | dgl. Vz. 14,55 | 420G | 425 |
| S | Daimler 10,5 | 1525 | 1305 |
| M | Deckel AG 0 | 252,5 | 230,5 |
| D | Dt. Atl. Tel. 18+1 | 812G | 810bG |
| H | Doag 5 | 410 | 395 |
| D | Dt. Babcock St. 3 | 220 | 228,5 |
| D | dgl. Vz. 3,5 | 206 | 205 |

| | | 19.3. | 18.3. |
|---|---|---|---|
| H | Hb. Hochb. *4+0,64 | 978 | 978 |
| H | HEW 5 | 149 | 145 |
| H | Hol. Ub. 9 | 540 | 540G |
| Ha | Hann. Papier 5,5 | 185 | 179 |
| H | Harmstorf 0 | 75G | 74,7 |
| D | Harpener 11 | 365 | 355 |
| F | Hartm. & B. St. 4 | 1500 | 1530 |
| F | dgl. Vz. 4 | 1425G | 1425 |
| M | Hasen-Bräu 9 | 1250G | 1250 |
| S | Heidelb. Zem. 7 | 502 | 490 |
| M | Heilit & W. 5 | 275G | 275G |
| D | Hein. Lehm. *0 | 312bG | 311 |
| D | Heinr. Ind. *14+4 | 671bG | 671G |
| H | Hemmoor 0 | 225bG | 228bG |
| D | Henkel | 417 | 415 |

| | | 19.3. | 18.3. |
|---|---|---|---|
| F | MAB 6,5 | 380G | 380G |
| F | dgl. Vz. 6,5 | 330bG | 331T |
| D | Mannesmann 4 | 273,5 | 268,5 |
| F | Mannh. Vers. 8 | 930,5 | 939 |
| H | Markt & K. 7 | 220 | 220 |
| F | MAN St. 7 | 204 | 200 |
| F | dgl. Vz. 6 | 187 | 182,5 |
| F | MAN-Rol. 20,2 | 589T | 571 |
| S | M. Müll. Weing. *0 | 344,5 | 345bB |
| D | Mauser 0 | 97bG | 95bG |
| F | Mercedes 10,5 | 1179 | 1168 |
| F | Metallges. 0 | 345 | 357 |
| S | Met. u. Lock 0 | 138bG | 138bG |
| S | Mög 4,5 | 470 | 470bB |
| F | Moenus 0 | 105,1 | 105,1 |

Freiverkehr | Ungeregelt. Freiverkehr | Unnotierte Werte | Ausland in DM

## Ausland

### Amsterdam

### Brüssel

### Hongkong

### Kopenhagen

### London

### Luxemburg

### Madrid

### Mailand

### New York

### Paris

### Johannesburg

### Stockholm

### Singapur

### Sydney

### Oslo

### Tokio

| | 19.3. | 18.3. |
|---|---|---|
| Fuji Bank | 1590 | 1610 |
| Fuji Photo | 1730 | 1750 |
| Hitachi | 724 | 726 |
| Honda | 1040 | 1040 |
| Ikegai Iron | 382 | 385 |
| Kansai El. P. | 2620 | 2700 |
| Kao Soap | 1240 | 1250 |
| Kirin Brewery | 1000 | 1010 |
| Komatsu | 467 | 471 |
| Kubota Iron | 359 | 368 |
| Matsushita El. Ind. | 1300 | 1340 |
| Matsushita El. Wks. | 1110 | 1160 |
| Minolta Camera | 857 | 866 |
| Mitsubishi El. | 330 | 333 |
| Mitsubishi H. I. | 398 | 401 |
| Nikko Sec. | 870 | 885 |

### Toronto

| | 19.3. | 18.3. |
|---|---|---|
| Massey Ferguson | 2,8 | 2,8 |
| Moore Corp. | 34,875 | 34,5 |
| Noranda Mines | 18,5 | 18,5 |
| Norcen Energy Res. | 13,375 | 13,625 |
| Northgate Expl. | 4,75 | 4,75 |
| Northern Telecom. | 41,875 | 41,625 |
| Nova An Alberta 'A' | 5,875 | 5,875 |
| Nu West Group | 0,42 | 0,4 |
| Oakwood Petrol | 5,25 | 5,375 |
| Placer Development | 23,875 | 23,75 |
| Provigo Inc. | 19 | 18,875 |
| Ranger Oil | 4,9 | 4,75 |
| Revenue Properties | 2,4 | 2,35 |
| Rio Algom | 27,25 | 27,5 |
| Royal Bk. of Can. | 31,125 | 31 |
| Seagram | 77 | 77,125 |

### Wien

### Zürich

| | 19.3. | 18.3. |
|---|---|---|
| Sandoz Inh. | 11200 | 11100 |
| Sandoz Part. | 1710 | 1710 |
| Art. A. Saurer | 212 | 212 |
| Schw. Bankges. | 5015 | 4960 |
| Schw. Bankverein | 563 | 560 |
| Schw. Kreditt. A. Inh. | 3810 | 3790 |
| Schw. Rückv. Inh. | 14950 | 14900 |
| Schw. Volksb. Inh. | 2520 | 2510 |
| Sika -B- | 3700 | 3675 |
| Gebr. Sulzer Part. | 475 | 450 |
| Swissair | 2010 | 2040 |
| dgl. NA | 1670 | 1675 |
| Winterthur Inh. | 6150 | 6100 |
| Winterthur Part. | 5325 | 5300 |
| Zür. Vers. Inh. | 6425 | 6400 |
| Index: Schw. Kred. | 503,80 | 507,40 |

## Inlandszertifikate

## Auslandszertifikate

## Optionshandel

## WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 187,26 (186,35); Elektrowerte: 334,81 (330,22); Autowerte: 767,64 (759,74); Maschinenbau: 178,79 (176,42); Versorgungsaktien: 179,79 (177,49); Banken: 420,83 (417,60), Warenhäuser: 157,96 (157,16); Bauwirtschaft: 475,46 (465,98); Konsumgüterindustrie. 167,47 (165,63); Versicherung: 1500,20 (1490,31); Stahlpapiere: 185,87 (183,11)

## Kursgewinner (Frankfurt):

| | | | |
|---|---|---|---|
| Klöckner | 100,50 | +8,50 | +9,2% |
| WMF ST. | 180,00 | +10,00 | +5,8% |
| Dywidag | 199,50 | +9,50 | +5,0% |
| Brau AG | 581,00 | +26,00 | +4,8% |
| Esslinger M. | 418,00 | +18,00 | +4,5% |
| Goldschmidt | 277,00 | +12,00 | +4,5% |
| Commerzbk. Reste | 17,95 | +0,75 | +4,3% |
| Hemmoor | 240,00 | +10,00 | +4,3% |
| Hochtief | 960,00 | +40,00 | +4,3% |
| Maingasw. | 219,00 | +9,00 | +4,2% |

## Kursverlierer (Frankfurt):

| | | | |
|---|---|---|---|
| Binding Vz. | 280,00 | -20,00 | -6,6% |
| Sellwolff | 48,00 | -2,00 | -4,0% |
| Schiess | 120,10 | -4,90 | -3,9% |
| Westdtr. Vict. | 69,20 | -2,80 | -3,8% |
| Adt | 53,00 | -2,00 | -3,6% |
| Thüring. Gas | 525,00 | -20,00 | -3,6% |
| Gas K'lautern | 275,00 | -10,00 | -3,5% |
| Gerling NA Vz. | 550,00 | -20,00 | -3,5% |
| Tonw. Wiesl. | 600,00 | -20,00 | -3,2% |
| Allguasa | 680,00 | -20,00 | -2,8% |

## Junge Aktien

**Berlin:** Hermes 750G, Kötitzer 1900B, VAB 3050G. **Düsseldorf:** BASF 310, Bayer 330, BHF 490G, Contigas 370G, Dresdn. Bk. 477, Hoechst 315, Linde 612, Nixdorf 548, Rütgers 420G, Salamander 310, VEW 184,5. **Frankfurt:** Adt 50, Allweiler St. 280G, Allweiler Vz. 285bG, BASF 313, Bayer 330,5, BHF 510, Commerzbk. 318, Contigas 380T, Contigummi 225, Dresdner Bk. 428,5, Hoechst 322, IWK 307T, KSB 200T, KSB Vz. 188T, Linde 620, Magdeburger Feuer NA 670B, Magdeburger Feuer 1300T, Mainkraft 500T, Metallges. 330, Moto Meter 250G, Nixdorf 557, Pfaff 228, Rütgers 421G, Salamander 295, Schering 548, VEW 185, Ymos Vz. 179. **Hamburg:** Doag 385, Schering 562. **München:** BASF 319, Bayer 319, Bay. Hdlbk. 435, Br Wolfr. 2598, Dresdn. Bk. 429,5, IWK 305bG, Linde 610bG, Metallges. 340G, Nixdorf 559, Rütgers 420G; Salamander 295G, Schering 555, Stumpf 136bG, VAB 3000B, VEW 185bG, Wanderer 500TG. **Bezugsrechte: Frankfurt:** Vereins-Westbk. 37, Kolbensch. 17,5, Olivetti 0,1. **Düsseldorf:** Mannesm. 5,55, **München:** Vbk. Nürnbg. 45,5, **Hamburg:** Norddt. Hypo 14, **Stuttgart:** Gehe 17

## Devisenmärkte

Die sich neu belebende Diskussion um eine weitere japanische Diskontsenkung bestärkt zur Zeit viele Marktteilnehmer in ihrer Meinung, daß eine Stabilisierung der Kurse auf derzeitigem Niveau erwünscht ist. Der US-Dollar wurde am 19. März niedrigst bei 2,255 umgesetzt und höchstens bis 2,266 gehandelt. Nach der Notiz von 2,2609 gab er auf 2,258 nach. Dazu trug das enttäuschende Ergebnis der Revision des Bruttosozialproduktes für das Quartal bei (+0,7 nach +1,2 p. c.). In England wurde die Baserate um einen Prozentpunkt auf 11,5 zurückgenommen. Da dieser Schritt schon seit Tagen erwartet wurde, blieb er ohne Einfluß auf den Kurs des Pfundes. Im Gegenteil, mit 3,337 lag diese Währung sogar um 1,34 p. c. fester. Für die übrigen Währungen wurden meist etwas höhere Kurse bewilligt. US-Dollar in: Amsterdam 2,5515; Brüssel 46,295, Paris 6,9585; Mailand 1538,10; Wien 15,879; Zürich 1,8988; Ir. Pfund/DM 3,024; Pfund/Dollar 1,476; Pfund/DM 3,337.

## Devisen und Sorten

| 19.3.1986 | Frankf. Devisen Geld | Frankf. Devisen Brief | Wechs. Ank.-Kurs[4] | Frankf. Sorten* Ankauf | Frankf. Sorten* Verkauf |
|---|---|---|---|---|---|
| New York[1] | 2,2569 | 2,2649 | 2,2435 | 2,21 | 2,31 |
| London[2] | 3,330 | 3,344 | 3,271 | 3,25 | 3,41 |
| Dublin[2] | 3,017 | 3,031 | 2,954 | 2,94 | 3,09 |
| Montreal[1] | 1,625 | 1,633 | 1,6058 | 1,58 | 1,68 |
| Amsterd. | 88,495 | 88,715 | 88,35 | 87,50 | 89,25 |
| Zürich | 118,97 | 119,17 | 119,15 | 117,75 | 120,50 |
| Brüssel | 4,874 | 4,894 | 4,816 | 4,74 | 4,94 |
| Paris | 32,47 | 32,58 | 31,91 | 31,75 | 33,50 |
| Kopenh. | 27,02 | 27,14 | 26,84 | 26,25 | 28,00 |
| Oslo | 31,455 | 31,775 | 31,02 | 31,00 | 32,75 |
| Stockh.** | 31,245 | 31,405 | 30,81 | 30,50 | 32,25 |
| Mailand[3]** | 1,465 | 1,475 | 1,4275 | 1,41 | 1,51 |
| Wien | 14,223 | 14,265 | 14,204 | 14,16 | 14,38 |
| Madrid** | 1,586 | 1,596 | 1,551 | 1,53 | 1,65 |
| Lissabon** | 1,505 | 1,525 | 1,438 | 1,25 | 1,90 |
| Tokio | 1,280 | 1,283 | - | 1,25 | 1,31 |
| Helsinki | 44,15 | 44,33 | 43,58 | 43,75 | 45,25 |
| Buen. Air. | - | - | - | - | 3,50 |
| Rio | - | - | - | 0,05 | 0,18 |
| Athen* ** | 1,587 | 1,641 | - | 1,20 | 1,90 |
| Frankf. | - | - | - | 1,71 | 1,80 |
| Sydney* | 1,401 | 1,420 | - | 1,52 | 1,67 |
| Johannbg.* | 1,095 | 1,127 | - | 1,00 | 1,25 |
| Hongkong* | 28,79 | 29,07 | - | 26,50 | 32,50 |

Alles in Hundert; [1]1 Dollar; [2]1 Pfund; [3]1000 Lire
[4]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert.
** Einfuhr begrenzt gestattet.



# Das Mädchen, ohne das es nie einen Mercedes gegeben hätte.

Dieses Mädchen wurde 1889 als Tochter des Konsuls Emil Jellinek in Wien geboren.

Ihr Name: Mercedes.

Zehn Jahre war sie gerade alt, als sich ihr Vater für die Rallye Nizza-Magagnon-Nizza in die Teilnehmerliste eintrug.

Emil Jellineks großer Enthusiasmus galt Autorennen.

Am 21. März 1899 siegte er auf einem 28 PS starken Daimler-Wagen, der unter dem Pseudonym „Mercedes" gestartet war.

Zum ersten Mal tauchte damit der Name Mercedes in Verbindung mit einem Daimler-Automobil auf: Es begann die Ära einer unvergleichlich erfolgreichen Marke.

Bereits 1902 wurde der Name Mercedes rechtlich geschützt.

So verhalf ein junges, hübsches Mädchen mit ihrem Namen einer Automobilmarke zu ihrem heutigen Ansehen.

Indes, der Name allein macht es nicht. Fortschrittliche Technik, überlegener Gebrauchsnutzen, Zuverlässigkeit und Wertbeständigkeit sind neben Qualität und Sicherheit die Eigenschaften, die diese Marke zum Symbol werden ließen.

Ein guter Ruf ist aber auch Verpflichtung.

Vielleicht wären unsere Automobile auch ohne Mademoiselle Mercedes heute so, wie sie sind.

Aber sie hätten eben nicht diesen Namen.



DAIMLER-BENZ AG

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

# Renten weiter nachgebend

**Da sich die Meinung durchgesetzt hat, daß es die Bundesbank mit einer weiteren Zinssenkung nicht eilig hat, ist dem Rentenmarkt die Zinsphantasie zunächst genommen worden. Da eine solche auch auf der Währungsseite zur Zeit nicht erkennbar ist, halten sich die Kaufaufträge aus dem Ausland in engen Grenzen. Deshalb versuchen Verkäufe seitens der Kreditinstitute im Bereich der öffentlichen Anleihen Abschläge, die einem halben Punkt sehr nahegekommen sind. Ruhiges Geschäft bei knapp gehaltenen Notierungen bei den DM-Auslandsanleihen.**

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

---

*Ein an Freuden und Schmerzen reiches Leben hat sich nach langem, schwerem, mit Tapferkeit und Geduld ertragenem Leiden vollendet.*

# Dr. Kurt Sieveking

Bürgermeister a. D.

* 21. 2. 1897 † 16. 3. 1986

In dankbarer Liebe
Ellen Sieveking geb. Ruperti
Kai und Ursula Sieveking geb. Zander
Dirk Sieveking
Claudia Sieveking
Dr. Ivo und Sabine Geis geb. Sieveking
Roman, Esther
Ludolf und Heide Sieveking geb. Pinckernelle
Hilde Baur geb. Sieveking

Joachimstraße 2, 2000 Hamburg 52

Kirchliche Trauerfeier am Freitag, dem 21. März 1986, um 11.30 Uhr in der Hauptkirche St. Katharinen zu Hamburg.
Es war der Wunsch des Verstorbenen anstelle zugedachter Kranz- oder Blumenspenden die Stiftung „Das Rauhe Haus" mit einer Spende zu bedenken, Hamburger Sparkasse Kontonummer 1077/241 501, BLZ 200 505 50, Vermerk „Sieveking".

---

*Am 16. März 1986 starb unser Seniorpartner*

# Dr. Kurt Sieveking

Er gehörte unserer Sozietät seit 1958 an. Die hohen menschlichen und fachlichen Qualitäten, die Dr. Sieveking bei der Wahrnehmung seiner zahlreichen öffentlichen Ämter auszeichneten, haben auch sein Wirken in unserer Sozietät bestimmt. Seine von Pflichtbewußtsein und Hilfsbereitschaft geprägte Berufsauffassung und sein aufrechter Charakter haben bei Freunden, Mandanten und Kollegen große Anerkennung gefunden. Sein Wirken wird für uns Vorbild sein.

**Die Partner und Mitarbeiter der Anwaltssozietät**

**Stegemann, Sieveking & Lutteroth**

Alsterarkaden 27, Hamburg 36

Kirchliche Trauerfeier am Freitag, dem 21. März 1986, um 11.30 Uhr, in der Hauptkirche St. Katharinen zu Hamburg.

---

# Dr. Kurt Sieveking

Bürgermeister a. D.

ist am 16. März 1986 im Alter von 89 Jahren gestorben. Senat und Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg haben die Nachricht vom Tode mit Trauer aufgenommen.

Hamburg verliert mit Dr. Kurt Sieveking einen Menschen, der Tradition und Tugenden dieser Stadt in besonderer Weise verkörpert hat.

Als Senatssyndikus von 1945 bis 1951 half Kurt Sieveking beim Wiederaufbau der Stadt und trug zur Errichtung demokratischer Strukturen der hamburgischen Verwaltung maßgeblich bei. Als Erster Bürgermeister, in den Jahren 1953 bis 1957, setzte er diese Arbeit fort. Als Bürgermeister und als Präsident des Bundesrates trat er für eine Wende in den Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn, vor allem zur Volksrepublik Polen, ein: Mit der von ihm formulierten „Politik der Elbe" wurde Hamburg ein Schrittmacher der späteren Aussöhnung mit den Völkern Osteuropas.

Dem Wohle Hamburgs hat sich Dr. Sieveking auch als Oppositionsführer und als Vorsitzender des Sonderausschusses zur Bekämpfung der Hochwasserkatastrophe gewidmet. Der Senat hat ihm in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste im Jahre 1967 die Bürgermeister-Stolten-Medaille verliehen.

Senat und Bürgerschaft werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren; sie werden für Freitag, den 21. März 1986, um 10.00 Uhr zu einer Trauerfeier in den Großen Festsaal des Rathauses bitten. Zu dieser Veranstaltung wird gesondert eingeladen werden.

**Der Präsident der Bürgerschaft** **Der Präsident des Senats**
**Peter Schulz** **Dr. Klaus von Dohnanyi**

# Warenpreise – Termine

**Schwächer schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Fester in den vorderen Sichten und schwächer in den folgenden Kontrakten ging Kaffee aus dem Markt. Kakao notierte fester.**

## Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

| | 18.3. | 17.3. |
|---|---|---|
| März | 357,75 | 349,50 |
| Mai | 300,00 | 298,25 |
| Juli | 257,00 | 254,75 |

WEIZEN Winnipeg (can $/t) Wheat Board cif.

| | | |
|---|---|---|
| St.L. 1 CW | 278,10 | 278,45 |
| Am. Durum | 275,04 | 275,39 |

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

| | | |
|---|---|---|
| März | 99,10 | 99,10 |
| Mai | 102,50 | 102,50 |
| Juli | 105,60 | 105,70 |

## Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

| | 18.3. | 17.3. |
|---|---|---|
| | 23,00 | 22,50 |

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelwest-Staaten fob Werk

| | | |
|---|---|---|
| | 17,42 | 17,75 |

SOJAÖL Chicago (c/lb)

| | | |
|---|---|---|
| März | 17,55 | 17,30 |
| Mai | 17,75 | 17,27 |
| Juli | 18,15 | 17,65 |
| Aug. | 18,55 | 17,85 |
| Sept. | 18,45 | 17,90 |

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Devisenterminmarkt

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Geldmarktsätze

Nullkupon-Anleihen (DM)

Euro-Geldmarktsätze

Goldmünzen

Londoner Metallbörse

Metallnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Erdöl

Energie-Terminkontrakte

Internationale Edelmetalle

Erdölerzeugnisse – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Zinn-Preis Penang

Kartoffeln

Baumwolle

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,60418

ECU

Euro-Yen

New Yorker Finanzmärkte

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

---

Meine liebe Mutter, unsere gute Schwester, Tante und Schwägerin

## Erika Leissing

geb. Schulte-Hiltrop

* 29. 10. 1920 † 14. 3. 1986

hat uns nach schwerer Krankheit für immer verlassen.

In tiefer Trauer

**Karin Leissing**
**Hertha Schulte-Hiltrop**
**Familie Hermann Schulte-Hiltrop**
**Dr. Günter Leissing**
**und Anverwandte**

4690 Herne 1, Schaeferstraße 72

Die Beerdigung hat im Familienkreis stattgefunden.
Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

---

## Leonore von Borries

verw. von Treuenfeld
geb. Newman

7. Februar 1901 10. März 1986

In tiefer Trauer

Hans Karl von Borries
Lore von Treuenfeld, geb. von Treuenfeld
Alexandra Falk-Bjerke, geb. Gräfin Finckenstein
Hans Falk-Bjerke
Beatrice von Mallinckrodt, geb. Gräfin Finckenstein
Johann Wilhelm von Mallinckrodt
Stefanie Adami, geb. Gräfin Finckenstein
Manfred Adami
Clarita Held, geb. Gräfin Finckenstein
Nikolaus Held
Eliza Lüdeke
12 Urenkel
und Achim, Reimer, Daniel, Alexander und Jessica von Borries

Rupertihof
8183 Rottach-Egern

Auf Wunsch der Verstorbenen hat die Beisetzung im engsten Familienkreis stattgefunden.

Statt Karten

---

Nach langer Krankheit verstarb im 75. Lebensjahr der frühere Inhaber unserer Firma

## Fedor Krüger

† 13. 3. 1986

Herr Krüger baute die Firma nach dem Kriege erfolgreich wieder auf und widmete ihr über Jahrzehnte seine ganze Schaffenskraft. Wir verlieren mit ihm einen Freund. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

**Firma Heinrich Lauterbach**
**Inh. Th. Liiw-Winterfeldt**
**und Mitarbeiter**

2000 Hamburg 67
Farmsener Landstraße 31

Die Beerdigung hat in aller Stille stattgefunden.

---

**Familienanzeigen und Nachrufe**

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47-43 80,
oder -42 30
Berlin
(0 30) 25 91-29 31
Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18
und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

---



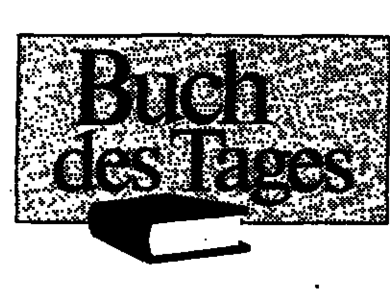
---

Wulf Kunolds Monographie über Monteverdi

# Der göttliche Claudio

Heinrich Schütz nannte ihn den „scharfsinnigen Herrn Claudio Monteverdi" und widmete 1647 eines der geistlichen Konzerte aus seinen Symphoniae sacrae „den Manen des göttlichen Claudio". Der Deutsche begegnete dem Italiener 1629 in Venedig. Zwei grundverschiedene musikalische Profile trafen aufeinander, der Meister eines strengen, herben Stils mit dem Genie flexibler kantabler Verführung. Über den wohl bedeutendsten Musiker seiner Zeit informiert jetzt eine neue Monographie.

Faktenreich listet Wulf Kunold Vita und Umfeld des 1567 in Cremona geborenen Komponisten auf, der der Entwicklung von Klang und Form so entscheidende Impulse gegeben hat.




Monteverdi behandelt in seinen libri di madrigali den vokalen Ausdruck mit einer bis dahin nicht gekannten Geschmeidigkeit. Auf solcher Basis singt sich die substantielle Fülle zu rhapsodischer musikalischer Freiheit empor. Gefühl verströmt sich in Monteverdis Musik ungehemmt, formal in die Grenzen lateinischer Klarheit eingebunden.

Apropos Freiheit. Vielleicht war es das grandios scheinende, grenzüberschreitende form-sprengende Element einer schwebenden, herrlich leichten Architektur, die Giuseppe Verdi zu dem abwertenden Urteil veranlaßte, Monteverdi „könne nicht recht disponieren". Wahrscheinlich wollte der Meister der kurzen, schlüssigen Formulierungen die üppig wuchernden melodischen Geflechte in ihrer ihm fremden Größe nicht zur Kenntnis nehmen. Er konnte mit ihnen einfach nichts anfangen.

So wichtig Monteverdi für die geistliche und weltliche Vokalmusik seiner Gegenwart und Zukunft war – seine „Marienvesper" stellt ja einen der absoluten Höhepunkte geistlicher Musik überhaupt dar –, so genial, bis heute unverblaßt sind seine Opernpartituren, erste und gültig formulierte Meisterwerke eines Musiktheaters, dessen hochgespannte, kraftvolle Verzauberung das zwanzigste Jahrhundert so berührt und ergreift wie das Siebzehnte.

Vom frühen „Orfeo" (1607) über „Il ritorno d'Ulisse in patria" (1640) bis zur „Incoronazione di Poppea" (1642) – um nur die drei vollständig erhaltenen Opern zu erwähnen – spannt sich der Bogen einer Reihe musikdramatischer Werke, die die Menschen in ihrer großartigen, vielschichtigen und widersprüchlichen Prägung so bündig in Musik setzen, so aufregend hautnah auf die Opernbühne projizieren, daß sie uns so anrühren, ihre Schicksale uns so bewegen wie Monteverdis Zeitgenossen.

Die nachgerade zur Mode sich auswachsenden Inszenierungen und auch musikalischen Bearbeitungen der drei Monteverdi-Opern – jüngst etwa Hans Werner Henzes Nachschöpfung der „Heimkehr des Odysseus" – machen einen solchen schmalen, aus den Hochregionen der Musikwissenschaft herabsteigenden Band gerade auch für den Theaterbesucher willkommen als Informationsquelle.

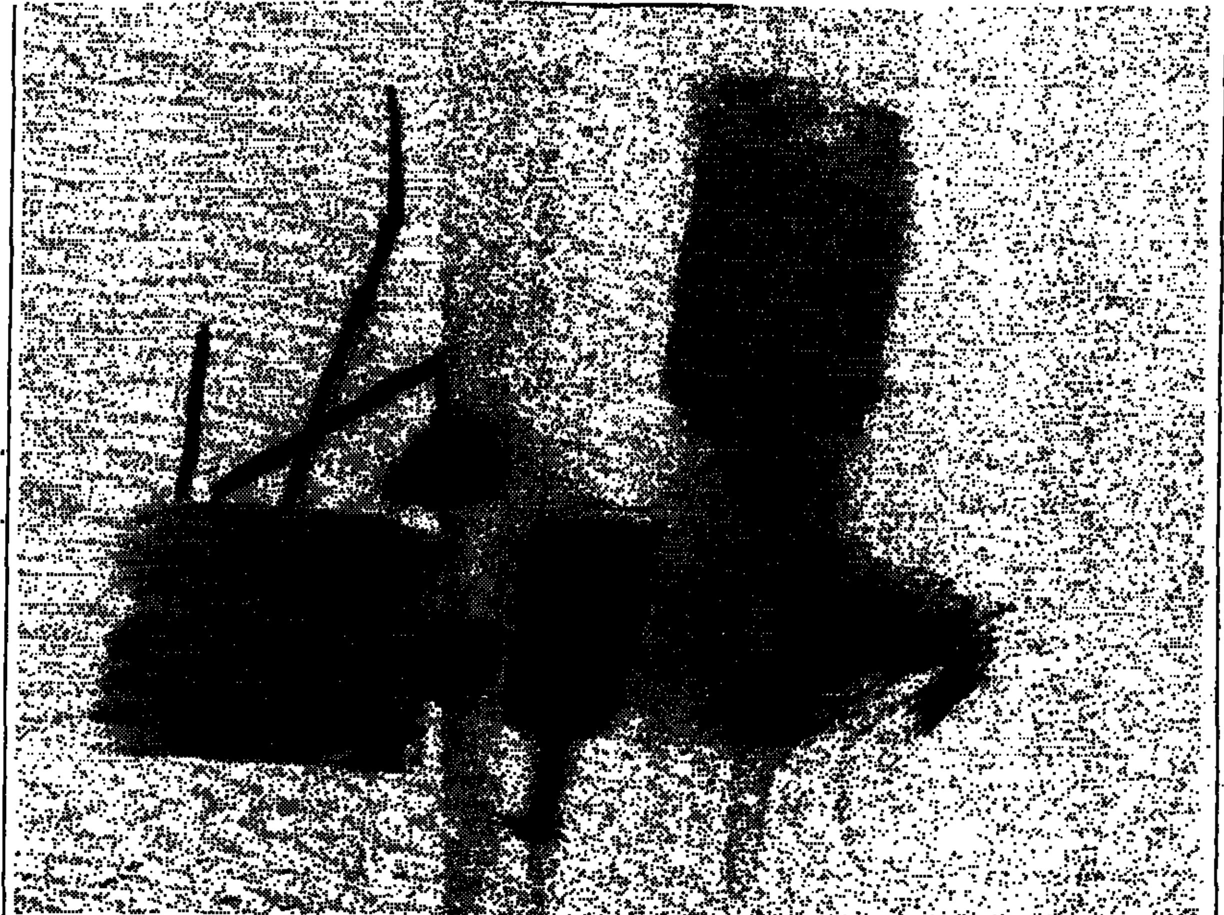
Wulf Konolds Monteverdi-Bericht ist beispielhaft durch eine in jeder Zeile des Textes spürbare fundierte Kenntnis des Stoffes und seiner thematischen Verästelungen. Konold beschreibt den Komponisten und seine auf ihn einwirkende Umwelt mit ihren künstlerischen und politischen Spannungsfeldern so sachlich wie engagiert. Der Weg vom prunkvollen Hofe der Gonzaga zu Mantua in die Kirchen Venedigs war auch damals eine nicht gerade alltägliche Entwicklung.

Daß Monteverdis Musik wie die jedes großen überzeitlich wirkenden Komponisten Vergangenheit und Zukunft in ihre Gegenwart einbezieht, daß das Genie seine schöpferische Kraft so sehr aus tiefen Wurzeln saugt wie es sie den Nachkommen weiterreicht, macht Konold deutlich. Er vermittelt seine Kenntnis so klar und lesbar, daß die Lektüre zum kurzweiligen Vergnügen wird.

Der schmale Band macht Claudio Monteverdi, den Renaissance-Musiker des 17. Jahrhunderts, so lebendig als wäre er unser Zeitgenosse und kommentiert seine Musik als eine von sowohl aktuell wie zeitlos gültiger Substanz. Sie geht das 20. Jahrhundert nicht weniger an als die Jahre, in denen sie komponiert wurde.

HANS OTTO SPINGEL

Wulf Konold: Claudio Monteverdi; rowohlts monographien, 142 S.; 9,80 Mark.



„8. Juni 58", Tuschzeichnung von Julius Bissier FOTO: WITTROCK

Bilder der Zartheit: Düsseldorf zeigt zwei Ausstellungen über Julius Bissier

# Das unscheinbare Ideal der Stille

Julius Bissier braucht nicht mehr entdeckt zu werden. Und doch glaubt man ihn jedesmal neu zu entdecken, wenn man seinen Bildern gegenübertritt. Denn selbst guten Reproduktionen fehlt jene Zartheit und Intimität, jene Ausstrahlung, die beim Betrachter das Gefühl erweckt, dieses Blatt sei nur für ihn gemalt. Und immer ähnelt der Betrachter dabei Kafkas Mann vom Lande „Vor dem Gesetz", der vor dem Geheimnis steht, jedoch nicht in es einzudringen vermag.

Diese Erfahrung ist jetzt zweifach in Düsseldorf zu machen, in der neuen Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, wo Bissier drei Räume in Permanenz eingerichtet wurden, und bei Wolfgang Wittrock, der 62 Arbeiten aus dem Nachlaß anbietet.

Die Museumsausstellung beginnt sozusagen anekdotisch mit zwei kleinen Ölgemälden im Stile der neuen Sachlichkeit. Dieses Aperçu erinnert an Bissiers Anfänge, das sich von seinem späteren Werk so radikal unterscheidet wie der frühe, spätimpressionistische Beckmann vom späten. Nur war es bei Bissier ein Rückzug in die Stille, begleitet von fast Kubinschen Ängsten, aber umgesetzt in Bilder der Ruhe und Harmonie.

Es mag Zufall sein, daß die Skriptur einer der frühen Tuschen von 1934 dem chinesischen Ideogramm „tze", dem Zeichen für „Meister", „Weiser" gleicht, uns aus den Namen Konfutse oder Laotse vertraut. Bissier hätte eine solche Deutung allerdings weit von sich gewiesen. Sein Tagebuch, das seine Arbeit ständig begleitet hat, spricht stets eher von Zweifeln als von Erfolgen. Doch die Arbeiten im Museum wie bei Wittrock lassen davon nichts mehr spüren.

Beide Ausstellungen sind weitgehend chronologisch gehängt. Sie beginnen mit den Tuschen, die von der ostasiatischen Kalligraphie inspiriert waren, zeigen die langsame Befreiung vom Vorbild und den Übergang zu eigenen Ausdrucksformen, zuerst nur im Schwarz-Weiß der Tuschmalerei, dann über die zögernden Versuche der Federmonotypien über die großen Monotypien (von denen Wittrock schöne Beispiele zeigt) zu den Aquarellen und „Miniaturen" in Eiöltempera auf Leinwand.

Und wenn sich in den Bildern auch die Chiffren wiederfinden, die Johann Jakob Bachofen in antiken Nekropolen gesammelt hatte, oder – in den späten Blättern – das griechische Alpha und Omega, so dürfen sie doch nicht als schöne Form einer eigentlich literarischen Botschaft interpretiert werden.

Ganz bewußt hat Bissier bei den meisten Blättern auf jeden Titel verzichtet und sich mit Datum und der Signatur (in der Nazizeit sogar nur einem runden Sigelsignet, um die Anonymität zu wahren) begnügt.

Das erlaubt es, sich seinen Bildern unbefangen und frei von allen inhaltlichen Festlegungen zu nähern, um – wie er selbst es nannte – „das unscheinbare Ideal der Stille" zu entdecken.

PETER DITTMAR

Wittrock: bis Mitte April; Katalog 20 Mark; Kunstsammlung: Dauerausstellung; Katalog 38 Mark.

Osnabrück: „DDR"-Theater mit und ohne Autor

# Wenn die Hacken knallen

Soviel Aufmerksamkeit hatten sich die Städtischen Bühnen Osnabrück für ihren Versuch, deutsch-deutsche Beziehungen über das Theater zu beleben, gar nicht träumen lassen. Zunächst las „DDR"-Autor Uwe Saeger aus seinem neuesten Stück, „Empedokles", und genoß als Gast die westdeutsche Erstaufführung seines bereits an acht „DDR"-Bühnen gespielten Stückes „Flugversuch".

Es ist ein Kleinbürgerdrama: Ein selbstzufriedener Eigenheimbesitzer wirft den Freund seiner Tochter aus dem Haus, weil dessen Mutter ein Verhältnis mit einem Ingenieur aus dem Westen hat. Eine Romeo-und-Julia-Geschichte bahnt sich an.

Der dramatische Höhenflug bei diesem „Flugversuch" bleibt jedoch aus. Die Story mit den westlichen Unruhestiftern in einem sonst harmonischen Werktätigenland wirkt konstruiert und hebt die Entfremdung zwischen Deutschen und Deutschen auch mit dem überraschenden Freitod des Liebespaares nicht auf. In der Regie von Helmut Maßel kann „Flugversuch" höchstens als Guckloch für Polit-Voyeure dienen, die einen Blick werfen möchten auf eine neidvolle Gemütsverfassung, wie sie aus Konflikten der „DDR"-Bürger mit dem ersehnten Wohlstand in der Bundesrepublik entsteht.

Dramatische Höhepunkte scheint es in Osnabrück mehr außerhalb des Theaters zu geben: Kaum war Saeger abgereist, kam der nächste Premierentermin in Sicht: nämlich für „Das Blaue vom Himmel" von Rudi Strahl, der dann nicht in persona erschien (vergl. WELT v. 14. März). Daß eine westdeutsche Uraufführung des pazifistischen Stückes der SED nicht genehm sei, nachdem es in Ost-Berlin auf Betreiben der Volksarmee kurz vor der Premiere abgesetzt wurde, sei klar, ließ das Osnabrücker Theater verlauten. Man müsse womöglich noch mit einem Einspruch gegen die Uraufführung rechnen.

Ein Einspruch traf nicht ein, die Darsteller durften das „Blaue vom Himmel" in der Inszenierung von Goswin Moniac auf ihre Bretter herunterholen. Die Grundidee des Stükkes: Ein lebensfrohes Erdenmädchen will in den Himmel, um ein göttliches Eingreifen gegen den endgültigen Vernichtungskrieg zu erbitten. Es gelingt ihr mit Hilfe des Todes, der ein konservativer Herr und ein Feind menschlicher Selbstvernichtung ist.

Der Himmel, in den das Kind gelangt, ist aber nur eine enttäuschende Projektion irdischer Verhältnisse. Selbst die himmlischen Heerscharen, angeführt von den hackenknallenden Erzengeln Michael und Gabriel, vertreiben sich die Ewigkeit damit, militärische Einsatzbereitschaft zu spielen. Doch Erzengel Michael sieht Morgenrot: Er ist durch das Mädchen zu einem erneuten und letzten Kampf gegen Luzifer motiviert. Gemeinsam könnten sie es schaffen.

Sie vielleicht schon. Aber was machte man in Osnabrück daraus? Moniac befand, daß man sich ausgiebig über die menschlichen Heiligen amüsieren sollte. So darf der Teufel seine Hörnchen zeigen, denn nur mit Hörnchen ist ein Teufel erst ein echter Teufel. Und wie im richtigen Kasperltheater dürfen auch Krach und Dampf nicht fehlen: Der himmlische Computer explodiert mit großem Feuerwerk. Weltproblem? Unsinn! Selten so gelacht.

DIETER PENTZEK

Weitere Aufführungen: 20., 25., 26. 3., Karteninformation: 0541/3233331.

## KULTURNOTIZEN

**Rudolf Sauser**, bisher Chefdisponent an der Zürcher Oper unter Claus Helmut Drese, wird neuer Intendant des Ludwigshafener Theaters im Pfalzbau.

**Werner Hellfritzsch**, bisher Verwaltungsleiter des Hamburger Thalia Theaters, wird unter dem neuen Intendanten Kurt Horres die Direktion an der Deutschen Oper am Rhein in Düsseldorf übernehmen.

**„Die Schutzbilder der Konstanzer Münsterorgel"** heißt eine Ausstellung über den sensationellen Fund in der Konstanzer Altstadt im letzten Sommer (bis 30. April).

**„Zeilensprung"** nennt sich eine neue Zeitschrift für Literatur und Kunst, deren erstes Heft jetzt in Köln erschienen ist (90 S., 5 Mark).

**Heinz Skrobucha**, langjähriger Kustor im Ikonenmuseum Recklinghausen, ist 68jährig gestorben.

**Benno Ammann**, der Schweizer Komponist, ist 81jährig in Rom gestorben.

Internationale Tierfilme, vorgestellt von Peter Ustinov: Der „World Wildlife Fund" wird 25 Jahre alt

# Einblicke in die Kinderstube der Spechtfamilie

Kaum ein Genre des Fernsehens erfreut sich zur Zeit so durchgängiger Beliebtheit wie der Tierfilm. Die Einschaltquoten sind hoch, und zwar quer durch alle Schichten. So werden heute abend auch dem „Tierfilm-Festival" Peter Ustinovs viele Zuschauer sicher sein. Die Sendung ist freilich insofern untypisch, als sie – in meisterlicher, witziger Moderation – nur sogenannte „Highlights" serviert, dramatische Höhepunkte und komisch scheinende Situationen, Elefanten etwa, die das Auto des Kameramanns attackieren, Garnelen im „Karatekampf", Paviane, die von Buschmännern beim Aufsuchen einer heimlichen Wasserquelle überrascht werden usw.

Meistens geht es beim Tierfilm sehr viel ernsthafter und gelassener zu. Die „Sensation", die Spannung oder auch die Komik sind meist nicht das Ergebnis planvoller Drehbuch-Dramaturgie, sondern erwachsen aus der Seltenheit der eingefangenen Szenen, ihrer optimalen Ausleuchtung und überhaupt der Perfektion, mit der hier Tiere, die selbst der aktive Naturfreund faktisch nie zu Gesicht bekommt, ins Bild gesetzt werden.

Gerade bei der Präsentation seltener Arten und selten zu sehender Verhaltensweisen sind während der letzten Jahre in der Tierfotografie außerordentliche Fortschritte gemacht worden, ermöglicht teils durch die sprunghafte Entwicklung und Vervollkommnung der fotografischen Technik, teils durch die Geduld, die Kenntnis, die Behutsamkeit und den Einfallsreichtum der Tierfilmer. Auch deutsche Fotografen haben dabei Pionierdienste geleistet, Heinz Sielmann etwa, dessen Film aus den frühen fünfziger Jahren mit intimen Einblicken in die Kinderstube einer Spechtfamilie als Markstein der Tierfilmerei gilt.

**Tierfilm-Festival – ARD, 21.05 Uhr**

Angesichts der großen Mühen und Kosten, unter denen wirklich gute Tierfilme zustande kommen, gibt es heute weitgehende internationale Arbeitsteilung, nicht zuletzt auch aus wissenschaftlichen Gründen. Die Filme sollen nicht nur ein allgemeines Publikum unterhalten und belehren, sondern auch der Verhaltensforschung und der Biologie überhaupt aufhelfen. Sehr erfolgreich ist die Zusammenarbeit zwischen Sielmann, dem NDR und der britischen BBC. Auch Professor Grzimek arbeitet regelmäßig mit internationalen, speziell britischen Teams. Man leiht sich gegenseitig erfolgreiche Kameramänner, tauscht kostbares Aufnahmematerial aus oder stellt gemeinsam Sequenzen zusammen.

Die Dramaturgie der deutsch-britischen, in der ARD meist von Grzimek oder Sielmann selbst moderierten Tierfilme läßt allerdings zu wünschen übrig. Wort und Bild sind oft schlecht aufeinander abgestimmt, die einzelnen Szenen laienhaft zusammengeschnitten, und die Texte münden nicht selten in gebetsmühlenhaft leiernde Öko-Predigten oder in Eigenbrötelei, die die Freude am Gesehenen doch ziemlich einschränkt.

In dieser Beziehung waren die Filme von Horst Stern, der seit einigen Jahren nicht mehr filmt, sehr viel besser. Sie hatten dramaturgischen Schwung, erzählten wirkliche Stories, schreckten freilich gelegentlich nicht vor deftiger Öko-Demagogie und Politisiererei zurück. Sehr sympathisch die gediegenen Filme des jungen deutschen Teams Ernst Arendt/Hans Schweiger, dessen entschiedener Hang zur Selbständigkeit und zum Alles-selber-Machen leider zu allzu langsamem Arbeiten verdammt und eine gute Vermarktung behindert.

Und wie steht es mit den großen amerikanischen Produktionen à la Disneys „Die Wüste lebt"? Hier ist dramaturgisch natürlich alles im Lot, es steht genügend Geld zur Verfügung, es gibt eigens ausgebildete Tierfilm-Regisseure, es gibt (angeblich) Beraterstäbe aus den biologischen Instituten der Universitäten, man ist – ganz im Geiste Hollywoods – zuschauerfreundlich, effektbezogen, unterlegt die Filme mit raffinierter Musik. Die Ergebnisse können (oder konnten) sich auch meistens sehen lassen und ermöglichten lukrativste Vermarktung.

Nur, in letzter Zeit drangen aus den Kulissen der Disney-Studios höchst unerfreuliche Gerüchte. Es sei ausgerechnet in den berühmten Filmen gar nicht so strikt „natürlich" zugegangen, wie die Macher es immer behaupteten, hört man. Vieles sei gestellt gewesen, man hätte um einiger sensationeller Effekte willen Tiere dressiert und sogar gequält.

Damit verlieren die Filme natürlich nicht nur jeden wissenschaftlichen Wert, sondern können auch einem großen Publikum nicht mehr guten Gewissens präsentiert werden. Einem „Highlight", das der Tierquälerei abgerungen wurde, ließe sich auch mit Peter Ustinov nicht aufhelfen.

ANDREAS WILD

## KRITIK

### *Lauter liebe Boxer*

Mit Genugtuung werden die Standesorganisationen hehrer akademischer Professionen zur Kenntnis nehmen, daß sich das ZDF anschickt, seine Unterhaltung zu einem hübschen Restaurationsbetrieb in Sachen Berufsethos zu verwandeln. Nach den Ärzten jetzt die Anwälte. Wie macht man das?

Nun, man nimmt eine Schauspielerin, der die Zuschauersymphatien schon vorauseilen, verpflanzt sie mit Robe und Kanzlei ins geschichtenträchtige Berliner Milieu und läßt sie alle zehn Minuten ihr Berufsverständnis definieren. So geschehen in der ersten Folge der Geschichten zwischen Amor und Justitia, dem ZDF-Dreiteiler **Alles was Recht ist**,

Da nimmt sich die resolute Fernsehmutter Thekla Carola Wied als selbstbewußte Advokatensingle Hanna Thaler eines Vereins boxender Herren an, der kurz vor der Pleite steht. Ihr Kontrahent ist der immer schöne Christian Quadflieg, der als Dr. Rehberg jeden Tag seine Kanzleiheiligkeit mit einer frühstückenden Anwaltsrunde einleitet. Er vertritt die schnöde Gegenpartei, die den Muskelmännern das Hausrecht entziehen möchte.

Doch da ist Hanna vor. Bei aller Konkurrenz: Die beiden mögen sich, es knistert. Spannungsbogen einer Geschichte, die Regisseur Peter Weck routiniert und ohne störende Überraschung ins Bild gesetzt hat. Vorzugsweise in sauberer Studioluft mit allerlei Versatzstücken, die das Kiezmilieu ahnen lassen. Hanna berlinert mächtig. Die kraftstrotzenden Herren, denen sie smart aber tüchtig zur Seite steht, benehmen sich auch ganz anständig – protzig, aber lieb. Anklänge einer Boulevardkomödie sind zu spüren.

Bei soviel federleichter Unterhaltsamkeit kann sich der Zuschauer noch auf zwei weitere Folgen dieses kleinen Serienspecials mit Thekla Carola Wied freuen, denn die spielt wirklich gut, wenngleich etwas fern der Realität. Oder sollte das Leben einer Anwältin tatsächlich so einfach sein? WOLFGANG WISCHMEYER

### *Kälte des Wohlstands?*

Sein Erschrockensein bekundete Joachim Braun, Moderator von **Kontraste** (ARD), nachdem er einen Beitrag seines Kollegen gesehen hatte, in dem über die sich häufenden Eingliederungsschwierigkeiten mitteldeutscher Haftentlassener und Übersiedler berichtet worden war.

Ein junger Schriftsteller aus dem Vogtland schilderte, wie er, nach einer kurzen euphorischen Phase über die nun endlich erlangte Freiheit, auf eine Mauer des Schweigens und des Unverständnisses gestoßen sei, die ihn in eine Depression geführt habe. Andere Befragte berichteten Ähnliches und die Leiterin einer inzwischen in Berlin gegründeten „Nationalen Kontaktstätte", die sich psychotherapeutisch der Übersiedler annimmt, klassifizierte die Symptome als „Ost/West-Krankheit".

Die begleitenden Kommentierungen dieses Berichts blieben leider im Kleinkarierten sicherlich wohlmeinender Privatinitiativen stecken. Eine klärende Nachfrage des für die Eingliederung zuständigen Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen wäre hier mindestens ebenso angebracht gewesen wie eine selbstkritische Stellungnahme über den informativen Wert der überwiegend mit deutschlandpolitischen Themen befaßten Sendung. Statt dessen konstatierte Moderator Joachim Braun „Kälte" einer nur am Wohlstand orientierten westdeutschen Bevölkerung.

Doch diese Feststellung ist schlicht und einfach falsch: Die westdeutsche Bevölkerung ist wie kaum eine andere bereit, durch Geld und Sachspenden oder in sonstiger Form Hilfe zu leisten. Erinnert sei nur an die Afrika- oder Polen-Hilfe aus jüngster Zeit, doch muß sie durch substantielle Berichterstattung auf die tatsächlichen realpolitischen Gegebenheiten und ihre möglichen Folgewirkungen im anderen Teil Deutschlands hingewiesen werden. Informationen statt Anklagen in das Fernsehrund zu geben, wäre da ohne Zweifel hilfreicher und wesentlich sinnvoller gewesen.

PETER FISCHER

ARD · ZDF · SAT 1

## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 **ZDF-Info**
10.00 **Tagesschau und Tagesthemen**
10.23 **Hitparade im ZDF**
11.10 **Fußball-Europapokal**
Eiskunstlauf-Weltmeisterschaft
Kurzprogramm der Damen
12.10 **Kulturweltspiegel**
Mit Hansjürgen Rosenbauer
12.55 **Presseschau**
13.00 **Tagesschau**

**ARD**

8.58 **Übertragung der Abschlußdebatte über den Paragraphen 116 aus dem Bundestag**
16.00 **Tagesschau**
16.10 **Expeditionen ins Tierreich**
Heinz Sielmann zeigt:
Giftige Schönheiten der Meere
16.55 **Die Abenteuer von Tom Sawyer und Huckleberry Finn**
17.20 **Fußballschule**
4. Teil: Schiedsrichter
17.50 **Tagesschau**
Dazw. Regionalprogramme
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Wer umarmt wen?**
Beobachtungen zum Thema Politiker und Fernsehen
Reportage von Felix Kuballa
21.00 **Der 7. Sinn**
21.05 **Tierfilm-Festival**
Freunde des Tierfilms werden begeistert sein: Anläßlich des 25. Geburtstages des World Wildlife Fund präsentiert Peter Ustinov Höhepunkte aus internationalen Tierfilmen. Von der Garnele, die Karate kann, über wildgewordene Elefanten bis zu indischen Tigern in einer Ruinenstadt finden Tierfreunde ihre Lieblinge in ungewöhnlichen Posen und Umgebungen wieder.
22.30 **Tagesthemen**
23.00 **Der Besuch der alten Dame**
Tragische Komödie
von Friedrich Dürrenmatt
Mit Maria Schell, Günter Lamprecht, Jürgen Czlesla u. a.
Regie: Max Peter Ammann
Die Kleinstadt Güllen steckt in Finanznöten. Milliardärin Claire Zachanassian, die hier geboren ist, will eine große Summe stiften – nur sind ihre Bedingungen sehr hart.
1.25 **Tagesschau**
1.30 **Nachtgedanken**
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

**ZDF**

16.00 **heute**
16.04 **Daten-Schatten**
5. Folge: Wenn Vertrauen schwindet
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 **Der Stein des Marco Polo**
Das Moped
17.00 **heute / Aus den Ländern**
17.15 **Tele-Illustrierte**
17.45 **Der rosarote Panther**
Zu Gast bei Paulchens Trickverwandten
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 **Teufels Großmutter**
Geschichten mit Brigitte Horney
Glücklich restauriert
Alle Kinder und Enkel sind einer Meinung. Opa und Oma müssen wieder heiraten. Wenn sie sich wenigstens abgesprochen hätten, wäre alles halb so schlimm. Doch die Behördengänge der Familie Teufel in Sachen großelterlicher Heirat ziehen einen Nervenzusammenbruch des gestreßten Standesbeamten nach sich.
19.00 **heute**
19.30 **Alles was Recht ist**
2. Folge: Musik liegt in der Luft
20.30 **Up to date**
Ein Modejournal
Regie: Eddy Kohli
21.00 **Kinder Kinder**
Welchen Einfluß hat die Jugend auf die große Politik? „Die Jugend steht bei uns im Mittelpunkt und somit allen im Weg", meint ein 17jähriger Schüler. Hat er recht? „Kinder Kinder" befragte u. a. jugendliche Bonn-Besucher.
21.45 **heute-journal**
22.05 **Christus war ein Massai**
Mission unter Nomaden in Tansania
Film von Gernot Schley
22.35 **Apropos Film**
23.25 **Eiskunstlauf-WM**
Kür der Herren aus Genf
0.20 **heute**

**SAT 1**

15.00 **Marco**
15.30 **Lassie**
16.00 **Musicbox**
17.00 **Drei Engel für Charlie**
18.00 **Abenteuer Wildnis**
Tödliche Netze
Oder: Regionalprogramme
18.30 **APF blick**
18.45 **Aufgeblättert**
19.45 **Mississippi Express**
Amerikanischer Spielfilm (1949)
21.30 **APF blick**
22.15 **Konzert in SAT**
22.45 **High Chaparral**
23.30 **APF blick**
Letzte Nachrichten

## 3SAT

18.00 **Mini-ZIB**
18.30 **Sport-Zeit**
19.00 **heute**
19.20 **3SAT-Studio**
19.30 **Derrick**
Tödliche Sekunde
20.30 **Rundschau**
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 **Zeit im Bild 2**
21.35 **Kulturjournal**
21.45 **cinema international**
Alice's Restaurant
Amerikanischer Spielfilm (1969)
Mit Arlo Guthrie, Pat Quinn u. a.
Regie: Arthur Penn
23.30 **3SAT-Nachrichten**

## RTL-plus

18.35 **Komm doch mal in die Küche**
18.53 **7 vor 7**
19.22 **Karichen**
19.30 **Knight Rider**
20.15 **RTL-Spiel**
20.20 **Filmvorschau**
20.30 **Banditenjäger**
Amerikanischer Spielfilm (1950)
Mit Jimmy Ellison
Regie: Thomas Carr
22.00 **RTL-Spiel**
22.07 **Blick in die Welt**
22.20 **Zeichentrick für Erwachsene**
22.25 **Wetter / Horoskop /Betthupferl**

## III.

**WEST**
19.00 **Aktuelle Stunde**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Der Dieb und die Blondine**
Amerikanischer Spielfilm (1945)
21.30 **Sport im Westen extra**
Basketball (Frauen)
Endspiel Europapokal der Landesmeister
Agon Düsseldorf – Vicenza Mailand
22.00 **Das Erbe der Hexen**
22.30 **Kulturszene**
23.15 **Das große Thema**
Erfahrung im Lehnstuhl – die elektronische Kultur
0.30 **Letzte Nachrichten**

**NORD**
18.30 **Dem Menschen auf der Spur**
19.00 **Musik für uns – Musik für euch**
19.15 **Unbekanntes Galapagos**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Das Pokar-As**
Polnischer Spielfilm (1982)
21.30 **Kultur aktuell**
22.40 **Frauengeschichten**
Gudula Lorez,
Verlegerin aus Liebe
23.25 **Nachrichten**

**HESSEN**
18.00 **Die Sendung mit der Maus**
18.30 **Wissenschafts-Report**
19.05 **Grand Café**
19.30 **Der Schatten des Herrn Monitor**
Deutscher Spielfilm (1950)
Mit Carl Raddatz u. a.
20.50 **Kulturkalender**
21.15 **Landschaftsbilder**
Das Richelsdorfer Gebirge
21.30 **Drei aktuell**
21.45 **Notizen vom Nachbarn**
22.30 **Claire**
23.20 Vor vierzig Jahren

**SÜDWEST**
18.58 **Schlagzeilen**
*Nur für Baden-Württemberg:*
19.00 **Abendschau**
*Nur für Rheinland-Pfalz:*
19.00 **Abendschau**
*Nur für das Saarland:*
19.00 **Saar 3 regional**
*Gemeinschaftsprogramm:*
19.26 **Sandmännchen**
19.30 **Mirandolina**
Komödie von Carlo Goldoni
21.15 **Sport unter der Lupe**
*Nur für Baden-Württemberg:*
22.00 **Vis-à-vis**
22.45 **Nachrichten**
*Nur für Rheinland-Pfalz:*
22.00 **Kanne, Krüge, Katalysatoren**
Das Kannenbäckerland zwischen gestern und morgen
22.45 **Landtag aktuell**
*Nur für das Saarland:*
22.00 **Heimat deutscher Kaiser**
22.45 **Nachrichten**

**BAYERN**
18.45 **Rundschau**
19.00 **... und wäre die Liebe nicht**
Amerikanischer Spielfilm (1955)
20.30 **Herr Rossie beim Camping**
20.45 **Frau Luther und ihr Martin**
21.15 **Geistliche Musik**
21.30 **Rundschau**
21.45 **Krisenherd Persischer Golf**
22.30 **Z. E. N.**
22.35 **Im Gespräch**
23.20 **Rundschau**
23.25 **Die Verliebte**
DEFA-Spielfilm (1980)

## Cartoons auf Freifahrt

mar – Das Titelblatt läßt einen stutzen. „Gedanken unter der Zeit" verspricht es, verfaßt von Chinas letztem noch lebenden Dichter der sogenannten „Großvater-Generation", dem Nobelpreis-Kandidaten Ba Jin. Damit die eigenartige Ambivalenz der Präposition dem Buchkäufer gleich ins Auge springe, ziert den Titel eine eindrucksvolle Karikatur: Man sieht einen mit harten Konturen gezeichneten Mann, der mit einem Besen seinen eigenen Schlagschatten wegkehrt.

Das ist ein sehr treffendes Bild, denn in Ba Jins in einer Hongkonger KP-Zeitung erschienenen Kolumnen (um diese handelt es sich hier) geht es stets um die geistige Bewältigung der dunklen Schatten, die die Große Proletarische Kulturrevolution und die nachfolgenden Kampagnen noch immer auf Chinas Kultur werfen.

Aus dem Impressum erfährt man, daß das Titelblatt „unter Verwendung einer zeitgenössischen chinesischen Karikatur" gestaltet wurde. Aber obwohl das Gesicht des Mannes nur aus der Nase und zwei kugelrunden Augen besteht, sieht diese Figur nicht sehr chinesisch aus. Chinesische Karikaturisten sind noch sehr viel ausführlicher in ihren Zeichnungen, greifen nur selten auf den Lakonismus westlicher Cartoons zurück. Dieses treffende Bild mag zwar in einer chinesischen Zeitung abgebildet gewesen sein, aber nicht als Eigenprodukt, sondern als Import.

Das Original findet sich denn auch tatsächlich in einem Sammelband des schweizerischen Nebelspalter-Verlages mit „Neuen Cartoons" von Miroslav Barták. So kehrt also die Karikatur eines slowakischen Graphikers, der heute in Prag lebt und regelmäßig für ein Schweizer Witzblatt zeichnet, auf dem Umweg über Peking nach Europa zurück. Das fordert natürlich zu Gedanken über eine Zeit heraus, in der wortlose Cartoons am besten als „Lingua franca" für Gedanke unter der Zeit taugen.

James Stirlings jüngster Streich: Der Neubau des Sackler-Museums für Harvard

# Eine Himmelsleiter zur Kunst

Erstmals seit mehr als sechs Jahrzehnten steht Kunst wieder im Mittelpunkt der Harvard University in Cambridge, Massachusetts. Das große Ereignis auf dem Campus war jetzt die Eröffnung des neuen Sackler-Museums, markiert sie doch eine Rückbesinnung auf das, was Amerika bekanntester Eliteschmiede eigentlich Verpflichtung sein soll, nämlich die Vermittlung universeller Bildung. Die war aber, was die Förderung der Kunst betrifft, im Laufe der Jahre arg ins Hintertreffen geraten. Ausbau der wissenschaftlichen Labors und medizinisch-technischen Zentren, der Sportanlagen und Verwaltungsgebäude hatten für die Harvard-Administration Vorrang vor der Kunst.

Derweil platzten die Depots der beiden zu Harvard gehörenden Museen Fogg und Busch-Reisinger aus allen Nähten. Eine Unzahl von Kunstwerken drängte sich in den Galerien und Ausstellungshallen des renovierungsbedürftigen Fogg-Museums wie auch des Busch-Reisinger-Museums, das immer noch ein Schattendasein führt. Denn während der letzten fünfzig Jahre waren die Kunstsammlungen der Harvard-Museen – die inzwischen Weltgeltung erlangt haben – von etwa 6000 auf mehr als 100 000 Sammlungsstücke angestiegen, vor allem dank der Stiftungen ehemaliger Studenten, die zu dieser Alma Mater meist ihr Leben lang engen Kontakt wahren.

Wegen der völlig unzureichenden Platzverhältnisse mußten jedoch fast 95 Prozent der Schätze ein Lagerdasein fristen, darunter die Prä-Raffaeliten, die amerikanische Malerei des 18. und 19. Jahrhunderts, aber auch zeitgenössische Kunst. Erst als die Zustände allgemein als unhaltbar angesehen wurden, fiel die Entscheidung, das Fogg zu renovieren und einen Anbau zu finanzieren. Die große Lösung – ein neues Museum – wurde erst durch einen privaten Spender möglich. Arthur M. Sackler, Verleger, Sammler und Wissenschaftler, aber selbst kein Harvard-Mann, erklärte sich zu einer Schenkung von rund 10 Millionen US-$ bereit.

Dieses neue Museum beherbergt nun die größeren Sammlungen der Antike sowie orientalische, indische und islamische Kunst. Die Räume des ersten Stocks – variabel in der Größe – werden für besondere Ausstellungen genutzt und können je nach Bedarf verbunden und abgetrennt werden. Die zweite Etage ist für Lichtempfindliches gedacht, wie orientalische Textilien, japanische, persische Miniaturen. Das oberste Stockwerk zeigt antike und orientalische Skulpturen, die durch das einfallende variierende Tageslicht in reizvoller Weise beleuchtet werden.

Aus 70 Bewerbern, die für den Bau des Sackler-Museums in Frage kamen, wurde James Stirling, der den Stuttgartern den Neubau der Staatsgalerie bescherte, als Architekt ausgewählt. Als er 1981 mit der fertigen Planung an die Öffentlichkeit trat, brach ein Sturm der Begeisterung wie auch der Kritik los. In der Tat waren Grundriß und Gestaltung des Gebäudes ungewöhnlich. Sie dienten dem erklärten Ziel, Lehre und Forschung unter dem gleichen Dach zu ermöglichen.

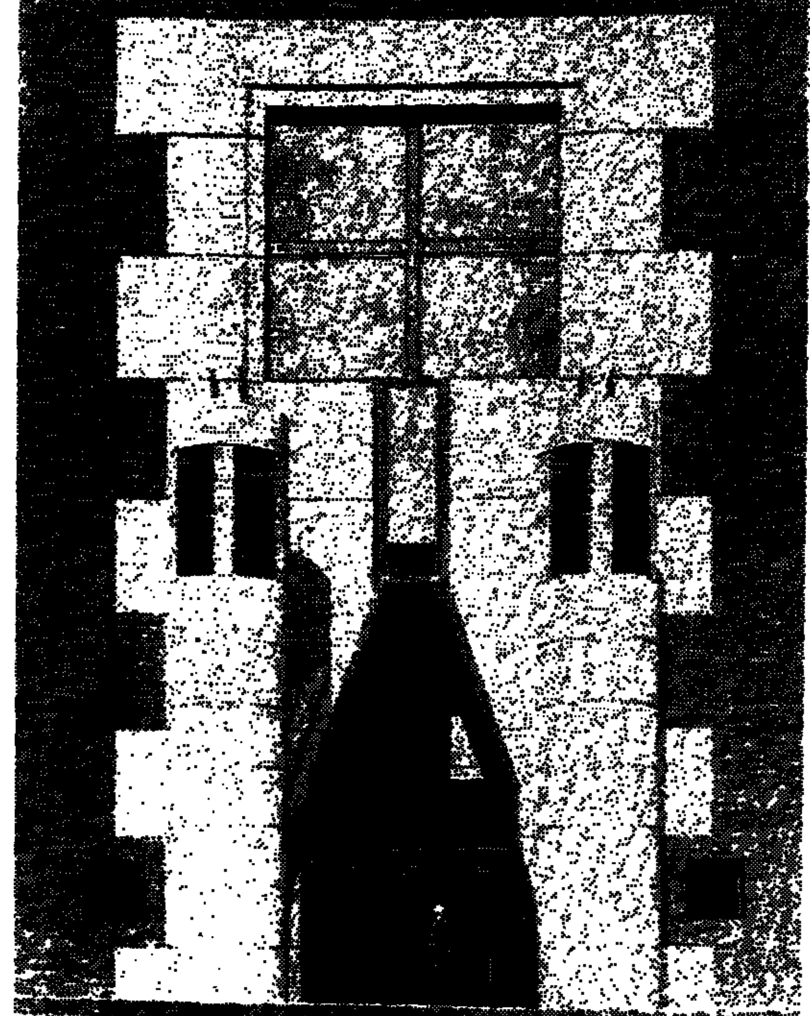
Das hieß, drei Stockwerke Ausstellungsfläche mußten mit Auditorium, Bibliothek, Empfangshalle, Klassenräumen, Lagerräumen, Büros auf fünf Stockwerken in Einklang gebracht werden, zudem noch auf begrenztem Raum. Die Auflagen, die Stirling zu Beginn der Planung erhielt, umfaßten nicht weniger als 254 Seiten. Dabei ging es um praktische Erfordernisse wie auch um ästhetische.

Wo immer möglich, sollten die Galerien von Tageslicht beleuchtet und mit natürlichen Materialien ausgestattet werden. Die Räume für die permanenten Ausstellungen sollten jeweils getrennt sein, aber pädagogisch sinnvoll angeordnet, dabei geschützt vor Straßenlärm, um Ruhe und Abgeschiedenheit für die Betrachter zu bewahren. Nicht zuletzt sollten alle Bereiche, die Lehre und Forschung dienten, möglichst dicht an den Ausstellungsräumen liegen, aber auch ein ungestörtes Eigenleben ermöglichen. Das erforderte zum Beispiel eine eigene Klimaregulierung für diesen Gebäudeteil, um auch ein Öffnen der Fenster zu ermöglichen, ohne die sensibel angepaßten Temperaturen in den Ausstellungsräumen zu gefährden.

Stirling ersann eine ungewöhnliche Lösung. Zwischen dem öffentlichen Ausstellungsteil und dem internen Lehrbereich erstreckt sich eine unendliche Treppe, sozusagen als Himmelsleiter vom Eingang bis zum obersten Stockwerk, ein Vergleich mit den Maya-Tempeln oder den ägyptischen Pyramiden liegt nahe. Diese zentrale Treppenanlage läßt ein ungestörtes Nebeneinander zu, ermöglicht aber auch jederzeit Interaktionen und – das ist Harvards größtes Anliegen – extrem effektives Arbeiten, ein Kunststudium der kurzen Wege.

Die Außenansicht fand dagegen ein zwiespältiges Echo. Die vorgegebene L-Form des Gebäudes ließ kaum Raum für Variationsmöglichkeiten des äußeren Erscheinungsbildes. Stirling gliederte die Fassade mit zweifarbigen Ziegelsteinen, breite Streifen in orange und grau – was kritische Betrachter an ein Marmeladen-Sandwich denken läßt. Die dunklen Fenster, in regelmäßigen Abständen in die dunkleren Streifen eingelassen, sind somit fast unsichtbar. Sie gehören zum außenliegenden Lehrbereich, der den Ausstellungsbereich wie ein Mantel umhüllt.

Das Portal im Eingangsbereich an der Schmalseite des Gebäudes wird flankiert von zwei monumentalen Säulen. Darüber ein übergroßes quadratisches Fenster. Hier hat die ästhetische Gestaltung noch einen handfesten Zweitnutzen. Die Säulen sollen einmal einen Durchgang abstützen, der dann durch das große Fensterquadrat zum auf der anderen Straßenseite liegenden Fogg-Museum führt. Die Pläne sind bereits fertiggestellt. Sehr zum Mißfallen der Nachbarschaft, die meint, das Ding sehe aus wie ein Zugang zu Flugsteig B 29.



Flugsteig oder Grabmal? – Portal des neuen Stirling-Museumsbaus für die Harvard University im amerikanischen Cambridge FOTO: HURSLEY

Stirling bevorzugt eine Architektur, die nach seinen Worten weder veraltet noch modern, weder primitiv noch technologisch ist. Die vielfach überraschende Mischung unterschiedlicher Baustile erklärt er damit, daß soziologische, umweltbedingte und organisatorische Probleme einen höheren Einfluß auf sein Werk haben, als die Struktur des Baues an sich.

Die Idealform des Raumes zu bewahren steht für ihn über allem. Keinesfalls sollte sie sich den Erfordernissen eines bestimmten Baustils unterordnen. Seine letzten Bauten, das Sackler-Museum wie die Stuttgarter Staatsgalerie mit ihrem Neo-Klassizismus, tendieren dazu, traditionelle Materialien zu verwenden wie Ziegel, Steine und Holz, um architektonische Elemente wie Fenster, Türme, Innenhöfe und Treppen zu betonen. Stirling sieht darin nicht so sehr eine Abkehr vom radikalen neo-industriellen Design aus früherer Zeit, als ein Zeichen – wie er sagt – seiner „evolutionären" Entwicklung.

Stirlings Ideal, „das informelle Monumentale", wie er es bezeichnet, sehen seine Fürsprecher im Sackler-Museum überzeugend verkörpert. „Ganz gleich, ob man diese neue Architektur als eine Erweckungsbewegung, Revisionismus oder gar als Revolution bezeichnet", schrieb die bekannte Architektur-Kritikerin Ada Louise Huxtable über das Sackler-Museum, „Tatsache ist, daß man erstmal so gut wie Stirling sein muß, um es abzureißen." FEE HOFFMANN

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Tempo", ein Magazin für die „Yuppies"

# Vom Jahrmarkt der Einsamkeiten

Flockig, peppig und locker vom Hocker" präsentiert der Hamburger Jahreszeiten-Verlag sein neues Monatsmagazin „Tempo". Im März erschien die zweite Ausgabe. Ein neues Magazin also, aber auch ein neuer Zeitschriftentyp. Vorbild ist der „Wiener – Zeitschrift für Zeitgeist", aus dem auch Chefredakteur Markus Peichl und der für ein solches Blättererblatt wichtige Artdirektor Lo Breier überwechselten.

Die Zeitgeistmagazine richten sich an eine dem Zeitgeist besonders verhaftete Zielgruppe, die „Yuppies" (Young Urban Professionals). Diese jungen Aufsteiger verbinden einen hedonistischen Lebenszuschnitt mit einer knallharten (Lieblingsvokabel von „Tempo") Verfolgung eigener wirtschaftlicher Interessen. Derlei kulturell-politische Aussteiger und beruflich-wirtschaftliche Einsteiger gibt es auch bei uns in erklecklicher Zahl. Jedenfalls startet „Tempo" mit einer Auflage von 410 000.

„Tempo" arbeitet den neuen Zeitschriftentyp noch stärker heraus als der „Wiener". Während der „Wiener" im gängigen Magazinstil mit einem Leitartikel und einem Sich-auf-die-Schulter-Klopfen der Redaktion beginnt, kommt „Tempo" unverzüglich und knallhart zur Sache. Da bleibt kein Auge trocken, was die über das Titelbild kullernden Glastränen (verfertigt von Optikermeister Lange) anscheinend symbolisieren.

„Im Nebenraum hat er noch einen abgehackten Kopf zu inspizieren. Seit 14 Tagen fault er im Wasser. Schmid prüft, sticht mit gespreizten Fingern durch die Augen. Die Augäpfel fallen heraus. ‚Der ist reif. Den Rest kann ich wegkochen.'" Die zehnseitige Reportage aus dem Pathologischen Institut für Rechtsmedizin ist für „Tempo" ein willkommener Anlaß, um mit vielen Photos von Leichen und Leichenteilen zu erfreuen.

Reportagen, etwa über die Witwen von Palermo, die Lego-Leidenschaft, die Losverkäufer auf Jahrmärkten, bilden den Hauptteil des Blattes, während gegenüber dem „Wiener" der Berichtteil aus der poppigen Musik-, Film-, Kunst- und Konsumszene schmaler ausfällt. Auch die politische Linie des „Wiener" fehlt. Ein Porträt des konservativen Kandidaten für die Reagan-Nachfolge, Jack Kemp, steht neben Anleitungen für Wehrflüchtige in Berlin, eine Reportage über Millionäre unter Dreißig neben einer über Blut im Büro („Der Boß ist tot – welcher Lohnabhängige hat noch nicht davon geträumt?"), eine Aufforderung zum Umgang mit Trüffeln neben einem Jubiläumsartikel zum 10. Jahrestag der Punk-Welle.

Die Achillesferse der Yuppies trifft Matthias Horx: „Die große Epidemie unserer Tage, das Egozentrisch-Galoppierende Orientierungs-Syndrom (EGOS), kennt fast nur ein Gegenmittel: Nur wo Kinder sind, ist endlich Sorge. Knallhart. Lebendig. Das ordnet die Welt." Doch können sich Kinderhaber ihren Aufstieg gleich an den Hut stecken. So stehe uns eine „Zwei-Kulturen-Gesellschaft" bevor: „Draußen in den Vorstädten regiert der Rest des sozialdemokratischen Konsenses, eine Welt von begrünten Solar-Wohneinheiten, Abenteuerspielplätzen und Billig-Discountern." In den flirrenden Innenstädten leben die „Leistungsfähigen in ihrem Jahrmarkt der Einsam- und Eitelkeiten".

Dann werden wohl die Zeitgeistzeitschriften die Innenstädte, die New-Age-Postillen die Vorstädte beherrschen. Der Untergang des Abendlandes war kein bloßes Gerücht.

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

Im Taumel des Belcanto: Rossini-Festival im Pariser Théâtre de Châtelet

# Menschenaffen am Hofe Mustafas

Zusehends profilieren sich in Paris das Théâtre des Champs-Elysées und das Châtelet, Théâtre Musical de Paris, als Alternativen zum Palais Garnier – nicht in der Form der Präsentation, sondern im Sinne einer Bereicherung des Repertoires. Als vor zwei Jahren der junge Verdi „in" war, gab es im Châtelet eine Verdi-Saison, in diesem Frühjahr ist nun Rossini an der Reihe, um den die Musikmetropolen mittlerweile nicht mehr herumkommen, auch wenn die Paradestükke der Rossini-Renaissance, die ernsten Opern, wie jetzt in Paris nur konzertant aufgeführt werden.

Gefallen läßt man sich dies, wenn unter Henry Lewis Sänger wie Leila Cuberli, Lucia Valentini-Terrani, Rockwell Blake und Chris Merritt versammelt sind. Daneben gibt es den Einakter „Il Signor Bruschino", Konzerte zuhauf, bevor die Saison-Rossini im April mit einer von Klaus Michael Grüber inszenierten „Cenerentola" endet.

Doch auch die in Zusammenarbeit mit Nizza entstandene „Italiana in Algeri" konnte sich sehen lassen, war keine der flink hingeworfenen Produktionen, wie sie in Frankreich außerhalb von Paris an der Tagesordnung sind. Das lag vor allem am Dirigenten Gabriele Ferro, der ein feinmaschiges, zart komödiantisches Netz aufspannte und uns für winzigste Tempoverschiebungen, kleinste dynamische Schwankungen sensibilisierte. Ohne den Witz aus dieser Partitur zu tilgen, initiierte er ein romantisches Kammerspiel verquerer Gefühle im exotischen Ambiente.

Ganz auf diese Linie eingeschworen waren auch Mauro Paganos filigrane Veduten, deren spielerische Details Entzücken hervorriefen. Der Regisseur Jean-Louis Thamin warf allen Klamauk über Bord und entwickelte ein Verführungsspiel, wobei er bloß seine Vorliebe für die dressierten Menschenaffen am Hofe Mustafas übertrieb, so daß man glauben mochte, Rossinis Isabella habe sich auf den Planet der Affen verirrt.

Vielleicht sang Mimi Lerner deshalb so vollkommen jenseits stilistischer Toleranzgrenzen. Whillard White (Mustafa) wartete mit ungelenk imposantem Baß auf, mehr Humor, dafür weniger Stimme bot Domenico Trimarchi (Taddeo), und Rockwell Blake (Lindoro) ist, auch ohne schmeichelweiches Timbre, der Rossini-Tenor par excellence.

Größere Ausmaße als nun, da im Théâtre des Champs-Elysées das La Fenice unter dem Motto „Venise à Paris" mit dem frisch produzierten „Otello" Rossinis (s. WELT v. 28. Febr.) gastierte, kann auch der Rossini-Taumel vor 150 Jahren kaum erreicht haben. Bereits 1983 kam in Venedig das zweite Mitbringsel heraus, der einstige Hit der Opera buffa aus der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts: „Crispino e la Comare".

Die neapolitanischen Brüder Luigi und Federico Ricci sind der Beweis, daß mehrere Köche nicht unbedingt den Brei verderben müssen. Die harmlose Geschichte vom Flickschuster, den eine Zauberin (comare) zum berühmten Arzt macht, und als Strafe für seinen Hochmut wieder in die Armut zurückfallen läßt, ist in ihren gelungensten Momenten von einer mitreißenden Buffo-Artistik, durch die immer wieder der Straßenlärm Neapels dringt.

Peter Maag delektierte sich an dem in konzentrierten Portionen verabreichten Humor und Marina Bolgan ließ glauben, daß sich einst die Primadonnen von Neapel bis New York nach der Partie der Annetta verzehrten. ROLF FATH

Bernard Malamud †

# Er war der Hexenmeister von Brooklyn

Bernard Malamud – er starb vorletzte Nacht, einen Monat vor seinem 72. Geburtstag in New York – hat mit wenigen Romanen und einigen Erzählungsbänden Lesern in aller Welt sich sehr deutlich eingeprägt: ein Magier eines ökonomisch angewendeten Realismus, bei dem eine geringe Anzahl von Details vollständige Umwelt- und Innenweltbilder vermittelte. Das war stets so eindrucksvoll, daß Malamud weniger als Erzähler denn als Hexenmeister in Erinnerung blieb – bis dann ein neues Buch daran erinnerte, was für ein trefflich lakonischer Fabulierer er war.

Der deutsche Leser hat den jüdischen Amerikaner aus Brooklyn zuerst in den fünfziger Jahren kennengelernt, mit dem knappen Roman „Der Gehilfe", der von den Inhabern eines Gemischtwarenladen handelt, von jüdischen Kleinbürgern und von einem Fremden, der in ihre Welt einbricht, um sich auf das anstrengendste zu bewähren – ein fesselnder und bedrückender, ein trauriger und höllisch komischer Roman mit Malamuds Zentralthema, den Beziehungen der jüdischen Welt zu den Gesellschaften in ihrer Umgebung.

Jedoch, eine solche Definition stört ein wenig bei diesem großen Geschichtenerzähler, der zwar zum einen als Professor für englische Literatur gewirkt hat, als Autor aber so gelassen spontan und scheinbar naiv formuliert hat, daß seine Arbeit Definitionen nicht braucht. Malamud war gewiß in der großen jüdischen Fabuliertradition zu Hause, doch sein Gegenstand blieb die Situation der Gegenwart – selbst in „Der Fixer", dessen Handlung noch im zaristischen Rußland angesiedelt ist.

Romancier der Magie: B. Malamud (1914–1986) FOTO: DIE WELT

Ein Meister und ein gelassener Pessimist: der Mensch habe wenig Glück, sei eigentlich zum Scheitern geboren oder zu einem Erfolg, der im Mißerfolg verborgen ist. Davon vor allem ist auch in Malamuds späteren Romanen („Die Mieter") und Erzählungen („Rembrandts Hut") die Rede, mit dem entschlossenen Humor des weisen Schwarzsehers und mit leiser Stimme, die gleichwohl unüberhörbar war im literarischen Konzert des Säkulums. CHRISTIAN FERBER

Augsburg: Ballett über den Bayernkönig Ludwig II.

# Auf Bergen die Freiheit

Ein ungewöhnlicher Empfang. Noch bevor die Premierengäste ihre Plätze einnehmen, werden sie bereits vom Gesangverein „Bismarck Frohsinn" auf das Kommende eingestimmt. „Auf den Bergen wohnt die Freiheit", heißt es bezeichnend in dem Lied auf Neuschwanstein, das die fünf feierlichen Herren im schwarzen Bratenrock im Foyer des Augsburger Stadttheaters intonieren. Und von der Freiheit handelt denn auch das „Ballett um Bayerns Mitternachtskönig", das Wolfgang Kunz (Libretto) und Erich Payer (Choreographie und Inszenierung) unter dem Titel „Ludwig" vorstellen.

Ludwig II. von Bayern sucht diese Freiheit, indem er von Anfang an die Wirklichkeit leugnet. Er träumt sich hinein in ein Leben, das sich nach und nach aus seiner politischen Verankerung löst und in jenen Fluchtburgen eine Behausung der eigenen Phantasie findet. Doch der Traum ist nicht das Leben, die Freiheit nicht sein Schicksal. Lutz und Pfistermeister, die beiden Minister, zerstören immer wieder seine Luftschlösser und zwingen ihn auf einen ungeliebten Thron, der mehr und mehr zu seinem Trauma wird. Kein Wunder, wenn er sich am Ende darauf wie auf einer Guillotine fühlt.

Erich Payer, in der Maske des Märchenkönigs von einer alterlosen Schönheit, macht diesen Zwiespalt zum Ereignis. In visionären Durchblicken, die den ingeniösen Theaterraum Filippo Sanjusts weiten, erahnt er tatsächlich die Möglichkeiten, die Ludwig gehabt hätte. Aber gleichzeitig hindert ihn seine Ballett-Biographie daran, ihnen im erwünschten Maße choreographisch nachzugeben.

Immer wieder muß er die Stationen seines Schicksals pantomimisch verdeutlichen, anstatt sie tänzerisch auszuleben. Das gilt für die Begegnung mit Richard Wagner etwa, für die Machenschaften der beiden Minister, die Brigitte Liebhauser und Marion Uth-Löhr verblüffend virtuos verkörpern, oder die symbolische Vereinnahmung Bayerns durch Preußen, für die der Choreograph und Bühnenbildner freilich ein fulminantes Bild finden. Der König verwickelt sich da in der Fahne, die er aus einer riesigen Pickelhaube fischt, wie in einem Leichentuch, mumifiziert schon zu Lebzeiten.

Wahn und Wirklichkeit bringt Payer erst zum Schluß wirkungsvoll zur Deckung, wenn er statt auf Liszts „Tasso" und „Die Ideale" auf dessen „Faust-Sinfonie" zurückgreift. Während Ludwig das Verhängnis in Gestalt eines schwarzen Schwans ereilt, in den sich wohl nicht zufällig die Darstellerin seiner Mutter verwandelt, während er sich in einem dramatischen Pas de deux gewissermaßen opfert, bleibt seine Seele unsterblich. Ludwig, das Kind, entschreitet am Ende in das Licht, das die Bühne erfaßt. Der Traum triumphiert über das Leben. HARTMUT REGITZ

Nächste Vorstellungen am 20. und 23. März; Kartenbestellungen: Tel.: 0821/36604

Rudolf Noelte über sein Theater und sich selbst

# Die Seele ist es, die spielt

*Heute wird der Theaterregisseur Rudolf Noelte in Allmannshausen am Starnberger See 65 Jahre alt (Vergl. GEISTIGE WELT v. 15. März). Die WELT sprach mit Noelte über das Theater und seine Arbeit.*

**WELT:** Warum machen Sie Theater?

**Noelte:** Weil das Bedürfnis danach besteht.

**WELT:** Wonach konkret?

**Noelte:** Nach Trost, Stärkung, Freude. Nach Vergleichsmöglichkeiten mit sich selbst. Daraus erwächst dann die Kraft. So wie der Held fertig wird mit seinem Schicksal, so auch das Publikum mit dem seinen. Dieser Austausch vollzieht sich unbewußt. Direkte Belehrung wird mehr oder weniger abgestoßen. Die erregt nur Widerspruch. Wer kann einen anderen belehren wollen? Sein Bewußtsein erweitern?

**WELT:** Sie haben unseres erweitert ...

**Noelte:** ... aber ohne Absicht, ohne Ziel. Ich halte es mit dem Schauspieler Friedrich Kayssler: „Die Seele ist es, die da spielt". Was man wohl mit „Persönlichkeit" definieren müßte – der des Schauspielers und die des Publikums. Die kann ich gar nicht über den Intellekt erreichen. Und schon gar nicht durch Formenspiele, die allein durch Subventionen ermöglicht werden, da zahlende Besucher meist dafür fehlen.

**WELT:** Also Theater ohne finanzielle Absicherung?

**Noelte:** Theater ohne Subventionen gab es, und sie waren besser als die staatlich subventionierten, vergleicht man das Theater Otto Brahms und Reinhardts in Berlin mit dem königlichen. Ich bin dagegen, daß der Staat den Artikel 5 des Grundgesetzes, Freiheit der Kunst, insoweit völlig mißachtet, als er mit Steuergeldern Wettbewerbsverzerrung und Chancenungleichheit schafft.

**WELT:** Wann greifen Sie zu einem Stück?

**Noelte:** Wenn ein Thema überzeitlich ist, also noch Bezug hat zu unserer Zeit, zu unserem Leben. Aber jede Kunst, auch die unsere ist ein Akt des Unbewußten. Ich sehe eine Möglichkeit, ein Stück umzusetzen, oder ich sehe sie nicht. Ich habe keine Prinzipien. Ich kann mit Ernst Schröder – in seinem Buch „Das Leben verspielt" – sagen: „Meine Arbeit paßt auch nicht in die Kategorien, in denen auf vielen deutschen Bühnen zur Zeit gedacht wird, entsprechend den Regeln für den vorgeschriebenen Dienst an der Revolution." Ich hab nur den Menschen, den ich für die Menschen darzustellen habe. Ich kann die Menschen auch nicht lächerlich machen, nicht denunzieren. Jeder, der redet, muß zunächst einmal recht haben. Die Spannung entsteht daraus, daß der Zuschauer herausfinden muß, wer nun wirklich recht hat. Er soll es von sich aus verstehen. Ich versuche, aus Papier Menschen zu machen, nichts anderes.

BEATE KAYSER

## JOURNAL

### Triumphales Comeback für Klaus Tennstedt

dpa, London

Mit minutenlangem Beifall und stehenden Ovationen feierte das Londoner Publikum den Dirigenten Klaus Tennstedt bei seinem ersten öffentlichen Konzert, nachdem er seit dem vorigen Sommer seine Termine abgesagt hatte und seit amerikanische Ärzte im Dezember bei ihm Kehlkopfkrebs diagnostizierten. Der Chefdirigent des London Philharmonic Orchestra hatte für sein triumphales Comeback mit seinem Orchester in der London Festival Hall Gustav Mahlers Sechste Symphonie ausgewählt, die er als eines seiner Lieblingswerke bezeichnet. Tennstedt leitet die Londoner Philharmoniker seit September 1983.

### Internationaler Shakespeare-Kongreß

AP, Berlin

Im Zeichen William Shakespeares wird Berlin vom 1. bis 6. April stehen, wenn die Technische Universität den alle fünf Jahre stattfindenden Internationalen Kongreß zu Ehren des Dichters ausrichtet. Wie die Universität jetzt mitteilte, werden 700 Teilnehmer aus aller Welt erwartet. Das Programm wendet sich nicht nur an Literaturexperten, die im wissenschaftlichen Teil das Werk des Poeten diskutierten, sondern bietet der Öffentlichkeit ein buntes Rahmenprogramm.

### Berliner Gloria-Palast erhält neuen Saal

dpa, Berlin

Der Kinosaal des Gloria-Palastes am Kurfürstendamm in Berlin wird nun doch abgerissen. Nur die Eingangshalle, die Treppe und das ebenfalls im Stil der fünfziger Jahre eingerichtete Foyer des traditionellen Berlinale-Kinos sollen erhalten bleiben. Bausenator Klaus Franke (CDU) teilte nach einer Beratung im Senat mit, daß entgegen einer früheren Vereinbarung mit der Bauträgergesellschaft der alte Kinosaal jetzt abgerissen und ein neues, „modernes" Kino gebaut wird. Es soll zu den Filmfestspielen 1987 zur Verfügung stehen.

### Jüdisches Kulturmuseum vor der Schließung

dpa, Augsburg

Wegen Finanzmangels und fehlendem Fachpersonal droht dem ersten jüdischen Kulturmuseum in der Bundesrepublik, das im Vorjahr in der wiedereröffneten Augsburger Jugendstilsynagoge eingerichtet wurde, die Schließung. Julius Spokojny, Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde in Augsburg, die Träger des Museums ist, sagte, er fühle sich nach dem großen Händeschütteln zur Eröffnung am 1. September heute ziemlich alleingelassen, da bestimmte öffentliche Zuschüsse, mit denen man gerechnet habe, ausgeblieben seien. Die meisten der aus ganz Europa zusammengetragenen Leihgaben hätten wieder zurückgegeben werden müssen.

### „Große Erscheinung des Gegenwartstheaters"

AP, Berlin

„In der Kette der großen Frauen des deutschen Theaters, die sich in der Theaterhauptstadt Europas, die Berlin einst war, bildete, ist sie heute nach der Körner, der Koppenhöfer, der Dorsch, der Berger, der Mosheim ein wichtiges Glied", sagte die Jury zur Verleihung des Berliner Kunstpreises an Marianne Hoppe. Vorgenommen wurde die Verleihung des mit 30 000 Mark dotierten Preises vom Vizepräsidenten der Akademie der Künste, Rolf Szymanski. WELT-Kritiker Friedrich Luft nannte Frau Hoppe in seiner Laudatio eine „große Erscheinung des Gegenwarttheaters", die immer das „Mädchen vom Lande" geblieben sei und „aus einem guten Stall" komme. „Sie haben Berlins beste, unwiederholbare Theaterzeit selber noch mit vollen jungen Zügen in der Schumannstraße verfolgen können", fügte Luft hinzu.

### *Vera Molnar tot*

dpa, Rom/Hamburg

Die deutsche Filmschauspielerin Vera Molnar, die Ende der vierziger bis Mitte der fünfziger Jahre ein beliebter Filmstar war, ist in Rom im Alter von 62 Jahren nach langer Krankheit gestorben. Nach Angaben ihrer Schwester starb Vera Molnar bereits in der vergangenen Woche. Entdeckt wurde Vera Molnar, die am 5. Oktober 1923 in Frankfurt geboren wurde, 1948 bei den Salzburger Festspielen von dem Regisseur Geza von Cziffra. Es folgten Filme wie „Höllische Liebe", „Fünf Städte-Film", „Gefährliche Gäste" und neben Zarah Leander „Gabriela". Ein schwerer Autounfall im Jahre 1950, als sie zu Filmaufnahmen im Casino nach Travemünde unterwegs war, unterbrach jäh ihre junge Karriere. In dem großen Revuefilm „Die dritte von rechts" gelang ihr zwar noch einmal ein großer Publikumserfolg; doch nahmen die Rollenangebote in Deutschland rapide ab.

# „Ich liebe ihren Humor und ihre roten Haare“

## Verlobung des Prinzen Andrew mit Sarah Ferguson

REINER GATERMANN, London

„Mit größter Freude geben die Queen und der Herzog von Edinburgh die Verlobung ihres geliebten Sohnes Prinz Andrew mit Miss Sarah Ferguson, Tochter von Major Ronald Ferguson und Frau Hector Barrantes, bekannt.“

Eigentlich sollte die britische Nation und mit ihr eine interessierte Weltöffentlichkeit erst Schlag zwölf Uhr davon erfahren. So wenigstens wollte es das Management des Hofes. Doch dann steckte gestern um elf Uhr eine blonde Beamtin des Buckingham Palace einem BBC-Reporter eine Kopie der wappengeschmückten Bekanntmachung zu. Wochenlang hatten die Presseleute auf diese Nachricht gewartet.

Der Prinz und Sarah Ferguson stellten sich daraufhin im Buckingham Palast den Reportern, zeigten ihre mit Diamanten und Rubinen besetzten Verlobungsringe und erklärten, sie seien „überglücklich“. Andrew sagte, er habe Sarah vor einigen Wochen in Schottland um die Heirat gebeten, „und sie hat zu meinem Erstaunen mit Ja geantwortet“. Am vergangenen Freitag hatte er schließlich die Zustimmung seiner Mutter, der Queen, eingeholt. Diese Zustimmung ist nach dem „Royal Marriage Act“ von 1772 für alle Mitglieder der Königsfamilie, die in der Thronfolge stehen, erforderlich.

Daß „Randy Andy“, der „scharfe Andy“, der am 19. Februar 26 Jahre alt wurde, nun endlich in festen Händen ist, dürfte die königliche Familie, vor allem seine Eltern, ungemein beruhigen. Mit seinen Affären, etwa mit der amerikanischen „Filmschauspielerin“ Koo Stark und dem englischen Fotomodell Katie Rabett hatte er sich und der Familie manch peinliche Schlagzeile eingehandelt. Besonders erfreulich für die Windsors dürfte daher sein, daß Andrews Wahl auf „Fergie“ gefallen ist.

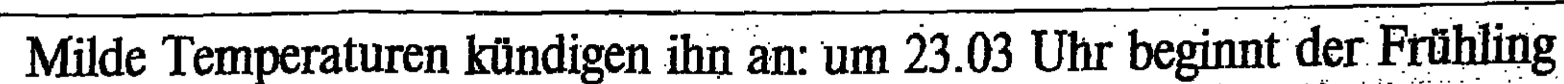
Das blauäugige, 1,70 große Mädchen mit den langen roten Haaren, das im Oktober 27 Jahre alt wird, ist, was man in den höheren Kreisen eine „poo“, eine „person of ours“, nennt. Sarah Ferguson zählt König Charles II. zu ihren Vorfahren und ist mit allen großen Familien des Landes verwandt, auch mit denen der Queen und ihrer künftigen Schwägerin, Lady Diana. Sie gilt als ausgezeichnete Köchin, liebt schnelle Autos, die französische Küche und geht gerne tanzen. Ihren Verlobten kennt sie seit Kindesbeinen, wahrscheinlich haben sie sich erstmals, so erinnert sich Sarahs Mutter Susan, auf dem Poloplatz getroffen, „wo sich alle treffen“. Ihr Vater ist Polo-Manager des Prinzen Charles. Die Eltern ließen sich scheiden, als die künftige Prinzessin 14 Jahre alt war.

Die große Liebe zwischen Andrew und Sarah brach allerdings erst im Juni vergangenen Jahres aus, mit aktiver Nachhilfe von Lady Diana. Zu jener Zeit war „Fergie“ noch mit dem 22 Jahre älteren, früheren Nicki Lauda-Manager Paddy McNally liiert. Diana hatte ihre beste Freundin, die sie ursprünglich als Hofdame haben wollte, aus Anlaß des Ascott-Pferderennens nach Schloß Windsor eingeladen, von da an hatten sie und Andrew nur noch Augen füreinander. „Ich liebe seinen Verstand und sein gutes Aussehen“, sagte Sarah gestern, und Andrew ergänzte: „Ich liebe ihren Humor und ihre roten Haare.“



Verlobungskuß für die Presse: Prinz Andrew und Sarah Ferguson FOTO: DPA

Wahrscheinlich war der Hof, nachdem die Liebe offenbar geworden war, darauf bedacht, dem Gerüchtereigen so schnell wie möglich ein Ende zu bereiten. Am Freitag kehrten die Königin und Prinz Philip aus Neuseeland und Australien zurück, und damit begannen die Vorbereitungen für die Feiern zum 60. Geburtstag der Königin Ende April, die auf keinen Fall durch eine „Affäre“ gestört werden sollen. Kurz zuvor muß zudem der Hubschrauberpilot Andrew wieder einrücken, um eine neue Etappe seiner militärischen Laufbahn zu beginnen.



# Milde Temperaturen kündigen ihn an: um 23.03 Uhr beginnt der Frühling



So genau will sich der Frühling gar nicht festlegen lassen, obwohl er offiziell (das heißt nach dem Kalender) heute, kurz vor Mitternacht, einkehrt. Er ist ein wandernder Bote freundlicherer und hellerer Tage, zieht er doch täglich rund 25 Kilometer von Süden nach Norden, umgerechnet also etwas mehr als einen Kilometer pro Stunde. Und doch kam er nach einem mit 27 (statt der üblichen 18) Frosttagen strengen Winter pünktlich über die Alpen, gab Schneeglöckchen und Krokussen das Signal zum Erblühen, auch wenn die Vegetation etwa zwei bis drei Wochen im Rückstand ist. Untrügliches Zeichen für das Ende der kalten Jahreszeit ist auch der Storch, der sich im österreichischen Burgenland in einem Horst auf dem Gemeindeamt niederließ. Es gibt wohl niemanden, der sich dem Charme des Frühlings entziehen kann. Das zeigt sich nicht zuletzt an farbenfroherer Kleidung, die aus hinteren Schrankecken nach vorn geholt wird; ein freundliches Wort kommt viel leichter über die Lippen. Grübeln macht jedoch eine Beobachtung bei einem Uhrmacher, bei dem innerhalb von einer Stunde acht Kunden eine neue Uhren-Batterie verlangten. Deutet dieser Boom auf das zum Frühlingsanfang schon beinahe rituelle „Großreinemachen“ hin, soll der Frühjahrsmüdigkeit mit einem frisch bestückten Chronometer Disziplin entgegengesetzt werden – oder handelt es sich schlicht um Zufall? MARIA GROHME

FOTO: WOLFGANG MORELL

## Unicef-Spenden auf Konten zahlen

dpa, Köln

Das Kinderhilfswerk Unicef hat noch einmal darauf hingewiesen, daß die am vergangenen Samstag während der Fuchsberger-Fernsehsendung „Auf los geht's los“ telefonisch zugesagten Spenden per Banküberweisung in die Tat umgesetzt werden müssen. Es sei leider bei manchen Spendern der Eindruck entstanden, daß die telefonisch angekündigte Spende mit der Telefonrechnung abgebucht würde, erläuterte gestern eine Unicef-Sprecherin. Dem sei aber nicht so. Spenden müßten selbständig bei Banken, Sparkassen oder Postämtern eingezahlt werden, und zwar auf das Spendenkonto 300 000. Während der Sendung waren telefonische Spendenzusagen in Höhe von 3,5 Millionen Mark eingegangen.

## Raumtransporter fliegt zu „Mir“

dpa, Moskau

Die Sowjetunion hat knapp eine Woche nach dem Start des bemannten Raumschiffes „Sojus T-15“ gestern kurz nach elf Uhr (MEZ) auch einen automatischen Raumtransporter mit der Bezeichnung „Progress 25“ zu ihrer neuen Orbitalstation „Mir“ geschickt. Der Raumtransporter ist mit Versorgungsgütern beladen, teilte die amtliche Nachrichtenagentur Tass mit. In der mit sechs Andockstutzen für bemannte und unbemannte Raumschiffe ausgerüsteten „Mir“-Station befinden sich seit dem vergangenen Samstag die Kosmonauten Leonid Kisim und Wladimir Solowjow. Die Station wird Plattform für den Zusammenbau einer größeren, ständig bemannten Orbitalstation.

## Lebenslänglich für Raubmorde

dpa, Duisburg

Für drei Raubmorde, die es „wie Hinrichtungen“ verübt habe, soll ein Pärchen aus dem Reeperbahn-Milieu mit lebenlangem Freiheitsentzug büßen. Diese Strafe beantragte die Staatsanwaltschaft gestern vor dem Duisburger Schwurgericht für einen arbeitslosen, 32jährigen Bundesbahnschaffner und eine drei Jahre ältere Hausfrau. Zusammen mit einem bereits verurteilten 19jährigen sollen die beiden im März 1984 innerhalb von vier Tagen drei Morde in Hamburg, Bremen und Hünxe (Kreis Wesel) verübt haben. Für den Mann plädierte die Verteidigung auf verminderte Schuldfähigkeit wegen Alkoholgenusses, für die Frau auf eine befristete Freiheitsstrafe. Das Urteil soll am 1. April gesprochen werden.

## Entscheidung zu ASU-Bußgeld

dpa, Berlin

Von April an dürfen erstmals Bußgelder gegen Autofahrer verhängt werden, die es in den letzten zwölf Monaten versäumt haben, an ihren Fahrzeugen die gesetzlich vorgeschriebene Abgassonderuntersuchung (ASU) vorzunehmen. Das gilt sowohl für Wagen, die vor dem 1. April 1985 zugelassen wurden (Altfahrzeuge), als auch für danach zugelassene Autos (Neufahrzeuge). Das entschied das Kammergericht Berlin. Die Übergangsvorschrift schreibt vor, daß die ASU bei Altfahrzeugen erstmals zwischen dem 1. April 1985 und dem 31. März 1986 im TÜV-Monat gemacht werden muß. Bei Neufahrzeugen muß die ASU spätestens nach zwölf Monaten erstmals durchgeführt werden (Az.: 3 Ws (B) 66/86).

## Zertrümmerung von Gallensteinen mit Laser

dpa, Erlangen

Erstmals ist es einem Ärzteteam an der Medizinischen Klinik der Universität Erlangen-Nürnberg gelungen, mit Hilfe eines Lasers Gallensteine zuverlässig in wenigen Sekunden zu zerstören. Diese Behandlung sei besser, billiger und gezielter anwendbar als die bisherige – ebenfalls endoskopisch vorgenommene – mechanische Lithotripsie, berichtete der Direktor der Klinik, der Internist Ludwig Demling. Mit dem klinischen Einsatz der Laserlithotripsie (Zertrümmerung) ist nach Angaben von Demling etwa in einem Jahr zu rechnen. Die Laserlithotripsie wird vermutlich nicht nur die bisherige mechanische Gallensteinzerstörung überflüssig machen, sondern auch andere Gebiete wie die Nierensteinzertrümmerung erobern. Nach Angaben des Mediziners liegt die Besonderheit des Erlanger Erfolgs darin, daß man energiereiche Lichtstrahlen durch ein Endoskop nahezu verlustlos an den Stein bringen könne. Mit einem verlängerten Gastroskop (Gerät zur Magenspiegelung) kommt man in den Zwölffingerdarm und erreicht dort die Öffnung in den Gallengang. Als Lichtleiter für die Laserenergie dient eine 0,2 Millimeter starke, flexible Glasfaser, die auch bei erheblichen Krümmungen an den Stein herankommt. Bis zum Auseinanderbrechen der Gallensteine dauert es dann zwei bis 80 Sekunden. Bei Versuchen mit Ultraschall in gekrümmten Leitern kommt es zu erfolgsmindernden Energieverlusten. Zertrümmerungsversuche mit Laser waren in den vergangenen Jahren in Japan und England erfolglos geblieben. Bei der extrakorporal angewandten Lithotripsie von Nierensteinen wird mit mechanischen Stoßwellen gearbeitet.

### Noch Klopfzeichen?

AP, Singapur

Die Aufräumarbeiten in den Trümmern des am Samstag eingestürzten „New-World“-Hotels in Singapur wurden gestern erneut unterbrochen, nachdem Arbeiter Klopfzeichen zu hören glaubten und annehmen mußten, daß noch ein 18. Überlebender unter dem Ruinenberg verschüttet sein könnte. Die Räumbagger hatten gerade wieder damit begonnen, Betonteile des 67-Zimmer-Hotels auf Lastwagen zu kippen.

### Auf Anhieb Millionärin

dpa, Saarbrücken

Eine Hausfrau im Saarland ist zur Lotto-Millionärin geworden, weil sie erstmals nach 30 Jahren von ihren immer wieder verwendeten Lieblingszahlen abwich und einer plötzlichen Eingebung folgend auf den Lottoschein andere Ziffern ankreuzte. Wie die Saarland Sporttoto GmbH gestern mitteilte, gewann die Hausfrau auf diese Weise in der letzten Ausspielung 1,057 Millionen Mark. Bis zu ihrem Glückstip war die Hausfrau über Kleingewinne nicht hinausgekommen.

### Teppiche gestohlen

dpa, Bonn

Ein Kleinlaster, der Teppiche im Wert von einer Million Mark geladen hatte, wurde gestern in Bonn einem 38jährigen Teppichhändler aus Frankfurt gestohlen. Nach Angaben der Polizei hatte der Händler auf dem Weg zu seinem Essener Geschäftspartner in Bonn Zwischenstation gemacht. Als er den unter einer Brücke geparkten Lkw abholen wollte, war dieser spurlos verschwunden. Nach einer sofort ausgelösten Fahndung wurde der aufgebrochene Laster später an einer Talsperre in der Nähe von Siegburg entdeckt – allerdings ohne Teppiche. Der Geschäftsmann setzte eine Belohnung von 50 000 Mark für Hinweise zur Wiederbeschaffung seiner Ware aus.

### Auto raste in Telefonzelle

dpa, Douai

Drei Männer wurden am Dienstagabend in Cantin bei Douai in Nordfrankreich getötet, als ein 23jähriger beim Bremsen vor einer roten Ampel die Kontrolle über seinen Wagen verlor und gegen eine Telefonzelle fuhr. Der Fahrer, sein 22jähriger Beifahrer und ein 26jähriger Mann in der Telefonzelle waren auf der Stelle tot.

### Wassermangel in Peking

rtr, Peking

Den Einwohnern Pekings steht schwerer Wassermangel bevor. Eine Tageszeitung in der chinesischen Hauptstadt berichtete gestern, seit 1949 habe Wasserverschwendung den Grundwasserspiegel der Stadt um 20 Meter gesenkt und die Hälfte der Brunnen ausgetrocknet. Die zwei Hauptspeicher im Norden Pekings seien nur zu 25 Prozent gefüllt. Wenn bis 1988 keine neuen Reservoirs erschlossen würden, müsse mit Rationierung gerechnet werden.

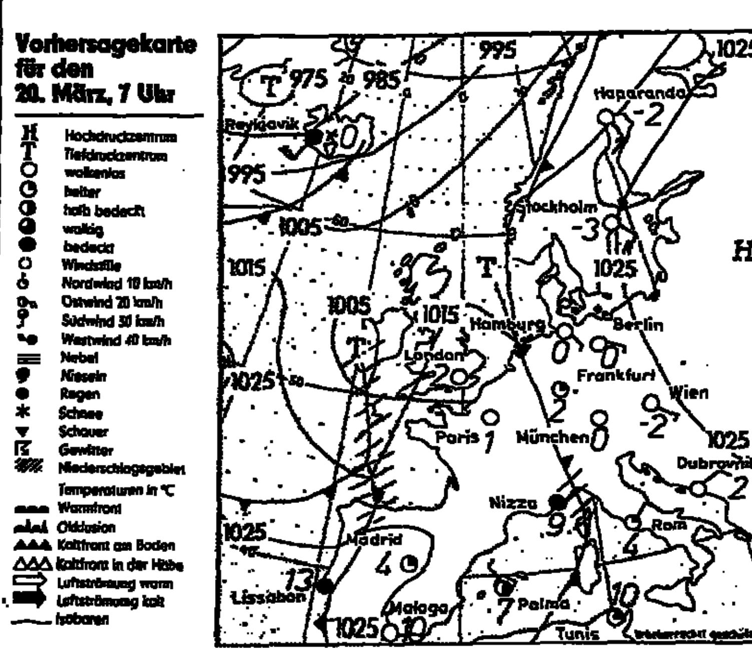
## WETTER: Sonnig und mild

**Lage:** Deutschland liegt weiterhin am Rand eines kräftigen Hochs über Rußland. Im Südwesten werden zeitweise Störungen einer Tiefdruckrinne über Frankreich wirksam.

**Vorhersage für Donnerstag:** Im Südwesten Deutschlands zeitweise stärker bewölkt und vereinzelt etwas Regen, sonst überwiegend heiter. Tageshöchsttemperaturen zwischen 12 und 18 Grad, nächtliche Tiefstwerte zwischen 6 und 2 Grad, örtlich in ungünstigen Lagen bis in Gefrierpunktnähe absinkend. Schwacher, im Nordosten mäßiger Wind aus Ost bis Süd

**Weitere Aussichten:** Unbeständig und etwas kühler.

**Sonnenaufgang am Freitag:** 6.24 Uhr*, Untergang: 18.36 Uhr; **Mondaufgang:** 12.29 Uhr, Untergang: 5.00 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).




**Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 12 Uhr (MEZ):**

| Deutschland: | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Berlin | 11 | wl | Lübeck | 12 | wl | Faro | 17 | he | Ostende | 8 | bd |
| Bielefeld | 13 | wl | Mannheim | 17 | he | Florenz | 15 | he | Palermo | 15 | he |
| Braunlage | 8 | wl | München | 7 | wl | Genf | 8 | R | Paris | 10 | bw |
| Bremen | 12 | he | Münster | 14 | he | Helsinki | 2 | he | Peking | 11 | he |
| Dortmund | 13 | wl | Norderney | 14 | wl | Hongkong | 19 | bd | Prag | 8 | he |
| Dresden | 10 | he | Nürnberg | 10 | wl | Innsbruck | 8 | bw | Rhodos | 16 | he |
| Düsseldorf | 15 | wl | Oberstdorf | 9 | bw | Istanbul | 7 | bw | Rom | 13 | he |
| Erfurt | 10 | wl | Passau | 9 | wl | Kairo | 20 | he | Salzburg | 13 | he |
| Essen | 14 | wl | Saarbrücken | 11 | bw | Klagenfurt | 5 | he | Singapur | 28 | bw |
| Feldberg/S. | -1 | S | Stuttgart | 11 | he | Konstanza | 2 | bd | Split | 11 | he |
| Flensburg | 9 | he | Trier | 14 | he | Kopenhagen | 6 | he | Stockholm | 7 | he |
| Frankfurt/M. | 12 | he | Zugspitze | -10 | S | Korfu | 13 | he | Straßburg | 14 | he |
| Freiburg | 12 | bw | Ausland: | | | Las Palmas | 17 | bw | Tel Aviv | 19 | he |
| Garmisch | 10 | bw | Algier | 15 | bw | Leningrad | 7 | he | Tokio | 11 | bd |
| Greifswald | 9 | wl | Amsterdam | 13 | he | Lissabon | 13 | bw | Tunis | 17 | Rs |
| Hamburg | 12 | wl | Athen | 13 | he | Locarno | 6 | bd | Valencia | 14 | bw |
| Hannover | 13 | wl | Barcelona | 10 | R | London | 7 | bd | Varna | 5 | bw |
| Kahler Asten | 8 | he | Belgrad | 4 | bw | Los Angeles | 10 | wl | Venedig | 10 | bw |
| Kassel | 12 | wl | Bordeaux | 12 | he | Luxemburg | 10 | he | Warschau | 8 | bw |
| Kempten | 10 | bw | Bozen | 9 | bw | Madrid | 13 | bw | Wien | 7 | he |
| Kiel | 11 | he | Brüssel | 14 | he | Mailand | 8 | he | Zürich | 8 | R |
| Koblenz | 14 | he | Budapest | 8 | he | Malaga | 21 | he | | | |
| Köln-Bonn | 14 | wl | Bukarest | 3 | bw | Mallorca | 13 | Sp | | | |
| Konstanz | 9 | bw | Casablanca | 16 | bw | Moskau | 7 | he | | | |
| Leipzig | 11 | he | Dublin | 9 | he | Neapel | 16 | he | | | |
| List/Sylt | 7 | he | Dubrovnik | 11 | he | New York | 9 | bd | | | |
| | | | Edinburgh | 9 | he | Nizza | 13 | bw | | | |
| | | | | | | Oslo | 2 | Ne | | | |

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos



# *Das Ende einer Legende*

In aller Stille ist sie zu Ende gegangen, die sagenhafte Geschichte eines sagenhaften Automobils. Der letzte direkte Nachfahre des berühmten Jeeps rollte in den USA vom Fließband und ins Museum.

Dieser letzte Ururenkel hatte nur mehr geringe Ähnlichkeit mit seinem grauolivgrünen robusten Ahnherrn. Und doch: Der Jeep des Typs CJ-7 Renegade, der die Fabrikhallen der American Motor Corporation (AMC) verlassen hat, rot lackiert, mit Hardtop und Rallyestreifen, kann seinen Stammbaum auf den ebenfalls allradgetriebenen „MB“ von Willys Overland zurückführen, der 1941 erstmals vom Montageband rollte, in den Zweiten Weltkrieg hinein.

Die Geschichte des Jeeps ist wie die nur weniger anderer Autos mit der Geschichte der amerikanischen Streitkräfte verbunden. Bereits 1933 waren in der Armee die ersten vollmotorisierten Einheiten gebildet worden und in diesen Truppenteilen wurde Ende der 30er Jahre immer lauter der Ruf nach einem leichten Kommando- und Aufklärungsfahrzeug (LCRC) erhoben. Vierradantrieb sollte es haben und ein Gewicht von einer viertel Tonne. So wollte es die Ausschreibung der Armee vom 19. Juni 1940. Als erster Automobilhersteller erklärte sich die American Bantam Corporation bereit, ein solches Geländefahrzeug in kürzester Zeit zu produzieren.

Bereits im September 1939 traf der Prototyp, entworfen vom deutschstämmigen Ingenieur Karl K. Probst im Armeedepot in Baltimore ein. Da der Wagen (922 Kilogramm, Leistung 40 PS) den Militärexperten zu schwerfällig war, kamen nun die anderen Anbieter, Willys Overland mit dem MA („Quad“) und Ford mit dem GP („Pygmy“) zum Zuge. Schließlich orderten die Militärs von allen drei Herstellern je 1500 Testfahrzeuge. Bald darauf tauchten sie auch auf den Kriegsschauplätzen in Nordafrika und Rußland auf (wo sie als GAZ 67 mit recht skurrilen Änderungen nachgebaut wurden).

Es ging um den bis dahin dicksten Armeeauftrag. Und Willys Overland konnte sich durchsetzen, nicht zuletzt dank der Verbindungen, die Manager Barney Roos zur Army hatte. Als diese einen offiziellen Wettbewerb ausschrieb, präsentierte Willys flugs seinen nagelneuen und billigeren Nachfolger „MB“ und erhielt den Auftrag über 18 600 Fahrzeuge. Bantam und Ford waren die Dummen, stammte doch vom ersten das Konzept, von letzterem die flache praktische Motorhaube und der berühmte Blechgrill mit den neun Schlitzen.

Um den Ursprung des Namens „Jeep“ wird heute noch gestritten. Jeep war eine Comic-Figur aus „Popeye the Sailor“, ein kleiner Bär mit unglaublichen Fähigkeiten. Und als Jeep wurden von den US-Heerestechnikern auch alle neuen Fahrzeuge bezeichnet, die sie zum Testen bekamen. Andere meinen, Jeep komme von „Dschii-Pii“, der phonetischen Umsetzung des Kürzels „GP“ (general purpose), was im Englischen so viel bedeutet wie Allzweckfahrzeug. Wie dem auch sei, für die GIs des Zweiten Weltkrieges – und nicht nur für sie – wurde der Jeep zum Symbol schlechthin. Sogar als Filmstar kam der wendige „MB“ zu Ehren: in Leopold Lindtbergs „Die vier im Jeep“, der 1950 gedrehten Geschichte einer alliierten Militärstreife im Nachkriegs-Wien.

Während des Weltkriegs bauten Willys Overland und (als Lizenznehmer) Ford etwa 600 000 Exemplare des türlosen, wendigen Geländewagens. Er „diente“ auf jedem Kriegsschauplatz, beförderte Männer, Geräte, Waffen, Nachschub, Verwundete. Er durchquerte jedes Gelände, auch Wasserläufe und Schlammwüsten, wo andere aufgeben mußten.

Viele haben versucht, den Jeep zu kopieren, und auch so manches Fahrzeug aus der neuen „Off-Road“-Generation läßt – sei es den Herstellern bewußt oder nicht – seine unverwechselbare Silhouette erkennen. Doch ein Jeep bleibt ein Jeep. Das weiß jeder, der einmal das Vergnügen hatte, ein wildes Trial mit ihm über Stock und Stein zu „reiten“.

RUDOLF ZEWELL




Früher Filmruhm für den Ahnherrn aller Geländefahrzeuge: Leopold Lindtbergs „Die Vier im Jeep“ FOTO: STIFTUNG DEUTSCHE KINEMATHEK

## LEUTE HEUTE

### *Oster-Spaziergänger*

Die politische Prominenz verbringt dieses Osterfest überwiegend so, wie andere Bürger auch. Erholen, Spazierengehen, auch etwas Sport stehen auf dem Programm – möglichst mit der Familie, zu Hause oder am bewährten Ferienort. Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** wird sich in sein Haus im Isarwinkel zurückziehen, und Bundeskanzler **Helmut Kohl** versucht, wie jedes Jahr, in Österreich ein paar Pfunde abzunehmen. Arbeitsminister **Norbert Blüm** will, wie eine Reihe seiner Kollegen, seine Skier auspacken. Zu Hause entspannen wollen: Justizminister **Hans Engelhard**, Forschungsminister **Heinz Riesenhuber** und Wohnungsminister **Oscar Schneider**. Bildungsministerin **Dorothee Wilms** wird sich „entsprechend der Feiertagsruhe von Karwoche und Osterfest“ verhalten. Dienstlich unterwegs sind Wirtschaftsminister **Martin Bangemann** und Entwicklungsminister **Jürgen Warnke** – in Saudi-Arabien beziehungsweise in Südamerika. Der Fraktionsvorsitzende der SPD, **Hans-Jochen Vogel**, reist über Ostern nach China. Der SPD-Vorsitzende **Willy Brandt** fährt zu seinem Haus in Südfrankreich. Etwas ausgefallener sind die Reiseziele prominenter Grüner: Vorstandssprecher **Lukas Beckmann** fährt nach Polen, und Bundesgeschäftsführer **Eberhard Walde** will sich im spanischen Andalusien die farbenfrohen Umzüge in der Karwoche anschauen. Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** bleibt geschäftig. Er hält in der Bundeshauptstadt, wie ein Sprecher des Auswärtigen Amtes sagte, „große Stallwache“.

### *Abspeck-Prämien*

Das Wohl seiner Angestellten läßt sich der Chef einer New Yorker Immobilienfirma etwas kosten. **Dale Hemmerdinger** zahlt seinen Leuten in der Zeit von Januar bis Juli 100 Dollar für jedes verlorene Pfund Fett – vorausgesetzt, sie halten das um Pfunde niedrigere Gewicht auch für den Rest des Jahres. Hemmerdinger, der selbst gertenschlank ist, glaubt gut zu investieren: „Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß man besser arbeitet, wenn man sich wohlfühlt.“ Einer seiner leitenden Angestellten ist inzwischen schon um umgerechnet 11 700 Mark „schwerer“ geworden.

## *ZU GUTER LETZT*

*„Die ‚freie Hose' der ‚freien' Welt“. Unter diesem Titel erteilte die Ost-Berliner FDJ-Zeitschrift „Junge Generation“ den Funktionären eine Lektion über Jeans, die in der „DDR“ immer noch als Statussymbol gelten. Unter anderem hieß es da, In Jeans-Träger und Nicht-Jeans-Träger lasse sich die Welt nicht einteilen.*

# Gelungener Abschied von der Stahl-Dominanz

Von JEAN-JACQUES PICARD

Restrukturierung und Diversifizierung sind die Devisen, die die luxemburgische Wirtschaftspolitik in den vergangenen Jahren beherrschten.

Den Anstoß zu dieser Neuorientierung gab die weltweite Stahlkrise Mitte der 70er Jahre, die dem luxemburgischen Stahlproduzenten Arbed, dem zu dieser Zeit bei weitem wichtigsten Wirtschaftszweig des Großherzogtums, arg zusetzte. Zehn Jahre später kann man heute feststellen, daß sich in der luxemburgischen Wirtschaft ein tiefgreifender Strukturwandel vollzogen hat.

Der Wohlstand Luxemburgs war lange Zeit auf die gut funktionierende Stahlindustrie aufgebaut. Diese beschäftigte noch im Jahre 1974 allein im Großherzogtum rund 24 000 Menschen, bei einer Gesamtbevölkerung von 360 000 eine stattliche Zahl.

Mit dem Beginn der Stahlkrise aber wurde ein Abbau von Kapazitäten und Personal unumgänglich.

Über den Weg der Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand, durch Verlagerungen auf andere Industriezweige und mit Hilfe einer speziellen Antikrisendivision, die überschüssiges Personal aufnahm, wurde die Beschäftigtenzahl in der Stahlindustrie bis heute auf knapp 14 000 reduziert. Obschon dieser Personalabbau wohl beispiellos in der Europäischen Gemeinschaft ist, ging es dabei ohne Entlassungen ab. Das Resultat aber war, daß sich die Personalkosten des Unternehmens von 30 auf nur mehr 21,6 Prozent des Umsatzes verringert haben.

An der finanziellen Restrukturierung der Stahlindustrie zum Abbau des angehäuften Schuldenberges beteiligten sich sowohl das Arbed-Personal, das zum Teil empfindliche Lohnkürzungen hinnahm, der größte Privataktionär der Gesellschaft, die Société Générale de Belgique, die durch ihre Beteiligung an einer Kapitalerhöhung dem Unternehmen neue Mittel zur Verfügung stellte, und das gesamte Luxemburger Volk, das über den Weg höherer Steuern (besonders über die neu eingeführte sogenannte „Solidaritätssteuer" von zuletzt zehn Prozent auf der Steuerschuld des Steuerpflichtigen) die staatlichen Milliardensubventionen mitfinanzieren half.

Heute steht die industrielle Restrukturierung der Arbed, weiterhin größter Arbeitgeber des Landes, vor dem Abschluß. Bis dahin werden rund 40 Milliarden Luxemburger Franc (Flux) (rund 2 Milliarden Mark) in moderne Produktionsanlagen investiert worden sein.

## In puncto Produktivität gut wie die Japaner

Die Produktivität der luxemburgischen Stahlindustrie steht heute auf dem Rekordstand von unter fünf Arbeitsstunden pro Tonne Walzstahl, verglichen mit über neun Stunden im Jahr 1976. Mit der heutigen Leistung kann sich das Luxemburger Unternehmen mit den besten der Welt (Japaner einbegriffen) messen.

Diese Entwicklung blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Ergebnisse der Gesellschaft. Für das Geschäftsjahr 1985 weist die Arbed ein alle Vorausschätzungen übertreffendes Bruttobetriebsergebnis von 8,6 Milliarden Flux aus. In den Jahren 1975–77 wurde noch ein jährlicher Betriebsverlust von durchschnittlich 600 Millionen Flux verzeichnet. Das Bilanzergebnis lag damals bei durchschnittlich rund 3 Milliarden Flux Verlust. Für das Geschäftsjahr 1984 wurde erstmals wieder ein Gewinn von 645 Millionen ausgewiesen, der im vergangenen Jahr auf 1,1 Milliarden verbessert werden konnte.

Angesichts dieser Ergebnisse werden aber auch schon Forderungen laut, die die Rückzahlung der von den Arbeitnehmern ertragenen Lohnkürzungen und die Abschaffung der Solidaritätssteuer verlangen. Die Arbed-Verantwortlichen aber bleiben in der Beurteilung der Lage vorsichtig und verweisen darauf, daß die positiven Ergebnisse nur durch massive staatliche Zuwendungen zustande kamen. Noch, so warnen sie, sei die luxemburgische Stahlindustrie nicht über den Berg.

## Vor Kopflastigkeit des tertiären Sektors?

Aber wie dem auch sei, inzwischen steht die luxemburgische Wirtschaft auf mehr als nur dem einzigen „Stahlbein". In dem Bemühen, die Abhängigkeit von der Stahlindustrie zu reduzieren, wurde einerseits verstärkt versucht, neue Unternehmen in Luxemburg anzusiedeln – seit Mitte der 70er Jahre kamen so 60 neue Unternehmen ins Land, die jedoch allein nicht ausreichten, den Beschäftigungsrückgang in der Stahlindustrie aufzufangen – und andererseits großes Gewicht auf den Ausbau des Dienstleistungssektors gelegt.

Der Ausbau dieses Sektors ist so gut gelungen, daß schon Stimmen laut werden, die vor einem zu starken Monolithismus im tertiären Sektor warnen, der ebenso gefährlich wäre wie die vor zehn Jahren herrschende Kopflastigkeit der Stahlindustrie. In der Tat ging von 1975 bis 1984 die Beschäftigung in der Industrie um über 22 Prozent zurück, während die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungssektor um annähernd 65 Prozent anstieg. Dieser Trend hat sich auch im vergangenen Jahr fortgesetzt.

Mittlerweile wird Luxemburg im Ausland vielfach mit seinem Finanzplatz identifiziert. Seit Anfang der 70er Jahre ließen sich über 80 Banken aus aller Welt im Großherzogtum nieder; ihre Zahl stieg von 37 auf 118, wobei die deutschen Banken mit 29 Niederlassungen am stärksten vertreten sind. Die Zahl der Beschäftigten im Bankensektor hat sich von Ende 1974 bis Ende 1985 von 5646 (3,7 Prozent der Gesamtbeschäftigung des Landes) auf 10 213 (6,3 Prozent der Gesamtbeschäftigung) fast verdoppelt.

Zur Zeit werden verstärkte Anstrengungen unternommen, artverwandte Tätigkeiten ins Land zu holen. In erster Linie ist dabei an den Ausbau des Versicherungswesens gedacht.

In dieser Branche sind heute 45 Gesellschaften in Luxemburg tätig. Sie beschäftigen 850 Mitarbeiter und können auf sage und schreibe 4882 unabhängige Versicherungsagenten zurückgreifen – in Anbetracht der Einwohnerzahl des Landes sicher eine Größe für das Guinness-Buch der Rekorde.

Die Bemühungen um den Ausbau des Versicherungsgeschäfts sind auch schon von ersten Erfolgen gekrönt. Seit Anfang 1984 haben, von relativ großzügigen Bestimmungen betreffend die Bildung von Reserven angelockt, nicht weniger als 20 international tätige Rückversicherungsgesellschaften das kleine Land zu ihrem Geschäftssitz auserkoren. Die Ansiedlung derartiger Gesellschaften bleibt zwar praktisch ohne Auswirkungen auf den einheimischen Arbeitsmarkt, doch bringen diese riesige Mengen Kapital ins Land und eröffnen so den Banken neue Betätigungsfelder. Unterschwellig besteht natürlich auch die Hoffnung, über den Weg dieser Gesellschaften – in der Mehrheit sogenannte „Captives", die zu großen multinationalen Industrieunternehmen gehören – das Land international bekannter zu machen und so vielleicht Interesse für industrielle Niederlassungen in Luxemburg zu wecken.

Denn bei den hochspezialisierten Betrieben des Dienstleistungssektors ebenso wie bei eventuellen neuen Niederlassungen der gleichfalls stark umworbenen Hochtechnologieunternehmen sind die etwa 2700 Arbeitsuchenden (davon rund 1500 voll entschädigte Arbeitslose), in der überwiegenden Mehrheit unqualifizierte Arbeitskräfte, schwerlich unterzubringen.

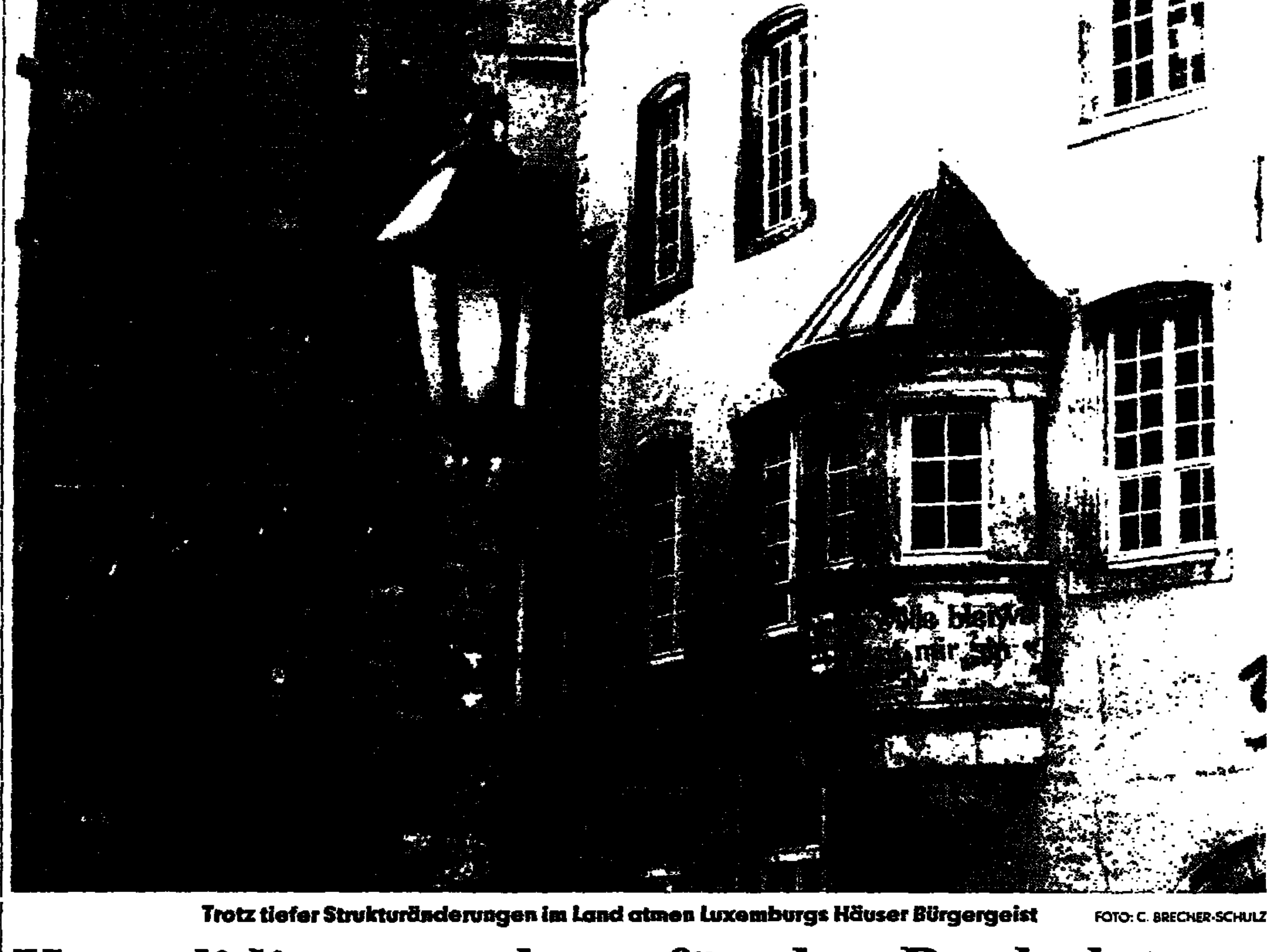
Dies belegt auch eine kürzlich bei den Betriebsleitern der Industrie durchgeführte Umfrage, laut der die Lage auf dem luxemburgischen Arbeitsmarkt (mit zur Zeit etwa 1,6 Prozent Arbeitslosen) in einem relativen Gleichgewicht wäre. In der Tat besteht überschüssiges Personal in der Regel aus ungelernten Arbeitskräften, während Unternehmen mit Personalmangel überwiegend nach qualifizierten Mitarbeitern suchen, die sie auf dem engen einheimischen Arbeitsmarkt nicht finden. Diese Unternehmen greifen dann auf ausländische Arbeitskräfte zurück.

So kommt es, daß das kleine Großherzogtum, dessen Gesamtbevölkerung ohnehin schon zu 27 Prozent aus Ausländern besteht, zusätzlich noch über 14 000 Grenzgänger beschäftigt.

## Luxemburger sehen die Zukunft rosig

Wenn es auch so aussieht, als sei die – im europäischen Vergleich unwesentliche – Arbeitslosigkeit nur schwer zu bekämpfen, so sieht man in Luxemburg der Zukunft doch relativ optimistisch entgegen. Laut einer zum Jahresende durchgeführten Befragung erwarten 35 Prozent der Luxemburger, daß es ihnen 1986 besser gehen wird als im vergangenen Jahr; 16 Prozent nur erwarten eine Verschlechterung ihrer Lage. Ende 1981 sahen die Ergebnisse der gleichen Umfrage noch wesentlich anders aus: Damals sahen nur elf Prozent der Bevölkerung eine Verbesserung, aber 51 Prozent eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage.

Dieser neue Optimismus wuchs noch vor dem spektakulären Rückgang der Ölpreise und des US-Dollar, der die Preissteigerungsrate in Luxemburg spürbar senkt und dem Verbraucher beträchtliche Ersparnisse bringt. Entsprechend optimistisch sind die Vorhersagen der Regierung, die einen Rückgang der Inflationsrate auf nur noch 1,5 Prozent erwartet. Damit könnte sich Luxemburg mit den wirtschaftlich stärksten Ländern der Gemeinschaft messen.



Trotz tiefer Strukturänderungen im Land atmen Luxemburgs Häuser Bürgergeist FOTO: C. BRECHER-SCHULZ

# Konsolidierungsphase für den Bankplatz

Der Finanzplatz Luxemburg hat in den vergangenen fünfzehn Jahren eine dynamische Entwicklung erlebt. Nach den stürmischen 70er Jahren, sind die 80er von einer – sicherlich nützlichen – Konsolidierungsphase gekennzeichnet.

Er konnte jedoch bis jetzt weiterhin kontinuierlich seine Position ausbauen, wenn auch mit gemäßigten Zuwachsraten. Ende 1985 waren in Luxemburg 118 Banken (115 Ende 1984) mit einer Bilanzsumme von 7628 (7331) Mrd. Flux vertreten. Ihre Herkunft betreffend ergab sich folgendes Bild: Belgien/Luxemburg 12, Bundesrepublik 29 (28), Frankreich 7 (8), Italien 8, Schweiz 7, Nordische Länder 16 (15), Vereinigte Staaten von Amerika 11 (10), Japan 6 (5), andere Länder 16 (15), Konsortium 6 (7) : angesichts der trüben Verhältnisse, die seit Jahren die internationalen Finanzmärkte kennzeichnen, eine mehr als zufriedenstellende Entwicklung. Die Zahl der Angestellten belief sich auf 10 213 (3476 Ausländer). Das sind 831 mehr als Ende 1984. Auch die Luxemburger Börse konnte erneut ein sehr positives Ergebnis vorzeigen.

Wenn auch in bestimmten Bereichen Anpassungen notwendig sein werden, mittelfristig gesehen kann die Konkurrenzfähigkeit des Platzes als gesichert gelten. Luxemburg wird auch weiterhin die wesentlichen Anforderungen erfüllen, die an einen internationalen Finanzplatz zu richten sind. Politische Stabilität, positive Einstellung der Parteien gegenüber dem Finanzplatz, vernünftige Gewerkschaften, weder Verstaatlichungsgefahr noch die von Kapitalausfuhrbeschränkungs- oder gar eines -verbots. Das sind einige Pluspunkte, die man selbst nicht in jedem europäischen Land vorfindet. Wer schon einmal erlebt hat, daß seine Einkünfte aus Wertpapieren, daß sein Kapital infolge Regierungsbeschluß zum billigen Darlehen für den Staat wurde, der weiß den Wert zu schätzen.

Aber auch in den Mutterhäusern der in Luxemburg ansässigen Banken weiß man, daß gewisse Vorteile die überseeische oder Off-shore-Bankplätze haben, von politischem Risiko überschattet sind. Eine Auswanderungswelle steht mithin auch nicht bevor.

Darüber hinaus ist es erklärtes Ziel der Regierung, den für das Land so bedeutsamen Wirtschaftszweig nach besten Kräften zu fördern und den Finanzplatz langfristig zu sichern. Mehr noch, die anwesenden Banken haben immer wieder ihre Anpassungsfähigkeit an die sich ständig ändernden Bedingungen bewiesen, so bemühen sich die meisten seit Jahren, ihr Betätigungsfeld zu erweitern und ihr Risiko- und Eigenkapitalpolster zu konsolidieren. Fast alle haben ihre Aktivitäten im Privatkundengeschäft ausgebaut und intensiviert, insbesondere im Bereich der Vermögensverwaltung, und wenn das Kreditgeschäft auch noch immer die Hauptgewinnquelle ist, so ist zur Zeit das Privatkundengeschäft jedoch die am stärksten wachsende Sparte. Der Finanzplatz erfüllt bereits jetzt alle Voraussetzungen, die ein international orientierter Anleger stellen kann, hinzu kommt die Vielfältigkeit der in Luxemburg gegebenen Vorteile und Geschäftsmöglichkeiten.

### Manager sind gefordert

Vorteilhaft für den Finanzplatz ist auch, daß die dort ansässigen Banken noch kein Staat im Staat bilden, wie an manch anderen Finanzplätzen. Ein „Ruhesessel für Bankmanager" ist der Finanzplatz nicht. Die nach Luxemburg entsandten Manager müssen ihr Können beweisen, sowohl gegenüber den zu Hause gebliebenen Kollegen als auch gegenüber denjenigen in Luxemburg.

Besorgt weisen manche Banker auf die an ausländischen Bankplätzen vorgenommenen Anpassungen. Vorher war jedoch der Finanzplatz auch nicht konkurrenzlos, man sollte deshalb Informationen über eine wachsende Auslandskonkurrenz mit der nötigen Zurückhaltung bewerten. Zudem ist das internationale Umfeld, in dem die Konkurrenz zur Zeit lebt, keinesfalls sorgenfrei oder sorgenfreier als das des Luxemburger Finanzplatzes. Man denke nur an die Schwierigkeiten der amerikanischen Banken, an die Sorgen, die südamerikanischen Ländern gewährte Darlehen den dortigen Bankmanagern verursachen. Außerdem wird das Geschehen an den großen Finanzplätzen auch vom Ausland mitbestimmt.

Schließungen, respektive Abwanderungen von Banken, sollten, soweit sie sich in vernünftigen Grenzen halten, nicht zu überbewertenden Reaktionen Anlaß geben, schließlich handelt es sich um Vorkommnisse, die auch andere Zweige aufweisen. Zu einer Verdoppelung der in Luxemburg ansässigen Banken wäre es, angesichts der noch in Frage kommenden Möglichkeiten, sowieso nicht gekommen, was auch nicht im allgemeinen Wirtschaftsinteresse Luxemburgs wäre.

Sein Wohlergehen würde erneut, wie im Falle der Stahlindustrie, vorwiegend auf einer einzigen Aktivität beruhen. Andererseits sollte man auch eine Verringerung der Zahl der anwesenden Banken nicht als Vorzeichen kommenden Untergangs sehen.

Für den Bankkunden in Luxemburg bestehen nicht unerhebliche steuerliche und sonstige Kostenvorteile: Es gibt keine Quellensteuer für Ausländer auf Zinsen, Dividenden und Kursgewinne. Das Luxemburger Steuersystem ist vergleichsweise anlegerfreundlich, besonders was die Ausländer betrifft. Luxemburg ist der steuerlich interessanteste Anlageplatz der westlichen Welt.

### Strenge Kontrollen

Per Gesetz ist der Schutz des Bankgeheimnisses auf „Schweizer Niveau" gebracht worden.

Ausgenommen kriminelle Handlungen gewährt Luxemburg bei Steuerverfahren keine Rechtshilfe.

Die scharfen Zulassungsbestimmungen sowie eine strenge Bankenkontrolle gewährleisten Bonität und Seriosität der am Platz vertretenen Banken.

Die Bankenaufsicht steht jener in der Bundesrepublik an Strenge nicht nach. Die großherzoglichen Bankenaufseher denken und handeln jedoch pragmatischer als manche ihrer Auslandskollegen. Selbst mit einem Vermögen von nur 100 000 Mark erhält der Kunde in Luxemburg individuellen Service.

Der Finanzplatz erfüllt alle Anforderungen, die heute ein international orientierter Anleger erwartet. Die Vielfältigkeit der in Luxemburg gegebenen Vorteile und Gechäftsmöglichkeiten hat zur Folge, daß sich international orientierte Kunden zunehmend nach Luxemburg begeben. Heute ist das Privatkundengeschäft die am stärksten wachsende Sparte der in Luxemburg vorkommenden Bankgeschäfte. Wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, sind viele Banken damit befaßt, die nötigen technischen, räumlichen und vor allem personellen Voraussetzungen zu schaffen, um ihrer Privatkundschaft umfassenden Service anbieten zu können. MARCEL KIEFER

TREFFPUNKT LUXEMBURG / Mit der Gründung der Schabermesse bewies Johann der Blinde Weitsicht

# Stadt der Banken jetzt mit Messe für die Banker

Als Grenzland zwischen deutschem und französischem Kulturraum blieb Luxemburg im Mittelalter dem Wetteifern in der Handelsbranche nicht fern. Das Gebiet des heutigen Großherzogtums gehörte vor 2000 Jahren zur Provinz „Belgica" des römischen Reiches und war von nicht weniger als sechs überregional bedeutsamen Handels- und Heerstraßen durchquert und berührt. Mit einer Bevölkerung in der Größenordnung von Basel und Lüttich wuchs Luxemburg im 14. Jahrhundert zu einem wichtigen Stapelplatz auf der kürzesten Landstrecke zwischen Italien und Flandern heran.

Eine Messe, welche über alle Beschränkungen der mittelalterlichen Wirtschaftsordnung hinaus den Kaufleuten aus aller Welt Freizügigkeit bot, sollte diese Bedeutung unterstreichen. Fünfzig Jahre, nachdem Graf Heinrich VII. das Recht erteilt hatte, eine sechswöchige Messe in Luxemburg zu veranstalten, gründete Graf Johann der Blinde 1340 die „Schadebergmesse" (Schabermesse). Als alte und traditionsreiche Messestadt kann Luxemburg mit Stolz auf die Urkunde vom 20. Oktober 1340 zurückblicken, mit der Graf Johann, König von Böhmen, der Stadt Luxemburg das Recht zugestand, jährlich eine achttägige Handelsmesse zum Fest des Apostels Bartholomäus zu veranstalten.

Die Gründung der „Schabermesse", wie die erste Luxemburger Handelsmesse im Volksmund hieß, ist in die Zeit zurückzuführen, als der Ausbruch des englisch-französischen Krieges das Hauptprodukt der Ardenner Grafschaft, die Schafwolle, erheblich valorisiert hatte. Das Ausfuhrverbot englischer Wolle, mit dem die flandrischen Kommunen zur Neutralitätserklärung gezwungen worden waren, wurde zwar bald aufgehoben, jedoch war der Schreck den Genter Webern in die Knochen gefahren.

Die Händler, die im 14. Jahrhundert ihre Ware anboten, standen unter dem Schutz des Grafen und für die Dauer der Messe wurden ihnen fiskalische und andere Vorteile zugesichert.

Die 1921 gegründete „Foire Commerciale Officielle de Luxembourg" wuchs nach einem bescheidenen Anfang binnen drei Jahren auf 642 in- und ausländische Aussteller.

Zu ihrer heutigen internationalen Bedeutung gelangte die Luxemburger Messe durch stärkere Beteiligung der Berufsverbände und Berufskammern, sowie einer Reihe von Verbraucher-Organisationen. Die Berufsorganisationen sind noch heute in den verschiedenen Gremien der Luxemburger Messegesellschaft – FIL – vertreten.

Von 1951 an bekam die Luxemburger Messe einen neuen Charakter und wurde unter neuer Leitung international ausgerichtet mit der Gründung der „Société de la Foire Internationale de Luxembourg". Im Jahre 1953 wurde die Luxemburger Messe als Mitglied in die „U. F. I." aufgenommen.

## Maßgeschneidert auf dem Kirchberg

Ein Vierteljahrhundert Messegeschichte ging mit der 1973er Internationalen Messe zu Ende. Die neugegründete „Société des Foires Internationales de Luxembourg S. A." ließ auf einem 15 Hektar großen, neuerschlossenen Gelände in Kirchberg einen maßgeschneiderten modernen Messekomplex errichten, der zur Eröffnung der 26. Internationalen Messe, am 18. Mai 1974 seiner Bestimmung feierlich übergeben wurde. Unter Direktor Mathias Treinen wurde die frühere Internationale Messe in zwei Veranstaltungen, eine Frühjahrs- und eine Herbstmesse, aufgegliedert.

Das Gelände der Luxemburger Internationalen Messe liegt nur wenige Minuten vom Stadtzentrum, vom Hauptbahnhof und vom Flughafen entfernt, in unmittelbarer Nähe der europäischen Behörden und anderer wichtiger Verwaltungen. Die Autobahn direkt am Gelände ermöglicht bequeme Zufahrt zum internationalen Straßennetz.

Das Messezentrum FIL verfügt über ein Gesamtareal von 16 Hektar. Auf diesem Gelände sind acht Hallen mit einer Gesamtfläche von 30 000 Quadratmetern symmetrisch in sich gegenüberliegenden Gruppen von vier Hallen angeordnet. In ihrer Mitte liegt ein Freigelände von ebenfalls 30 000 Quadratmetern, das sich vorzüglich für Ausstellungen im Freien eignet. Beide Hallengruppen sind durch überdeckte Korridore miteinander verbunden. Alle Hallen – und somit sämtliche Ausstellungsstände – sind ebenerdig; dies erleichtert den Transport von Ständen und Waren erheblich. Jede der acht Hallen verfügt über eigene technische und sanitäre Anlagen, einen Lagerraum für Leergut sowie über mehrere Imbißstätten. Zum Gesamtkomplex gehören außerdem ein Verwaltungsgebäude mit daran angeschlossenem Konferenz-Zentrum, Werkstätten, Servicestellen für Aussteller und Besucher, ein großes Messe-Restaurant sowie unbegrenzte Parking-Einrichtungen.

Durch die Trennung in Frühjahrs- und Herbstmesse 1976 wurde nicht nur eine Verdoppelung der verfügbaren Ausstellungsfläche erreicht, sondern vor allem eine gezieltere Ausrichtung der Ausstellungsthemen.

Jedes Jahr im Mai zieht die Frühjahrsmesse während neun Tagen Besucher aus Luxemburg und aus dem benachbarten Ausland an. Ihre Hauptakzente: Nahrungsmittel, Getränke, Haushalt, Freizeit. In der Abteilung Haushalt werden Kücheneinrichtungen, Elektro- und andere Haushaltsgeräte ausgestellt. Die Freizeitabteilung umfaßt Sportartikel, Spielwaren, Hobbymaterial, Foto- und Filmmaterial, Musikinstrumente, Gartengeräte sowie -möbel und Pflanzen. Die Luxemburger Frühjahrsmesse kann stolze Ergebnisse vorlegen: 21 Prozent aller Besucher schließen auf dieser Messe direkte Kaufverträge ab, 75 Prozent sind an konkreten Informationen interessiert.

Jährlich im Oktober, ebenfalls während neun Tagen, wartet die Herbstmesse auf mit Schwerpunkten wie Haustechnik, Möbel, technische Geräte und Maschinen. Stark vertreten sind sanitäre Anlagen, Heizungs- und Belüftungssysteme, Fertigbauelemente. Im Bereich der Innenausstattung werden handwerkliche Erzeugnisse sowie Unterhaltungstechnik ausgestellt. Fachinteressenten finden Maschinen und Werkstattbedarf. Die Herbstmesse ist in erster Linie auf die Nachfrage nach Investitionsgütern ausgerichtet sowie auf Konsumgüter, die nicht für einen kurzfristigen Verbrauch bestimmt sind.

Der Bereich Büroeinrichtung und -ausstattung wird jedes zweite Jahr von der Fachmesse „bureautec" abgedeckt. Die 1979 als Fachmesse für die Bankbranche ins Leben gerufene Sonderveranstaltung „banque" wurde zur dritten Auflage in deutlich abgeänderter Form 1983 einem breiten Interessentenkreis vorgestellt, in deren Rahmen außerdem Fach-Seminare stattfinden.

Information über Freizeit und Sport bietet die jährliche Ausstellung „Europleinair", auf der alles vorgeführt wird, was zur Ferien- und Freizeitgestaltung notwendig ist. Jedes vierte Jahr findet die Fachschau für Gastronomie „Expogast", unter Mitwirkung aller zuständigen Berufsverbände statt. Sie unterstreicht das vielseitige internationale Gastronomieangebot unseres Landes und richtet sich an die Fachleute, Hersteller und Kunden der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Gezeigt werden gastronomische Leistungen aus Restaurant- und Gaststättenbetrieben der verschiedensten Länder sowie die neuesten Arbeitsgeräte und Einrichtungen der Branche.

## Kunst und Antiquitäten, neu arrangiert

Auf der Kunst- und Antiquitätenszene zeigt sich seit einigen Jahren eine spürbare Entwicklung zum optischen Akzent und zum attraktiven Arrangement. Dem Trend nach Antiquitäten und Kunst entsprechend, lädt die FIL jährlich zur Kunst- und Antiquitäten-Ausstellung ein, in deren Rahmen das Festival des Luxemburger Buches stattfindet.

Die Rolle Luxemburgs als Tagungsstätte wächst ständig. Auch auf dem Messegelände der FIL finden Interessenten Räumlichkeiten vor, die das ganze Jahr hindurch verfügbar sind. „Congreß-FIL-Expo" bietet Platz für 200 bis 2500 Personen.

Die Bedeutung der Stadt Luxemburg als internationaler Finanzplatz verpflichtete die Messeleitung geradezu, ihr Programm durch eine Fachmesse für den Bankensektor zu ergänzen. Diese Messe für Einrichtung und Ausrüstung von Geldinstituten wird in enger Zusammenarbeit mit der auslandserfahrenen Düsseldorfer Messegesellschaft Nowea an wechselnden Standorten und internationalen Finanzzentren veranstaltet. Für 1986 ist Mailand der Standort und für 1987 Kopenhagen.

M. L.

## AUF EINEN BLICK

STAATSGEBIET
Das Großherzogtum Luxemburg grenzt im Westen und Norden an Belgien, im Osten an die Bundesrepublik Deutschland und im Süden an Frankreich.

FLÄCHE
2586,4 Quadratkilometer

BEVÖLKERUNG
365 500, darunter 95 789 Ausländer

STÄDTE
Hauptstadt Luxemburg 80 000 Einwohner, Esch-Alzette 25 500, Differdingen 17 000, Düdelingen 14 000 Einwohner.

STAATS- UND REGIERUNGSFORM
Der luxemburgische Staat ist eine parlamentarische Demokratie unter der Form einer verfassungmäßigen Monarchie.

SPRACHE
Französisch und Letzeburgisch, eine Moselfränkische Mundart; fast überall wird Hochdeutsch gesprochen und verstanden.

FEIERTAGE
1. Januar, Ostermontag, 1. Mai, Himmelfahrt, Pfingsmontag, 23. Juni, 15. August, 1. November, 25., 26. Dezember.

ZEIT
Mitteleuropäische Zeit

WICHTIGE ADRESSEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Großherzoglich luxemburgische Botschaft mit Konsularabteilung, Adenauerallee 110, 5300 Bonn 1. Tel.: 0228 / 21 40 08

Luxemburgische Honorarkonsulate in:
Frankenberger Straße 27, 5100 Aachen, Tel.: 0241 / 50 38 17; Alt-Moabid 103, 1000 Berlin 21, Tel.: 030 / 39 23 003; Neckarstraße 7, 6000 Frankfurt, Tel.: 069 / 23 66 11; Klein-Flottbeker-Weg 4, 2000 Hamburg 52, Tel.: 040 / 88 04 055; Leibnizufer 9, 3000 Hannover 1, Tel.: 0511 / 32 71 09; Klenzestraße 101, 8000 München 5, Tel.: 089 / 2303 7202; Bismarckstraße 57, 6620 Völklingen, Tel.: 06898 / 10 34 98

Deutsch-belgisch-luxemburgische Handelskammer, Cäcilienstraße 46, Belgisches Haus, 5000 Köln 1, Tel.: 0221 / 21 75 00

Luxemburgisches Verkehrsamt, Königsallee 30, Kö-Center, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: 0211 / 32 65 78

WICHTIGE ADRESSEN IN LUXEMBURG
Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, 20/22 Avenue Emile Reuter, Luxemburg, Tel.: 00352 / 26 791

Office National du Tourisme, 77, rue d'Anvers, Postfach 1001, 1010 Luxemburg, Tel. 00352 / 48 79 99

Chambre de Commerce du Grand-Duché de Luxemburg, 7, rue Alcide de Gasperi, B.P. 1503, 1015 Luxemburg-Kirchberg, Tel. 00352 / 43 58 53

WÄHRUNG UND REISEDEVISEN
Währung: 1 luxemburgischer Franc (Flux) = 100 Centimes
Devisen: Ein- und Ausfuhr von Landes- und Fremdwährung unbeschränkt gestattet

EINREISE
Gültiger Reisepaß oder Personalausweis

GESCHÄFTSREISENDE
Geschäftsreisende, deren Tätigkeit in Luxemburg der Funktion eines Vertreters oder Reisenden gleichkommt, und die im Besitz einer Gewerbe-Legitimationskarte gemäß Genfer Abkommen vom 3. 11. 1923 sind, benötigen keine luxemburgische Handelsermächtigung.

ZOLL
Die Mitnahme von Reisegut des persönlichen Gebrauchs ist zollfrei. Mitgeführte Videorecorder müssen bei der Einreise deklariert werden; unter Umständen kann eine Zollkaution verlangt werden. CB-Sprechfunkgeräte können mitgeführt werden, dürfen aber nur mit Benutzungsgenehmigung verwendet werden. Ein Antrag ist zu richten an: Postverwaltung, 8 Avenue Monterey, Luxemburg

Jagdwaffen und Munition: Für jede Jagdwaffe ist ein Tages-Jagdschein oder Fünf-Tage-Jagdschein erforderlich, der durch Vermittlung des luxemburgischen Jagdbesitzers/-pächters beim Distriktkommissar in Luxemburg-stadt, Grevenmacher oder Diekirch vorher beantragt werden muß.

STRASSENVERKEHR
Höchstgeschwindigkeit innerhalb geschlossener Ortschaften 60 km/h, außerhalb für Pkw 90 km/h, auf der Autobahn für Pkw 120 km/h. An Kreuzungen ohne Verkehrsregelung darf nicht überholt werden.

# Zu Kachkéiss und Wein an die Perlen der Luxemburger Mosel

Etwas verschn liegt die kleine Stadt am brn Fluß, träge gleiten die Fluten, rbei an den paar Inseln in der Fmitte, in unregelmäßigen Absten tuckert ein Frachtkahn vor. Ein Idyll der Ruhe und Entspang.

Mit dieser Ru ist es aber schlagartig vorbei, we die ersten Sonnenstrahlen die Kä vertreiben, und die Menschen ins chenende entfliehen. Dann seben sich aus allen Richtungen sr endlose Autoschlangen hen Das Ziel der Ausflügler ist die dbekannte „Esplanade", die Pronade „unserer" kleinen Stadt, der oselperle" Remich.

Hier den F entlang zu schlendern oder aufr noch bekannteren hauptstädtisch „Place d'Armes" ein Glas zu trin scheinen die Lieblingsbeschäftngen der Luxemburger in sommenen Mußestunden zu sein. So trifft n nachmittags auf der Esplanade al was Rang und Namen hat oder ben will, sei es, um zu sehen oder ugesehen zu werden.

In den früh Morgenstunden aber hat die kleintadt schon eine Invasion ganz aerer Art erlebt, und zwar von jents des Flusses, wo an jedem Wochende zahllose Grenzbewohner dielegenheit nutzen, im nahen Luxeburg billig den Wagen vollzutankeund sich dabei mit preiswerten igaretten, mit Kaffee und Alkohol einzudecken.

Es ist da verständlich, daß die „Moselperle wie die Stadt von ihren Bewohnernebevoll genannt wird, etwas von em einstigen Glanz eingebüßt hat ntlang der Ausfallstraße nach Luxeburg schossen Tankstellen wie Pilaus dem Boden, und im Stadtinnerwurden mit der Zeit in fast jedemur halbwegs geeigneten Gebäude Tak- und Spirituosenläden eingehtet, um dem Kundendrang Herzu werden.

So muß man schon das Zentrum verlassen undsich in den versteckten Winkeln umsehen, um die Reize der Stadt zu entecken. Und davon hat Remich, seither der meistbesuchte Touristenortan der Luxemburger Mosel, in der Tat noch so manche zu bieten.

Die Stadt Remich – „Remacum", wie sie von den Römern genannt wurde, die um 00 n. Chr. die Weinrebe hier einführten, die bis heute eine große Rolle in der Landwirtschaft der Region spielen sollte – bietet eine der ältesten und reichsten Kulturlandschaften des Großherzogtums. Dies beweisen zahlreiche Überreste aus vergangenen Zeiten, wie das unter Denkmalschutz stehende Sankt-Nikolaus-Tor, verschiedene Türme am Gretschen-Haus und in der „Baichergass", uralte, enge Gassen (Kunibertusgasse) oder der renovierte Waschbrunnen mit dem angebauten Gerhaus.

Hauptanziehungspunkt für die Touristen aber ist seit Jahren die 1919 gegründete und nach dem Weinheiligen Sankt Martin benannte Kellerei „Caves St. Martin". Diese hatte vornehmlich zum Zweck, luxemburgischen „Schampes", Schaumwein, herzustellen. Als Kellerei wurden tiefe Gänge aus den hohen Kalkfelsen herausgehauen und nach und nach ausgebaut. Diese heute rund 1500 m langen Gänge, 27 bis 31 m unter der Erdoberfläche gelegen, garantieren eine gleichbleibende Temperatur von 13 Grad.

Unter fachmännischer Führung gewinnen hier jedes Jahr über 100 000 Besucher, mehrheitlich aus Belgien und aus den Niederlanden, einen Einblick in die Techniken der Wein- und Schaumweinherstellung. Die hier hergestellten Qualitätsprodukte können auch gleich im angrenzenden „Pavillon" oder auf der sonnigen Terrasse zusammen mit luxemburgischen Spezialitäten wie Schinkenbrot oder dem berühmten „Kachkéiss", dem einzigartigen Luxemburger Käse, probiert werden.



Für den, der aus der Bundesrepublik kommt, beginnt die Moselfahrt in Luxemburg in Wasserbillig

FOTO DIE WELT

Noch ist die Stadt Remich die weitaus bekannteste Touristenortschaft an der Luxemburger Mosel, doch sind verschiedene kleinere Ortschaften, die sich ihren speziellen historischen Charakter bewahrt haben, dabei, die Moselperle an Attraktivität zu überbieten.

Dem Weinliebhaber und kulturell Interessierten sei unbedingt ein Besuch des einige Kilometer flußabwärts von Remich gelegenen Örtchens Ehnen empfohlen.

Dieses kleine Dorf war im ausgehenden Mittelalter neben Remich der wichtigste Moselhafen des Landes. Da zu dieser Zeit die meisten Güter über die Wasserstraße importiert wurden, wickelte sich der Großteil der Ein- und Ausfuhren des Großherzogtums über Ehnen ab.

Archäologische Funde haben bewiesen, daß es in der Gemarkung Ehnen schon zur Römerzeit, vor allem im 3. und 4. christlichen Jahrhundert, weiträumige Gehöfte gab.

Unter historischem Denkmalschutz steht die Dorfkirche, eine originelle Synthese aus spätmittelalterlicher und klassizistischer Baukunst, eine echte Sehenswürdigkeit der Luxemburger Mosel.

Hauptattraktion der Ortschaft aber ist das nach seinem letzten Besitzer benannte „Würth-Haus". Wappen an einer älteren Tür des Gebäudes zeigen die Insignien der Familie Wellenstein mit der Jahreszahl 1623.

Dieses Patrizierhaus wurde 1974 von der luxemburgischen Regierung erworben, um in ihm ein Weinmuseum einzurichten.

Das im Laufe der Jahre entstandene „Maison du Vin", direkt an der Weinstraße gelegen, wird seiner Berufung voll gerecht. Das „Haus des Weines" mit seinen über 300 Ausstellungsstücken, mit unzähligen Fotos, Plakaten und Anschlagtafeln vermittelt einen kompletten Überblick über die Arbeit des Winzers in den verschiedenen Jahreszeiten: die Vorbereitung der Stützpfähle aus Tannenholz während der kalten Jahreszeit von Januar bis März, wenn die Reben sozusagen noch im Winterschlaf liegen, die Bekämpfung des Spätfrostes mit kleinen Öfen, die in den Weinbergen aufgestellt wurden, die Schädlingsbekämpfung mit einer Vielzahl von Hand- und Motorspritzen, die Traubenernte und der Transport der Trauben in hölzernen Hotten zu den Bütten.

Zu sehen ist unter anderem eine alte Kelter aus Holz, in der die Trauben gepreßt wurden. Diese steht noch an ihrem Originalplatz und dürfte mindestens so alt sein wie das Kelterhaus selbst, das auf 120 Jahre geschätzt wird. Zur umfangreichen Flaschensammlung gehört auch eine gut erhaltene Amphore aus dem 1. Jahrhundert v. Chr.

In dem sorgsam angelegten Musterweinberg im Hinterhof des Gebäudes wachsen alle Rebsorten, die es an der Luxemburger Mosel gibt. Hinweise auf die Rebsorten und ihre Bearbeitungsmethoden findet der Wanderer ebenfalls auf den Lehrpfaden, die in den umliegenden Weinbergen angelegt wurden.

An der Luxemburger Mosel mit ihren sonnigen Steilhängen hat der Motorpflug längst die Hacke ersetzt, der Traktor die Arbeit der Pferde übernommen und der Metall- oder Kunststofftank die Holzbütte verdrängt. Trotzdem gilt auch heute noch die Erkenntnis, die sich dem Weinfreund beim Besuch des Ehner Museums aufdrängt: Vor den Wein hat der Gott Bacchus den Schweiß gesetzt.

Wer seinen Eindruck vom Winzerberuf und dem Leben an der Mosel zu früheren Zeiten abrunden will, dem sei ein Besuch des „Possen-Haus" in Bech-Kleinmacher empfohlen. Es ist dies die originalgetreue Rekonstruktion eines typischen Winzerhauses aus Urgroßvaters Zeit.

Dieses Folkloremuseum, das erst 1972 dem Publikum zugänglich gemacht wurde, ist ein Musterbeispiel privater Initiative. Ein Arzt, Doktor Prosper Kayser, ein passionierter Sammler alter Gebrauchsgegenstände, entdeckte 1965 das Haus, wo in dem oberen Querstein einer alten Tür die Jahreszahl 1617 eingemeißelt war. Um diese wertvolle Tür in ihrem ursprünglichen Rahmen zu belassen, kaufte der Arzt kurzerhand das gesamte Gemäuer, das er im Laufe der Jahre renovierte und mit seinen Sammlerstücken einrichtete.

So entstand ein typisches Winzerhaus in seiner täglichen Einfachheit, das dem Besucher einen unmittelbaren Kontakt mit der Vergangenheit vermittelt. Das Herz des Hauses ist die „schwarze Küche" mit der riesigen „Hoascht", in der Dutzende Schinken gleichzeitig geräuchert werden können. Ein offenes Feuer spendet Licht und Wärme zugleich.

Obwohl in ein Folkloremuseum umfunktioniert, hat das Possen-Haus nichts von der sterilen Sachlichkeit traditioneller Museen an sich. Das Schlafzimmer mit Kinderwiege und Himmelbett, mit handgewebtem Leinen bezogen, die behaglich eingerichtete Winterstube mit ihrer von schweren Eichenbalken getragenen Decke, dem „Täkeschaf" (Kolonnenofen), dem klobigen Eßtisch und dem großen Wandschrank mit wertvollem altem Geschirr, die Milchkammer, die Webstube, das kleine Schusteratelier und die Küferwerkstatt, in der die wichtigsten Handgriffe beim Faßmachen gezeigt werden, sind so detailgetreu und lebendig eingerichtet, daß man meinen könnte, das Haus sei immer noch bewohnt und die Bewohner müßten jeden Augenblick aus einem Winkel hervortreten.

Darüber hinaus werden im Possen-Haus in der Sommersaison regelmäßig Lieder-, Gedicht- und Vortragsabende veranstaltet, die das kulturelle Angebot vervollständigen. Für Wein- und Kulturfreunde ist die Luxemburger Mosel ein ewig neuer Strom voller Genüsse und Erfahrungen.

JEAN-JACQUES PICARD

LUXEMBUR(
Redaktion: -H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Ins Biehl, Hamburg

DEUTSCHE BANKEN IN LUXEMBURG / Köllsche und andere Tön

# Auch nach der Bankaufsicht für die Töchter bleibt das Geschäft lohnend

Wer manche luxemburgischen Kneipen oder Bars besucht, wird nicht wenig überrascht sein über die vielen vertrauten Laute, die ihm aus dem Bayerischen, Hessischen, Rheinischen oder Norddeutschen entgegenschallen. Nicht etwa, daß man dort überall auf touristik-aktive Herrenclubs stieße. Nein, es sind deutsche Banker, denen man in der Hauptstadt des Großherzogtums auf Schritt und Tritt begegnet.

Kein Wunder. Denn an keinem anderen internationalen Finanzplatz sind deutsche Banken so stark vertreten wie in Luxemburg. Dort arbeiten im Kreis der 118 Kreditinstitute mittlerweile 29 Banken deutschen Ursprungs, die fast die Hälfte der gesamten Bilanzsumme der luxemburgischen Banken-Gemeinde (rund 360 Milliarden Mark) auf sich vereinen.

Und keines der vielen anderen Bankzentren in- und außerhalb Europas hat für die deutschen Banken eine so große Bedeutung wie gerade Luxemburg.

Die Attraktivität des Bankplatzes kommt nicht von ungefähr. Sie ist den günstigen Rahmenbedingungen zu verdanken, mit denen die luxemburgischen Behörden schon seit zwei Jahrzehnten erfolgreich versuchen, internationales Finanzgeschäft in die Hauptstadt ihres Landes zu ziehen, dessen Fiskus einst vorwiegend von den Steuern der Stahlindustrie lebte.

## Bankenaufsicht, nicht beengend und doch gut

Mittlerweile sind die Banken die größten Körperschaftsteuerzahler des Großherzogtums. Das ist ein Paradebeispiel für gelungene Strukturpolitik. Die Vorteile, die Luxemburg den Banken aus aller Herren Ländern bietet, sind nicht an einer Hand aufzuzählen.

Sie reichen, um nur die wichtigsten zu nennen, von der Mindestreservenfreiheit des Einlagengeschäftes über eine liberale, das Geschäft nicht einengende unbürokratische, aber, wie dort von den Banken betont wird, dennoch effiziente Bankenaufsicht, weniger strenge Eigenkapitalvorschriften als woanders bis hin zu einem zuverlässigen Bankgeheimnis und günstigen steuerlichen Bedingungen, ohne daß das Großherzogtum dadurch zu einer Steueroase würde.

Das alles hat natürlich auch deutsche Banken schon seit Ende der sechziger Jahre bewogen, sich in Luxemburg niederzulassen, allerdings nicht mit Filialen wie inzwischen an vielen anderen Plätzen der Welt, sondern mit – formal – rechtlich selbständigen Tochtergesellschaften.

Sie haben in den letzten anderthalb Jahrzehnten in ungeahntem Maße am Aufschwung des Eurogeschäfts in Luxemburg teilgenommen, dessen Entwicklung nur kurz mit zwei Vergleichen beleuchtet werden soll:

Seit 1970 hat sich die Zahl der Banken von 37 auf 118 mehr als verdreifacht, und die Bilanzsumme ist von umgerechnet zwölf Milliarden Mark auf mehr als das 30-fache, nämlich 360 Milliarden gewachsen. Deutsche Banken stellen im Großherzogtum nicht nur das größte nationale Kontingent, mit weitem Abstand vor den einheimischen und belgischen Banken. Deutsche Institute (die Töchter der Deutschen Bank, Dresdner Bank und Commerzbank) sind auch – an der Bilanzsumme gemessen – die größten im Lande.

Derartige Größenvergleiche geben allerdings insofern ein schiefes Bild, als die deutschen Banken dort nicht das normale Brot-und-Butter-Geschäft mit der heimischen luxemburgischen Kundschaft betreiben, sondern ausschließlich internationales Geschäft, und das ist im wesentlichen Großhandel mit Geld und Krediten.

Sie nehmen nicht Spargelder und Kleinanlagen von Kunden an, sondern finanzieren ihre Kreditaktivitäten ganz überwiegend aus Geldern, die sie in großen Posten von anderen Banken am Geldmarkt aufnehmen. Im Kreditgeschäft spielen große internationale Finanzierungen ganz eindeutig die Hauptrolle. So steht denn in den Büchern der Luxemburger Ableger großer deutscher Bankkonzerne auch ein erheblicher Teil der Kredite an Problemländern.

Für diese Aktivitäten brauchen sie nur einen relativ kleinen Mitarbeiterstab. Diese Spezialisierung auf das Großgeschäft spiegelt sich darin, daß die Bilanzsumme der Luxemburger Töchter nach Schätzung der Bundesbank mit etwa 150 Millionen Mark je Mitarbeiter ungefähr 30mal so hoch ist wie im Durchschnitt des inländischen Bankensystems.

Aus dem damit im Vergleich zur Bundesrepublik resultierenden überaus günstigen Verhältnis von Personalkosten zu Geschäftsumfang darf man freilich nicht den Schluß ziehen, die deutschen Banktöchter müßten sich in Luxemburg goldene Nasen verdienen. Denn bei den Großgeschäften sind die Gewinnmargen minimal; der scharfe Wettbewerb am Euromarkt drückt sie so scharf zusammen, daß manche vorsichtigen Eurobankiers lieber ein Geschäft auslassen als sich auf eins einzulassen, bei dem Ertrag und Risiko in einer absolut unvernünftigen Relation zueinander stehen.

## Hoher Anteil an deutschen Geschäften

Eine Besonderheit ist bei den Luxemburger Töchtern deutscher Banken der – verglichen mit den anderen ausländischen Stützpunkten – hohe Anteil des Geschäfts mit Kunden in der Bundesrepublik. Bei den Krediten war er Ende 1984 mit 23 Prozent des Geschäftsvolumens mehr als dreimal so hoch wie bei den sonstigen Auslandstöchtern (neun Prozent).

Denn die deutschen Tochterbanken in Luxemburg waren für deutsche Firmen lange Zeit die wichtigste Quelle für Eurokredite, die normalerweise um einiges billiger sind als Kredite im Inland, weil der Geldeinkauf der Banken in Luxemburg nicht mit der bei der Bundesbank zinslos zu unterhaltenden Mindestreserve belastet ist. Nicht nur Großunternehmen nutzen seit Jahren diese Chance, sondern in zunehmendem Maße auch „gehobene" Mittelständler. Sie sind eine willkommene Clientele nicht zuletzt für die Töchter der weißblauen Regionalbanken, der BfG, der genossenschaftlichen DG Bank und der Landesbanken, die in Luxemburg die Sparkassenkundschaft mitbetreuen.



Deutschlands Europa-Parlamentarier haben in Luxemburg „Konkurrenz" bekommen, von den Bankern FOTO: JEAN GUYAUX

In verstärktem Maße intensivieren die Luxemburger Töchter der deutschen Banken seit einigen Jahren auch das Geschäft mit der internationalen und vor allem der deutschen Privatkundschaft. Ein Konto in Luxemburg ist für viele nicht schlecht betuchte Bundesbürger eine Alternative zum Konto in der Schweiz geworden. Die Vermögensverwaltung und -betreuung ist – allerdings meist erst für sechsstellige Beträge – professionell und diskret. Steuerlich ist manches reizvoll. So kennt zum Beispiel der luxemburgische Fiskus keine Spekulationsteuer auf Effektengewinne.

Das Privatkundengeschäft ist für die deutschen Ableger in Luxemburg neben dem klassischen Eurogeschäft und den Transaktionen mit neuen Finanzinstrumenten ein zweites Bein, das langsam, aber stetig an Bedeutung gewinnt und die geschäftliche Basis im Großherzogtum verbreitert.

Das internationale Großgeschäft mit Einlagen und Krediten wird jedoch auch künftig im Mittelpunkt bleiben. Eine zeitlang fürchtete man in Bankkreisen, die Deregulierung einiger nationaler Märkte und die weltweite Liberalisierungswelle könnte die Existenz eines kleineren Finanzplatzes wie Luxemburg gefährden. Und mit besonderer Aufmerksamkeit wurde wegen der starken Ausrichtung Luxemburgs auf Geschäfte mit D-Mark die „Restliberalisierung" am innerdeutschen Geldmarkt verfolgt. Doch inzwischen beurteilen die Experten die Situation wieder nüchterner.

Zwar sind die Standortvorteile durch die Neuregelung der Mindestreserven in der Bundesrepublik und durch die Einbeziehung der Tochter-Aktivitäten in die bankaufsichtsrechtlichen Konsolidierungsvorschriften für die deutschen Bankkonzerne geschrumpft. Dennoch denken die deutschen Bankvorstände nicht daran, ihre Position in Luxemburg zu überdenken oder gar aufzugeben. Im Gegenteil. „Wir werden auch künftig bestrebt sein, unser Geschäft auszubauen, wo immer sich dies anbietet", versichert Ulrich Weiss vom Vorstand der Deutschen Bank.

CLAUS DERTINGER

ANLEIHEN / Vielfalt in Ecu

# Alle werden notiert

Die erste Ecu-Anleihe wurde im April 1981 in Luxemburg aufgelegt, andere folgten in beschleunigtem Tempo. Bis Ende des vergangenen Jahres wurden insgesamt 262 Ecu-Anleihen aufgelegt. Das Volumen ist von Jahr zu Jahr kräftig gestiegen. Hat es sich im Jahr 1981 auf 207 Millionen Ecu beschränkt, so ist es im Jahr 1984 auf 2603 Millionen Ecu und im Jahr 1985 auf 6836 Millionen Ecu geklettert. Das Gesamtvolumen hat bereits 12 040 Millionen Ecu erreicht.

Luxemburger Banken haben in vergangenen Jahren an fast allen Emissionssyndikaten teilgenommen. Nur im vergangenen Jahr ist ihr Anteil, voraussichtlich wegen der regelrecht explodierenden Zuwachsraten, auf 50,3 Prozent zurückgefallen. Sie haben mit ihrer aktiven Beteiligung die Rolle des Finanzplatzes Luxemburg bei der Entwicklung der Ecu deutlich unterstrichen.

Alle Ecu-Anleihen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, werden an der Luxemburger Börse notiert und gehandelt. Der Anleger behält damit einen genauen Überblick über die Kursentwicklung der verschiedenen Wertpapiere. Die Transaktionen selbst werden vorwiegend durch die ebenfalls in Luxemburg ansässigen Clearinggesellschaft Cedel abgewickelt.

Aber nicht nur das Marktvolumen hat sich vergrößert, auch Zahl und Qualität der Emittenten haben sich ständig erweitert. Als Schuldner treten heute nicht nur Institutionen und Unternehmen aus der Europäischen Gemeinschaft, sondern zunehmend auch internationale Einrichtungen wie die Weltbank und Unternehmen aus Drittstaaten an den Ecu-Markt heran. Die EG-Kommission hat sogar im Dezember 1984 eine Ecu-Anleihe in New York aufgelegt.

Ecu-Anleihen werden heute unter den verschiedensten Formen angeboten, als normale festverzinsliche Anleihen, Null-Kuponanleihen, Wandel- und Optionsanleihen sowie als variabel verzinste Anleihen. Sie wurden in der Vergangenheit vorwiegend in den Benelux-Ländern abgesetzt. Sie fanden in anderen EG-Mitgliedsstaaten, bedingt durch Kapitalverkehrskontrollen oder Bedenken währungspolitischer Behörden, weniger Anklang. Sie werden derzeit aber zunehmend auch in Hartwährungsländern aufgrund des güngen Zins/Risikoverhältnisses als ressante und vernünftige Alterive zu Anlagen in Devisen angesen. Die Verzinsung liegt in der Regiber derjenigen für Hartwährungenin relatives Wechselkursrisiko kn nicht geleugnet werden. Es ister mit Sicherheit niedriger als bn US-Dollar und auch bei der Mrzahl der im Korb vertretenen eiinen Währungen. Der besondere Vteil der Korbwährung liegt nämlidarin, daß Veränderungen versedener Paritäten nach oben oder zh unten sich teilweise ausgleiche Verluste werden damit in engenrenzen gehalten, durch Wechselkusteigerungen bedingte Gewinne wden aber auch ihrerseits eingeengßei Ecu-Anleihen gilt überdies der Gndsatz des „offenen Korbes", das ißt die Ecu wird in der Zusammeetzung und Gewichtung berechı, die zum Zeitpunkt der Transtion gelten und nicht in denjenigelie bei der Auflegung der Anleihe z Anwendung kamen.

Der Finanzplatz Luxemburg hat sich nicht nur im leihesektor hervorgetan, sondern ıch im Bereich der grenzüberschrenden Ecu-Kreditvergabe an Kuen den ersten Platz vor Paris, Lonn und Brüssel erobert.

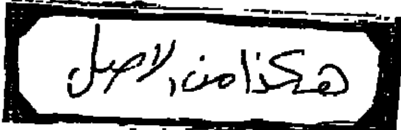
Das Großherzogtn spielt ebenfalls eine Schlüsselle bei der Mittelbeschaffung in EcEtwa ein Fünftel aller Kundeneinlen wurden bei Banken in Luxemrg deponiert. Nimmt man die von nden gekauften Ecu-Anlagen hin, so dürfte bisher fast die Hälfte deicu-Anlagen in Luxemburg hinterlegvorden sein.

Luxemburger Banin bieten den in- und ausländische Kunden eine volle Dienstleistungspalette in Ecu an. Sie reicht von Sic und Terminanlagen über Sparbücer und Reiseschecks bis hin zu Ktitkarten auf der Grundlage privat Ecu-Konten. Alle gängigen Formen an Anleihen und Krediten mit deverschiedensten Laufzeiten gehön selbstverständlich dazu.

Die im Großherzogt ansässigen einheimischen und sländischen Banken sind entschlos, dieses Geschäft auch in Zukun zu pflegen und kräftig auszubaue damit zugleich die privilegierte osition des Finanzplatzes gefestigt rd.

NS THEIS





# Suchgerät für den glänzenden Mehrwert

Vorsicht an der deutsch-luxemburgischen Grenze! Wer glaubt, er könne seine güldenen Schätze unbemerkt an den deutschen Zöllnern vorbei nach Hause bringen, irrt gewaltig. Mit elektronischem Suchgerät machen sich die Kontrolleure überall breit, suchen die 14 Prozent Mehrwertsteuer, die der deutsche Käufer in Luxemburg beim Goldkauf eingespart hatte.

Goldgeschäfte sind im Großherzogtum Luxemburg mehrwertsteuerfrei. Wegen der Steuer und wegen der Zöllner läßt man die guten Stücke am besten gleich in einem Safe in Luxemburg.

Von den meisten Banken wird die Depotverwaltung empfohlen. Hierbei handelt es sich um einen schuldrechtlichen Lieferanspruch des Kunden gegenüber der Bank. Unterschieden wird zwischen „unallocated" und „allocated". Im ersten Fall ist der Kunde Miteigentümer an einem Sammelbestand, im zweiten Fall dagegen Eigentümer eines gesondert verwahrten Bestandes. Käufe und Verkäufe auf „Metallkonten" sind immer mehrwertsteuerfrei.

Daneben sind die „Edelmetall-Zertifikate" beliebt. Mit dem Kauf derartiger Zertifikate wird ein Miteigentum an einem Deckungsbestand begründet. In der Regel laufen die Zertifikate über Krügerrand, Maple Leaf, One-Noble-Münzen oder über Goldbarren.

Seit dem 17. März 1981 wird auch täglich ein Goldmarkt an der Luxemburger Börse abgehalten. Das Fixing, das hier erstellt wird, liegt zeitlich vor dem in London und Zürich. Im Gegensatz zu den meisten europäischen Märkten handelt es sich in Luxemburg um einen öffentlichen Goldmarkt, zu dem jedes die Zulassungsbedingungen erfüllendes Luxemburger Finanzinstitut freien Zugang hat. Für den Privatkunden besonders interessant: Bei Goldkonten ist man schon mit Kleinstbeträgen dabei.

Neben Goldbarren, Goldkonten und Goldmünzen werden auch Silber- und Platinkontrakte gehandelt. Obwohl die Nachfrage nach Platin in erster Linie durch den industriellen Sektor bestimmt wird, orientiert sich die Preisbildung nach der Erfahrung der letzten Jahre am Goldpreis. US

EUROPÄISCHE WÄHRUNG / Ungebrochene Nachfrage

# Noch bremst Bundesregierung den Ecu-Siegeszug

Von JEAN ADANT

Am europäischen Geld- und Kapitalmarkt bleibt die Nachfrage nach der europäischen Währung ungebrochen. Im Euro-Emissionsmarkt ist der Ecu-Siegeszug am markantesten, nimmt die Ecu 1985 hinter dem US-Dollar und der Mark mit 5,2 Prozent aller Anleihen den dritten Rang ein. Die gekauften Anleihen gehen in die Milliarden, so daß sogar am Euro-Markt interessierte Bürger sich nur noch mit Mühe Konkretes darunter vorstellen können.

In den Jahren 1981 bis 1985 wurden insgesamt Anleihen über 15,2 Milliarden Ecu begeben (rund 32 Milliarden Mark). Nehmen wir an, im Durchschnitt hätten die Anleger 10 000 Ecu in Ecu-Anleihen investiert. Dies würde bedeuten, daß 1,5 Millionen europäische Bürger einer Ecu-Anlage Vertrauen geschenkt hätten. Eine doch schon beeindruckende Zahl für eine so junge Währung.

Ein simples Renditebeispiel mag dieses verdeutlichen. Hätte Herr Müller aus Bonn im Oktober 82 die Ecu-Europarat-Anleihe mit 13,5 Prozent Kupon gezeichnet, hätte er heute bei einem Verkaufspreis von 108 eine Rendite von rund 15,4 Prozent. Er hätte aber damals auch eine DM-Europarat-Anleihe mit 8¼ Prozent Kupon kaufen können. Bei einem heutigen Verkaufspreis von 105 eine Rendite von rund 9,5 Prozent, demnach ein Renditevorteil von 5,9 Prozent zugunsten der Ecu. Da die europäische Währung aber im Laufe dieser Jahre etwas an Wert gegenüber der Mark eingebüßt hat, bliebe Herrn Müller noch ein Netto-Rendite-Plus von gut über 3 Prozent zugunsten der europäischen Korbwährung Ecu. Bei einer ähnlichen Anlage 1984 liegt das Renditeplus leicht unter 1 Prozent, ist also rückläufig, bleibt aber weiterhin zugunsten der Ecu.

Die Ecu-Attraktivität blieb nicht auf den EG-Raum beschränkt. Auch die Schweizer Anleger erkannten ihre Vorteile, so daß Mitte 1985 eine Schweizer Großbank schreiben konnte, daß selbst für Investoren aus traditionellen Hartwährungsländern Ecu-Anlagen attraktive Renditen aufweisen.

Das Ecu-Geschäft, welches sich 1985 auch auf den US-Kapitalmarkt erstreckte, hat inzwischen eine stattliche Breite angenommen, und die Eigendynamik unserer europäischen Währung, die nur darauf wartet, daß die überall noch bestehenden Kapitalrestriktionen und Verbote in den verschiedensten Ländern abgebaut werden, um ihre richtige Größe im Vergleich zu den bestehenden Währungen zu dokumentieren, ist ungebrochen.

Die Ecu ist mehr als nur eine Finanzinnovation unter vielen anderen, sie war und ist noch immer eine Antwort auf die Wirren des internationalen Währungssystems, wo seit dem Nixon-Schock aus dem Jahre 1971 noch immer keine richtige Ruhe und Disziplin eingetreten ist. Ihre Stabilität hat sicherlich zu der in den letzten Jahren verstärkt festzustellenden Konvergenz im wirtschafts- und währungspolitischen Bereich der EG-Länder geführt.

Praktisch alle 227 Ecu-Emissionen sind an der Luxemburger Börse notiert, was deutlich die Rolle des Finanzplatzes Luxemburg in dieser Sparte unterstreicht.

Außer CDU-Bonds sind noch folgende Ecu-Geschäfte in Luxemburg – ein Besuch der über tausendjährigen Hauptstadt des Großherzogtums Luxemburg ist sowohl touristisch als auch bankenmäßig immer zu empfehlen, da die Distanzen von Deutschland aus gering sind – möglich: Eröffnung von Ecu-Konten (in der Bundesrepublik noch nicht erlaubt), Termineinlagen in Ecu ab 1 Monat bis zu 12 Monaten, Devisengeschäfte von Ecu in allen gängigen Devisen und vice versa Ecu-Überweisungen, Ecu-Sparbücher, Privatkredite und syndizierte Kredite in Ecu, Ecu-Kreditkarte und Schecks in Ecu. Im Bereich der Vermögensverwaltung, wo Luxemburg inzwischen eine sehr wichtige Drehscheibe geworden ist, spielt die europäische Währung eine nicht mehr wegzudenkende Rolle.

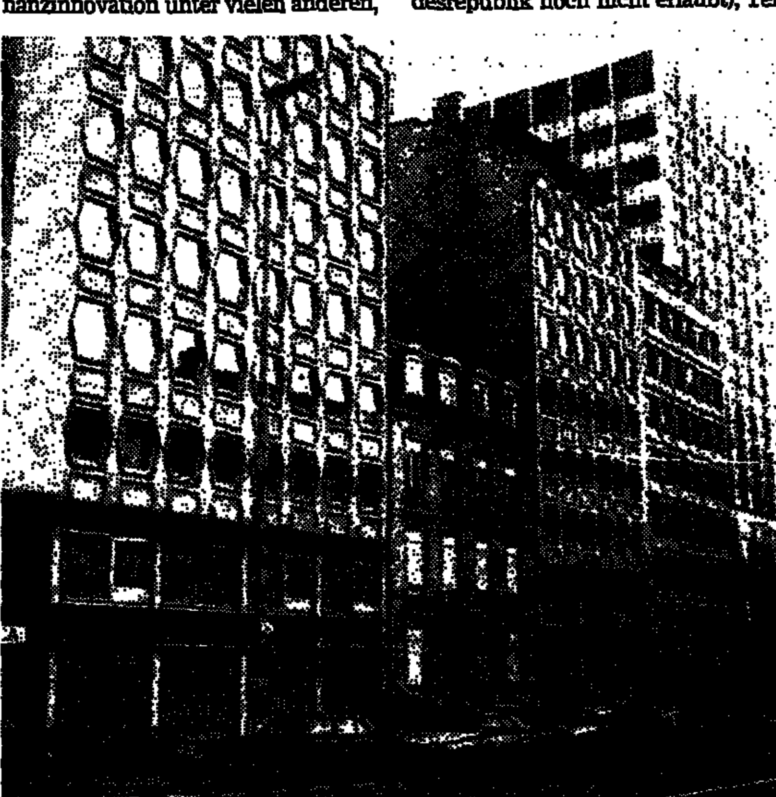
1986 dürfte für die Ecu, die inzwischen an den Börsen Amsterdam, Mailand, Paris und Brüssel offiziell notiert wird, eine weitere wichtige Etappe darstellen und zwar, wenn Mitte des Jahres die Bank für internationalen Zahlungsausgleich offiziell für das Ecu-Clearing verantwortlich zeichnen wird. Nicht zu vergessen aber auch, daß seit kurzem Options- und Future-Kontrakte, die vielleicht für den Normalbürger weniger interessant sind, auf Ecu-Basis abgewickelt werden können.

Der definitive Durchbruch wäre erreicht, wenn die Bundesrepublik Deutschland, als führende Währungsnation der EG, der Ecu den Rang einer Devise zugestehen würde, das heißt das Eingehen von Ecu-Verbindlichkeiten für Gebietsansässige erlauben würde. Somit wäre dann eine Ecu-Kontoeröffnung in Deutschland möglich.

Da in einigen Veröffentlichungen schon darauf hingewiesen wurde, daß die Ecu-Märkte die Stabilitätspolitik nicht stören, müßte es rechtlich irgendwie möglich sein, die Ecu mit Paragraph 3 des Währungsgesetzes in Einklang zu bringen. Dies um so mehr, als die Ecu, im Gegensatz zu früheren Kunst- oder Korbwährungen, von höchst offizieller Regierungsseite geschaffen wurde und als einer der Hauptinitiatoren der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt zu nennen ist. Die dezenten Initiativen des deutschen Wirtschaftsministers Bangemann zugunsten der Ecu geben zu diskretem Optimismus Anlaß in einem Moment, wo weltweit ein Abbau der Restriktionen („Deregulierungsmaßnahmen") an den Kapitalmärkten Trumpf ist.

Die Ecu ist entsprechend einer normalen Währung Rechenmittel, Wertaufbewahrungsmittel und Zahlungsmittel. Letzteres aber einstweilen nur via Ecu-Konten. Der endgültige Erfolg wird dann erreicht sein, wenn auf den Champs-Elysées in Paris, auf der Königsallee in Düsseldorf und auf der Place d'Armes in Luxemburg der kühle Sommertropfen in Ecu bezahlt wird und der europäische Bürger nicht mehr gezwungen sein wird, mit einer Vielfalt von Devisen durch Europa zu reisen.

*Jean Adant ist Administrateur-Directeur der Kredietbank S. A. Luxembourgeoise*



**In den Banken wird in Ecu gerechnet**
FOTO: C. BRECHER-SCHULZ

TAGUNGEN / Angebot mit Interconti

# Prunkstück ist die Suite Ducale

Luxemburg, international als Finanzplatz, europäische Hauptstadt und reizvolle Touristikgegend mit tausendjähriger Vergangenheit bekannt, hat jetzt auch im Tagungs- und Hotelleriesektor Angebote zu machen. Nur etwa 10 Minuten vom Stadtzentrum, vom Flughafen oder vom Hauptbahnhof entfernt, bietet sich als Kongreß-Hotel das neue Inter-Continental Luxemburg dem Geschäftsreisenden und dem Luxemburg-Besucher an. Mit einem Gesamtinvestitionsaufwand von 2 Milliarden Flux (= ± 100 Millionen Mark) ist das 19stöckige Fünf-Sterne-Haus das aufwendigste Unterfangen dieser Art in Luxemburg.

Äußerlich besticht das Gebäude durch eine außergewöhnliche Bauweise – von einem Mittelturm aus schwingen sich strahlenartig drei Flügel für Gästezimmer und für Appartements mit Privataufzügen. Eine reizvolle Wald- und Hügellandschaft, die das Hotel umgibt, ist dem Auge von jedem Winkel des Hauses zugänglich. Mit seinen 344 Zimmern (wovon 60 Suiten und drei eigens für Behinderte eingerichtet sind) sowie den insgesamt 430 verfügbaren Betten ist das Hotel führend im Lande.

Der architektonischen Gestaltungsvielfalt waren auch bei der Inneneinrichtung keine Grenzen gesetzt. So weist nahezu jedes Zimmer unterschiedliche geometrische Formen – „Perspektiven" – auf. Nicht weniger vielfältig sind die Farbvariationen, wobei zarte Pastelltöne überwiegen.

Von der Ausstattung her bieten die Zimmer allen erdenklichen Komfort: Individuelle Klimaanlage, Haartrockner und Wärmelampe im Bad, Direktwahltelefon und Minibar sind ebenso selbstverständlich wie ein umfassendes audiovisuelles Angebot in allen Zimmern. Hierzu zählen: Farbfernseher, Radio sowie hauseigenes Video- und Musikprogramm. Schlafen bei offenem Fenster ist im Inter-Continental Luxemburg ohne weiteres möglich: alle Zimmerfenster lassen sich öffnen, was von den Kunden sicherlich um so mehr geschätzt wird, da das Hotel in einer verkehrsberuhigten Zone liegt.

Prunkstück des Hauses ist die 250 Quadratmeter große „Suite Ducale" auf der letzten Etage des Hauses. Ein rundbogenförmiger circa 130 Quadratmeter großer Wohnraum mit imposantem Marmor-Kamin, rundherum verglast und mit Terrassen versehen, gibt das Penthouse den Blick frei über Hügel und Dächer der Stadt Luxemburg. Zur Suite Ducale gehören außerdem noch drei Schlafzimmer mit entsprechendem Bade-Komfort.

Das Hotel bietet mehrere kulinarische Treffpunkte: Das Restaurant „Les Continents" für Feinschmecker mit einer raffinierten „cuisine du marché". Locker-leicht, aber dafür nicht weniger anspruchsvoll geht es im „Café Stiffchen" zu. Hier wird am Vormittag das Frühstück serviert; danach werden durchgehend leichte Mahlzeiten angeboten, darunter das eine oder andere typisch luxemburgische Gericht. Eine angrenzende Terrasse mit Blick ins Grüne lädt im Sommer zum gemütlichen Kaffee-Plausch ein.

Wer den Abend bei einem Long-Drink oder Cocktail ausklingen lassen möchte, ist in der Bar „La Véranda" gerade richtig.

Das Hotel Inter-Continental Luxemburg eignet sich für Tagungen, Besprechungen, Seminare oder sogar größere Kongresse. Insgesamt stehen 14 Räumlichkeiten (davon drei auf der Panorama-Etage) für Veranstaltungen jeder Art von 10 bis zu 400 Personen zur Verfügung. Modernste audiovisuelle Ausstattung wie Projektoren, Mikrophone, Tonbandgeräte gehören zur Tagungseinrichtung. Weitere Konferenz-Hilfen und Dienstleistungen wie dreisprachiges Übersetzungspersonal oder Sekretärinnendienste können ebenfalls auf Wunsch vermittelt werden. Bankschalter, Autovermietung und Boutique in der Lobby ergänzen dieses Angebot.

Wer sich nach einem arbeitsreichen Tag entspannen will, hat auch hier eine Vielfalt von Möglichkeiten: ein Fitness-Club, Sauna, Solarium, Massage-Raum und nicht zuletzt der 15 x 5 Meter große Swimming-Pool mit einladender Snack-Bar und Sonnenterrasse bringen den Streßgeplagten wieder auf Trab. Wer joggen will, findet in unmittelbarer Nähe des Hotels das geeignete Gelände. P. B.



Umsteigebahnhof für Frachten in alle Welt FOTO: DIE WELT

CARGOVERKEHR / Die Nummer eins

# Vor dem Höhenflug Transporter für Medizin

Die *internationale Rennstrecke* für Luftfrachten läuft über Luxemburg. Das kleine Städtchen im Herzen Europas ist Heimathafen des größten Frachtbeförderers zur Luft, der Cargolux. Durch die nach oben geklappte Schnauze der Frachtjumbos eingeladen, gehen von hier aus, vom Luxemburger Flughafen Findel, die Waren nach Ost und West.

In Amerika fliegt Cargolux zwei *Rundstrecken. Von Luxemburg nach* Miami, dann nach Houston, New York und wieder zurück. Die andere führt an die amerikanische Westküste nach San Francisco, dann nach Seattle und wieder zurück.

Richtung Osten geht es einmal mit Zwischenlandung in Abu Dhabi nach Taipeh, von dort aus nach Hongkong und über Dubai zurück nach Luxemburg. Die andere, südlichere Route verläuft von Luxemburg aus über Dubai nach Singapur und von dort aus nach Taipeh und über Hongkong, Dubai zurück.

Mit eigenen Büros ist Cargolux weltweit vertreten. Praktisch überall bekommt man Frachten sicher auf den schnellen Weg.

So werden jährlich über 70 000 Tonnen weltweit an den Bestimmungsort gebracht, und über 300 Mitarbeiter steigerten von 1983 auf 1984 den Umsatz um 22 Prozent auf sechs Milliarden Luxemburger Franken, wie Sten Grotenfelt, der Präsident und Chief Executive Officer von Cargolux in seinem letzten Jahresbericht (für 1984) feststellte. Die geflogenen Kilometer pro Tonne stiegen in Jahresfrist gar um 31 Prozent von 568 auf 744 Millionen.

Wichtigste Produktionszentren, sagt Grotenfelt, waren nach wie vor Taipeh und Tokio. Und wenn auch der starke Dollar des Jahres 1984 die Kosten erhöhte, führte er zugleich zum Anstieg der US-Importe aus Europa, was wiederum zu einem besseren Geschäft für Cargolux und einer stärkeren Frequenz auf der Nordatlantikroute führte.

Immerhin ist die Cargolux-Airlines-International erst 1970 gegründet worden, als Weiterentwicklung einer Chartertochter der Loftleidir aus Island. *Damals* flog eine alte *CL 44* für eine dänische Hilfsorganisation Nahrungsmittel und Medizin nach Afrika. Und tatsächlich wurde nach dem Biafra-Krieg Cargolux gegründet.

Einzige Maschine war die in einen Frachter umgebaute CL 44 kanadischer Herkunft. In einem Einzimmer-Büro mit zwei Schreibtischen, zwei Telefonen, einer Telexmaschine und vier Angestellten begann der Start in den Himmel und nichts deutet daraufhin, daß der Höhenflug nicht anhalten soll. pbc.

CEDEL / Für eine größere Mobilität

# Geliefert wird nur noch auf dem Wert-Papier

Die Cedel, Centrale de Livraison de Valeurs Mobilières, ist eine völlig neutrale und unabhängige Gesellschaft, die 1970 von einer internationalen Gruppe von Banken und Finanzinstituten in Luxemburg gegründet wurde mit der Aufgabe, dem internationalen Markt für Euro-Anleihen einen modernen und kostensparenden Dienst für die Abwicklung aller Geschäfte in diesen Wertpapieren zur Verfügung zu stellen.

Ziel und Zweck der Cedel ist die Unterbindung der effektiven Lieferung der Stücke und die Gewährleistung einer schnellen und kostensparenden Abwicklung der Geschäfte. Gründungsmitglieder waren 71 namhafte Banken und Wertschriftenhändler aus elf Nationen in Europa und Nordamerika. Die Zahl der Aktionäre hat sich seitdem auf 100 erhöht. Um die Neutralität der Gesellschaft zu gewährleisten, darf keine Bank im Besitz von mehr als fünf Prozent der Cedel-Aktien sein. Die Mitglieder brauchen aber nicht Anteilsinhaber zu sein. Sie haben jedoch Anspruch auf dieselben Dienstleistungen wie die Aktionäre und dies zu den gleichen Bedingungen. Außerdem ist die Mitgliedschaft völlig kostenlos.

Cedel wurde im Januar 1971 operationell. Der Erfolg der Gesellschaft hat die Erwartungen der Gründungsmitglieder weit übertroffen. Heute ist Cedel wichtiges Instrumentarium des Euromarktes. Der Erfolg des Depots von 600 Millionen US-Dollar stieg seitdem auf 105,5 Milliarden US-Dollar, das jährliche Transaktionsvolumen von 2,6 Mrd. US-Dollar auf 762,2 Milliarden. Die Zahl der aufgenommenen Emissionen von 484 auf 10,497, das Personal erhöhte sich von 37 auf 134 Mitarbeiter.

Cedel hat sich zur Aufgabe gesetzt, sämtlichen Bedürfnissen des internationalen Marktes gerecht zu werden. Sie dient nicht nur der Abwicklung von Händlergeschäften, sondern auch der Verwahrung von Wertpapieren mit allen damit verbundenen Dienstleistungen.

Gleich nach der Gründung hat Cedel eine Vereinbarung zwecks enger Zusammenarbeit mit dem Auslandskassenverein (A. K. V.) getroffen. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit ist die Gesellschaft in der Lage, dem deutschen Bankensektor ihre Dienstleistungen für die Verwahrung und Abwicklung von Eurobonds und insbesondere der Euro-DM-Bonds anzubieten.

Seit der Einführung eines sogenannten „Inter System Working Agreement" und nachträglichen Verbesserungen können Käufe und Verkäufe im Zahlungsverkehr zwischen Cedel und der Euroclear getätigt werden. Die Computer verbuchen die Transaktion zwischen einem Cedel- und einem Euroclear-Mitglied automatisch von einem System in das andere. Die Wertpapiere werden dabei nicht physisch bewegt.

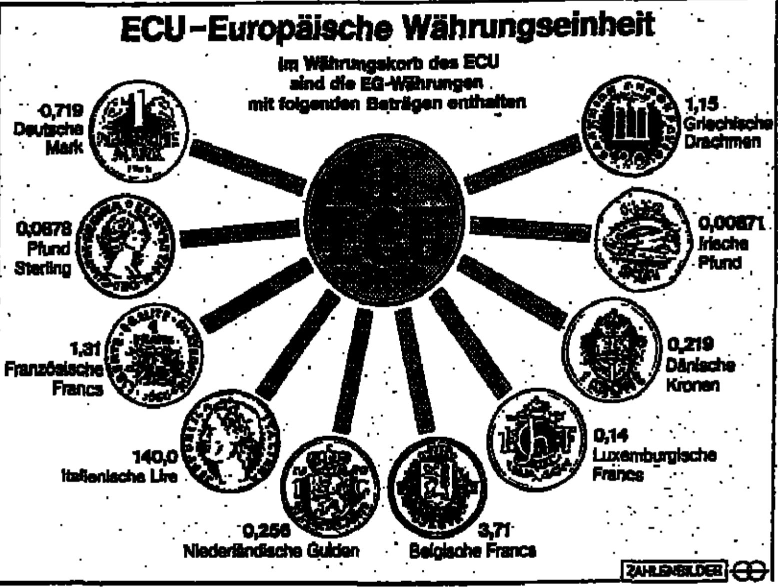
Im Zuge der Entwicklung der Bondmärkte und der Anwendung neuer Techniken sah sich Cedel veranlaßt, ihre Dienstleistungen auf den nordamerikanischen sowie auch auf den fernöstlichen Raum zu erstrekken. Infolgedessen ist die Gesellschaft in der Lage, die Verwaltung und das Clearing auch derjenigen internationalen Effekten zu gewährleisten, welche im Rahmenm des Eurobondmarktes in New York, in Tokio oder in Südostasien zur Ausgabe gelangen oder dort an den Banken gehandelt werden.

Cedel unterhält zur Zeit sowohl eine Vertretung in London als in New York, die Gründung *einer dritten steht bevor, die Teilnehmer kommen* immerhin jetzt schon aus 60 Ländern.

Die Vorteile der Mitgliedschaft ergeben sich jedoch nicht nur aus den relativ niedrigen Depot-Transaktionsgebühren, sondern auch aus der Effizienz und der Sicherheit der Dienstleistungen.

So kann im Cedel-System der Teilnehmer zwischen „Sammeldepot" und „Individualisiertes Depot" wählen, aber auch beide Formen gleichzeitig beanspruchen. Außerdem ist bei Cedel die Lagerungsstelle der Stücke jederzeit bekannt, da es für jede einzelne Emission nur eine bestimmte Depotbank gibt.

Vergangenes Jahr konnte sie ihren Mitgliedern zwei neue Dienstleistungen anbieten: Die Nachtverarbeitung der Daten und die Möglicheit, „Euro-Commercial Papers"-Transaktionen im Rahmen der Cedel-Dienstleistungen mit großer Schnelligkeit abzuwickeln. MARCEL KIEFER




Europas Währung, die Ecu

EUROPEAN CURRENCY UNIT / Was ist das?

# Eine private und eine offizielle Reservewährung

So wie es Staatsunternehmen und Privatbetriebe, Staatsbanken und Privatkreditinstitute gibt, gibt es auch eine offizielle und eine private Ecu.

Die offizielle Ecu wurde 1979 ins Leben gerufen, ist offizielle Reservewährung und dient unter anderem als Instrument für den Saldenausgleich zwischen den Währungsbehörden der EG-Mitgliedsstaaten.

Aufgrund der interessanten Konstruktion kam einigen Banken die Idee, diese Ecu (European Currency Unit) auch dem privaten Publikum zu erschließen.

Die ersten Kundeneinlagen ließen nicht auf sich warten, und kurz darauf, im April 1981, wurde die erste Ecu-Anleihe durch die Kreditbankgruppe am europäischen Kapitalmarkt aufgelegt. Eines aber ist der offiziellen und privaten Ecu gemeinsam: der Wert. Er ist die Summe folgender Währungen:

1 Ecu = 3,71 belg. Fr. + 0,14 lux. Fr. + 0,219 dän. Kr. + 1,31 fr. Fr. + 1,15 gr. Drachme + 0,256 holl. Gulden + 0,00871 ir. Pfund + 140,0 ital. Lira + 0,0878 engl. Pfund + 0,719 DM.

Unter Zugrundelegung der Wechselkurse zum 4. März für diese 10 Währungen ergibt sich eine Ecu = *rund 2,15 Mark.*

Diese Ecu-Definition ist zugleich deren großer Vorteil, den es besonders zu unterstreichen gilt: Stabilität. Dieses Wort war *die* Voraussetzung für den Erfolg.

Aus der Ecu-Zusammensetzung ergibt sich diese Stabilität quasi automatisch, da es unwahrscheinlich ist, daß alle Währungen gleichzeitig stark oder schwach werden. Stabilität ist unauffallend, wenn man sie hat, und wird sehr oft kaum zur Kenntnis genommen. Ist sie aber einmal abhanden gekommen, erscheint ihr Wert wie Wasser in der Wüste.

Anfang 1985 gab es Prognosen, die das Verhältnis Dollar gegen Mark bei 1:3,4 oder 1:3,5 sahen. Viele meinten sogar 4 Mark für einen US-Dollar wäre möglich. Heute liegt der Kurs bei rund 2,20 Mark für einen Dollar! Welch ein Unterschied. Den Ecu-Anlegern aber blieb seit 1981 eine solch rasante Tal- oder Bergfahrt erspart.

Auf Ecu-Stabilität folgte die Ecu-Attraktivität und der Ecu-Erfolg übertraf die Erwartungen der kühnsten Optimisten. Auch im Eurokreditbereich ist der Ecu-Anteil von 2,7 Prozent im Jahre 1984 auf rund 5 Prozent im Jahre 1985 gestiegen.

Das Anleihevolumen stieg von 190 Millionen Ecu 1981 auf 9,76 Milliarden Ecu im Jahre 1985. Die Anleihezahl stieg von 5 auf 118 im gleichen *Zeitraum. Im Eurokreditbereich stieg* ihr Anteil von 2,7 Prozent im Jahre 1984 auf rund 5 Prozent im vergangenen Jahr. JEAN ADANT

# Profitierte vom Desinteresse der Großen, Luxair

Bankiers und Leute mit kleinen Koffern sind die besten Kunden der nationalen luxemburgischen Fluggesellschaft Luxair. Schnell, bequem und preiswert erreichen sie per *Jet oder Propellerflugzeug* aus nahezu allen europäischen Hauptstädten die Geldzentrale Luxemburg.

Begonnen hat die Geschichte von Luxair vor einem knappen Vierteljahrhundert. Obwohl im Herzen Europas gelegen, wollten die größten europäischen Fluggesellschaften damals das kleine Großherzogtum nicht anfliegen.

Da gründeten 1962 rein luxemburgische Unternehmen die Gesellschaft: Der Staat übernahm 20,91 Prozent, RTL und Arbed Stahl teilen sich 24,28 Prozent, drei Banken halten je 12,14 Prozent und 18,18 übernahm die Luxair Finance. Nur 0,21 Prozent befinden sich in privater Hand.

Schon am 2. April 1962 startete die erste in den Farben Weiß und Türkis gehaltene Fokker F 27 Friendship von Luxemburg nach Paris.

Heute fliegen die Jets und Propellermaschinen nahezu alle Hauptstädte in Europa an. In der Flugtouristik hat sich Luxair im Laufe der Jahre zum vielseitigsten und größten Reiseveranstalter im Dreiländereck Deutschland, Luxemburg, Frankreich entwickelt. Das Ferienprogramm der preisgünstigen Flüge umfaßt den europäischen Mittelmeerraum, die Kanarischen Inseln und Marokko.

Inzwischen hat sich auch herumgesprochen, daß man im Flughafen sehr günstig einkaufen kann. Der Duty-free-shop von Fidel zählt zu den preiswertesten Europas, wenn auch nicht unbedingt zu den am besten sortierten.

Rund 350 000 Passagiere beförderte Luxair im letzten Jahr. Für Geschäftsreisende setzt Luxair über die Lufttaxi-Fluggesellschaft Luxair Executive eine Cessna 421 Golden Eagle ein.

Rund 700 Mitarbeiter sind bei der Gesellschaft beschäftigt. Ihr Motto: „Wir sind zwar eine kleine Gesellschaft, aber das erlaubt uns, menschlich zu unseren Gästen zu sein."

*Mit dieser Firmenphilosophie stieg* der Umsatz in 1984 auf rund 120 Millionen Mark. Für 1985 wird er noch höher kalkuliert. DW.



# Gut angebunden nur zum Umsteigen

Vielleicht, wenn 1987 endlich die Autobahn A 48 von Koblenz nach Luxemburg fertiggestellt ist, wird man das Nachbarland im Westen zur Kenntnis nehmen. Touristisch ist für die meisten Bundesbürger Deutschland bei den Eifeler Maaren zu Ende. Das Land am anderen Ufer der Our ist fernste Exotik.

Besser ist schon die Anbindung per *Zug. Fernschnellzüge fahren mehr*mals täglich von Koblenz über Trier nach Luxemburg. Ein Busdienst ist speziell auf Zubringerdienste zum Luxemburger Flughafen abgestellt, bei Vorlage des Flugscheins der Luxavia oder der Icelandair erfolgt die Beförderung kostenlos. Der Europabus der deutschen Touring verbindet die jetzt 4000 Meter lange Betonpiste von Findel mit Wuppertal, Düssel*dorf, Köln, Frankfurt, Stuttgart* und Mannheim. Noch schneller in die Anschlußmaschine kommt man mit Luxair ab Frankfurt (vier Mal täglich), fünf Mal täglich ab Zürich mit der Crossair oder der Luxair.

Umsteigen ist Trumpf in Luxemburg. Von der neuen Piste kann praktisch jedes Ziel in der Welt angeflogen werden. Als Airport der Klasse 2, entsprechend dem EG-*Memorandum zum* Regionalverkehr, steht die Anlage außerhalb der Stadt praktisch allen zur Verfügung. Hier gibt es billige *Linien*flüge in die USA, in die Karibik oder nach Südafrika. Charterflüge bringen die Reisenden zu den beliebtesten Plätzen unter der Sonne von A wie Agadir, Alicante oder Athen bis Z wie Zuidafrika (in der Schreibweise des Landes).

Die Billigtarife sind so verlockend, daß Luxemburg *bis weit* nach Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg hineinstrahlt und das Geschäft der deutschen Gesellschaften verdunkelt.

Auch im europäischen Regionalverkehr profitiert Luxemburg von der liberalen Politik seiner Regierung. British Airways fliegt von London nach Luxemburg und zurück für nur 73 Pfund im Super-PEX-Tarif, *und Luxair* zog nach. Die niederländische Gesellschaft Nether-Lines und Crossair aus der Schweiz machten das Regionalflugnetz engmaschiger. Auch die Sabena entdeckte die Strecke zwischen Brüssel und Luxemburg neu.

Wenn andere nachziehen, könnte der Airport an der Alzette, der oft genug unter dem Nebel leidet, den dieses Flüßchen verursacht, sich zu einem europäischen Drehkreuz mausern, zu Lasten der großen Stationen wie Frankfurt oder Paris. Denn wer von Düsseldorf nach Lyon will, wechselt, wenn das Angebot attraktiv ist, das heißt, wenn er nicht lange warten muß, genauso gern in Luxemburg die Maschine wie anderswo. pbc.

INDUSTRIEANSIEDLUNG / Günstiges Umfeld für Investoren

# Gesetze, verständlich wie die zu Hause und besser

Von KLAUS DROSSARD

Auch eine Reihe deutscher Industrieunternehmen ist im Großherzogtum Luxemburg erfolgreich in den verschiedensten Branchen tätig (Aluminium, Blechveredelung, Armaturen, Grauguß, Textilien, Sanitärprodukte). Gespräche werden zur Zeit mit potentiellen Investoren aus verschiedensten Branchen geführt.

Der ausländische Investor findet in Luxemburg, in zentraler Lage in Europa mit den Hauptverkehrsadern zu den wichtigsten Wirtschaftsschwerpunkten der EG, ein günstiges Umfeld vor. Für viele Unternehmer spielt hierbei der leichte Zugang zu den verschiedenen benachbarten Märkten (Belgien, Frankreich, Deutschland) durch kurze Wege eine wichtige Rolle. Die Verbindungen zur Bundesrepublik Deutschland, dem wichtigsten Handelspartner des Großherzogtums Luxemburg, werden durch die Anbindung an das deutsche Autobahnnetz über Trier im Jahre 1987 neue Impulse erhalten. Luxemburg verfügt über genügend geschulte Fachkräfte, mehrsprachiges Personal sowie eine im internationalen Vergleich hohe Produktivität.



Die Bronze Wercolliers auf dem Platz der EG

FOTO: KEYSTONE

Das Großherzogtum Luxemburg gehört zweifellos zu den Ländern mit der größten politischen und sozialen Stabilität in Europa. Konfliktsituationen im sozialen Bereich werden traditionell auf dem Konsultations- und Verhandlungswege bereinigt. Lediglich eimal, und zwar im Jahre 1982, erlebte Luxemburg einen „Streik" in den letzten 65 Jahren, als in einem eintägigen „generellen Warnstreik" gegen die verringerte Anpassung der Löhne und Gehälter an die gestiegene Inflation protestiert wurde.

Die Indexierung der Löhne und Gehälter führte auch im vergangenen Jahre wieder zu Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und den Unternehmern, bei denen eine Rückgängigmachung früherer Einschränkung vereinbart wurde. Eine weiter günstige Preisentwicklung vorausgesetzt, könnte dies allerdings zur Folge haben, daß im laufenden Jahre keine Anpassung vorgenommen wird.

Für den deutschen Unternehmer ist es relativ leicht, sich mit der luxemburgischen Steuergesetzgebung vertraut zu machen, denn die Gesetze und deren Auslegungen sind stark von deutschen Einflüssen geprägt. So sind im Bereich der direkten Steuern seit 1940 die deutsche Abgabenordnung in der Fassung von 1931 in Verbindung mit dem Steueranpassungsgesetz von 1934 die Grundlage für die Steuern auf Ertrag und Vermögen.

Noch heute sind das Vermögensteuergesetz, das Gewerbesteuergesetz, das Grundsteuergesetz sowie das Bewertungsgesetz in der am Kriegsende in Deutschland gültigen Fassung anwendbar. Die fortschreitende Gesundung im Stahlbereich erlaubt es dem Großherzogtum Luxemburg, in diesem Jahr Steuererleichterungen von 2 Milliarden Flux, (d. h. 1 Prozent des Bruttosozialproduktes) vorzunehmen.

So kann die „Solidaritätsabgabe" im Einkommensteuerbereich von 10 auf 7,5 Prozent und bei der Körperschaftsteuer von 4 auf 3 Prozent gesenkt werden. Damit beträgt der Körperschaftsteuersatz zur Zeit bei Gewinnen über 1 312 000 Flux 40 Prozent plus 3 Prozent Solidaritätsabgabe. Es kann bei weiter günstig verlaufender Wirtschaftsentwicklung damit gerechnet werden, daß die Steuern auch im nächsten Jahre weiter gesenkt werden.

Über 500 ha baureifes Gelände stehen in einem halben Dutzend nationalen, dem Staat gehörenden Industriezonen für die Investoren zur Verfügung. Durch vorgezogene Infrastrukturarbeiten und einfache Genehmigungsverfahren ist eine kurze Bauzeit und eine schnelle Inbetriebnahme gesichert. Ausgaben für Bauland entfallen weitestgehend: Über einen Erbpachtvertrag zu einem symbolischen Preis verfügt das neue Unternehmen frei über das gewünschte Grundstück.

Dem Investor werden staatlicherseits etwa bis zu einem Drittel der notwendigen Finanzierungsmittel in Form von Zuschüssen und zinsgünstigen Darlehen zur Verfügung gestellt, und zwar etwa in folgendem Rahmen: Verlorener Zuschuß bis zu 25 Prozent der Investitionssumme je nach Standort (Gelände und Infrastrukturarbeiten, Gebäude und Maschinen), langfristige Darlehen der SNCI (Nationale Kredit- und Investitionsgesellschaft) in Höhe von 20 Prozent der Kosten, Laufzeit 10 Jahre bei einem Zinssatz von etwa 1,5 Prozent unter dem jeweiligen Marktniveau. Weiter kann die SNCI folgende Kredite vermitteln:

Ausrüstungskredite für Klein- und Mittelbetriebe zu einem Vorzugszinssatz von 4,5 Prozent.

Über ein grenzüberschreitendes Entwicklungsprogramm mit Frankreich und Belgien werden künftig weitere Beihilfen in Form von Zuschüssen des europäischen Fonds für regionale Entwicklung verfügbar sein.

Zur besonderen Förderung leistungsstarker neuer Unternehmen und zum Ausbau bestehender Produktionsanlagen mit Eigenmitteln kann die Steuerlast durch folgende Maßnahmen gesenkt werden:

1. Neuen Industrieunternehmen und Dienstleistungsbetrieben werden während der ersten acht Betriebsjahre 25 Prozent des ansonsten zu versteuernden Gewinns erlassen. Die daraus entstehende Steuerersparnis kann einen jeweils in Prozent festzusetzenden Teil der Investitionen in Gebäude und Maschinen, die im Laufe der ersten acht Jahre getätigt werden, erreichen. Die partielle Steuerbefreiung gilt sowohl für die Körperschaftsteuer als auch für die Gewerbeertragsteuer.

2. Verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten mittels der degressiven Methode mit folgenden Höchstwerten auf dem verbleibenden Buchwert: 30 Prozent auf Maschinen und Anlagen, 40 Prozent auf Investitionen für Forschungs- und Entwicklungsanlagen.

3. Die nach 1. und 2. ermäßigte Einkommensteuer wird gegen einen Steuerkredit von 14 Prozent des Wertes der Maschinen aufgerechnet. Dieser Steuerkredit ist auf vier weitere Jahre übertragbar, falls er die zu zahlende Steuer übersteigt. Die genannten Maßnahmen stellen also eine beachtliche steuerliche Erleichterung für Unternehmen in der Aufbauphase dar, die somit praktisch von der Körperschaftsteuer befreit werden.

Sonderprogramme bestehen noch für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten. So kann staatlicherseits über verschiedene Maßnahmen ein Forschungsvorhaben bis zu 50 Prozent mitfinanziert werden.

Weitere steuerliche Vergünstigungen bestehen für ausländische Führungskräfte, die vorübergehend in Luxemburg während der Anlaufphase eines neuen Werkes ansässig werden.

*Klaus Drossard ist stv. Geschäftsführer der Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen Handelskammer*

REGIONALFÖRDERUNG / Pluspunkte für die Kantone im Südwesten

# Nicht ob, sondern wie beschäftigt, lautet jetzt die Schlüssel-Frage

Die Arbeitslosenzahl in Luxemburg ist weit weniger hoch als in den Nachbarländern. Daher sucht man nicht so sehr arbeitsintensive Betriebe, sondern kapitalintensive, die fortgeschrittenere Technologie bringen, und qualifizierte Betriebe, die qualifizierte Arbeitskräfte einstellen. Die Arbeitslosenzahl liegt bei 1,7 Prozent, ein Wert, der in verschiedenen Nachbarländern praktisch als Vollbeschäftigung angesehen würde.

Von diesem Umstand geht das Hauptinstrumentarium der Wirtschaftsförderungspolitik aus, geregelt im luxemburgischen Kadergesetz von 1973, das im Begriff ist, neu erstellt zu werden.

Ein neues Element wird hinzukommen, und zwar eine gewisse Regionalisierung. Der staatliche Gesamtfördersatz liegt bei 15 Prozent der Investitionen. Das ist der Teil, der auf Landesebene für die Investition als direkte Beihilfe gezahlt werden kann. 15 Prozent des genannten Volumens werden von der Regierung als verlorener Zuschuß gezahlt.

Dieser Betrag ist in einigen Landesteilen aufgrund der neuen Planung erhöht worden. Das betrifft im Norden die Kantone Clairvaux und Wiltz, im Osten den Kanton Grevenmacher und den Kanton Luxemburg im Zentrum. Hier beträgt die Förderungsrate 17,5 Prozent. Im Süden, in den Kantonen Esch-sur-Alzette und Capellen, sind es 20 Prozent. In diesen beiden Kantonen können Firmen, wenn sie sich auf einem alten Industriestandort niederlassen, einen Höchstsatz bis 25 Prozent erreichen. Dabei ist im Restrukturierungsplan hauptsächlich an die früheren Standorte gedacht, in die wieder industrielles Leben hineinkommen soll.

Diese Maßnahmen sind noch nicht verabschiedet, sie befinden sich momentan in der Diskussion. Anzunehmen ist jedoch, daß sie noch diesen Monat im Parlament abschließend diskutiert werden. Der Optimismus rührt daher, daß sie von Brüssel im Prinzip anerkannt worden sind, inklusive der Fördersätze. Die Direction Concurance, die sich aufgrund der Wirtschafts- und Währungsunion zwischen Belgien und Luxemburg über dieses Projekt aussprechen mußte, hat dies im Oktober 1985 getan. Brüssel hat zugesagt, daß das luxemburgische Wirtschaftsministerium diese Beihilfen geben kann.

Für diese Hilfen sind im Schnitt etwa eine Milliarde Luxemburger Franken veranschlagt worden.

Eine gewisse Selektion ergibt sich dadurch, daß verschiedene Projekte stärker gefördert werden: solche, die kapitalintensiv sind und eine hochqualifizierte Arbeitskraft benötigen, und nicht solche Projekte, die nicht so sicher sind und weitaus höhere Zahlen von Arbeitskräften benötigen. Die sind für Luxemburg weniger geeignet, weil dann die meisten Arbeitsplätze durch Grenzgänger besetzt werden müssen. Das sind momentan deutlich über zehn Prozent der luxemburgischen Arbeiterschaft. Über 16 000 Grenzgänger kommen jeden Tag nach Luxemburg zur Arbeit aus Belgien, Frankreich und zum Teil aus Deutschland.

Hinzu kommt der Ausländeranteil der Wohnbevölkerung. Die ansässige Bevölkerung besteht zu zwei Dritteln aus Luxemburgern und zu einem Drittel aus Ausländern. Zu den Luxemburgern zählen zudem viele „Wahlluxemburger", die früher auch Ausländer waren.

Die 15-Prozent-Regelung der Wirtschaftsförderung bestand schon vorher auf der Basis des 73er Gesetzes. Dies ist regional erhöht worden für die Regionen, in denen hauptsächlich die Probleme liegen, wie für die Kantone im Süden. So ist etwa die Arbeiterschaft der Arbed von 28 000 im Jahre 1974 auf jetzt 12 500 zurückgegangen. Für mehr als die Hälfte der Arbeiterschaft müssen jetzt Arbeitsplätze geschaffen werden.

Jedes Investitionsvorhaben in Luxemburg wird überprüft, ob es interessant für eine Förderung ist.

Die meisten Fremdinvestitionen sind amerikanischer Herkunft.

Vorhaben der Europäischen Gemeinschaft sind noch immer ein sehr wichtiger Punkt. Der Sitz Luxemburg soll unbedingt erhalten bleiben. Immerhin muß aufgrund der Mitgliedschaft von Spanien und Portugal das Europäische Parlament wieder in Luxemburg tagen, weil der Plenarsaal in Straßburg zu klein ist.

Luxemburg hat im vorigen Jahr die Infrastruktur geschaffen, um die zwölf Länder der EG unterbringen zu können. PETRA BÖNING



## Luxemburg in Hannover

In Anbetracht der herausragenden Bedeutung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Großherzogtum Luxemburg und der Bundesrepublik Deutschland veranstaltet die luxemburgische Regierung gemeinsam mit der auf der Hannover Messe vertretenen Industrie am 10. April 1986 einen Luxemburg-Tag, dem Seine Königliche Hoheit der Erbgroßherzog Henri gemeinsam mit Staatssekretär Lahure präsidieren werden.



# Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## Video und Filmförderung

„Videothek soll zahlen"; WELT vom 27. Februar

*Sehr geehrte Herren,*

der vorerwähnte Artikel von Andreas Wild enthält verschiedene Angaben, die der Richtigstellung bedürfen:

● Entgegen der Behauptung des Autors hat der Bund bisher in keiner Weise zu der bundesgesetzlichen wirtschaftlichen Filmförderung beigetragen. Alleinige Schuldner der Filmabgabe waren vielmehr 18 Jahre lang die Filmtheater, die einen Gesamtbetrag von etwa 383 Millionen Mark aufgebracht haben.

● Die FFG-Novelle sieht keineswegs eine finanzielle Aufstockung, sondern vielmehr eine Umschichtung der Aufbringung der Förderungsmittel vor.

● Das zur Zeit in seiner 3. Fassung geltende Film/Fernseh-Abkommen ist zwischen ARD und ZDF einerseits und der Filmförderungsanstalt andererseits abgeschlossen worden, der Bund ist daran in keiner Weise beteiligt.

● Der Zeitabstand zwischen der Vorführung der geförderten Filme in den Kinos und der weiteren Verwertung durch Video und Fernsehen wird in der Novelle nicht neu geregelt. Zwar ist richtig, daß der bisher schon faktisch geltende Vorlauf der geförderten Filme vor der Videonutzung von sechs Monaten künftig gesetzlich festgeschrieben werden soll. Für das Fernsehen gilt dagegen wie bisher die allgemeine Regelfrist von fünf Jahren, die sich allerdings bei den generell üblichen Koproduktionen zwischen Film und Fernsehen auf zwei Jahre reduziert.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Dr. Loppin,*
*Hauptverband Deutscher Filmtheater e. V., Wiesbaden*

## Macht des linken Flügels

„Wieder tobt ein Zwei-Fronten-Krieg um Nicaragua"; WELT vom 12. März

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

Lenins nützliche Idioten sind diesmal im Auftrage Nicaraguas unterwegs.

Professor Krieles Buch „Nicaragua – das blutende Herz Amerikas" sollte solchen desinformierten und fehlgeleiteten Politikern zur Pflichtlektüre gemacht werden. Diese Fehlinformationen werden systematisch von einer kommunistischen Propaganda bewußt gesteuert.

Die Verhältnisse in den USA lassen sich aber nahtlos auf die Bundesrepublik übertragen.

Der erzwungene Austritt eines Staatsrechtlers vom Range Professor Krieles aus der SPD zeigt eindeutig auf, welche Macht der linke Flügel in der Partei hat.

Auch die Warnungen der Politiker Klose und Wischnewski, daß es in dem mittelamerikanischen Staat keinerlei Anzeichen für eine Hinwendung zur Demokratie gibt, werden ungehört bleiben.

Das dürfte seinen Hintergrund wohl in der festgefügten, aber falschen Meinung des Parteivorsitzenden und Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale Willy Brandt haben. Er will es einfach nicht wahrhaben, daß er so geleimt worden ist.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Jürgen Schmidtmann,*
*Tinglev/Dänemark*

## Unkenntnis

*Sehr geehrte Herren,*

wie Sie berichten, hat eine Befragung des Allensbacher Instituts für Demoskopie zur Neuregelung des Paragraphen 116 AFG ergeben, daß ein Drittel der Befragten überhaupt nicht wußte, worum es hier eigentlich ging. Fast 50 Prozent der so Befragten – bei Gewerkschaftsmitgliedern waren es 60 Prozent – waren der Meinung, das Streikrecht solle eingeschränkt werden. Nur ein ganz kleiner Prozentsatz wußte, daß es bei dem Paragraphen 116 AFG nicht um das Streikrecht ging, aber auch er konnte nicht sagen, worum es in Wahrheit ging.

Die Allensbacher Befragung hat in geradezu eklatanter Weise verdeutlicht, daß nicht nur die Mitglieder der Regierung ganz offensichtlich nicht in der Lage sind, den eigentlichen Sinn ihrer Gesetzesvorlage der breiten Bevölkerung unseres Landes zu verdeutlichen. Die Allensbacher Untersuchung beweist vielmehr, daß die Regierung sich als völlig unfähig erwiesen hat, der agitatorischen gewerkschaftlichen Desinformationskampagne zum Paragraphen 116 AFG massiv und durchschlagend mit der eigenen Wahrheit entgegenzutreten.

Die psychologischen Auswirkungen dieses Verhaltens werden in der Bevölkerung verheerend sein.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Henry H. Brüggemann,*
*Hamburg 13*

## Ludwig II.

„Ein Anschlag auf den guten Ruf des ‚Kini'"; WELT vom 12. März

Bei Wittelsbachs ist sicherlich manches zu finden, vieles aber auch nicht. Wenn sich Herr Wöbking weiterer guter Quellen bedient hätte, wäre er vermutlich zu einem anderen Ergebnis gekommen.

Mein Großvater Anton Memminger, ein Zeitgenosse des Königs Ludwig II. und auch Bismarcks, hat in seinem Buch „Ludwig II." sehr genaue Einzelheiten berichtet. Anton Memmingers mannhaftes Eintreten für den unglücklichen König hat ihm 1886 eine Anklage wegen Ministerbeleidigung eingebracht. Er wurde zu einer Gefängnisstrafe durch die Geschworenen verurteilt. Das Buch ist im 1945 total zerstörten Verlag Gebrüder Memminger in Würzburg erschienen.

*Fritz Memminger,*
*Braunschweig*

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

## Wort des Tages

„Keine Gesellschaft kann ohne Moral existieren, und es gibt keine gute Moral ohne Religion. Also bietet nur die Religion dem Staat eine feste und dauerhafte Stütze. Eine Gesellschaft ohne Religion ist ein Schiff ohne Kompaß."

Napoleon I., französischer Kaiser (1769–1821)

## Der Verdacht

„Union sieht politisches Komplott gegen den Kanzler"; WELT vom 12. März

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

Herr Enno v. Loewenstern konstatiert in seinem Kommentar „Seilschaft" im Zusammenhang mit der Bekanntgabe der Verfahrenseinleitung der Staatsanwaltschaft Bonn gegen den Bundeskanzler nach einer Anzeige des einstigen Terroristen-Anwalts Schily wegen uneidlicher Falschaussage u. a. die Meinung des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht, daß es hier nicht rechtsstaatlich zugehe, sondern Methoden „unter aller Sau" angewendet werden.

Man darf doch wohl annehmen, daß ein Ministerpräsident – auch wenn er ein Bundesland regiert, das kurz vor Wahlen steht – genau weiß, wovon er spricht. Wenn sich bestätigen sollte, daß der Verdacht einer „Seilschaft" der politischen Opposition mit der Staatsanwaltschaft besteht, wäre er moralisch mindestens gleichzusetzen mit dem Verdacht gegen irgendeine Person. Rücksichtslose Aufklärung eines solchen Vorganges, sollte er sich bestätigen, wäre seines unfaßbaren, weil hochkriminellen Inhaltes wegen unverzichtbar.

Doch wer würde gegen wen Anklage erheben? Und zwar eine so lange Zeit vor Wahlen, daß sie nicht mit diesen in Verbindung gebracht werden können. Warum werden bei diesem unsauberen und unaufrichtigen Spiel nicht schon längst die Karten auf den Tisch gelegt?

*Günther Tauschwitz,*
*Mering*

## Ausnutzung

„Bau fordert Verstetigung"; WELT vom 12. März

*Sehr geehrte Redaktion,*

die Verstetigung der Baunachfrage hätte der Präsident der Bauunternehmer, Herr Dr. Herion, schon längst haben können, wenn er es nicht stets verstanden hätte, sich den Bauministern so lange auf den Schoß zu setzen, bis die Alimente (Subventionen) für die „stets notleidende Bauwirtschaft" sprudelten.

Hat er sich denn je einem Konjunkturprogramm verweigert? Nein, die Bauwirtschaft hatte unter schamloser Ausnutzung der Tarifautonomie (-automanie) die Inflation vorangetrieben, für die unsere Enkel noch arbeiten müssen, wenn sie sich eines Tages nicht durch eine Währungsreform verweigern.

Nicht von ungefähr bleibt mit der „Flaute am Bau" unsere Kaufkraft stabil, weil es allmählich normal zugeht. Klar, daß sich Herr Herion daran nicht gewöhnen kann.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Dipl.-Ing. Leonhard Hoffmann,*
*Hamburg 73*

## Zusammenhänge

Mit Entrüstung las ich, daß die SPD-Bundestagsfraktion eine Energiesteuer vorgeschlagen hat, und zwar auf Strom, Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas. Und das in einem Augenblick, in dem das zarte Pflänzchen Konjunktur zu sprießen beginnt.

Noch am 1. April 1981, also mitten in der Ölkrise II, erhöhte die SPD-Regierung die Mineralölsteuer um sieben Pfennig pro Liter Benzin, wohl wissend, daß kein Widerstand aus dem Volke kommen werde, weil die Ölscheichs „an allem schuld" wären.

Wenn die Beschäftigung in der Bundesrepublik steigen soll, so nur über Kostenentlastung oder die Preise, in beiden Fällen aber über Gewinnerwartungen. Diese Zusammenhänge sind dem „künftigen" Wirtschaftsminister Wolfgang Roth, SPD, offenbar nicht bekannt, obwohl er doch Volkswirt ist.

*Werner Lüssling,*
*Gescher (Westf.)*

## Zwei Pässe

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

richtig stolz präsentierte Herr Felfe im ZDF seinen bundesdeutschen Reisepaß, nachdem er sich kurz zuvor als „DDR"-Bürger bezeichnet hatte.

Wie kann und darf ein „DDR"-Bürger die Souveränität der „DDR" dadurch schädigen, daß er den Reisepaß des „imperialistischen" anderen deutschen Staates in der Tasche trägt und mit diesem noch renommiert?

Irgendwie steht das alles doch im diametralen Gegensatz zu den Bemühungen der SPD, die „DDR"-Staatsbürgerschaft anzuerkennen oder zu respektieren.

Selbst wenn es zu einer solchen Anerkennung oder Respektierung käme, würde der „DDR"-Normalbürger wohl kaum in die Lage kommen, à la Felfe zwei Ausweise mit sich herumzutragen, um ohne lange Fragen und Anträge im Vorrentenalter westwärts reisen zu können. Vor langen Jahren sollte die internationale Anerkennung der „DDR" die großen Reiseerleichterungen bringen. Darauf warten viele „DDR"-Bürger heute noch.

*Dr. Horst Paepke,*
*Neumünster*

# Personalien

## GEBURTSTAGE

**Friedel Schirmer**, siebenfacher deutscher Meister im Zehnkampf und später Berufspolitiker, wird am 20. März 60 Jahre alt. 1952 hatte er bei den Olympischen Spielen beim Einzug der damals noch gesamtdeutschen Mannschaft im Olympiastadion von Helsinki die schwarz-rot-goldene Fahne vorangetragen. Der Verwaltungsbeamte aus Stadthagen/Niedersachsen hatte nach dem Verwaltungs- und Wirtschaftsdiplom an der Universität Freiburg noch ein Sportlehrer-Examen gemacht. Seine Karriere im Beruf war zunächst auch mit sportlichen Aufgaben verbunden. Er war Sportamtsleiter in Osnabrück, städtischer Sportrat in Bielefeld, Sportdirektor in Köln und schließlich Sportreferent des Landes Nordrhein-Westfalen. Von 1960 bis 1968 stellte er sich als ehrenamtlicher Trainer der deutschen Zehnkämpfer zur Verfügung. 1963 gründete Friedel Schirmer den Sportbeirat beim Parteivorstand der SPD. Er leitete ihn dann bis 1978. 1969 bis 1983 war er Abgeordneter des Wahlkreises Schaumburg im Bundestag. Seine Partei schickte ihren Sportexperten in die entsprechenden Ausschüsse, 1969 bis 1972 als stellvertretenden Vorsitzenden für Sport und Olympische Spiele in den hierzu gebildeten Sonderausschuß zum Beispiel. Ende der siebziger Jahre war er außerdem Obmann der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion für Sportpolitik. Zur Zeit ist Schirmer Präsident der Gemeinschaft deutscher Olympiateilnehmer.

*

Professor Dr. **Günter Opitz**, Ordinarius für Organische Chemie in Heidelberg, feierte am 17. März seinen 60. Geburtstag. Nach einem sehr turbulenten Auftakt – er war junger Soldat, erlebte die Kriegsgefangenschaft, verdingte sich zunächst als Holzfäller und als Arbeiter, der Ofenrohre und Dachrinnen herstellte – kam er schließlich zum Chemiestudium. 1972 war er bereits Ordinarius in Heidelberg. Der Forscher und Lehrer hat auch heute zahlreiche Hobbys, die jedoch nicht mehr im entferntesten an seine Tätigkeiten nach dem Kriege erinnern. Seinen Studenten ist er als hervorragender Musiker und Pianist in Erinnerung.

## EHRUNGEN

Der Bundestagsabgeordnete Dr. h. c. **Adolf Herkenrath**, Diplomlandwirt und Bürgermeister der Kreisstadt Siegburg, erhielt am 17. März 1986 aus der Hand von Regierungspräsident Dr. **Antwerpes** in Köln das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse.

*

Der mit 10 000 Mark dotierte Bremer Kulturpreis „Villa Ichon" für 1986 ist zu gleichen Teilen der Malerin **Janet Fruchtmann** und – als „hervorragendstem Mitarbeiter" der „alternativen Stadtrundfahrt" – **Willi Hundertmark** zuerkannt worden. Janet Fruchtmann ist Kanadierin und lebt seit 1969 in Bremen. Bei der „alternativen Stadtrundfahrt" werden die Teilnehmer mit der Geschichte Bremens während des Nationalsozialismus bekannt gemacht. Mit dem Preis wird das Werk eines Bremer Kulturschaffenden oder einer Gruppe ausgezeichnet, das ein „eindeutiges Bekenntnis zur Erhaltung des Friedens enthält und von hohem künstlerischem Rang ist", wie der Verein Villa Ichon mitteilte. Preisübergabe ist am Sonnabend.

*

Mit dem Orden „Mérite or Faveur de la Culture Polonaise", der höchsten kulturellen Auszeichnung Polens, sind der Intendant des Deutschen Theaters Göttingen, **Günther Fleckenstein**, und der Chefdramaturg des Hauses, **Norbert Baensch**, ausgezeichnet worden. Der für Verdienste um die polnische Kultur in der Bundesrepublik verliehene Orden wird am Freitag in der polnischen Botschaft in Köln überreicht. Seit 20 Jahren werden am Deutschen Theater in Göttingen konsequent polnische Autoren aufgeführt.

## WAHL

Zum neuen Vorsitzenden der Konferenz Bekennender Gemeinschaften in den Evangelischen Kirchen Deutschlands wurde in Frankfurt Probst em. Dr. **Karl Hauschildt**, Neumünster, gewählt. Der lutherische Theologe wurde Nachfolger von Pfarrer **Fritz Grünzweig**, Stuttgart. Hauschildt amtierte bis vor kurzem als ständiger Vertreter des nordelbischen Bischofs für Holstein-Lübeck und bis zum 1. März als Probst des Kirchenkreises Neumünster.




DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Internationale Politik: Manfred Neuber (beurlaubt); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; [illegible]

[illegible]

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. [illegible]

[illegible]